



Tätigkeitsbericht der Landrätin

Die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2020

Inhalt

Landrätin	5
Krisenstab der Verwaltung	5
Bildung des Krisenstabes	5
Maßnahmen	6
Herunterfahren der Krisenstabsarbeit	7
Wiederaufnahme der Stabsarbeit	7
Impfzentrum Fläminghalle	8
ASP-Lage	9
Büro der Landrätin	10
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie	10
Kreistagsbüro	11
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	11
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal	18
Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation	18
Aufgabenbereich Personal	20
Rechnungsprüfungsamt	27
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	28
Büro für Chancengleichheit und Integration	30
Bundesprogramm „Demokratie leben!“	30
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	33
Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung	35
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	42
Beauftragter für Korruptionsprävention und -bekämpfung	43
IT Sicherheitsbeauftragter	43
Rettungsdienst	44
Dezernat I	45
Hauptamt	45
Sachgebiet Zentrale Dienste	45
Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	47
Sachgebiet Infrastrukturmanagement	50
Kämmerei	53
Bereich Geschäftsbuchhaltung	53
Sachgebiet Kasse/Vollstreckung	54
Amt für Bildung und Kultur	57
Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur	57
Sachgebiet Haushalt und Finanzen	60
Volkshochschule Teltow-Fläming	62
Kreismedienzentrum	63
Kreismusikschule Teltow-Fläming	65
Museum des Teltow	65

Sachgebiet IT-Service	66
Dezernat II.....	69
Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II	69
Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit	69
Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung	69
Wohnraumversorgung	70
Sozialamt.....	71
Sachgebiet Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde.....	71
Sachgebiet Sozialhilfe	74
Sachgebiet Sonstige Soziale Hilfen	76
Jugendamt.....	80
Sachgebiet Jugend- und Familienförderung	80
Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst	83
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen	85
Sachgebiet Unterhalt.....	85
Gesundheitsamt.....	88
Pandemiebekämpfung.....	88
Psychiatriekoordination	93
Gesundheitsberichterstattung	94
Medizinalaufsicht.....	94
Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst	96
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	97
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst.....	97
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst	98
Dezernat III.....	100
Fluglärmenschutz und Schallschutzberatung.....	100
Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten	100
Flughafenbelange.....	100
Schallschutzberatung	101
Rechtsamt	102
Versicherungsangelegenheiten	102
Rechtsangelegenheiten.....	104
Beteiligungsmanagement	107
Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter	109
Ordnungsamt.....	110
Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung.....	110
Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen	114
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz.....	117
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz	120

Sachgebiet Veterinärwesen.....	120
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	123
Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde.....	129
Untere Bauaufsichtsbehörde.....	137
Sachgebiet Technische Bauaufsicht.....	137
Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht	141
Umweltamt.....	143
Bereich Amtsleitung	143
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall	143
Sachgebiet untere Naturschutzbehörde	145
Klimaschutz-Koordinierungsstelle.....	148
Dezernat IV	157
Straßenverkehrsamt	157
Bereich Amtsleitung	157
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung.....	158
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen.....	159
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten.....	160
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung.....	161
Kataster- und Vermessungsamt.....	169
Gutachterausschuss.....	169
Ausbildung	170
Antragsstatistik.....	170
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	171
Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität	171
Sachgebiet Kreisentwicklung.....	179
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik	183
Landwirtschaftsamt.....	186
Landwirtschaftsschule	186
Statistik	186
Sachgebiet Agrarstruktur.....	187
Sachgebiet Agrarförderung	190
Corona-Bürgertelefon.....	192
Abbildungsverzeichnis.....	193
Tabellenverzeichnis.....	194

LANDRÄTIN

Krisenstab der Verwaltung

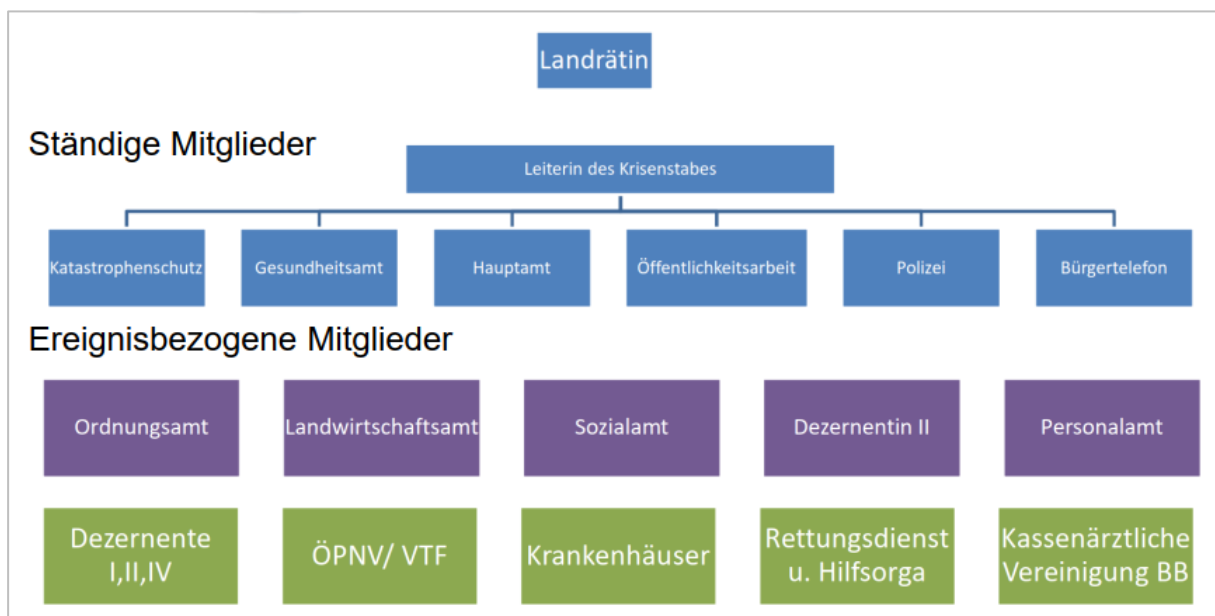
Das Jahr 2020 war vor allem durch die Corona-Pandemie geprägt. Deshalb sind die Informationen über die Arbeit des Krisenstabes bei der Landrätin ihrem Tätigkeitsbericht vorangestellt. Die einzelnen Bereiche und Fachämter gehen zudem gesondert auf ihre Rolle bei der Pandemiebekämpfung ein.

Bildung des Krisenstabes

Der Krisenstab wurde im Landkreis Teltow-Fläming zur Unterstützung der Fachaufgaben des Gesundheitsamtes zur Bewältigung der Corona-Pandemie am 9. März 2020 gebildet. Diese Pandemie ist deutschlandweit die erste seit Gründung des Landkreises und auch seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Mitglieder des Stabes lassen sich der folgenden Darstellung entnehmen:

Abbildung 1: Krisenstab der Verwaltung, Zusammensetzung



Die Verantwortlichkeiten des Stabes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Landrätin:

Gesamtverantwortung für alle Maßnahmen des Krisen- und Verwaltungsstabes für den Landkreis und die Kreisverwaltung, Kontaktpflege mit der Landesregierung und den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte.

Leiterin des Krisenstabes:

Koordinierung und Kontrolle aller Maßnahmen des Krisen- und Verwaltungsstabes; Verbindungsperson zum Landeskrisenstab „Interministerieller Koordinierungsstab Corona“, angesiedelt beim Gesundheitsministerium (MSGIV) des Landes Brandenburg.

Maßnahmen

Der Krisenstab hat zahlreiche Maßnahmen in eigener Zuständigkeit veranlasst. Hier ein Auszug:

Überprüfung und Anpassung von Allgemeinverfügungen (AV):

- Fortsetzung und Anpassung der Kinder-Notbetreuung für Sorgeberechtigte aus kritischen Infrastrukturbetrieben, für Kinder aus Gründen der Wahrung des Kindeswohls und für Kinder von Alleinerziehenden,
- Anpassung an die veränderte Situation der Unterrichtserteilung ab 27. April 2020: Unterricht in den Abschlussklassen (Jahrgangsstufe 10 sowie prüfungsvorbereitende Oberstufenbildungsgänge), Zulassung sonstiger schulischer Veranstaltungen (Prüfungen, Testverfahren, Gremienarbeit etc.), Anbieten von Hortnotbetreuung, Öffnung der Wohnheime und Internate, Organisation des ÖPNV.

Tägliche Bewertung der allgemeinen Lage

- für den Notbetrieb der Verwaltung,
- für Regelungen im und für den Landkreis (entsprechende Anpassung des Hygienekonzeptes, der Eindämmungs-VO, der Quarantäne-VO in Umsetzung der aktuellen Informationen vom Land/ Krisenstab)

Verteilung persönlicher Schutzausrüstung

Im ersten Halbjahr war eine wichtige Aufgabe des Krisenstabes laut Weisung des MSGIV die Verteilung persönlicher Schutzausrüstung (PSA) für die folgenden Bereiche: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Hilfsorganisationen, Krankenhäuser und stationäre Pflegeeinrichtungen. Die PSA war ein sehr knappes Gut. Entsprechend sorgsam und geregelt musste die Verteilung anhand verschiedener Kriterien stattfinden sowie eine strategische Reserve für eintretende Notlagen gebildet werden.

Koordinierung der fachamtsspezifischen Aufgaben

In Abstimmung mit den ereignisbezogenen Krisenstabsmitgliedern wurden fachamtsspezifische Aufgaben koordiniert.

Das **Personalamt** hat eine Arbeitsgruppe zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten der Kreisverwaltung gebildet und den Notbetrieb in der Kreisverwaltung ab dem 23. März 2020 organisiert. Es wurden Regelungen zur Aufrechterhaltung des Notbetriebes und zum Schutz der Beschäftigten aufgrund der Corona-Pandemie erarbeitet. Festgestellt wurden die zwingend durch die Kreisverwaltung abzusichernden Aufgaben und ermittelt, wie viele Beschäftigte dafür notwendig sind.

Das **Gesundheitsamt** zeichnet für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes verantwortlich. Es hat Ermittlungen zur Art, Ursache und Quellen der Ansteckung vorgenommen, Kontaktpersonen beraten, über präventive Maßnahmen entschieden, Quarantänen und deren Kontrolle angeordnet, die Kontrollen und Ahndung der Verstöße gegen die Eindämmungs-VO organisiert und die Meldung der Zahlen zur Infektion an den Stab, ans LAVG und MSGIV veranlasst. Die Beschäftigten des Gesundheitsamtes wurden durch zusätzliches Personal aus allen anderen Ämtern der Kreisverwaltung unterstützt.

Das **Bürgertelefon** unter Leitung des **Landwirtschaftsamts** hat in Zusammenarbeit mit dem Stab und den Fachämtern die Flut der Anfragen von Bürger*innen bewältigt, die Fachfragen den zuständigen Stellen weitergeleitet und die Beantwortung veranlasst.

Der Bereich **Öffentlichkeitsarbeit** war sehr stark involviert. Er war für den Aufbau und Pflege eines umfangreichen Informationsangebots auf www.teltow-flaeming zuständig, auf dem auch ein vom **IT-Service** entwickeltes Corona-Dashboard publiziert wurde. Erarbeitet und publiziert wurden Informationen zum Thema Corona-Virus in Leichter Sprache und mehreren Fremdsprachen. Der Internetauftritt wurde täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen) aktualisiert, ein Frage-Antwort-Katalog mit allgemeinen Informationen sowie zu speziellen Themen rund um die Corona-Pandemie erarbeitet und fortlaufend aktualisiert. Verantwortlich hat die Öffentlichkeitsarbeit auch in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab für eine intensive Medienarbeit gezeichnet. So sind z. T. tägliche Presse-Informationen zum Infektionsgeschehen und anderen wichtigen Themen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie herausgegeben worden, ebenso Publikationen und Amtsblätter mit den Allgemeinverfügungen zum Thema Corona.

Das **Hauptamt** war mit dem Rettungsdienst bei der Beschaffung von Material über die Maßen gefordert. Außerdem waren die Beschäftigten mit der praktischen Umsetzung vieler Maßnahmen betraut. Dazu gehörten u. a. die Schaffung der Schleuse am Eingang des Kreishauses, die Absperrung der Rastplätze an der Flaeming-Skate, die Einrichtung des Corona-Abstrichzentrums in der Fläminghalle Luckenwalde und vieles mehr.

Das **Ordnungsamt** war als Fachaufsichtsbehörde tätig und stand mit den Ordnungsämtern der Kommunen sowie der Polizei in ständigem Kontakt. Hier ging es u. a. um die Durchsetzung und Auslegung der Eindämmungsverordnung im Auftrag und in Verantwortung des Gesundheitsamtes.

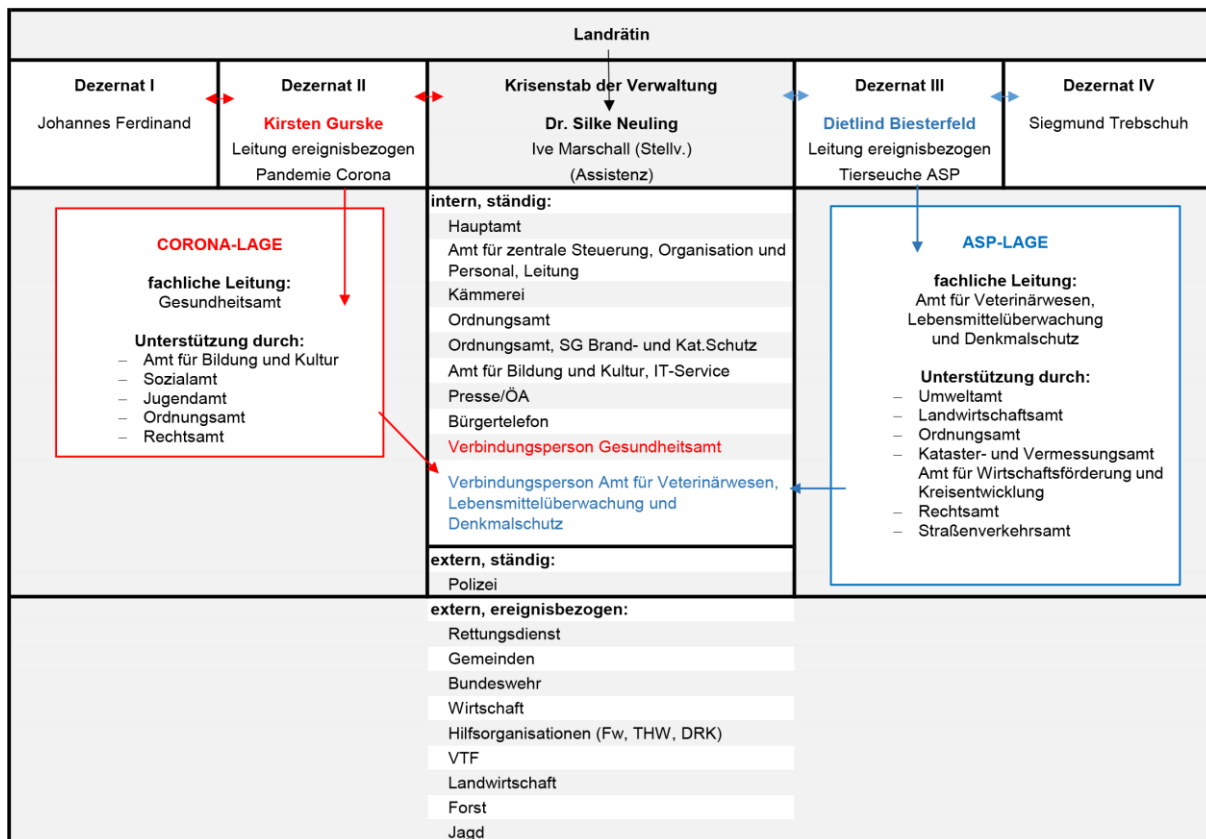
Herunterfahren der Krisenstabsarbeit

Anfang Juni 2020 wurde die Arbeit des Krisenstabes heruntergefahren, da durch den (auch jahreszeitlich bedingten) Rückgang des Infektionsgeschehens eine Stabsarbeit im bis dato durchgeführten Umfang nicht mehr notwendig war. Die Grundstrukturen und die ereignisbezogene Arbeit der Fachämter blieben bestehen, jedoch ist insbesondere die Lagebeurteilung auf einen dem geringeren Infektionsgeschehen angepassten Umfang zurückgefahren worden.

Wiederaufnahme der Stabsarbeit

Anfang November 2020 wurden die Krisenstabsstrukturen aufgrund des sich verschärfenden Infektionsgeschehens und der anziehenden Verordnungslage reaktiviert. Zusätzlich zum Coronavirus-Infektionsgeschehen drohten dem Landkreis die Afrikanische Schweinepest (ASP) und die Geflügelpest. In dieser Folge wurden die Stabsstrukturen angepasst:

Abbildung 2: Struktur des Krisenstabs ab November 2020



Neben der Gesamtkrisenstabsleitung wurden zwei ereignisbezogene Einheiten gebildet: die **Corona-Lage** sowie die **ASP-Lage**.

Impfzentrum Fläminghalle

Neben den bereits aufgeführten Maßnahmen bildete sich aufgrund der nahenden Zulassung von Impfstoffen gegen das Corona-Virus ab November 2020 ein neuer Schwerpunkt für die Krisenstabsleitung heraus: die Unterstützung des Landes bei der Errichtung eines Impfzentrums am Standort Fläminghalle in der Kreisstadt Luckenwalde.

Das Land Brandenburg setzt die nationale Impfstrategie um. Das Gesundheitsministerium des Landes Brandenburg (MSGIV) hat die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) damit beauftragt, die Errichtung von 11 Impfzentren und die Impfungen darin zu organisieren. Weiterhin hat das MSGIV den DRK-Landesverband Brandenburg e. V. (DRK) damit beauftragt, die mobile Impfung der vulnerablen Gruppen gegen COVID-19 in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe zu koordinieren. Die Kommunen und der Landkreis leisteten bei der Errichtung des Impfzentrums Unterstützung in Form der Auswahl und Bereitstellung der Liegenschaft und der Organisation der infrastrukturellen Anbindung.

Der Krisenstab des Landkreises ist Ansprechpartner für das Land bezüglich der zugewiesenen Aufgaben und verantwortet die Kommunikation zwischen der Stadt Luckenwalde als Eigentümerin der Halle, dem Land, der KVBB sowie dem DRK bezüglich der Liegenschaft und ist verantwortlich für die Abrechnung gegenüber dem Land. Aufgrund der kurzfristigen Errichtung und der sich ständig ändernden Umgebungsvariablen war die Organisation in diesem Arbeitsbereich sehr komplex.

ASP-Lage

Seit einigen Jahren besteht eine Bedrohung durch die Afrikanische Schweinepest, zudem tritt regelmäßig im Winter Geflügelpest bei Wildvögeln auf. Deshalb bereitet sich das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz, SG Veterinärwesen, schon länger auf die Bekämpfung dieser Tierseuchen vor. 2020 gab es keinen Ausbruch einer Tierseuche im Landkreis Teltow-Fläming.

Der erste Nachweis von Afrikanischer Schweinepest bei einem Wildschwein am 9. September 2020 im Land Brandenburg führte zu regelmäßigen amtsübergreifenden Beratungen zur Planung von entsprechenden Maßnahmen.

Am 13. Oktober 2020 konstituierte sich die Koordinierungsgruppe „ASP“ unter der Leitung der Beigeordneten Dietlind Biesterfeld. Im weiteren Verlauf entstand aus dieser Gruppe der Krisenstab „Lage Tierseuche“, der sich unter der Leitung der Beigeordneten in der Regel wöchentlich trifft. Die fachliche Leitung haben die Amtstierärztin Dr. Silke Neuling und die Tierärztin Dr. Maike Schell. Weitere Mitglieder sind Leitung und Beschäftigte des Umweltamtes, des Landwirtschaftsamtes, des Ordnungsamtes, des Katastrophenschutzstabes und je nach Aufgabe auch aus dem Personalbereich oder Rechtsamt.

Es wurden 2020 u. a. folgende Projekte initiiert:

- Einrichtung von Kadaversammelstellen: An diesen Standorten können Fallwild und Unfallwild sowie Aufbruch und Zerwirkreste unter hygienischen Bedingungen zentral gesammelt und in 1100-Liter-Kadavertonnen entsorgt werden. Die Nutzung dieser Sammelstellen ist momentan freiwillig, wird aber bei ASP-Restriktionen im Landkreis verpflichtend.
- Umweltstreife/Waldläuferprojekt: Kooperationsvereinbarung mit der GAG Klausdorf gGmbH für eine AGH-Maßnahme des Jobcenters. Während der ASP-freien Zeit leistet die Umweltstreife einen Beitrag gegen die Verschmutzung der im Landkreis gelegenen Wälder und Flächen. Beim Auftreten der ASP im Landkreis bzw. bei Beteiligung in gebildeten Restriktionszonen anderer Landkreise werden die Läufer für die Fallwildsuche genutzt.

Büro der Landrätin

Das Büro koordiniert die Aktivitäten und Aufgaben der Hauptverwaltungsbeamtin sowie die der zugehörigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Chancengleichheit). Dabei ist eine Vielzahl dezernats- und amtsübergreifender Querschnittsaufgaben zu leisten, u. a. Assistenz bei Führungsaufgaben, Sitzungsdienst, Protokoll und vieles mehr.

Vor- und nachbereitet werden außerdem die Dienstberatungen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor. Drei davon fanden als Präsenzveranstaltungen statt.

Die Landrätin ist bei Datenschutzvorfällen verantwortlich für die Meldungen an die Landesdatenschutzbeauftragte und die Überwachung der Umsetzung von Festlegungen. Hier arbeitete das Büro eng mit dem Behördlichen Datenschutzbeauftragten zusammen. 2020 waren 12 Fälle zu bearbeiten.

2020 wurden drei Studierende im Rahmen von Praktika und vorlesungsfreier Zeit betreut. Sie wurden mit der Arbeit aller Bereiche des Büros der Landrätin vertraut gemacht. Im Rahmen der Praktika wurden folgende Aufgaben bearbeitet:

- Erarbeitung einer Richtlinie des Landkreises Teltow-Fläming zur Bereitstellung und Verwendung von Haushaltsmitteln für Fraktionen des Kreistags
- Arbeit des Kreistags und seiner Ausschüsse – Grundlagen und Verfahren

Eine Studentin übernahm gleich zu Beginn ihres Praktikums das neu geschaffene Corona-Bürgertelefon und erarbeitete Handlungsanweisungen für die anderen Operator*innen. Zudem erhielten zwei Schülerpraktikant*innen Einblick in die Arbeit der Kreisverwaltung, hier insbesondere des Büros der Landrätin und Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungsorganisation.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Die Landrätin leitete das Krisenmanagement im Rahmen der Corona-Pandemie. Damit waren auch für das Büro zusätzliche Aufgaben verbunden. So waren 42 Telefonschaltkonferenzen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor und dem Kreistagsvorsitzenden zu organisieren, durchzuführen und nachzubereiten.

Das Büro der Landrätin erarbeitete Hygienekonzepte für die Beratungen der Landrätin. Diese Konzepte waren ständig an die aktuelle Lage und jeweils geltende Verordnungen anzupassen.

Auch die Arbeitsorganisation war von der pandemischen Lage betroffen. So koordinierte die Büroleitung Rufbereitschaften, Arbeitszeitverlagerung und das Arbeiten im Homeoffice für den gesamten Bereich. Mehrere Beschäftigte arbeiteten dauerhaft bzw. im Rahmen von Abordnungen für das Pandemieteam. Die Erfüllung der originären Aufgaben des Bereichs unter diesen Bedingungen war eine besondere Herausforderung.

Kreistagsbüro

2020 waren folgende Gremiensitzungen inhaltlich und organisatorisch zu betreuen:

- 7 Kreistagssitzungen
- 6 Kreisausschusssitzungen
- 53 Sitzungen der Fachausschüsse

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit untersteht der Landrätin als Leiterin der Kreisverwaltung und rechtlicher Vertreterin und Repräsentantin des Landkreises. Er ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalist*innen, Bürger*innen, Behörden und Firmen. Die Aufgaben umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- partnerschaftliche Beziehungen

Medienarbeit

2020 wurde die Kreisverwaltung rund 500-mal von Medienvertreter*innen kontaktiert, um Interviewwünsche zu erfüllen, zum Teil sehr umfangreiche Fragekataloge zu beantworten oder aufwendige Dreharbeiten zu organisieren. Im Fokus standen die Entwicklung der pandemischen Situation und die Maßnahmen der Kreisverwaltung zur Bewältigung derselben (38 Prozent aller Anfragen).

Mehr als die Hälfte der im Jahr 2020 herausgegeben Pressemitteilungen (insgesamt rund 350) hatte die Corona-Pandemie zum Thema. Diese Informationen wurden im Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming veröffentlicht, den Medien, den Bürgermeister*innen/dem Amtsdirektor sowie den Kreistagsabgeordneten zugänglich gemacht. Alle Mitteilungen des Landkreises zum Thema Corona sind hier nachzulesen: <http://www.teltow-flaeming.de/de/service/gesundheit/corona-virus/aktuelle-meldungen-corona.php>

Für die Verwaltungsleitung werden täglich mehrere regionale und überregionale Medien ausgewertet und in einem gedruckten Pressespiegel zusammengestellt. Im Intranet werden zusätzlich die Schlagzeilen des Tages veröffentlicht, um alle Beschäftigten über die Themen zu informieren, die in den Medien eine Rolle spielen.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern, dem Kreistagsbüro und nachgeordneten Einrichtungen bot der Bereich 74 anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an. Sie wurden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden 14 Print-Anzeigen (u. a. zur Fachkräftegewinnung und Nachrufe) gestaltet und in diversen Tageszeitungen und Fachzeitschriften veröffentlicht. Außerdem wurden im Internetauftritt des Landkreises 46 Informationen über Ausschreibungen (VOL/VOB, Interessenbekundungsverfahren) und Zuschlagserteilungen publiziert sowie über 203 Stellenausschreibungen informiert.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben und Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden rund 180 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch-, Kondolenz- und andere Schreiben für die unterschiedlichsten Zwecke vorbereitet, redigiert und verfasst. Einen großen Raum nahm das Redigieren von Texten oder Druckerzeugnissen für einzelne Ämter der Kreisverwaltung ein.

Es wurden 21 Mitarbeiter-Informationen mit der Landrätin verfasst und im Intranet publiziert. Auch 2020 veröffentlichte die Landrätin monatlich eine Kolumne bei Hitradio SKW unter dem Titel „Mein Landkreis“. Der Podcast ist auf der Internetseite des Landkreises nachzuhören: <http://www.teltow-flaeming.de/de/landkreis/kreisverwaltung/landrat/podcast-der-landrae-tin.php>

Dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit obliegt die Endredaktion des Tätigkeitsberichts der Landrätin.

Druckerzeugnisse

Der Bereich gab 44 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming heraus.

Im Bereich wird zudem die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht.

17 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut, neu gestaltet oder aktualisiert, z. B. Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Ausstellungstafeln, Kalender und vieles mehr. Hinzu kamen pandemiebedingte Publikationen.

Internetauftritt

Um die Internet-Auftritte der Kreisverwaltung kümmern sich der Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Online-Redaktion) und der Bereich IT-Service gemeinsam.

Von der Online-Redaktion inhaltlich und vom Web-Team technisch betreute Internet-Präsenzen:

- www.teltow-flaeming.de

Websites, für die der IT-Service den technischen Support und der Bereich Öffentlichkeitsarbeit zum Teil die Betreuung der Redakteure bietet:

- www.flaeming-skate.de – inhaltlich verantwortlich: SG Tourismus
- vhs.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Volkshochschule TF
- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow
- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz
- intranet.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: die einzelnen Ämter
- www.boden-geo-pfad.de – inhaltlich verantwortlich: Umweltamt

Im Jahr 2020 stellte der IT-Service folgende Seiten auf eine neue Version des CMS Typo3 um:

- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow

- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz

Diese Seiten sind nun auch für mobile Endgeräte geeignet.

Zudem werden weitere Sites und Web-Applikationen, auf die von www.teltow-flaeming.de verlinkt wird, von den Entwicklern im IT-Service betreut (Bauportal, Wunschkennzeichen, Geoportal u. a.).

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redaktionen in den Ämtern der Kreisverwaltung und unterstützt sie bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises. Sie berät zudem Dritte, wenn in Kooperation mit dem Landkreis Internetangebote entstehen sollen.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis. Angeboten werden Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und ein Formularservice. Darüber hinaus sind Merkblätter, Informationsbroschüren, Satzungen und andere Dokumente auf www.teltow-flaeming.de zu finden. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis – 2020: 484 Meldungen).

Von Beginn der Pandemie an nahmen die Information über die Lage im Landkreis, über aktuelle Regelungen, wichtige Kontakte sowie Antworten auf konkrete Fragen großen Raum ein. Der Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming war einer der ersten im Land Brandenburg, der so umfassend, aktuell und lokal bezogen informierte. Dies war u. a. möglich dank der Zusammenarbeit mit dem Katastrophenstab und dem IT-Service. Dort wurde ein gemeindescharfes Dashboard entwickelt, das in die Internetseite eingebunden wurde.

2020 wurde die Neugestaltung des Internetauftritts der Kreisverwaltung ausgeschrieben und vergeben. Ziel ist vor allem, Barrierefreiheit und die Nutzung mit mobilen Endgeräten zu gewährleisten. Der Relaunch ist 2021 geplant.

Barrierefreiheit/Verständlichkeit

Die Angebote im Internet sollen möglichst barrierefrei dargestellt werden. Das geschieht nicht nur durch entsprechende Programmierung. Auch eine verständliche Sprache, strukturierte Texte und nicht zuletzt barrierefreie PDF-Dokumente gehören dazu. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert regelmäßig die Fachämter dafür. Eine wöchentliche Kolumne im Intranet weist auf sprachliche Fallstricke hin.

Veranstaltungen und Ehrungen

Das Veranstaltungsmanagement war 2020 durch die Corona-Pandemie eingeschränkt. Dennoch wurden mit Hilfe von Alternativ- und Hygienekonzepten folgende Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt:

- Übergabe der Denkmalpflegepreise des Landkreises am Bauernmuseum Blankensee am 9. September 2020
- Ehrungen zum „Tag des Ehrenamtes“ am 5. Dezember 2020 (pandemiebedingt postalisch übersandt)
- Unterstützung der Ausstellung im Foyer des Kreishauses zum Thema „30 Jahre Deutsche Einheit“ im Oktober 2020

Noch vor Beginn der Pandemie wurde am 17. Januar 2020 planmäßig der Neujahrsempfang zum Thema „Teltow-Fläming: Ja zum Klimaschutz!“ mit der Verleihung der Teltow-Fläming-Preise organisiert und durchgeführt.

Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen:

- Vorbereitungen einer Kreisreise von Ministerin Britta Ernst (MBJS, Land Brandenburg) für den 6. Mai 2020, pandemiebedingt verschoben.
 - Themen: Kita (Probleme bei der Akquise von Personal, Personalausfall, Leistungsanteil, Erziehereschlüssel, Lärmbelästigung); Schule (personelle Ausstattung, Bürokratiemehraufwand); Bucker-Gelände (Planung für das Gelände)
- Besuch von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke am 24. August 2020
 - Besuch einer Lokalredaktion und des Ev. Krankenhauses Ludwigsfelde-Teltow GmbH
 - Thema: Corona
- Antrittsbesuch von Minister Jörg Steinbach, MWAE, Land Brandenburg, am 2. Oktober 2020
 - Themen: Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises TF mbH (Aufgabe der Gesellschaft, Vermietung der Immobilien, Finanzierung) Gastronomie (Landgasthof Jüterbog in Werder; Direktvermarktung, Alternativkonzept Corona), Reiseregion Fläming
- Vorbereitungen zum Antrittsbesuch von Ministerin Manja Schüle (MWFK, Land Brandenburg), pandemiebedingt verschoben auf 2021
 - Themen: Stadttheater Luckenwalde, Neue Galerie des Landkreises in Wünsdorf, Bücher- und Bunkerstadt Wünsdorf),

Die Medien wurden vorab über die Veranstaltung sowie im Anschluss über deren Ergebnisse informiert bzw. vor Ort begleitet. Von den Besuchen wurden Fotodokumentationen erstellt.

Kommunale, partnerschaftliche Beziehungen

Der Landkreis Teltow-Fläming pflegt kommunale Partnerschaften mit dem Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg und den Kreisen Gniezno (Polen) und Paderborn. Außerdem nimmt er derzeit am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaft“ mit der Stadt Katima Mulilo aus Namibia teil.

Kommunale Partnerschaft lebt von Begegnungen. Seit dem Frühjahr 2020 ist es jedoch nicht oder nur bedingt möglich, sich persönlich zu treffen oder über die Landesgrenzen hinaus unbeschwert zu reisen. Auf Grund der nicht planbaren Situation wurden viele Projekte 2020 nicht umgesetzt. Es wurden Alternativen gesucht, um trotzdem in Verbindung zu bleiben. Nachfolgend ein Überblick, was 2020 möglich war und auch umgesetzt wurde:

17. Januar 2020 – Kommunale Klimapartnerschaft

Eine Delegation aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno und der Klimapartnerschaftskommune Katima Mulilo besuchte die Präsenzstelle der TH Wildau und der FH Potsdam in Luckenwalde. Vor Ort wurde u. a. die Funktionsweise eines 3-D-Druckers demonstriert. Die polnischen Partner stellten ihr Stoffbeutelprojekt vor, das in ähnlicher Weise auch in Namibia umgesetzt werden könnte. Außerdem gab es eine Begegnung auf protokollarischer Ebene mit Vertreter*innen aus Gniezno, Paderborn und dem Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg zum Neujahrsempfang des Landkreises. Passend zu dessen Thema „Teltow-Fläming: Ja zum Klimaschutz!“ wurden auch Vertreter*innen des kommunalen Klimapartners aus Namibia begrüßt.

8. März 2020 – Gemeinschaftsveranstaltung zur Brandenburgischen Frauenwoche

Die Brandenburgische Frauenwoche wurde 2020 zum 30. Mal gefeiert. Eine Veranstaltung, die vor dem pandemiebedingten Lockdown stattfinden konnte, ist die Aufführung des Frauen-Kabaretts der Volkshochschule Schöneberg „30 Jahre Brandenburgische Frauenwoche trifft auf 25 Jahre Kabarett Korsett“ im Bürgerhaus Wünsdorf.

Das Motto der 30. Brandenburgischen Frauenwoche 2020 „Zurück in die Zukunft“ sollte nicht nur erinnern. Die Frauenwoche 2020 nutzte das Gespräch zwischen Frauen verschiedener Generationen, unterschiedlicher sozialer Herkunft und Lebenswelten als Inspirations- und Motivationsquelle und nahm ihre Geschichte(n) zum Ausgangspunkt für ein in die Zukunft gerichtetes politisches Handeln – gemeinsam, lebendig und widerständig.

Die Veranstaltung wurde u. a. von Christiane Witt, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises TF, organisiert.

23. Juni 2020 – Grüße an die Partner

Auch wenn die Corona-Pandemie thematisch fast alles überschattete: Partnerschaftliche Beziehungen waren gerade in dieser Situation wichtig, vor allem der Austausch von Wissen auf Augenhöhe. Mit Postkarten an die Partnerbezirke/-kreise signalisierte Teltow-Fläming: Wir haben euch nicht vergessen.

9. Juli 2020 – Solidarität in der Krise

Eine Gemeinschaftsaktion zum Thema „Solidarität in der Krise“ fand auf dem Luckenwalder Wochenmarkt statt. Bei dieser Gelegenheit erhielten interessierte Bürger*innen Informationen zur aktuellen Lage in den Partnerkommunen des Landkreises.

Ziel war ein reger Austausch – von den ganz persönlichen Erfahrungen der Einwohner*innen bis hin zu ihren Zukunftswünschen. Mit einem Stimmungsbarometer wurde visualisiert, wo und in welcher Situation Zusammenhalt in den Wochen des ersten Lockdowns am meisten spürbar war.

22. September 2020 – REC Medienfestival

Beim Internationalen Kinder- und Jugendfilmfestival – REC Medienfestival reichten Jugendliche aus Teltow-Fläming das Filmprojekt „OPERATION SMARTIES“ mit Regisseur James Griffin und Elke Schmidt vom Jugendbüro der Gemeinde Nuthe-Urstromtal ein.

Der Film wurde mit einer lobenden Erwähnung ausgezeichnet.

5. Oktober 2020 – Paderborner zu Gast in TF

Gäste aus Teltow-Flämings Partnerkreis Paderborn wurden am 5. Oktober 2020 im Kreishaus in Luckenwalde begrüßt. Der noch amtierende Landrat Manfred Müller und der neu gewählte Landrat Christoph Rüther (beide CDU) besuchten die Ausstellung "Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel". Sie wurde ergänzt um persönliche Meinungen von Bürger*innen der Region bzw. von Partnerkommunen Teltow-Flämings. Die Kreisverwaltung hatte dazu den Aufruf gestartet, den Satz "In einem geeinten Deutschland zu leben bedeutet für mich ..." mit ca. 50 Wörtern zu ergänzen. Bei dieser Gelegenheit überreichte Manfred Müller der Landrätin die Ehrenplakette des Kreises Paderborn.

15. Dezember 2020 – Virtuelles Partnertreffen

Die Landrätin und der Kreistagsvorsitzende halten zum polnischen Partnerkreis Gniezno auch in Corona-Zeiten Kontakt – wenn auch auf anderen Wegen. Der Landkreis Teltow-Fläming initiierte ein virtuelles Treffen zum Austausch über die aktuelle Lage. Die kommunalen Partner*innen waren von der Idee begeistert.

Von polnischer Seite nahmen Landrat Piotr Gruszczyński und der Kreistagsvorsitzende Dariusz Pilak an der Videokonferenz teil. Auch der Koordinator kommunale Partnerschaften, Radosław Gaca, begleitete das virtuelle Treffen.

Zwar stand das Thema Corona-Pandemie im Vordergrund, aber die Partner informierten einander auch über die bevorstehenden Projekte und anstehenden Investitionen in beiden Kreisen. Einig waren sich beide Seiten, dass nunmehr auch digitale Wege gegangen werden müssen, um an der Partnerschaft und beständigen Zusammenarbeit festzuhalten. Beide Verwaltungsleitungen freuen sich auf ein Wiedersehen, sobald die Infektionszahlen zurückgehen und ein Reisen in das jeweils andere Land wieder möglich sein wird.

Weitere Aufgaben

48 Hinweise aus dem Maerker-System wurden zur Bearbeitung weitergeleitet.

In zwei Fällen wurde der unberechtigten Nutzung des Landkreiswappens nachgegangen. Grundlage für die Nutzung des Wappens ist die „Verordnung über kommunale Hoheitszeichen des Landes Brandenburg“.

Besonderer Arbeitsschwerpunkt Corona-Pandemie

Die Mitarbeiter*innen des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit sind im Ernstfall Mitglieder des Katastrophenschutzstabes. Somit waren sie von Beginn der Pandemie an auch in dieser Struktur im Einsatz. Dabei waren auch Wochenendbereitschaften zur Information der Bürger*innen und der Medien erforderlich.

In der pandemischen Lage sind Art und Zahl der Aufgaben für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit gestiegen. Zuerst täglich, dann wöchentlich wurden die Bürger*innen, Bürgermeister*innen, Abgeordnete und weitere Akteur*innen direkt, per Pressemitteilung und auf den Internetseiten über die Entwicklung der Lage informiert. Zudem wurde ein umfangreiches Serviceangebot für die Internetseiten (Fragen und Antworten zur Pandemie, geltende Regelungen, Teststellen, Kontakte u. v. a. m.) zusammengetragen und ständig aktualisiert; abzurufen unter www.teltow-flaeming.de/corona. Dazu kam die Mitarbeit in der AG Mitarbeiterschutz, die Unterstützung für das Gesundheitsamt am Bürgertelefon, in der Kontakt-Nachverfolgung und der Corona-Streife. Diese Aufgaben waren zusätzlich zu den regulären Aufgaben zu bewältigen. Hier einige Zahlen:

Tabelle 1: Pandemiebedingtes Arbeitsaufkommen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Auszug

Aufgabe	Umfang
Pressemitteilungen/Internet-Meldungen	180
Zusammentragen, Veröffentlichen und ständige Aktualisierung der FAQ Corona auf www.teltow-flaeming.de	14 Webseiten
Gestaltung Hygiene-Hinweise, Ausschilderung Kreishaus	rund 20 verschiedene Plakate/Schilder
Veröffentlichung von Mitarbeiter-Informationen (Landrätin, Krisenstab) zum Thema Corona im Intranet	ca..20
Einsatz am Bürgertelefon	ca. 350 Stunden
Schulungen von rund 60 Beschäftigten am Bürgertelefon	5
Koordination, Einsatz und Auswertung Corona-Streife	mind. 200 Tage zu 85% tgl. Arbeitszeit
Bearbeitung von Presse-Anfragen zur Pandemiebewältigung	184

Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation

Das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal ist interner Dienstleister für alle Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation unterstützt die Fachämter bei der optimalen Ausrichtung ihrer Organisationseinheiten und Arbeitsprozesse. Ziel ist es, eine angemessene und auskömmliche Personalausstattung zu gewährleisten.

Neben der Organisationsentwicklung unterstützt das Sachgebiet die Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen. Gleichzeitig ist es für die Bewertung von Stellen verantwortlich.

Des Weiteren initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltlich und organisatorisch die Schaffung innerdienstlicher Regelungen.

Corona-Pandemie

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat der Landkreis zahlreiche zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen. Der öffentliche Dienst zählt zu den systemrelevanten Bereichen, deren Arbeitsfähigkeit unbedingt zu sichern ist. Der Gesetzgeber hat an keiner Stelle die Pflicht zur Aufgabenerfüllung eingeschränkt – im Gegenteil. Durch die Pandemie und die in diesem Zusammenhang erlassenen Rechtsvorschriften sind dem Landkreis zusätzliche Aufgaben übertragen worden. Verantwortlich für die Koordinierung von Infektionsschutzmaßnahmen für Beschäftigte der Kreisverwaltung ist das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe „Mitarbeiterschutz“ gebildet.

Verwaltungsstruktur (Aufbauorganisation)

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen und der weiterhin dynamischen Entwicklung der Corona-Pandemie war es zwingend erforderlich, das Gesundheitsamt nicht nur personell zu verstärken. Es wurde zudem eine strukturelle Veränderung durch Einrichtung der Stabsstelle „Corona-Bekämpfung“ bei der Amtsleitung vorgenommen. Die Stabsstelle umfasst insgesamt 13 zusätzliche (befristet) geschaffene Stellen, die durch Verwendung unbesetzter Stellenanteile aus dem Stellenplan 2020 gedeckt waren.

Eine weitere Änderung der Verwaltungsstruktur wurde im Dezember 2020 beschlossen. Das Jugendamt soll im Folgejahr in fünf Sachgebiete statt bisher vier gegliedert werden. Ziel ist es, ein Ungleichgewicht zwischen den Sachgebieten zu verringern und eine Entlastung auf den Führungsebenen zu erreichen.

Die jeweils aktuelle Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung ist im Organigramm ersichtlich und wird im Intranet und Internet veröffentlicht.

Innerdienstliche Regelungen (Ablauforganisation)

In zahlreichen Regelungen werden Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der Beschäftigten und damit stets der Ablauf der Arbeitsprozesse beschrieben. In diesem Zusammenhang hat das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation auf die Einhaltung der Gesetze – wie beispielsweise das Arbeitsschutzgesetz – und auf effiziente und klare Verwaltungs- und Organisationsabläufe zu achten.

Sowohl die Erarbeitung der Dienstanweisung zum Schutz vor Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2, die Koordinierung der Umsetzung der getroffenen Maßnahmen sowie die Erarbeitung von Regelungen für Beschäftigte hinsichtlich der Umsetzung der SARS-Cov-2 Arbeitsschutzregel als auch die Fortschreibung aller Regelungen bzw. Maßnahmen bedeuteten für das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation einen erheblichen Arbeitsaufwand. Zum Schutz der Beschäftigten wurde ein betriebliches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung der Rechtsverordnungen, Arbeitsschutzregeln sowie Empfehlungen des Robert Koch-Institutes erarbeitet.

In der Kreisverwaltung gelten 18 mit dem Personalrat abgeschlossene Dienstvereinbarungen, 30 durch die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. ihren Vorgänger erlassene Dienstanweisungen, amtsinterne Dienstanweisungen sowie sieben sonstige innerdienstliche Regelungen (Handlungsempfehlungen, Leitlinien usw.).

Sämtliche innerdienstlichen Regelungen unterliegen einem ständigen Anpassungsbedarf.

2020 erfolgten notwendige Anpassungen in der Dienstvereinbarung Rufbereitschaft, Dienstvereinbarung zur Zahlung von Leistungsentgelten, Dienstanweisung Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Brandschutz, arbeitsmedizinischer Dienst. Die fachlich zuständigen Stellen wurden bei der Erarbeitung von Regelungen unterstützt, so z. B. beim Erlass von amtsinternen Dienstanweisungen im Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz.

Die Dienstvereinbarung Nr. 37/2019 zur Fach- und Führungskräfteversicherung wurde für zwei Jahre verlängert (bis 31. Dezember 2022).

Mit einer neuen Dienstanweisung wurde die Zeichnungsbefugnis bei öffentlichen Aufträgen unterhalb der Ebene der Landrätin und der Dezernatsleitungen geregelt.

Die Digitalisierung der Verwaltung war auch 2020 ein breites Tätigkeitsfeld des Bereichs, das zukünftig noch mehr Raum einnehmen wird.

Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 wurde vom Kreistag am 16. Dezember 2019 mit einem Stellenvolumen von insgesamt 886,06 Vollzeiteinheiten (VZE) beschlossen.

Darüber hinaus hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 24. Februar 2020 die Erweiterung des Stellenplanes 2020 um zwei zusätzliche Stellen für den Zensus beschlossen.

Im Ergebnis weist der Stellenplan 2020 somit insgesamt 888,06 Vollzeiteinheiten aus. Im Rahmen der Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie auf der Grundlage von Stellenbemessungsverfahren bzw. Organisationsuntersuchungen meldeten die Ämter Stellenmehrbedarfe an. Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation überprüfte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern die Bedarfsanmeldungen. Es wurde hierzu die Informationsvorlage Nr. 6-3946/19-LR/1 – zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2020 – für den Kreistag am 16. September 2019 erarbeitet.

Für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) sollen zur nachhaltigen Stärkung und Absicherung der Leistungsfähigkeit über den sogenannten „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Überprüfung von Stellenbesetzungen

Zum Tagesgeschäft gehört die Überprüfung von Stellenbesetzungen. Dabei werden die Aktualität der beschriebenen Aufgaben, die Fallzahlen, die Schnittstellen sowie die Bewertung der Stelle geprüft. Daraus ergeben sich häufig Veränderungen. Im Abgleich mit und in Fortschreibung der Stellenbedarfsplanung 2014 bis 2024 wird grundsätzlich kritisch hinterfragt, ob die Stelle wiederbesetzt werden muss. Diese Überprüfung findet daher vor jeder Stellenausschreibung statt.

Zur Steuerung der Prozessabläufe und Unterstützung der Führungskräfte wurde weiter daran gearbeitet, fortschreibungsfähige Stellenbemessungsverfahren zu entwickeln bzw. zu aktualisieren (beispielsweise für die Sozialarbeiter*innen im Sozialpsychiatrischen Dienst). Hierzu werden der Aufgabenkatalog konkretisiert, die Prozessabläufe dargestellt, geprüft und im analytischen Verfahren (Laufzettel, Arbeitsplatzinterview, Selbstaufschreiben, Momentaufnahme) die mittlere Bearbeitungszeit pro Fall ermittelt. Ergänzt um die aufgezeigten Vollzugsdefizite liegt im Ergebnis ein Verfahren zur Berechnung des Stellenbedarfes vor. Dieses kann jährlich anhand der aktuellen Fallzahlen fortgeschrieben und damit der notwendige Stellenbedarf für die Erfüllung der Aufgabe evaluiert werden. So können auch Störungen in der Ablauforganisation ermittelt und den Fachämtern Handlungsempfehlungen zu Änderungsbedarfen gegeben werden.

In diesem Zusammenhang wurde das Formular „Personalbedarfsmeldung“ entwickelt, welches über den jeweiligen anfordernden Fachbereich an das Amt für zentrale Steuerung gerichtet wird, die Prüfvorgänge seitens des Organisations- und Personalbereiches koordiniert und die Ausschreibungs- und Bewerberauswahlverfahren auslöst

Stellenbeschreibung und Stellenbewertung

Zu einer der umfangreichsten Serviceaufgaben des Sachgebietes gehörte auch 2020 die Unterstützung der Fachämter bei der Erstellung bzw. Aktualisierung von Stellenbeschreibungen. Hierfür wurde zur verwaltungsinternen Einheitlichkeit der Stellenbeschreibungen ein Leitfaden für die Führungskräfte entwickelt. Neben Anregungen, Erläuterungen und Formulierungshilfen, welche beim Ausfüllen des überarbeiteten Vordrucks „Stellenbeschreibung“ hilfreich sind, enthält der Leitfaden zudem Hinweise zu typischen Fehlerquellen.

Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation bewertet die Stelle vor. Die Stellenbewertungskommission entscheidet, in welche Entgeltgruppe die Stelle eingeordnet wird. Die Kommission setzt sich paritätisch aus jeweils drei Beschäftigten der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertretung zusammen.

Im Berichtszeitraum wurden aufgrund der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen im Rahmen von Ausschreibungsverfahren oder Anträgen auf Überprüfung der Eingruppierung bzw. der erstmaligen Bewertung bei neu geschaffenen Stellen insgesamt 125 Stellen einer Bewertung unterzogen. Im Vorjahr waren es noch 157 Stellenbewertungen. Der Rückgang basiert auf einer geänderten Prioritätensetzung aufgrund der Corona-Pandemie. Die Entwicklung und Fortschreibung von innerdienstlichen Regelungen hatte Vorrang.

Aufgabenbereich Personal

Das Sachgebiet Personal ist für die Personalgewinnung, Personalverwaltung, Personalentwicklung inkl. Aus- und Fortbildung sowie die Personalkostenplanung/Controlling und Gehalts- und Besoldungsabrechnung zuständig. Das Sachgebiet ist Ansprechpartner für Führungskräfte, Beschäftigte und deren Vertretungen sowie für alle Bewerber*innen.

Um den Herausforderungen im Rahmen des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Führungs- und Fachkräftemangels zu begegnen, initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltliche und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Kreisverwaltung als Arbeitgeber sowie zur Personalgewinnung und -bindung.

Entwicklung des Personalbestands

Eine zentrale Aufgabe ist die Rekrutierung von Personal, um den Personalbedarf zu decken und offene Stellen zu besetzen.

Tabelle 2: Entwicklung des Personalbestands

Status	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Beamte	78	76	76
Beschäftigte	797*	815	849
Auszubildende	22	20	15
duale Student*innen	14	20	22
Bundesfreiwilligendienst	1	1	1
<i>gesamt</i>	<i>912'</i>	<i>932</i>	<i>963</i>

Zum Gesamtpersonalbestand gehören 24 Beschäftigte, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind vier Beschäftigte verbeamtet und 20 tariflich beschäftigt.

Einstellungen

Es wurden im Jahr 2020 insgesamt 96 Beschäftigte eingestellt.

Tabelle 3: Einstellungen 2020

Art der Einstellung	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
befristete Einstellungen	20	17	20
unbefristete Einstellungen	68	48	64
- davon Entfristungen	16	3	4
übernommene Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung	7	6	8
übernommene Student*innen nach erfolgreichem Studium	-	-	4
<i>gesamt</i>	<i>95</i>	<i>71</i>	<i>96</i>

¹ Korrektur des Tätigkeitsberichts 2018

Besetzung von Führungsstellen

Im Jahr 2020 konnten insgesamt 5 Führungsstellen besetzt werden:

- Leitung des Sachgebietes Technische Bauaufsicht
- Leitung des Dezernates IV
- Leitung des Amtes für zentrale Steuerung, Organisation und Personal
- Leitung des Sachgebietes Sonstige Soziale Hilfen
- Leitung des Sachgebietes IT-Service

Beendigung von Arbeits- und Dienstverhältnissen

Es schieden insgesamt 68 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnisverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus folgenden Gründen aus:

Tabelle 4: Ausscheiden von Beschäftigten

Gründe für das Ausscheiden	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Ende der befristeten Tätigkeit	6	2	2
Kündigung durch Arbeitgeber	1	2	3
Kündigung durch Beschäftigte	13	30	29
Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze	24	25	30
Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente	3	1	3
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	3	2	1
Ableben von Beschäftigten	1	1	-
<i>gesamt</i>	<i>51</i>	<i>63</i>	<i>68</i>

Schwerbehinderte Beschäftigte

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 76 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,79 Prozent. Die Pflichtquote beträgt fünf Prozent. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 125 Euro/Monat für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 164 offene Stellen zur Besetzung ausgeschrieben. Davon wurden 30 Stellen intern und 127 Stellen intern und extern ausgeschrieben. Sieben Stellen konnten ohne Ausschreibungsverfahren besetzt werden.

Auf die Ausschreibungen gingen insgesamt 1.734 Bewerbungen ein, davon 100 interne und 1.634 externe. Die Zahl der Ausschreibungsverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr (159) mit 164 Ausschreibungen annähernd gleich hoch geblieben und wird aller Voraussicht nach im Jahr 2021 weiter ansteigen.

Zur Erleichterung des Auswahlverfahrens wurde ein Online-Kontaktformular eingerichtet, über das Bewerbungen online und verschlüsselt eingereicht werden können. Diese Möglichkeit wurde von den meisten Bewerber*innen angenommen und genutzt.

Wie im Vorjahr wurde deutlich, dass es gerade in den technischen Berufen, im IT-Service, bei Fachärzt*innen und in sozialpädagogischen Berufen äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Der Landkreis Teltow-Fläming steht hier in Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen und anderen Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

Das Aufgabengebiet des Personalbereichs ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewachsen und mit dem vergangener Jahre nicht mehr zu vergleichen. Die Sichtung und rechtssichere Prüfung der Bewerbungsunterlagen ist sehr zeitaufwendig. Hinzu kommt, dass regelmäßig Ausschreibungsverfahren wiederholt werden müssen, da entweder keine Bewerbung den entsprechenden Voraussetzungen entspricht und die Anforderungsprofile erweitert werden müssen oder vorgeschlagene Bewerber*innen am Ende die Stelle doch nicht besetzen wollen.

Personalgewinnung und Steigerung der Attraktivität

Fach- und Führungspersonal ist heute deutlich schwerer zu finden. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen verstärkten Ausscheidens von Fachkräften müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, dass das für die Aufgabenerledigung notwendige Personal rechtzeitig, ausreichend und mit der benötigten Qualifikation zur Verfügung steht. Zudem geht mit dem Ausscheiden der älteren Beschäftigten nicht nur die reine Arbeitskraft, sondern gleichzeitig auch ein Verlust an Wissen einher. Daher wurde im Jahr 2020 die überlappende Stellenwiederbesetzung weitergeführt.

Aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu akquirieren, wurde bereits im Jahr 2019 eine Dienstvereinbarung zur Fach- und Führungskräfteversicherung abgeschlossen. Damit wurden zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit wirksame Instrumente definiert, um dem Fachkräftemangel auch auf Führungspositionen entgegensteuern. Die Vereinbarung ermöglicht eine transparente und nachvollziehbare Zahlung von Fachkräftezulagen als auch Sonderzuschlägen, um Wettbewerbsnachteile auf dem Arbeitsmarkt bei der Gewinnung von gut qualifiziertem Personal zumindest teilweise auszugleichen und um vorhandenes Personal zu halten.

Diese Dienstvereinbarung wurde 2020 verlängert, da sie sich als bedeutendes Instrument zur Fachkräftesicherung etablieren konnte und zur Gewinnung neuer qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beiträgt.

Einführung einer Beurteilungsrichtlinie für Beamte*innen

Um die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamt*innen des Landkreises Teltow-Fläming einheitlich bewerten zu können, wurde ein Beurteilungssystem in Form einer Beurteilungsrichtlinie abgeschlossen. Sie beinhaltet verbindliche Regelungen zum Beurteilungsverfahren, den Anlässen einer Beurteilung sowie den Zuständigkeiten und Inhalten der auszustellenden Beurteilung. Mit der Beurteilungsrichtlinie werden nun in bestimmten zeitlichen Abständen Regelbeurteilungen aller Beamt*innen des Landkreises Teltow-Fläming durchgeführt. Dies dient u. a. der Verwirklichung des Grundsatzes gem. Artikel 33 Abs.2 GG, Beamt*innen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung einzustellen und zu befördern. Auf Grundlage dieser Richtlinie erfolgten bereits erste Anlassbeurteilungen, die Grundlage für die Beförderungen insgesamt vier Beamt*innen boten.

Beförderungen/Höhergruppierungen

Im Jahr 2020 wurden insgesamt vier Beamt*innen befördert. Insgesamt 49 Beschäftigte wurden aufgrund einer internen Umsetzung oder aufgrund der Neubewertung der Stelle höhergruppiert.

Teilzeitbeschäftigte

Auch in der Kreisverwaltung besteht der Wunsch der Beschäftigten nach Teilzeitarbeit, um flexibel auf persönliche Lebenslagen reagieren zu können. Zum 31. Dezember 2020 arbeiteten insgesamt 302 Beschäftigte in Teilzeit (283 tariflich Beschäftigte und 19 Beamt*innen).

Altersteilzeit

Auf Grundlage des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27. Februar 2010 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 29. April 2016 können die Beschäftigten einen Antrag auf Altersteilzeitbeschäftigung stellen. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 befanden sich 21 Beschäftigte in Altersteilzeit. Zwei Beschäftigte haben sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit, 18 für das Blockmodell entschieden. Dies entspricht einer Quote von 2,5 Prozent der Anzahl der Beschäftigten des Vorjahres.

Elternzeit

Insgesamt 31 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch. In dieser Zahl sind alle Beschäftigten berücksichtigt, deren Elternzeit bis in das Jahr 2020 hineinreichte oder deren Elternzeit im Jahr 2020 begann.

Personalkosten und Controlling

Zur Planung, Steuerung und unterjährigen Kontrolle des Finanzverbrauchs im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal wurde ab dem Jahr 2018 ein regelmäßiges Berichtswesen installiert. Damit soll transparent und frühzeitig über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch informiert werden, um gegebenenfalls zeitnah gegensteuern zu können. Dieser Prozess wurde im Jahr 2019 und 2020 fortgeführt. Viele Sachverhalte haben Auswirkungen auf die Personalkosten. Die Stellenplanbewirtschaftung, die in einem engen Zusammenhang mit den Personalkosten zu sehen ist, stellt u. a. die Grundlagen für Einstellungen und unterjährige Kompensationen dar.

Ausbildung

Am 1. August 2020 begannen vier Personen ihre Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten (VFA). Eine Person erlernt seitdem den Beruf des Vermessungstechnikers. An der TH Wildau nahmen am 1. September 2020 fünf Personen das duale Studium „Öffentliche Verwaltung Brandenburg (LL.B.)“ und eine Person das duale Studium „Verwaltungsinformatik Brandenburg (B. Sc)“ auf. Zum 1. Oktober 2020 nahm erstmals eine Person das duale Studium „Vermessung und Geoinformatik (B.Eng.)“ an der Hochschule Anhalt in Dessau-Roßlau auf.

Den sieben Auszubildenden und vier Studierenden, die 2020 erfolgreich ihren Abschluss absolvierten, wurde – dem Personalentwicklungskonzept folgend – eine unbefristete Anstellung angeboten. Alle nahmen das Angebot an.

Drei Beschäftigte begannen im Jahr 2020 den Lehrgang zur Vorbereitung auf die Ausbilder-eignungsprüfung und unterstützten somit die ständige Qualitätssteigerung der Ausbildung. Das im Personalentwicklungskonzept festgeschriebene Ziel von zwei Ausbilder*innen pro Amt wird damit zielstrebig verfolgt. Derzeit stehen für die praktische Ausbildung in der Kreisverwaltung 43 Ausbilder*innen zur Verfügung.

Die Anzahl der zertifizierten Beschäftigten zur Betreuung der Studierenden in den vorgeschriebenen Praktika erhöhte sich auf 29.

Praktikum

Das Engagement der Amtsleitungen und Beschäftigten in der Kreisverwaltung ermöglichte es einigen jungen Menschen, trotz der Covid-19-Pandemie Praktika in der Verwaltung zu absolvieren.

Tabelle 5: Praktika in der Kreisverwaltung

Kalenderjahr	Schüler*innen	Studierende	berufsbegleitende Maßnahmen	im Zuge der Ausbildung
2018	32	13	7	11
2019	30	15	9	8
2020	13	7	0	4

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 8,99 Prozent aller Beschäftigten. Berechnet wurde der durchschnittliche Krankenstand auf Basis einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 26,2 Krankentagen pro Beschäftigtem. 72 Beschäftigte (7,4 Prozent aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als sechs Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Unfallanzeigen

Im Jahr 2020 gingen insgesamt 20 Arbeitsunfallanzeigen ein, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren acht Wegeunfälle. Von den 20 Arbeitsunfällen führten 16 zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 269 Arbeitstagen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seit dem 1. Januar 2011 setzt die Kreisverwaltung die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Beschäftigten des Landkreises, die innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. auftrat oder die Summe einzelner Fehlzeiten diese Grenze überschritt bzw. überschreitet. Im Jahr 2020 wurde 80 Beschäftigten ein BEM-Verfahren angeboten. 31 nahmen die Möglichkeit zum freiwilligen Gespräch an. 45 Beschäftigte sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von vier Beschäftigten steht noch eine Antwort aus.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum stellten 25 Beschäftigte der Kreisverwaltung Anträge auf Bezuschussung der Anschaffung von Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze nimmt das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen

- des Landkreises,
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
- des Amtes Dahme/Mark und
- der Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises.

Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die

- Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze Haushaltssicherung sowie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen und materiellen Ressourcen,
- Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung,
- Umsetzung der Grundsätze Haushaltswahrheit und -klarheit sowie
- Einhaltung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Als Bewertungs- und Entscheidungshilfen für die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse. Die Prüfungen umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung von 18 Jahresabschlüssen der Haushaltsjahre 2013 bis 2018, davon 3 Abschlussprüfungen noch nicht abgeschlossen, in der Kreisverwaltung und in den Kommunen sowie in den Wasser- und Abwasserzweckverbänden als Voraussetzung für die durch die Kommunalverwaltungen zu fassenden Beschlüsse,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege in Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und den Kommunen,
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Mitteln des Bundes, Landes und Landkreises für vier Fördermaßnahmen im Landkreis,
- Prüfung der Arbeit der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden 12 Fachämter der Kreisverwaltung einbezogen. Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch Wert darauf gelegt, auf Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes hinzuweisen und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Es ist die Aufgabe der Kommunalaufsicht, im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Die Kommunalaufsicht über die Städte, Gemeinden und Zweckverbände führt die Landrätin als allgemeine untere Landesbehörde. Kommunalaufsicht ist Rechtsaufsicht.

Die Kommunalaufsicht versteht sich in erster Linie als präventive Aufsicht. Ziel ist es, durch umfangreiche kommunalrechtliche Beratungstätigkeit, nach Darlegung der Rechtsauffassung der zu beaufsichtigenden Körperschaften, diese zu unterstützen und so ein kommunalaufsichtliches Einschreiten von vornherein zu vermeiden. Der Anteil der beratenden Tätigkeit hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Sofern es personell abgesichert werden konnte, wurde z. B. die kursorische Prüfung von Satzungen oder Haushaltsplänen vor den Beschlussfassungen durch die Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen angeboten. Dieses Angebot wurde auch von den zu beaufsichtigenden Körperschaften genutzt.

Um gezielt beraten zu können, spezialisierten sich die Beschäftigten hinsichtlich der allgemeinen sowie der finanziellen und personellen Kommunalaufsicht.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt war die Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zu Grunde lag. Diese kamen sowohl von Gemeindevertreter*innen als auch von Bürger*innen.

Des Weiteren wurden Kommunen häufig zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Problemstellungen – sowie zu satzungsrechtlichen Fragen beraten.

Die Begleitung eines kommunalen beamtenrechtlichen Verfahrens vor dem Landespersonalausschuss stellte eine weitere arbeitsaufwändige Tätigkeit der allgemeinen Kommunalaufsicht dar.

In wahlrechtlichen Angelegenheiten bezog sich die Beratung und Unterstützung insbesondere auf die Wahl von Ortsbeiräten und Ortsvorsteher*innen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beratung und Unterstützung der Gemeinden und Zweckverbände bei der Prüfung von Vermögensgeschäften hinsichtlich ihrer Genehmigungspflicht. So wurden bei beabsichtigten Grundstücksveräußerungen die Veräußerungen auf ihren vollen Wert bzw. auf Belastungsvollmachten geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen die Genehmigung erteilt.

Des Weiteren war die Kommunalaufsicht auch unterstützend für die Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung im Umgang mit rechtlichen und wirtschaftlichen Problemen tätig.

Für die noch ausstehende Eröffnungsbilanz einer kreisangehörigen Gemeinde wurde im Jahr 2020 Prüfbereitschaft gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt signalisiert.

Rückstände bestehen auch weiterhin bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse. Von den Möglichkeiten, die das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse eröffnet, haben die Städte und Gemeinden wenig Gebrauch gemacht. Die Probleme, die sich im Wesentlichen aus personellen Engpässen ergaben, konnten auch mittels dieser gesetzlichen Regelung nicht gelöst werden.

Im Haushaltsjahr 2020 konnten 7 von 16 kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Haushaltsausgleich auch unter Berücksichtigung von Ersatzdeckungsmitteln nicht nachweisen.

Die Genehmigung der Kommunalaufsicht für das durch die zuständige Vertretung beschlossene Haushaltssicherungskonzept konnte zwar in allen Fällen erteilt werden, wurde aber zum Teil mit Auflagen versehen.

Darüber hinaus genehmigte die Untere Kommunalaufsichtsbehörde Kredite sowie Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der vorgelegten Haushaltssatzungen, verfasste Stellungnahmen für die Förderung gemeindlicher Vorhaben sowie führte beratende Gespräche zu Entwürfen von Haushalts- bzw. Wirtschaftsplänen sowie haushaltsrelevanten Fragen.

Die Haushaltssituation vieler Städte und Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming insbesondere im südlichen Bereich ist finanziell außerordentlich angespannt. Die kommunale Finanzausstattung ist oftmals nicht auskömmlich, um die gemeindliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Gemeinsam mit der Kommunalaufsichtsbehörde wurde die Haushaltslage analysiert und nach Wegen gesucht, um zumindest die prioritären Aufgaben finanziell absichern zu können.

Büro für Chancengleichheit und Integration

Im Büro für Chancengleichheit und Integration arbeiten die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, die Behinderten- und Seniorenbeauftragte, die Sachbearbeiterin LAP/MBS-Gewinnausschüttung und die Schwerbehindertenvertretung eng zusammen.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Der Landkreis TF nimmt seit 2015 am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil.

Im November 2019 erhielt der Landkreis den Zuwendungsbescheid für die zweite Förderperiode des Bundesprogramms (2020 bis 2024) über 500.000 Euro. Das ermöglicht, die bereits angestoßenen Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie (vormals LAP) fortzusetzen und sie im Sinne des Leitbildes des Landkreises weiterzuentwickeln.

Verantwortlich für die Mittelbewirtschaftung war die federführende Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, unterstützt von der Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“ und der Sachbearbeiterin, und zwar für:

- die rechtsverbindliche Antragstellung für die „Partnerschaft für Demokratie“ auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Programm;
- die rechtliche und inhaltliche Verantwortung der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“, einschließlich der Organisation, Berufung bzw. Bereitstellung einer Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses;
- die ordnungsgemäße Mittelverwendung;
- die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte (u. a. Auszahlung der Mittel für die Fonds und der daraus finanzierten Einzelmaßnahmen) einschließlich der rechtsverbindlichen Mittelanforderung bei der Regiestelle und der Bereitstellung von Informationen über die jeweiligen Einzelmaßnahmen (Formblatt-Vorgabe der Regiestelle)
- die administrativ-technische Beratung von Trägern von Projekten und Einzelmaßnahmen;
- die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel – entsprechend den Regelungen nach Nr. 7.2 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk).

Die Aufgaben der Fach- und Koordinierungsstelle waren:

- Erstansprechpartner bei Problemlagen entsprechend dem Förderbereich
- Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss, dem Jugendforum und weiteren Akteur*innen
- Koordinierung sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von 11 Einzelmaßnahmen im Jahr 2020, von denen eine Maßnahme 17 Mikroprojekte in der Schwerpunktregion Zossen beinhaltete. Zielsetzung war eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie einschließlich der Begleitung der Akteur*innen und ihrer Aktivitäten im Jugendforum sowie der Wahrnehmung von Aufgaben bzgl. der Mittelverwendung und -abrechnung im Aktions- und Initiativfonds sowie im Jugendfonds
- Koordination der Arbeit des Begleitausschusses
- Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort
- Unterstützung der Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene (insb. Demokratiezentren)

- Förderung der Vernetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere Anregung und Unterstützung des Wissenstransfers zum Umgang mit Problemlagen entsprechend dem Förderbereich in Verwaltungsstrukturen
- Beratung und Unterstützung von Bürger*innen, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, für die Integration von Migrant*innen sowie für Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren
- Förderung fachlicher Qualifizierung von Akteur*innen in der „Partnerschaft für Demokratie“ und Vermittlung entsprechender Angebote
- Weiterentwicklung der Arbeit in der Kommune im Themengebiet
- Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms
- Sicherstellung der Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse
- Teilnahme an inhaltlichen und qualifizierenden Maßnahmen des Bundesprogramms
- Beantragung der weiteren Teilnahme am Bundesprogramm

Die Fach- und Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ informierte das beschließende Gremium, den Begleitausschuss, über Entwicklungen in den Tätigkeitsbereichen der Partnerschaft.

Der Begleitausschuss arbeitet erfolgreich. Ein Lagebild und Maßnahmen wurden gemeinsam auf zwei Klausurtagungen in Blankenfelde-Mahlow und in Baruth/Mark erarbeitet.

Die Herausbildung der Partnerschaften verlief weitgehend entsprechend den Zielsetzungen. Die Entwicklung digitaler Kompetenzen bei fast allen Beteiligten machte durch die pandemiebedingten Einschränkungen sehr große Fortschritte. Jugendforum, Begleitausschuss und Projektträger sind feste Partner in allen Stufen partizipativer Prozesse. Die geplanten zwei Klausurtagungen mit dem Begleitausschuss fanden als Präsenzveranstaltungen in Blankenfelde-Mahlow und Baruth/Mark statt. Die Begleitausschuss-Sitzungen wurden größtenteils als Online-Veranstaltungen abgehalten. Die Teilnahme an den Online-Veranstaltungen verlief anfangs zögerlich, steigerte sich jedoch zunehmend. Hier wurden technische, sachliche und fachliche Defizite deutlich, die das Thema Digitalisierung als Handlungsfeld in den Vordergrund rückten.

Die Zielsetzungen „Fairer Zugang“ und „Interkulturelle Öffnung“ wurden durch die Pandemie erheblich erschwert, da sich hier die technischen, sachlichen und fachlichen Defizite besonders gravierend auf eine Umorientierung in Online-Formate auswirkten.

Der Newsletter mit über 600 Leser*innen informierte über Projektträger des Einzel- und Initiativfonds sowie regionale und überregionale Aktivitäten und Best-Practice-Beispiele im Themenfeld.

Die Leserschaft griff mehr und umfangreicher auf die Inhalte des Newsletters und der Internetseite zu.

Insbesondere das Mobile Beratungsteam war 2020 ein wichtiger und zuverlässiger Partner. In Zusammenarbeit mit dem Mobilen Beratungsteam Trebbin und dem Jugendclub Klab wurde eine Veranstaltungsreihe mit vier Terminen zum Thema Verschwörungstheorien konzipiert und zwischen August und Oktober durchgeführt. Das Angebot wurde sehr gut angenommen; weitere Jugendclubs haben für 2021 Interesse an dem Format geäußert.

11 Einzelprojekte, wovon eines 17 Mikroprojekte bis 1500 € Förderumfang beinhaltet, wurden im gesamten Landkreis im Rahmen des Aktions- und Initiativefonds realisiert. Die Schwerpunktregion Zossen erhielt durch die Förderung dieses Verbundprojektes einen besonderen Impuls zur Förderung eines demokratischen Miteinanders. Ebenfalls in Zossen fand das erste digitale Fest der Vereine statt.

Das Vorhaben, zwei Demokratiekonferenzen in den Sozialräumen Zossen und Dahme durchzuführen, scheiterte an den Eindämmungsverordnungen. Die Vorbereitungen und Vernetzungsaufgaben verliefen jedoch soweit, dass eine Wiederaufnahme der angestoßenen Prozesse gut realisierbar und vor Ort erwünscht ist.

Der Internetauftritt sowie die Formulare Antragsstellung und Verwendungsnachweis wurden und werden überarbeitet. Die programmatische Zielsetzung, auch Gebiete im Landkreis zu erreichen, die zivilgesellschaftlich schwächer aufgestellt sind, wurde partiell umgesetzt.

Der Tag der Toleranz sowie die geplante 12. Herbstkonferenz fanden nicht statt, da diese für Online-Formate nicht geeignet sind. Auch die Inbetriebnahme des Bürgerbusses verzögerte sich wegen personeller Engpässe und den bekannten Eindämmungsregeln auf einen noch nicht bekannten Zeitpunkt. Der Internetauftritt einschließlich der zu nutzenden Antrags- und Verwendungsnachweisformulare wurde und wird überarbeitet.

Auch 2020 widmete sich die Partnerschaft für Demokratie/LAP TF Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation. Neben der vom Bundesprogramm vorgegebenen Befragung durch das ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main geschah dies durch die Etablierung sozialer Plattformen im Internet.

Die Mittlerziele bei der Umsetzung des Bundesprogramms 2020 waren:

- Empowerment und Unterstützung demokratischer Kinder und Jugendbeteiligung im Landkreis
- Verbesserung der Integration und des demokratischen Zusammenlebens entsprechend dem Leitbild

Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bertelsmann Stiftung/Phineo "Selbstcheck Weltoffene Kommune" im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Die Handlungsfelder „Fairer Zugang“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Kommunikation und Konfliktmanagement“ werden Schwerpunkte bei der Projektauswahl Aktions- und Initiativefond sowie den regionalen Demokratiekonferenzen.

Neben den bereits erwähnten Einzelprojekten fand ein intensiver Austausch zu gelingender Integration, Willkommens- und Beteiligungskultur durch den Austausch mit Praktiker*innen aus anderen Partnerschaften bundesweit sowie mit brandenburgischen Akteur*innen der Vernetzungstreffen von Tolerantes Brandenburg statt.

Insbesondere in Brandenburg werden zukünftig weitere Kooperationen und Synergien mit Bürger*innen, Vereinen, Politiker*innen vor allem im Bereich Zossen und Jüterbog angestrebt.

Jugendforum Teltow-Fläming

Das Jahr 2020 wurde von den aktiven Jugendlichen unter dem Eindruck einer neuen Umweltbewegung, den stattgefundenen Landtagswahlen und Digitalisierung gestaltet. Das Jugendforum etablierte einen Instagram-Account, wodurch deutlich mehr Jugendliche erreicht werden.

Für das Jugendforum fanden zahlreiche Qualifizierungstermine statt, um sich zusammen mit dem Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung in der Thematik des §18a Brandenburgisches Kommunalverfassungsgesetz fortzubilden.

Verwendung der Mittel

Insgesamt wurden 2020 aus den Mitteln des Bundesprogramms 113.714,80 Euro ausgereicht. Davon für:

Tabelle 6: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

Finanzposition lt. Antrag	Beantragt für 2020	Bewilligung an Letztempfänger
1.1 (externe) Koordinierungs- und Fachstelle	55.000,00 €	55.000,00 €
1.2 Aktions-/Initiativfonds	54.000,00 €	48.714,80 €
1.3 Jugendfonds	10.000,00 €	10.000,00 €
1.4 Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	20.000,00 €	
Gesamtkosten	139.000,00 €	113.714,80 €
2.5 Drittmittel (MBS)	14.000,00 €	
2.7 Bundesmittel	125.000,00 €	
Gesamteinnahmen	139.000,00 €	n. n.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Aufgrund der Aufgaben, die den Landkreisen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie übertragen wurden, hat auch die Behinderten- und Seniorenbeauftragte dem Gesundheitsamt ihre Unterstützung zugesagt.

Anfang des Jahres erstellte sie mit der Betriebsärztin in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Gefährdungsbeurteilungen für die Beschäftigten der Corona-Kontrollen. Daneben baute sie gemeinsam mit dem Landwirtschaftsamt im Auftrag des Gesundheitsamtes den Service des Corona-Bürgertelefons auf und koordinierte den Einsatz der Beschäftigten. Seit März 2020 ist sie regelmäßig als Ansprechperson am Corona-Bürgertelefon tätig. Seit September 2020 unterstützt sie das Gesundheitsamt bei der Kontrolle der Einhaltung der Eindämmungsverordnungen und der Quarantäneanordnungen. Sie hat ein Team von Kontrolleur*innen mit aufgebaut und geschult.

Ansprechperson für Menschen mit Behinderungen und Seniorinnen und Senioren

Als allgemeine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen werden hier individuelle Bedarfe ermittelt und Kontakte zu entsprechenden Unterstützungs- und Hilfeangeboten vermittelt. Die häufigsten Anfragen zu Leistungen und Themen unterscheiden sich kaum von den Themen der Jahre zuvor. Allerdings setzte auch hier die Corona-Pandemie einen deutlichen Schwerpunkt:

- Beibehaltung der Öffnung von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe, Möglichkeiten des besonderen Schutzes
- Ausnahmen zur Pflicht von Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen

- Herausforderungen in der Betreuung von Angehörigen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Zeiten von Corona
- Umbau- und Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Wohnraum;
- DIN-Vorschriften zum barrierefreien Ausbau/Umbau
- Schülerspezialverkehr
- Individualverkehr zu Fachärzten, Selbsthilfegruppen, Behördengängen
- Unterstützung für pflegende Angehörige

Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen nach § 50 Brandenburgische Bauordnung

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte wird von den zuständigen Bereichen Kreisentwicklung und technische Bauaufsicht in die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume, der baulichen Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude und Wohnungen einbezogen und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Insgesamt wurden 69 Stellungnahmen zu genehmigungspflichtigen Verfahren zugearbeitet. Bauherren, Planer und Kommunen nutzen auch außerhalb eines genehmigungspflichtigen Verfahrens den fachlichen Austausch. Wie im Jahr 2019 sind auch in diesem Jahr die Schwerpunktthemen Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte (z. B. an Bushaltestellen und Straßenquerungen) sowie eine rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen. Dazu wurden regelmäßig Vor-Ort-Termine wahrgenommen, um die Gegebenheiten gemeinsam mit den Beteiligten besprechen zu können.

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen gab es im Jahr 2020 keine öffentlichen Veranstaltungen. Somit fanden das 20. Behinderten- und Skaterfest und auch die 27. Brandenburgische Seniorenwoche nicht statt. Diese sollen im Jahr 2021 nachgeholt werden.

Weitere Tätigkeiten

In folgenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Beiräten arbeitet die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mit und steht hier als Ansprechpartnerin zum Thema Menschen mit Behinderungen und Senioren zur Verfügung:

- Kreissenorenbeirat Teltow-Fläming
- Nahverkehrsbeirat
- Netzwerk Demenz TF
- AG Migration
- „Netzwerk Gesundheitsdienstleister – barrierefreies Bauen“ der Kreishandwerkerschaft TF

Durch die Kontaktbeschränkungen gab es im Jahr 2020 bis auf wenige Ausnahmen keine Treffen der Arbeitskreise bzw. Beiräte. Es wurde auf die Kommunikation per Telefon und Videokonferenz zurückgegriffen.

Daten und Fakten

Im Landkreis Teltow-Fläming ist fast jeder fünfte Einwohner älter als 65 Jahre. Davon ist besonders der ländliche Bereich betroffen. Insgesamt leben im Landkreis ca. 38.500 Menschen, die 65 Jahre alt oder älter sind. Laut Prognose wird die Anzahl der Personen im berufsfähigen Alter in Teltow-Fläming bis 2030 um insgesamt ein Viertel sinken.

Momentan leben in unserem Landkreis ca. 8.000 Menschen, die pflegebedürftig sind. Zwei Drittel davon werden zu Hause gepflegt.

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es mehr als 29.000 behinderte und schwerbehinderte Menschen. Von diesen haben ca. 20.000 Personen ein Grad der Behinderung ab 50. Davon wiederum sind 12.700 Personen 65 Jahre und älter.

Gesetzliche Grundlage

Vor dem Hintergrund des oben genannten demografischen Wandels haben das Land Brandenburg in seiner Kommunalverfassung (§ 19 BbgKVerf) und der Landkreis Teltow-Fläming in seiner Hauptsatzung (§ 13) festgelegt, u. a. die Bevölkerungsgruppe der Senior*innen stärker in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag einen Beauftragten zur Integration behinderter Menschen und zur Vertretung der Interessen der Senioren.

Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung

Teilbereich LAP

Im Jahr 2020 genehmigte der Begleitausschuss 12 neue Projekte. Die Prüfung der Anträge, die Erstellung des Zuwendungsbescheides und die Ausreichung der Mittel sind dabei erfolgt. Zudem wurde im zweiten Quartal 2020 der Gesamtverwendungsnachweis für das Förderjahr 2018 erstellt und eingereicht. Dies beinhaltete die Prüfung der Verwendungsnachweise aller Einzelmaßnahmen aus der 2018er-Förderung, teilweise verbunden mit Rückforderungen und der Erstellung eines Gesamtverwendungsnachweises.

Teilbereich MBS-Gewinnausschüttung

Insgesamt wurden zwei Kreisausschussbeschlüsse (6-4017/19-LR/1 und 6-4164/20-LR) mit einem Fördervolumen von insgesamt 575.160,73 Euro herbeigeführt.

Tabelle 7: MBS-Ausschüttungsmittel

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Luckenwalder Sportfuchse e. V.	Beförderung zum Behindertensport in die Fläminghalle in Luckenwalde	Sport	3.400,00 €
MTV Wünsdorf 1910 e. V.	Erneuerung zweier Tischtennis-Platten	Sport	700,00 €
Verband der Feuerwehren des Landkreises Teltow-Fläming e. V.	2. Feuerwehr-Krömel-Lager	Jugend und Familie	3.000,00 €
FSV 63 Luckenwalde e. V.	Fußball-Kindergarten 2020	Sport	6.400,00 €
Gesang-Verein e. V. "Lyra" Luckenwalde "1878"	Liedgut bewahren und erweitern - von der Probe bis zum Auftritt	Kultur	1.900,80 €
Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V.	Spurensuche - Wir entdecken die heimische Natur	Bildung	1.122,35 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Handwerkliche Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund	Jugend und Familie	9.580,00 €
SG 1910 Woltersdorf e. V.	Erneuerung Kabinenausstattung & mobile Trainingstore	Sport	3.660,00 €
Behindertenverband Dahme e. V.	Anschaffung eines Fahrzeugs für den Behindertentransport	Soziales und Senioren	18.000,00 €
Feuerwehrverein Woltersdorf e. V.	Sitzraufen Kreativzentrum Woltersdorf	Soziales und Senioren	13.000,00 €
Förderverein Horstmühle-Baruth e. V.	Aufstellung einer überdachten Sitzgruppe	Jugend und Familie	992,46 €
Kinder- und Jugendförderverein Am Mellensee e. V.	Kleiderkammer in Klausdorf	Soziales und Senioren	9.550,00 €
Ortsverein Hennickendorf e. V.	Ausstattung für die freiwillige Jugendfeuerwehr Hennickendorf	Jugend und Familie	3.835,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Ev. Kirchengemeinde Dahme/Mark	Dorfkirche Görsdorf - Sanierung und Wiederaufbau des Turmes	Denkmalpflege	30.000,00 €
Tennisclub Jüterbog e. V.	Vereinskleidung für den TC Jüterbog e. V.	Sport	800,00 €
KommMit e. V.	Angebot für traumatisierte Flüchtlingskinder im Übergangswohnheim Ludwigsfelde 2020	Jugend und Familie	41.881,12 €
Kultur pflanzen e. V.	KulturbütenFestival 2020 in und um Wahlsdorf	Kultur	5.000,00 €
Kultur pflanzen e. V.	Eine Frage der Zeit (AT) - Stückentwicklung um die Takungen des Lebens	Kultur	3.000,00 €
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	1. Bundesliga Bogen Nord	Sport	3.750,00 €
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	17. Brandenburgischer Schulvergleich	Sport	2.400,00 €
Pferdesportverein Rangsdorf e. V.	Instandsetzung des Vereinsgeländes	Sport	6.300,00 €
SV Lokomotive Rangsdorf e. V.	33. Fritz-Firmont-Turnier	Sport	450,00 €
SV Flaeming-Skate e. V.	9. Flaeming-Skate-Junior-Cup	Sport	2.500,00 €
SPAS e. V.	Selbsthilfewerkstatt für Fahrradreparatur	Soziales und Senioren	2.000,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Ersatzbeschaffung Trainingsequipment	Sport	1.050,00 €
Ev. Kirchengemeinde Dahme/Mark	Ausstellung: "Die Landschaft der Marianne Lange - Bilder aus dem Süden Australiens"	Kultur	560,00 €
Gemischter Chor Ludwigsfelde	Sing 4 Fun	Kultur	300,00 €
Ev. Kirchengemeinde Niedergörsdorf	Restaurierung des Gemäldes "Anbetung" von Michael Adolph Siebenhaar, Öl auf Nadelholz, 1730, 83,5 cm x 58,0 cm	Denkmalpflege	3.500,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai	Erstellung von Messbildern und Bauhistorische Untersuchung	Denkmalpflege	20.000,00 €
SV Flaeming-Skate e. V.	Saisonöffnung - Frühlingserwachen Flaeming-Skate 2020	Sport	1.850,00 €
IsiSPO e. V.	Phantasiewelt/Garten der Begegnung	Soziales und Senioren	5.460,00 €
GAG Klausdorf	Fahrradwerkstatt/Selbsthilfewerkstatt	Soziales und Senioren	4.040,00 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Koordinierungsstelle "Barrierefrei"	Soziales und Senioren	17.906,00 €
Museumsverein Glashütte e. V.	Glas und Treuhand. Deindustrialisierung einer Branche? - Ausstellung und Katalog	Kultur	4.500,00 €
Förderverein der Kastanienschule 1994 e. V.	Schülerwerkstatt: Wir erkunden neue Berufsfelder	Jugend und Familie	1.785,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Schritt für Schritt zur Sprachprüfung - Deutschkurse für Frauen mit Kinderbetreuung	Bildung	28.800,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Grundbildungsarbeit im Landkreis Teltow-Fläming - Alpha-Bündnis Teltow-Fläming	Bildung	16.600,00 €
Kreisverwaltung TF, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	Ausbildungsführer Teltow-Fläming 2020/2021	Jugend und Familie	15.000,00 €
Kreismedienzentrum	Bestandserweiterung für Elementar-, Grundschulen, Bereich Fachbuchbestand und Werbung Fahrbibliothek	Bildung	20.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Museum des Teltow	Von der Kanonenbahn zur Draisine - Die Geschichte der Königlich Preußischen Militäreisenbahn	Kultur	10.000,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
SJD - Die Falken Landesverband Brandenburg	Mädchen-Bildet-Banden - Projektarbeit mit geflüchteten und nicht-geflüchteten Mädchen	Jugend und Familie	4.000,00 €
GEDOK Brandenburg e. V.	ÜBER-LEBEN Interdisziplinäres Kunst- und Beteiligungsprojekt der GEDOK Brandenburg 2020	Kultur	10.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Büro f. Chancengleichheit und Integration	Bürgerbus - Anschaffung, Ausstattung und Betrieb	Bildung	20.000,00 €
Borussia Lüdersdorf 1910 e. V.	Erneuerung von Fallschutzmatten	Sport	1.350,00 €
Rangsdorfer Segelgemeinschaft 53 e. V.	Erneuerung Spundwand im Sportboothafen und im Slipkanal	Sport	9.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde Trebbin	Instandsetzungsmaßnahmen des Kirchturmes von Dorfkirche Großbeuthen (Schalllucken, Dach und Aufgang) und des Kirchenschiffes - Sicherungsmaßnahmen zum Erhalt der Dorfkirche	Denkmalpflege	5.000,00 €
SG Glienick 1964 e. V.	Anschaffung von 2 Rasenmärobotern	Sport	6.600,00 €
Feuerwehrverein Jänickendorf e. V.	Sanierung der Küche des Mehrzweckgebäudes Feuerwehr/Feuerwehrverein	andere Projekte	2.300,00 €
Kreismusikschule Teltow-Fläming	Anschaffung von Musikinstrumenten	Kultur	7.300,00 €
Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Schönefeld e. V.	Ausbildung der Kinder- und Jugendfeuerwehr in Nuthe-Urstromtal - Kauf von SUSYS (Standart-Unterrichts-System)	andere Projekte	1.375,00 €
Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai	Hüllensanierung St. Nikolai Jüterbog, 3.BA	Denkmalpflege	10.000,00 €
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Mitarbeit für koordinierende Arbeiten in der Tafel Jüterbog, Luckenwalde und Zossen	Soziales und Senioren	29.363,00 €
Ev. Kirchengemeinde Jänickendorf	Hüllensanierung Kirche Jänickendorf 2. BA	Denkmalpflege	15.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde Kerzendorf	Sanierung Dorfkirche Kerzendorf 1. BA Turm	Denkmalpflege	10.000,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Kulturstiftung Schloss Wiepersdorf	Zwischen Krieg und Frieden / Zwischen Frieden und Krieg	Kultur	4.000,00 €
Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e. V.	Herrichtung Seminarraum im NaturParkZentrum am Wildgehege Glauer Tal zur Mediennutzung zur Umweltbildung	Umwelt	6.000,00 €
SG Schöneiche e. V.	Anschaffung von 2 Zelten und 16 Festzeltgarnituren	Sport	3.350,00 €
Förderverein Kloster Zinna e. V.	Spielgeräte für Mehrgenerationenplatz Kloster Zinna	Jugend und Familie	9.000,00 €
Förderverein Sanierung Kirche Heinsdorf e. V.	Fortsetzung der Sanierung der freiliegenden Ruinenmauer mit Einbeziehung der Priesterforte (12. BA)	Denkmalpflege	10.000,00 €
SG 1910 Woltersdorf e. V.	Sicherung des Sportplatzes (Umzäunung mit Toreinfahrt) in Woltersdorf	Sport	6.100,00 €
Schützenverein Schöna-Kolpien e. V.	Errichtung einer Zaunanlage mit Übersteigenschutz	Sport	1.000,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Anschaffung eines Materialschranks, Erneuerung von Sportgeräten	Sport	1.250,00 €
Ev. Kirchengemeinde Borgisdorf	Sanierung der Dorfkirche Hohengörsdorf	Denkmalpflege	20.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Jugendamt	Buswerbung der Jugendberufsagentur	Jugend und Familie	5.500,00 €
Zellendorfer Sportverein e. V.	Ersatzbeschaffung neuer Handball-Tore	Sport	1.400,00 €
Tennisclub Jüterbog e. V.	Anschaffung von Trainingsequipment für den Kinder- und Jugendbereich	Sport	950,00 €
GAG Klausdorf	Büchertauschbörse	Soziales und Senioren	6.600,00 €
GAG Klausdorf	Wanderweg "Boden-Geo-Pfad"	Umwelt	5.000,00 €
Strausberger Bildungs- und Sozialwerk e. V.	Schaffung von zwei Familienzimmer im Frauenhaus Luckenwalde	Soziales und Senioren	2.850,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Kreismedienzentrum	"Bestandserweiterung für Kitas, Grundschulen, Senioren, Bereich Fachbuchbestand und Werbung Kreismedienzentrum"	Bildung	20.000,00 €
MTV Wünsdorf 1910 e. V.	Gründung einer Migrationsabteilung	Sport	2.100,00 €
Malterhausener SV 1953 e. V.	Sanierung Sportlerheim	Sport	2.800,00 €
Anglerverein Dobbrikow e. V.	Beschaffung eines Überseecontainers als Lagermöglichkeit und Bau einer Überdachung	Sport	8.400,00 €
Kreisverwaltung TF, Dezernat II	Unterstützung des Ehrenamtes bei der Pandemiebewältigung für besonders benachteiligte Personengruppen	bürgerschaftliches Engagement	3.000,00 €
		<i>Gesamt</i>	<i>575.160,73 €</i>

Engagement-Stützpunkt und Mobilitätzuschuss

Der Kreistag Teltow-Fläming beschloss am 24. Februar 2020 den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land Brandenburg zur Errichtung eines Engagement-Stützpunkts. Das Büro für Chancengleichheit und Integration wirkte bei der Antragstellung des nachgelagerten Zuwendungsverfahrens mit. Am 1. Juli 2020 gingen die Zuwendungsbescheide für den Mobilitätzuschuss und für die finanzielle Unterstützung zur Errichtung des Engagement-Stützpunktes beim Landkreis Teltow-Fläming ein.

Mit der Errichtung des Engagement-Stützpunktes wurde im Juli 2020 begonnen. So wurden erste Sachmittel gemäß dem Finanzierungsplan angeschafft und das Besetzungsverfahren für die Stelle Sachbearbeitung Ehrenamts-Stützpunkt eingeleitet. Anfang September wurde bekannt, dass die Finanzierung für die Folgejahre in Frage steht und das Land diese nicht weiter übernehmen soll. Das Stellenbesetzungsverfahren wurde unterbrochen, weitere Anschaffungen von Sachmitteln nicht vorgenommen. Beim Land Brandenburg wurden für Personal- und Sachmittel 9.060,47 Euro abgerufen und verbraucht. Aus MBS-Mitteln wurden 4.533,63 Euro als Eigenmittel zur Verfügung gestellt.

Für die Ausreichung des Mobilitätzuschusses hat das Land Brandenburg im Zuwendungsbescheid für 2020 die Übernahme der Kosten für 300 Zuschüsse von insgesamt 30.000 Euro beschieden. Um den Mobilitätzuschuss auf Antrag der Ehrenamtlichen ohne Zeitverzug im Jahr 2020 auszahlen zu können, wurde die Teilaufgabe „Mobilitätzuschuss“ der Sachbearbeiterin für LAP/MBS-Gewinnausschüttung für die Übergangszeit übertragen. Bereits ab dem 14. Juli 2020 konnten die Ehrenamtlichen einen Mobilitätzuschuss für das ausgeübte Ehrenamt beantragen. Bis zum 11. Dezember 2020 sind 106 Anträge eingegangen, wovon 87 positiv beschieden wurden. 19 Anträge wurden abgelehnt. Dafür gab es verschiedene Gründe: Einige Antragsteller*innen erfüllten die Anforderungen an einen erhöhten Mobilitätsaufwand nicht, andere erhielten bereits eine anderweitige Aufwandsentschädigung für das ausgeübte Ehrenamt.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Die Anzahl der Anfragen und Vorgänge aus den Fachämtern ist auch im Jahr zwei nach dem Wirksamwerden der DS-GVO (Datenschutzgrundverordnung) weiter angestiegen. Die neuen gesetzlichen Regelungen in allen Bereichen anzuwenden, ist nach wie vor eine Aufgabe, die die Kreisverwaltung fordert. Das führt zu erhöhtem Beratungsbedarf. Schwerpunkte waren hier die Bereiche Personal, Soziales und Gesundheit.

Bei den Meldepflichten von Datenschutzvorfällen gegenüber der Aufsichtsbehörde hat sich mittlerweile ein Vorgehen etabliert, das zwar aufwändig ist, aber kaum zu Nachfragen oder weiterem Eingreifen durch die Aufsichtsbehörde führt. Insbesondere die von der Kreisverwaltung ergriffenen und geplanten Maßnahmen nach einem erkannten Datenschutzverstoß werden von der oberen Behörde weitestgehend akzeptiert.

Wiederum gestiegen ist der Kontakt mit Bürger*innen. Diese machen nun regelmäßiger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich in Angelegenheiten des Datenschutzes beraten zu lassen oder Nachfragen zu stellen. Allgemeine Beratung und Beschwerden halten sich hierbei die Waage.

Aus Gründen der notwendigen Kontaktbeschränkungen waren im Berichtszeitraum Referate zu Datenschutzthemen vor den Dezernats- und Amtsleitungen nur eingeschränkt möglich. Auch die Teilnahme an den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft Datenschutz war ausgesetzt.

Beauftragter für Korruptionsprävention und -bekämpfung

Der Antikorruptionsbeauftragte ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten, die Bevölkerung sowie für die Strafverfolgungsbehörden. Auf der Webseite des Landkreises werden die Aufgaben der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen, einschließlich der aktuellen Dienstordnung zur Korruptionsprävention vom 16. Oktober 2018, zu finden.

Seit dem 1. Januar 2017 ist ein Antikorruptionstelefon geschaltet. Unter der kostenfreien Rufnummer 0800 0014943 schafft es den direkten Draht zum Antikorruptionsbeauftragten. Das Telefon wurde so eingerichtet, dass der oder die Anrufende auf Wunsch anonym bleiben kann – die Nummer, von der aus der Anruf erfolgt, ist nicht erkennbar und kann auch nicht nachverfolgt werden. Außerhalb der Bürozeiten besteht die Möglichkeit, eine Nachricht auf dem Band zu hinterlassen. Dieses Hinweisgebersystem wurde im zurückliegenden Jahr nicht genutzt.

Im Jahr 2020 sind beim Antikorruptionsbeauftragten 34 Vorgänge angefallen. Es handelte sich überwiegend um Fälle verwaltungsinterner Anzeigen von nicht angenommenen Zuwendungen bzw. Anfragen zur Zulässigkeit der Annahme von Vorteilen. Über einen Sachverhalt, der eine kreisangehörige Gemeinde betraf, wurde die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin informiert.

IT Sicherheitsbeauftragter

Der IT-Sicherheitsbeauftragte koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Das Haussicherheitskonzept wurde weiterentwickelt und Sicherheitskonzepte für Fachanwendungen entwickelt.

Als Projektleiter trägt der IT-Sicherheitsbeauftragte für die Umsetzung eines neuen Internetauftrittes des Landkreises Teltow-Fläming die Verantwortung. Er ist Mitglied bei den Projekten zur Umsetzung der E-Akte, der E-Rechnung, des Homeoffice und des Dokumentenmanagementsystems. Er ist Mitglied im Ausschuss für Arbeitssicherheit.

Zusätzlich wird die Aufgabe des Koordinators für die Kontrolltätigkeiten im Zuge der Corona-Pandemie übernommen. Seit Ende des Jahres wird der gesamte Pandemiebereich durch den IT-Sicherheitsbeauftragten koordiniert.

Rettungsdienst

Im Jahr 2020 kamen Fahrzeuge des Rettungsdienstes in 28.051 Fällen zum Einsatz. Davon waren 20.952 Fälle Fahrten eines Rettungswagens (RTW), 6.235 Fälle betrafen Fahrten eines Notarzteininsatzfahrzeuges (NEF) und 825 Fälle waren Fahrten eines Krankentransportwagens (KTW). 39 Fahrten fanden im Zusammenhang mit Fahrten des Organisatorischen Leiters Rettungsdienst und des Leitenden Notarztes statt. 22.855 Einsätze wurden registriert, wovon 17.491 Einsätze zur Hilfsfristauswertung herangezogen werden konnten. Der Erreichungsgrad der Hilfsfrist betrug 90,92 Prozent.

Das gebührenrelevante Einsatzaufkommen im Rettungsdienst lag bei 28.360 Abrechnungsfällen. Davon waren 16.378 Gebührenfälle für den Einsatz des Rettungswagens abzurechnen, 5.573 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Notarzteininsatzfahrzeuges abzurechnen, 5.573 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Notarztes abzurechnen und 837 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Krankentransportwagens abzurechnen. Insgesamt wurden 907.334 km Fahrleistung abgerechnet.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr 2020 Ersatzinvestitionen für zwei Rettungswagen, zwei Krankentransportwagen, drei Notarzteininsatzfahrzeuge und Medizintechnik mit einem Gesamtumfang von rund 1.393.000 Euro.

Für die Fertigstellung der Rettungswache Dahlewitz wurde ein zusätzliches Darlehen in Höhe von 1.000.000 Euro aufgenommen. Weitere Bauvorhaben für neue Rettungswachen wurden bautechnisch und teilweise planerisch vorangetrieben. Details dazu sind im Abschnitt Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement veröffentlicht.

Die größte Herausforderung bleiben der Ausbau und die fortwährende Modernisierung der technischen Struktur des Rettungsdienstes. Im zurückliegenden Jahr spielten vor allem Erfahrungen aus der Corona-Pandemie eine große Rolle bei der Entwicklung betrieblicher Strukturen und zur Sicherung des Rettungsdienstbetriebes. So wird unter anderem an der Einführung einer zentralen Lagerhaltung für kritische Verbrauchsmaterialien und Medizinprodukte gearbeitet. Geänderte Vorgaben bei der Hilfsfristermittlung erfordern auch in den nächsten Jahren erhebliche Maßnahmen zur Optimierung des Rettungsdienstes.

DEZERNAT I

Hauptamt

Sachgebiet Zentrale Dienste

Das Sachgebiet Zentrale Dienste ist für die Sicherstellung des inneren Dienstbetriebes verantwortlich und somit für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Dazu zählen insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien, Büroausstattungen sowie Arbeitsmitteln verschiedenster Art. Des Weiteren gehören die Bürgerinformation, die Poststelle, die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und Schulen, die Organisation und Verwaltung des Fuhrparks, das Archiv sowie die kompletten Hausmeistertätigkeiten für das Kreishaus in diesen Verantwortungsbereich. Darüber hinaus wird im Sachgebiet Zentrale Dienste die komplette Haustechnik betreut und gewartet.

Arbeitssicherheit/Arbeitsschutz ist und war besonders im Jahr 2020 ein zentrales Thema, nicht nur aufgrund der besonderen Situation durch die Corona-Pandemie. Im Jahr 2020 wurde die Umrüstung auf elektrisch höhenverstellbare Schreibtische forciert. Alle Anträge auf Ausstattung mit einem höhenverstellbaren Schreibtisch konnten bearbeitet und Mitarbeiter*innen mit den entsprechenden Tischen ausgestattet werden.

Eine besondere Herausforderung war der Umgang mit der Pandemie. Auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilungen in allen Bereichen der Kreisverwaltung mussten der Arbeitsschutz angepasst und entsprechende Festlegungen umgesetzt werden. Die Beschaffung von Schutzausrüstungen in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz und Rettungsdienst war eine Aufgabe, die den Beschäftigten alles abverlangte. Hierzu zählten unter anderem die Beschaffung von ca. 500 Plexiglasscheiben für Büros und Besprechungsräume, mehrerer tausend Liter Desinfektionsmittel, 50.000 Stück Mund-Nasen-Schutz, zusätzlichem Reinigungsmittel, Desinfektionsmittelspendern usw. Wegen der Lieferengpässe war es nur der Kreativität und dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten zu verdanken, dass Schutzausrüstungen ohne große Zeitverzögerung verfügbar waren.

Die Mitarbeit der Amts- und Sachgebietsleitung im Katastrophenschutzstab hatte Priorität; Aufgaben bzw. Planungen des täglichen Dienstbetriebes mussten teilweise zurückgestellt werden.

Beschaffung/Vergaben

Im Jahr 2020 wurden 36 Ausschreibungsverfahren und die entsprechenden Vergaben, einschließlich Interimsvergaben, durchgeführt. Dazu gehörten sowohl u. a. die Ausschreibung von Fahrzeugen, die Ausschreibung von Ausstattungen für Schulen als auch die Vergabe von Dienstleistungen wie Planungsleistungen oder Machbarkeitsstudien. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die Anzahl der Vergaben, die auf der Grundlage qualifizierter Ausschreibungsverfahren durchgeführt wurden, mehr als verdoppelt. Es wurden auch für andere Fachämter Ausschreibungsverfahren durchgeführt und Beratungen vorgenommen.

Des Weiteren nahm das Sachgebiet Zentrale Dienste 867 Beschaffungen mit einem Auftragsvolumen in Höhe von ca. 400.000 Euro vor. Dies entspricht einer Steigerung der Beschaffungen gegenüber dem Vorjahr von ca. 40 Prozent. Bei den Beschaffungen handelt es sich um Verbrauchsmaterialien wie Büro- und Reinigungsmaterial, Ersatz- und Erweiterungsausstattung für das Kreishaus und Außenstellen, Arbeitsschutzbekleidung, Druckerzubehör, Schutzausrüstungen für Beschäftigte und als Besonderheit für 2020 die Beschaffung von Plexiglasscheiben.

Die Beschaffung der Schulbücher für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises sowie deren Ausstattung mit Verbrauchs- und Investitionsgütern ist ebenfalls eine der zentralen Aufgaben und erfolgte problemlos.

In der Bewirtschaftung wurden 499 Aufträge erteilt. Die Aufträge wurden für den Betrieb der kreiseigenen Liegenschaften, des Fuhrparks und der laufenden Unterhaltung von Gebäuden ausgelöst.

Haustechnik, Fuhrpark

Im Interesse einer weiteren kontinuierlichen Energie- und Kohlendioxid-Einsparung wurde die Umrüstung des Kreishauses sowie des Parkhauses auf LED-Beleuchtung vervollständigt.

Darüber hinaus wurde eine automatisch öffnende Tür zum Parkhaus verbaut.

Der Fuhrpark der Kreisverwaltung wurde weiterhin mit Neufahrzeugen ausgestattet. Die Fahrzeuge wurden über den **Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg** (ZDPol) als zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den Polizeidienst und viele Bereiche der Landesverwaltung Brandenburgs beschafft.

Um den Anspruch als umweltfreundliche Verwaltung gerecht zu werden, schaffte der Landkreis zwei Elektrofahrzeuge für den Fuhrpark an. Dies wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über das Förderprogramm „Saubere Luft“ im Rahmen der Förderrichtlinie „Elektromobilität“ gefördert. Sämtliche dieselbetriebenen Leasingfahrzeuge wurden durch benzinbetriebene ersetzt. Damit konnten die Unterhaltungskosten weiter nachhaltig gesenkt und die Umwelt weniger belastet werden.

Archiv

Das Kreisarchiv ist das Gedächtnis des Landkreises und dokumentiert das amtliche und gesellschaftliche Leben. Dazu gehört nicht nur die Übernahme von Schriftgut aus den unterschiedlichen Verwaltungsbereichen, sondern auch die Beratung der Fachämter in allen Fragen der Archivierung und Bestandserhaltung. Zur Unterstützung unterhält das Kreisarchiv ein Zwischenarchiv, in dem das Schriftgut aufbewahrt wird, das in den Ämtern keine unmittelbare Verwendung mehr findet, aber die Archivreife noch nicht erreicht hat.

Eine weitere sehr bedeutende Aufgabe ist die Bereitstellung und Pflege der Archivalien, die für die Bürger*innen aufbereitet werden. Die Benutzung ist daher ein erheblicher Teil der Arbeit des Archivs. Im Jahr 2020 wurden insgesamt mehr als 400 Anfragen bearbeitet. Darüber hinaus wurden an 120 Tagen Benutzer*innen im Archiv betreut. Aus dem Zwischenarchiv wurden 1.370 Akten ausleihen vorgenommen.

Wahlen

Im Jahr 2020 fanden zwar keine Wahlen statt, jedoch erfolgte die Nachbereitung der Wahlen des Jahres 2019 fortwährend.

Zu diesem Sachbereich gehören auch statistische Aufgaben und der Zensus. Anfang des Jahres 2020 musste der Zensus weiter vorbereitet werden, der im Jahr 2021 stattfinden sollte. Hier ging es im Einzelnen um den Aufbau einer Erhebungsstelle und der damit verbundenen Ausstattung. Im April erfolgte die Entscheidung, dass der Zensus auf das Jahr 2022 verschoben wird.

Hausmeister

Die Hausmeister des Kreishauses betreuen eine Gesamtfläche von 11.407 Quadratmetern im Innenbereich des Kreishauses. Davon verteilen sich 473 Büros und sonstige Räume auf 9.045 Quadratmeter Bürofläche. Im Kreishaus werden anfallende Reparaturen, sofern möglich, durch die

Hausmeister erledigt. Gleichzeitig sind die Hausmeister federführend bei sämtlichen Umzügen innerhalb des Kreishauses tätig. Im Jahr finden ca. 100 kleinere und größere Umzüge statt. Darüber hinaus laufen sämtliche Büroausstattungsangelegenheiten über das Hausmeisterpersonal. Neben den genannten Tätigkeiten im Kreishaus ist das Hausmeisterpersonal auch für das Außengelände der Kreisverwaltung verantwortlich. Hier wird auf einer Fläche von ca. 17.100 Quadratmetern für Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Schwerpunkttätigkeiten ergeben sich unter anderem aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger und Träger des Rettungsdienstes oder leiten sich aus Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ab. Insbesondere ist das Sachgebiet für die Aufgaben des technischen Gebäudemanagements zuständig. Dazu zählen die Instandhaltung beziehungsweise Wiedernutzbarmachung sowie die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestands einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften. Zum Gebäudebestand zählen insgesamt ca. 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen. Das Sachgebiet ist auch zuständig für die Erstellung baufachlicher Stellungnahmen für das Jobcenter Teltow-Fläming. Weitere Aufgaben resultieren aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes für die kreisangehörigen Gemeinden.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Der Landkreis hat auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) im Dezember 2015 die einmalige Chance einer Pauschalförderung in Höhe von 6.574.300 Euro erhalten. Diese zweckgebundene 90-prozentige Zuwendung bedeutet ein Investitionsvolumen einschließlich nicht förderfähiger Begleitmaßnahmen in Höhe von 8.021.149 Euro. Der Durchführungszeitraum wurde pandemiebedingt bis in das Jahr 2021 verlängert. Der Dachgeschossausbau im Marie-Curie-Gymnasium konnte aufgrund von Verzögerungen nicht bis zum Ende des Jahres 2020 abgeschlossen werden und zieht sich bis ins erste Quartal 2021. Der Erweiterungsbau im Fontane-Gymnasium Rangsdorf wurde 2020 planmäßig fertiggestellt. Lediglich die Außenanlagen und Teile der Fassade werden im ersten Quartal 2021 beendet.

Der Kreistag hat im Oktober 2018 die Errichtung einer Zweifeld-Sporthalle für das Oberstufenzentrum Ludwigsfelde beschlossen. Der Zuwendungsbescheid der ILB sowie die Baugenehmigung sind im Dezember 2020 eingegangen. Die Planung ist abgeschlossen, der Baubeginn ist für Mai 2021 geplant. Das Vorhaben wird mit 95 Prozent der förderfähigen Kosten gefördert.

Der Baubeginn des Ersatzneubaus Haus 3 im Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog ist planmäßig erfolgt. Die Fertigstellung ist im Sommer 2021 geplant.

Im Jahr 2020 konnte die Sanierung des Sportplatzes im Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog erfolgreich abgeschlossen werden.

Abbildung 3: Foto Erneuerung Sportplatz Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog



Im Friedrich-Gymnasium Luckenwalde wurde der gesamte Schulhof inklusive der Grundleitungen saniert.

Über europaweite Ausschreibungsverfahren wurden Planer für die Umsetzung von Brandschutzkonzepten in folgenden Schulen gebunden:

- Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog
- Friedrich-Gymnasium Luckenwalde
- Allgemeine Förderschule Luckenwalde
- Allgemeine Förderschule Ludwigsfelde
- Allgemeine Förderschule Mahlow

Weiterhin wurden Mengenermittlungen und Kostenberechnungen für die Zuwendungsanträge zur Umsetzung des Digitalpakts an kreiseigenen Schulen gefertigt.

Für drei Rettungswachen wurde nach erfolgreicher europaweiter Ausschreibung mit der Planung des Neubaus begonnen:

- Rettungswache Niebendorf-Heinsdorf
- Rettungswache Dahme/Mark
- Rettungswache Klausdorf

Insgesamt hat das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Rahmen der Bauunterhaltung und Modernisierung sowie der überjährigen Investitionsvorhaben 980 Auftragsvergaben durchgeführt. Davon bewältigten die zwei Mitarbeiter*innen der VOB-Vergabestelle des Sachgebietes 101 Ausschreibungsverfahren gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) sowie europaweite Ausschreibungen gemäß der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV).

Die zuständige Mitarbeiterin hat für 27 Planungsleistungen und weitere freiberufliche Leistungen Ausschreibungsverfahren vorbereitet, begleitet sowie die entsprechenden Aufträge vergeben. Davon wurden sieben Leistungen europaweit ausgeschrieben.

Besondere Herausforderung im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung

Wie schon in den Vorjahren waren der Fachkräftemangel und die Auslastung der mittelständischen Handwerksbetriebe als Resultat der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar. Dieses Problem verschärfte sich im Jahr 2020 weiter und hatte zur Folge, dass die Angebotspreise weiter überproportional gestiegen sind und den Baubetrieben die Kapazitäten fehlen. So wurden von den 101 von der Vergabestelle durchgeführten Ausschreibungsverfahren fünf aufgehoben, weil der angebotene Preis erheblich über der Kostenschätzung lag oder weil keine Angebote eingegangen sind. Bei 17 Vergabeverfahren wurde nur jeweils ein Angebot, bei weiteren 20 wurden nur zwei Angebote abgegeben. Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch die weiter steigenden technischen und baurechtlichen Anforderungen sowie weitere Standarderhöhungen Ursache für Kostensteigerungen.

Wartungsverträge

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Eigenbetriebs Rettungsdienst werden im Sachgebiet 268 Wartungsverträge mit einem Vertragsvolumen in Höhe von rund 200.000 Euro verwaltet und betreut. Die Verträge werden für alle Betreiber-Pflichtaufgaben abgeschlossen, welche nicht vom eigenen Personal ausgeführt werden können oder dürfen. Durchgeführt werden Wartungen, Inspektionen und Sachverständigenprüfungen für wartungspflichtige Anlagen und Bauteile. Dazu gehören zum Beispiel Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizungen, Sanitäranlagen, elektrische Anlagen, Blitzschutzanlagen, Ölabscheider, Türen und Tore, labortechnische Anlagen, Spielplätze, Sportplätze, Dächer, Fassaden, Bäume usw.

Liegenschaften

Das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement verwaltet rund 2.500 Flurstücke des Landkreises mit einer Fläche von etwa 1.100 Hektar und bearbeitet 151 laufende Miet- und Pachtverträge.

Darüber hinaus hat der Liegenschaftsbereich ein Grundstück für die Erweiterung der Volkshochschule in Luckenwalde erworben.

Die Beschäftigten nahmen die Interessen des Landkreises bei fünf Bodenordnungsverfahren und sieben Grenzverhandlungen im vergangenen Jahr wahr.

Insgesamt wurden 49 Miet- und Pachtverträge bearbeitet bzw. neu abgeschlossen. Dazu gehören auch Verträge, die im Auftrag anderer Ämter geschlossen werden (z. B. Schulverwaltungsamt mit Lehrgängen an der Volkshochschule, Sporthallennutzung, Vermietung von Unterrichtsräumen).

Teltower Kreiswerke Berlin

Gegenwärtig werden elf Grundstücke und Immobilien mit 90 Miet- und Pachtparteien verwaltet und bewirtschaftet.

Die Eigentümergemeinschaft hat Verkaufsverhandlungen über weitere Ufergrundstücke am Stölpchensee (Wannsee) geführt: Mit dem Berliner Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf wurde über den Verkauf von zwei Straßenrandstreifen verhandelt. Insgesamt wurden im Jahr 2020 drei Grundstücksstreifen veräußert.

Die anteilige Ausschüttung aus der Vermietung und Verpachtung der Berliner Grundstücke betrug 375.250 Euro. Weitere Ausführungen zu den Teltower Kreiswerken sind der Berichterstattung des Rechtsamts/Beteiligungsmanagements zu entnehmen.

Sachgebiet Infrastrukturmanagement

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises Teltow-Fläming verantwortlich. Dazu gehören deren Neu- und Ausbau sowie Unterhaltung und Verwaltung. Mit Stand vom 31. Dezember 2020 umfasst das Straßen- und Wegenetz 187 Kilometer Kreisstraßen und 56 Kilometer straßenbegleitende Radwege. Außerdem gehören die Flaeming-Skate-Abschnitte dazu, die sich in Baulast des Landkreises befinden. Das sind 205 von rund 230 Kilometern.

Zu den Aufgaben des Sachgebiets gehören:

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie der Flaeming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie die Verwaltung der Flaeming-Skate
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege sowie der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), dazu gehörten unter anderem
 - Erlaubnis von 13 Sondernutzungen mit einer Einnahme in Höhe von 10.181,70 Euro
 - 167 Zustimmungen zu Anträgen für verkehrsrechtliche Erlaubnisse
 - 18 Zustimmungen für Anträge Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Gashausanschlüsse
 - 10 Anträge für Zufahrten/Anbindungen bei Ortsdurchfahrten in Städten und Gemeinden
 - Erstellung von 13 Bescheiden für die Herstellung von Telekommunikationslinien
 - Abschluss von 31 Vereinbarungen/Verträgen für die Verlegung von Leitungen der öffentlichen Versorgung
- Erarbeitung von 110 Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Genehmigungen von 84 Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen sowie die Erstellung von 49 Gebührenbescheiden
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden als Straßenaufsichtsbehörde
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen

Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Radwegen

Die Kreisstraßenmeisterei übernimmt die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate, ihre Reinigung und die der Radwege.

Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate werden überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Diesbezüglich wurden im Jahr 2020 Aufträge mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 703.500 Euro erteilt.

Mit dem Winterdienst auf den Kreisstraßen werden Fachfirmen nach durchgeführten Ausschreibungsverfahren beauftragt. Die Unternehmen führen den Winterdienst eigenverantwortlich durch. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrollen der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im Rahmen von Instandsetzungen, Erneuerungen und Neubau von Straßen, Brücken und Radwegen wurden unter Leitung des Sachgebiets folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7220, Ortsdurchfahrt Ruhlsdorf
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7207, Ortsdurchfahrt Bärwalde
- Abschluss der grundhaften Erneuerung der Kreisstraße K 7210, Ortsdurchfahrt Jüterbog
- partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Modernisierung der Flaeming-Skate (Asphaltarbeiten) auf ca. 40 km Streckenlänge. Im Jahr 2017 stellte der Landkreis einen Zuwendungsantrag zur Modernisierung der Flaeming-Skate. Grundlage war ein von Bund und Land Brandenburg im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur – GRW-Infrastruktur“ (GRW-I) aufgestelltes Förderprogramm. Der Zuwendungsbescheid beinhaltet eine 90-prozentige Förderung in Höhe von ca. 4,6 Millionen Euro. Das bedeutet ein Gesamtbauvolumen in Höhe von ca. 5,7 Millionen Euro einschließlich nichtförderfähiger Kosten. Nach Planung, Ausschreibung und Vergabe war im Februar 2019 Baubeginn an der Fahrbahn der Flaeming-Skate. Der Durchführungszeitraum endet im Jahr 2021, wobei im Jahr 2020 ca. 90 Prozent der Bauarbeiten fertiggestellt wurden.

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleenaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
- Reinigung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und Durchlässe im Zuge von Kreisstraßen
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate gemäß Prüfplan

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, den begleitenden Radwegen sowie der Flaeming-Skate und auf den Liegenschaften des Landkreises hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- kontinuierliche Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- kontinuierliche maschinelle Reinigung der Flaeming-Skate und der begleitenden Radwege an den Kreisstraßen
- Verkehrsschauen auf den Kreisstraßen, Radwegen und der Flaeming-Skate mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei
- Baumschauen an den Kreisstraßen und der Flaeming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Wartung und Erneuerung von Leitpfosten entlang des gesamten Kreisstraßennetzes
- maschinelle Reinigung der Leitpfosten und der gesamten Beschilderung an den Kreisstraßen

- Bankettpflege, d. h. Beseitigung von Unfall- und Wildschäden, Auffüllung von Bankettmaterial bei verkehrs- und witterungsbedingten Beschädigungen
- Aufnahme sowie Beseitigung von Unfallschäden
- Grünstreifenmähd an der Flaeming-Skate
- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an den Kreisstraßen sowie an den begleitenden Radwegen
- Beseitigung von Wurzelhals- und Stammaustrieben an Straßenbäumen
- Bruchholzbeseitigung im Randbereich der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- Baumfällungen (Notfällungen) von Straßenbäumen
- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an der Flaeming-Skate
- maschineller Heckenschnitt an Kreisstraßen, Radwegen und verstärkt an der Flaeming-Skate
- maschinelle Säuberung der Randbereiche an Kreisstraßen und Radwegen (Einsatz der Wildkrautbürste)
- Wartungsarbeiten an Radwegen, Flaeming-Skate und Kreisstraßenbrücken (Pflegeanstriche)
- Instandsetzung und Wartungsarbeiten an Straßendurchlässen
- Unterhaltung von Rastplätzen und Schutzhütten an der Flaeming-Skate
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate im Bereich der Schulwegsicherung
- Unterhaltung von kreiseigenen Liegenschaften
- Wartung und Pflege des gesamten Technikbestandes der Kreisstraßenmeisterei
- Unterhaltung und Pflege des Betriebshofes der Kreisstraßenmeisterei
- Ausbauarbeiten in der Werkstatt des Betriebshofes

Die Unterhaltungsarbeiten an der Flaeming-Skate gewannen im Jahr 2020 wieder zunehmend an Bedeutung. Dazu gehören nicht nur die regelmäßig notwendigen Streckenkontrollen, sondern insbesondere der aufgrund der Verkehrssicherungspflicht erforderliche Heckenschnitt und die Jungbaumpflege.

Kämmerei

Im Zuge der Corona-Pandemie und mit der damit verbundenen Auswirkungen auf den Dienstbetrieb der Kreisverwaltung ist die Einbringung des Haushaltes 2021 für die Kreistagssitzung im Februar 2021 vorgesehen. Die Beschlussfassung des Kreistags ist gemäß Zeitschiene für den April 2021 vorgemerkt.

Bereich Geschäftsbuchhaltung

Die Haushaltsdokumente für das Jahr 2020 wurden am 21. Oktober 2019 in den Kreistag eingebracht und am 16. Dezember 2019 beschlossen. Aufgrund der weiterhin positiven Entwicklung konnte der Hebesatz der Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 42 Prozent gesenkt werden. Die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Eine Genehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales war somit nicht notwendig.

Der Gesamtergebnisplan für das Jahr 2020 belief sich bei den Erträgen auf 305,6 Millionen Euro und bei den Aufwendungen auf 306,5 Millionen Euro. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 307,5 Millionen Euro und die Auszahlungen mit 312,3 Millionen Euro festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen in Höhe von 7,1 Millionen Euro und Auszahlungen in Höhe von 9,9 Millionen Euro geplant. Für das Haushaltsjahr 2020 betrugen die investiven Schlüsselzuweisungen 1,7 Millionen Euro.

Grundlage für die Verteilung der investiven Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2020 bildete die vom Kreistag beschlossene Prioritätenliste mit Schwerpunkt in den Bereichen Bildung und Schule. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden außer für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Grundstücken, Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie für den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant.

Neben dem Tagesgeschäft und der Aufstellung der Haushaltsdokumente bildete die Erstellung der ausstehenden Jahresabschlüsse weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit.

Das durch den Landtag des Landes Brandenburg am 20. September 2018 beschlossene **Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene** ermöglichte mit dem Artikel 18 die verkürzte Aufstellung der Jahresabschlüsse 2015 und 2016. Unverzüglich nach dem Vorliegen der Handlungsempfehlungen des Ministeriums des Innern und für Kommunales folgten die Mitglieder des Kreistages dem Vorschlag der Verwaltung und beschlossen mit der Vorlagen Nr. 5-3850/19-I am 29. April 2019 die Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse. Für die Jahresabschlüsse der Jahre 2016 und 2017 konnte im Haushaltsjahr 2020 gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfbereitschaft abgegeben werden.

Die Beschlussfassungen über die geprüften Jahresabschlüsse und über die uneingeschränkte Entlastung der Landrätin für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Jahre 2015 bis 2017 erfolgte mit der Kreistagssitzung am 14. Dezember 2020.

Das am 20. September 2018 vom Landtag des Landes Brandenburg verabschiedete **Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse** soll laut dem Gesetzesentwurf vom 30. Oktober 2020 befristet fortgelten und auf die Jahre 2018, 2019 und 2020 erweitert werden.

Über die Entscheidung, ob verkürzte Jahresabschlüsse aufgestellt werden, müssen die Mitglieder des Kreistages einen Beschluss herbeiführen. Mit der Vorlage Nr. 6-4374/20-I folgten die Mitglieder des Kreistages dem Vorschlag der Verwaltung und beschlossen am 14. Dezember 2020 die fortlaufende Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse. Der Kreistagsbeschluss gilt vorbehaltlich des Beschlusses des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse und Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 befand sich Ende Dezember 2020 bereits in der finalen Phase.

In der Streitsache um die Kreisumlagefestsetzung der Jahre 2015 und 2016 zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Stadt Zossen wurde in einer gerichtlichen Erörterung vom 24. November 2020 ein Vergleich unter der Maßgabe eines Widerrufs vereinbart.

Unter Berücksichtigung der Rechtslage und im Sinne einer weiterhin gedeihlichen kommunalen Zusammenarbeit gab das Verwaltungsgericht den Hinweis auf einen Vergleich mit der Änderung der Festsetzung der Kreisumlage für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 auf einen Umlagesatz von 43 statt damals festgelegter 47 Prozent. Die Verwaltung empfahl mit der Beschlussvorlage Nr. 6-4369/20-I den Abschluss eines Vergleichs, welchem die Mitglieder des Kreistages am 14. Dezember 2020 zustimmten.

Sachgebiet Kasse/Vollstreckung

Bereich Kasse

Mit dem kassenmäßigen Abschluss 2019 wurde von den Verwahrkonten ein Bestand von rund 3,35 Millionen Euro nicht sachgerechter Ertragsbuchungen übernommen, der bis zum Ende des Jahres 2020 durch entsprechende Umbuchungen auf 48.074,61 Euro abgebaut wurde. Im Jahr 2020 verschärfte sich die Situation. Zum Ende des Jahres betrug der Kassenverwahrbestand 4,6 Millionen Euro für die nicht zuzuordnenden Einzahlungen.

Insgesamt wurden 6.051 Mahnungen, 279 Zahlungserinnerungen und 1.601 Vollstreckungen durchgeführt. Bedingt durch die Pandemie im Frühjahr 2020 wurde die Vollstreckung zeitweilig ausgesetzt.

Der kassenmäßige Abschluss 2019 wurde am 14. Januar 2020 erfolgreich durchgeführt. Die Kontoauszüge ab 2. Januar 2020 wurden bis zum 17. Januar 2020 abgearbeitet. Die Kasse konnte anschließend wieder tagfertig buchen.

Der Beschluss zum Höchstbetrag des Kassenkredites von 24 Millionen Euro vom 27. Februar 2017 galt auch im Jahr 2020. Wegen der sehr guten Kassenlage wurde der Kassenkredit im Jahr 2020 nicht in Anspruch genommen.

Seit 2017 erhebt die MBS Potsdam Verwarentgelte für positive Salden. Ein Bestand von mehr als 9 Millionen Euro auf allen Geschäftskonten des Landkreises führt zu Verwarentgelten in Höhe von 0,5 Prozent p. a. Derzeit können Verwarentgelte nur vermieden werden, wenn das Geld langfristig angelegt wird. Aufgrund laufender Gerichtsverfahren und deren ungewissem Ausgang konnte bislang davon kein Gebrauch gemacht werden. Dadurch entstanden für das Jahr 2020 Verwarentgelte in Höhe von 132.687 Euro.

Das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einem positiven Kassenbestand von 36.619.935,43 Euro abgeschlossen.

Bereich Vollstreckung

Die seit 1. Juli 2019 geltenden Pfändungsfreigrenzen schränken die Vollstreckung weiterhin ein. Der Grundfreibetrag liegt bei 1.179,99 Euro. Solch hohe pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch werden immer öfter sogenannte Pfändungsschutzkonten (P-Konten) eingerichtet.

Ein Großteil der Schuldner*innen nahm auch dieses Jahr die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Das Anlegen des Ventilwächters wird immer seltener angedroht, da die Mehrheit der Schuldner*innen keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Der Ventilwächter kam nicht zum Einsatz, da die Forderungen gezahlt wurden oder weiterhin in kleinen Raten abgezahlt werden.

Erschwerend kam im Jahr 2020 der Ausbruch der Corona-Pandemie hinzu. Vollstreckungstätigkeiten wurden auf ein Minimum heruntergefahren; der Vollstreckungsaußendienst wurde zeitweise gänzlich eingestellt. Lohn- und Kontopfändungen wurden über einen längeren Zeitraum ausgesetzt. Zum Jahresende hin wurden der Normalbetrieb weitestgehend wieder aufgenommen und Pfändungen durchgeführt.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens gab es 26 außergerichtliche Einigungsversuche. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten fünf Zustimmungen und acht Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in zehn Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre; hier ist mit Zahlungen zwischen einem und zehn Prozent der Forderungen zu rechnen. Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten nicht.

Seit dem Jahr 2015 bearbeitet die Vollstreckung des Landkreises Teltow-Fläming Amtshilfeersuchen des Zentraldienstes der Polizei im Land Brandenburg, welche Bürger*innen betreffen, die außerhalb des Landes Brandenburg wohnen. Es werden durchschnittlich ca. 7.500 Fälle pro Jahr bearbeitet.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Tabelle 8: Privatrechtliche Forderungen

Jahr	2020 (Stand 31.12.2020)		2019	
Einheit	Anzahl	Betrag in Euro	Anzahl	Betrag in Euro
Neuzugänge	25	13.721,91	24	18.825,91
beigetriebene Forderungen	1	713,22	4	1.326,33
Niederschlagungen	2	522,68	2	6.629,00

Tabelle 9: Öffentlich-rechtliche Forderungen

Jahr	2020 (Stand 31.12.2020)		2019		2018	
Einheit	Anzahl	Betrag in Euro	Anzahl	Betrag in Euro	Anzahl	Betrag in Euro
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	1.963	496.340,93	2.456	717.701,49	2.655	815.221,22
Beigetriebene Forderungen	1.360	308.517,44	1.342	306.427,64	1.378	265.095,72
Niederschlagungen	389	168.642,17	455	208.980,40	283	144.438,82
Amtshilfeersuchen	8.056		8.559		9.796	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	1.432		2.707		2.174	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	2.257		4.253		3.565	

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

Schülerbeförderung

2020 wurde die Beförderung von 8.075 Schüler*innen des Landkreises organisiert und finanziert. Die Kosten für diese Beförderung betrugen 4.917.800 Euro. Es wurden 51 Widersprüche zur Schülerbeförderung bearbeitet. Eine Klage gegen die getroffene Entscheidung wurde erhoben, jedoch wieder zurückgezogen.

Zudem wurden Landeszuschüsse in Höhe von 16.680 Euro an Berufsschüler*innen gewährt, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden mussten.

Die Machbarkeitsstudie zur Schülerbeförderung wurde an die PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner vergeben. Die Daten für diese Studie wurden über die Einwohnermeldeämter der Kommunen angefragt und – sofern eine Zuarbeit erfolgte – dem Planungsbüro zur Verfügung gestellt.

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden ab 16. März 2020 landesweit Schulen geschlossen und lediglich eine Notfallbetreuung abgesichert. Um den Umfang der Notfallbetreuung zu ermitteln und den Einsatz des öffentlichen Personennahverkehrs effizient anpassen zu können, wurden alle Schulen im Landkreis Teltow-Fläming aufgefordert, täglich den Bedarf an zu betreuenden Kindern sowie die darunter befindlichen Fahrschüler*innen zu melden. Die Daten wurden hier aufbereitet und an die betreffenden Stellen weitergeleitet.

Verwaltung

Die 13 Sporthallen in Trägerschaft des Landkreises wurden außerhalb des Schulbetriebes zu Trainings- und Wettkampfwegen an ca. 40 Vereine, Sportgruppen und die Volkshochschule TF vergeben. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Sporthallen vom 13. März 2020 bis zum Schuljahresende sowie erneut ab dem 1. November 2020 schließen, sodass sich die Erträge auf ca. 13.000 Euro verringerten.

Als Schulträger war der Landkreis pandemiebedingt besonders für die Umsetzung erforderlicher Hygienemaßnahmen in der Verantwortung. Hierbei wurde sehr eng mit den Schulleitungen und dem Hauptamt zusammengearbeitet.

Drei große Baumaßnahmen – der Erweiterungsbau am Gymnasium Rangsdorf, der Ausbau des Dachgeschosses am Gymnasium Ludwigsfelde, die Sanierung des Sportplatzes am Gymnasium Jüterbog – sowie zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen in den kreislichen Schulen wurden fachlich begleitet und die Anforderungen des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes umgesetzt.

Im Förderbereich Bildung wurden sechs Projekte mit insgesamt etwa 106.500 Euro aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam gefördert. Davon entfielen 99 Prozent auf interne Maßnahmen der Volkshochschule TF, des Kreismedienzentrums und des Büros für Chancengleichheit. Daneben wurde das Projekt „Spurensuche – Wir entdecken die heimische Natur“ des Landschafts-Fördervereins Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. unterstützt.

Kultur

Die NEUE GALERIE zeigte programmatisch das Profil einer Galerie inmitten der Bücher- und Bunkerstadt Wünsdorf. Sigrid Noacks Reverenz an die Bücherstadt bestand in der Präsentation einer Werkgruppe, mit der die Künstlerin auch in internationalen Museen und Sammlungen vertreten ist.

Steffen Blunks Ausstellung spiegelte das Erbe der Bunkerstadt im Themenjahr „Krieg und Frieden. 1945 und die Folgen in Brandenburg – Kulturland Brandenburg 2020“ wider. Im rbb-Fernsehen wurde auf die Kunstaussstellung aufmerksam gemacht.

Kulturelle Bildung und Teilhabe sind Aufgabenfelder der Ausstellungstätigkeit des Landkreises. Im Rahmen des Zossener Schulprojektes „Rückgrat“ (Träger: WIR e. V. – Gemeinnütziger Bildungsverein) fanden zwei Gespräche des Künstlers Steffen Blunk mit Jugendlichen statt.

Der Vernetzungsgedanke in der Kulturlandschaft verbindet Künstler*innen, Kulturschaffende und Kulturinteressierte und ermöglicht Ausstellungen wie „Impressionen aus Brandenburg“, die durch den Kulturbund Dahme-Spreewald angeregt wurde.

Die „Tage des Offenen Ateliers“, die wegen der Corona-Pandemie an einem Oktoberwochenende stattfanden, waren ein Publikumserfolg. Die Förderung der kulturellen Infrastruktur geht einher mit einer Stärkung des Kulturtourismus, so dass im besonderen Fokus 2020 das Atelierhaus „DAS TRIBUNAL“ in Jüterbog stand, bei dessen Öffentlichkeitsarbeit aktiv mitgewirkt wurde. Der veranstaltende Landkreis unterstützt Kulturangebote materiell und ideell.

Ausstellungsübersicht

Galerie im Kreishaus:

- Eiszeit – Sven Weit – Fotos einer Antarktis-Expedition, Eröffnung im Rahmen des Neujahrsempfangs unter dem Motto: „Der Landkreis sagt ja zum Klimaschutz“

NEUE Galerie

- Sigrid Noack (Guben, Landkreis Spree-Neiße), Mythische Wesen und magische Orte, Tafelbilder, Arbeiten auf Papier, Künstlerbücher und Objekte
- Steffen Blunk (Wriezen, Landkreis Märkisch-Oderland), Die Farben des Krieges, Malerei, Objekte und Installationen
- Impressionen aus Brandenburg, Malerei | Keramik | Schmuck | Textile Bilder,
- Pleinair Berlin Brandenburg (Gerd Bandelow, Marko Fenske, Nikolai Kraneis, Diether Münchgesang) mit sieben Gastkünstler*innen

Kultur- und Künstlerförderung sowie Theater- und Orchesterförderung – Spielstättenförderung

- Personalkosten einer Theatermanagerin für das Ensemble „flunker produktionen“
- Liedgut bewahren und erweitern – von der Probe im Friedrich-Gymnasium bis zum Auftritt, Gesang-Verein e. V. „Lyra Luckenwalde 1878“
- Ausstellung – Glas 1990. Eine Branche in der Transformation. Die ostdeutsche Glasindustrie in den Treuhandjahren, Museumsverein Glashütte e. V.
- „Zeit, du Callboy der Ewigkeit“ – Straßentheaterinszenierung über Zeit, Mythos und Vergänglichkeit, Kultur pflanzen e. V.
- „ÜBER-LEBEN“ – Interdisziplinäres Kunst- und Beteiligungsprojekt, GEDOK Brandenburg e. V.
- Wiepersdorf zwischen Krieg und Frieden, Videoinstallation von Sebastian Eschenbach, Projekt im Rahmen des Themenjahres „Krieg und Frieden. 1945 und die Folgen in Brandenburg – Kulturland Brandenburg 2020“, Kulturstiftung Schloss Wiepersdorf
- zwei Auftritte Neues Globe Theater Potsdam, Soziokulturelles Zentrum DAS HAUS, Gemeinde Niedergörsdorf
- Jahresprogramm des Theaters der Stadt Luckenwalde (anteilige Förderung)

Sport

In seinem Leitbild setzt sich der Landkreis das Ziel, die Freizeitmöglichkeiten sowie die Gelegenheiten zur sportlichen und gemeinschaftlichen Betätigung auszubauen. Der Landkreis fördert den Breitensport in den Sportvereinen und gestaltet so die Heimat seiner Einwohner*innen attraktiv und lebenswert.

Vor diesem Hintergrund orientiert sich die Förderung des Sports an drei Säulen: Im Mittelpunkt steht die Sicherstellung einer kontinuierlichen Arbeit des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. Als zweite Säule tragen besondere Förderschwerpunkte dazu bei, folgende Themen weiterzuentwickeln und die Angebote zu festigen:

- den Sport für Mädchen und Frauen
- den Sport für Senior*innen
- den Gesundheitssport
- den Sport für benachteiligte Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien
- den Integrationssport für Menschen mit Handicap und für Menschen verschiedener Herkunft.

Die dritte Säule ist die Unterstützung von Veranstaltungen der Sportvereine mit überregionaler oder besonderer regionaler Bedeutung der Sportvereine.

Sportentwicklung

Die pandemiebedingte Lage von März bis Dezember hatte auch deutliche Auswirkungen auf die Arbeit der Sportkoordination. Gemeinsam mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. wurden die Sportvereine sehr schnell bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen oder der Erstellung von sportartenspezifischen Hygienekonzepten beraten und unterstützt. Die Präsenz des Landkreises bei den Partner*innen vor Ort war eingeschränkt. Zwar konnten einige Dinge digital erledigt werden, andere blieben dabei auch auf der Strecke, so zum Beispiel die Durchführung des jährlichen Sportgesprächs mit den Kommunen oder die Teilnahme an den regelmäßigen kommunalen Sportstammtischen.

Zu Beginn des Jahres wurde die kreisliche Strategie „Gemeinsam für den Sport in Teltow-Fläming“ fertiggestellt. Aufgrund der situationsbedingten Tagungspause der Gremien konnte sie erst im Oktober vom Kreistag beschlossen werden. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Sports im Landkreis.

Im Dezember haben Landkreis und Kreissportbund einen neuen Zuwendungsvertrag unterzeichnet. Er stellt die Arbeit des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. finanziell wieder auf sichere Füße und stärkt damit die Vereine.

Im Rahmen der Erarbeitung des landesweiten Sportstättenkatasters nahm die Sportkoordination weiterhin an den Expert*innenrunden des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport teil.

MBS-Ausschüttungsmittel (Sport)

19 Mitgliedsvereine des Kreissportbundes stellten 41 Anträge auf finanzielle Sportförderung. Durch den gesetzlich verordneten Verzicht auf Sportveranstaltungen während der Pandemie blieben letztendlich 27 Anträge übrig. Besonders begehrt waren nach wie vor Zuschüsse für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, aber auch für die Anschaffung oder Erneuerung von Sportgeräten sowie Ausstattungsgegenständen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb. Dafür wurden rund 82.000 Euro bereitgestellt. Diese flossen u. a. in Vorhaben wie

- die Erneuerung der Spundwand im Sportboothafen in Rangsdorf

- die Erneuerung von Sicherheitszäunen an den Sportanlagen in Woltersdorf und Schöna-Kolpien
- die Neuanschaffung bzw. Ersatzbeschaffungen von kleineren und größeren Sportgeräten in elf Sportvereinen

aber auch in Vorhaben im Kinder- und Jugendbereich, Senior*innen- und Behindertensport oder im Integrationssport.

Bildungsbüro (BMBF-Projekt: „Bildung integriert“)

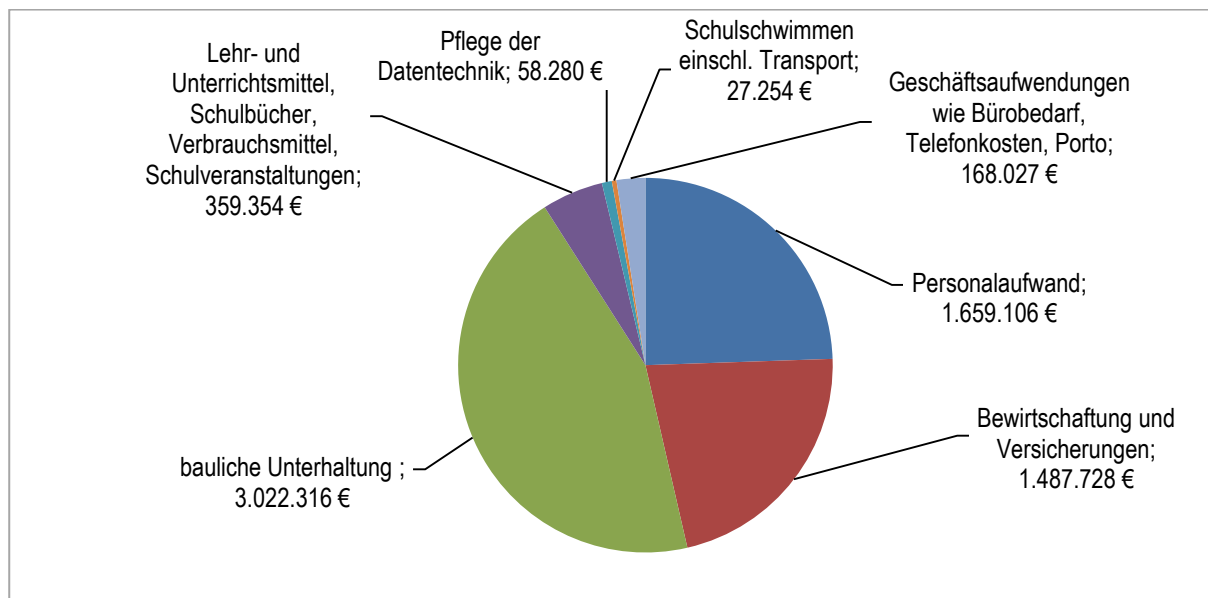
Das Bildungsbüro des Landkreises gibt es seit Oktober 2018. Es ist Teil des Projektes „Bildung integriert“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird. Ziel des Projektes ist es, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement zu errichten (Kreistagsbeschluss 5-3263/17-I).

Problematisch bei der Umsetzung und Stärkung von Managementstrukturen mit den Bildungsakteur*innen des Landkreises zeigte sich ebenfalls der Verzicht auf persönliches Netzwerken. Die große Front der Akteur*innen digital zu managen war nicht möglich. Der Weggang des Bildungsmanagers im Mai des Jahres verschärfte zusätzlich die Situation im Bildungsbüro bis hin zu dessen drohender Aufgabe. Im zähen Ringen mit dem Bundesministerium gelang es, das Bildungsbüro auch ohne Bildungsmanager*in weiterzuführen und so die bisherigen Ergebnisse zu sichern.

Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes zuständig. Im Jahr 2020 betrug das Budget für die zu bewirtschaftenden Produkte rund 20,7 Millionen Euro.

Abbildung 4: Schulfinanzen



In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, drei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Im Jahr 2020 besuchten 4.535 Kinder und Jugendliche diese Schulen. Der bewirtschaftete Gesamtetat für das laufende Geschäft in den kreisangehörigen Schulen betrug ohne Abschreibungen rund 6,8 Millionen Euro. Das sind 1,2 Millionen Euro mehr als 2019, die nicht zuletzt durch dringende Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in und an den Schulgebäuden u. a. zur Gewährleistung des Brandschutzes entstanden sind.

Investitionen

Die dem Amt für Bildung und Kultur zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kamen, wie in den vergangenen Jahren, hauptsächlich den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming zugute. Die insgesamt 5.780.921 Euro verteilten sich wie folgt:

Tabelle 10: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen

Investition	Summe (Euro)
Baumaßnahmen	5.352.938
Beschaffung Datentechnik	198.256
sonstige Ausstattungen	229.727
<i>Gesamt</i>	<i>5.780.921</i>

Bei den finanzierten Baumaßnahmen handelt es sich um die Fortführung der geförderten Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Dazu gehören der Ergänzungsbau am Gymnasium Rangsdorf und der Ausbau des Dachgeschosses zur Aula und Cafeteria am Gymnasium Ludwigsfelde. Deren Inbetriebnahmen waren zwar für 2020 vorgesehen, verschieben sich jedoch auf Anfang 2021. Die entsprechenden Ausstattungen für die Neubauten sind aber zum Teil geliefert und finanziert.

Mit den Mitteln der Datentechnik wurde hauptsächlich der Ersatz der vorhandenen Rechner in den Schulen wegen der notwendigen Umstellung des Betriebssystems von Windows 7 auf Windows 10 fortgesetzt.

Bei den sonstigen Ausstattungen in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming wurden die finanziellen Mittel pandemiebedingt für den Erwerb von Desinfektionssäulen und darüber hinaus für den Ersatz von Außenpflegegeräten, Schulmobiliar, Sportgeräten und hochwertigen Unterrichtsmitteln verwendet. Die Förderschule „geistige Entwicklung“ in Groß Schulzendorf erhielt überdies einen neuen Kleinbus für die Schulfahrten mit den Schüler*innen.

Förderprogramm „DigitalPaktSchule 2019 bis 2024“

Das Land Brandenburg gewährt mit Unterstützung des Bundes den Schulträgern Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Die Vermittlung von Medienkompetenz und Lernstoff verlangt in allen Schulen eine moderne digitale Ausstattung. Nicht nur gesamtgesellschaftlich wurden in den vergangenen Jahren die Forderungen nach einem digitalen Wandel in den Schulen größer. In der aktuellen Pandemie wurden einmal mehr die Bedeutung und die Notwendigkeit, auf digitalem Wege zu lehren und zu lernen, sichtbar.

Die Schulen in Trägerschaft des Landkreises haben mit der Verwaltung Medienentwicklungspläne erstellt, auf deren Grundlage die Fördermittel des Programmes in Höhe von 2.023.977 Euro in diesem Jahr fristgemäß beantragt wurden. Die Umsetzung ist in den Jahren 2021 bis 2023 geplant. Im Zeitraum der Umsetzung stellt der Landkreis nicht nur die hierfür erforderlichen Eigenmittel in Höhe 224.886 Euro zur Verfügung, sondern muss auch finanzielle Mittel für die Wartung, den Betrieb und IT-Support bereitstellen.

Volkshochschule Teltow-Fläming

Vielfalt in der Weiterbildung

Die VHS garantierte im Jahr 2020 trotz der Herausforderungen durch die Corona-Beschränkungen ein verlässliches und erreichbares Weiterbildungsangebot für alle Bürger*innen. Das Bildungsangebot verzeichnete trotz Pandemie ca. 5.500 Teilnehmer*innen. Es fanden 624 Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gesundheitlichen, kulturellen, sprachlichen und beruflichen Weiterbildung unter Einhaltung der Hygienebedingungen erfolgreich statt. Insbesondere im ersten Halbjahr bot die Volkshochschule das Online-Lernen an. Dazu nutzte sie die Lernplattform vhs.cloud.

Die VHS ermöglichte im Corona-Jahr ebenfalls eine kontinuierliche Durchführung der integrations- und berufsbezogenen Deutschsprachkurse mit 2.867 Unterrichtseinheiten für 132 Teilnehmer*innen. Einen großen Anteil an allen durchgeführten Veranstaltungen haben die ca. 150 neben- und freiberuflichen Lehrkräfte. Diese leisteten eine hervorragende Bildungsarbeit.

Mit dem Zweiten Bildungsweg ermöglichte die VHS jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2019/2020 erreichten 38 Absolvent*innen der 10. Klasse gute und sehr gute Ergebnisse und wurden feierlich verabschiedet.

VHS und ihre Lernorte

Am 16. März 2020 konnten die neun festangestellten Beschäftigten der VHS aus dem Kreishaus, Am Nuthefieß 2, in die neu hergerichteten und ausgestatteten Büroräume in die Dessauer Str. 25 in Luckenwalde umziehen. Damit erfüllte die VHS das strategische Qualitätsziel, am Ort des Bildungsgeschehens für Teilnehmer*innen und Lehrer*innen präsent zu sein. Mit zwei neu angemieteten Lernstandorten in der Stadt Ludwigsfelde schaffte die VHS neue Begegnungs- und Lernräume für gut nachgefragte Angebote der Weiterbildung in dieser Region.

VHS und ihr Grundbildungszentrum

Die VHS beantragte im April 2017 erfolgreich eine Projektzuwendung aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Förderzeitraum von 2015 bis 2020 für das Grundbildungszentrum. 2020 wurde die Website des [Alpha-Bündnisses/Lernstudio Teltow-Fläming](#) überarbeitet und ein neuer Film „GBZ TF“ dort veröffentlicht. Der Kurzfilm stellt die erfolgreiche Arbeit und die Ergebnisse des Grundbildungszentrums dar. Das Grundbildungszentrum arbeitet sehr erfolgreich mit alten und neuen Lernbotschafter*innen. Sie helfen Besucher*innen des Lernstudios beim individuellen Lernen.

VHS als Prüfungszentrum

Die VHS unterstützte die telc gGmbH und das Testzentrum g.a.s.t. erfolgreich bei der Erprobung neuer Prüfungsformate.

Folgende Prüfungsleistungen erbrachte die VHS im Jahr 2019:

- 21 telc-Prüfungen (allgemeine Sprachentests, Test Leben in Deutschland, Deutschtest für Zugewanderte) für 176 Teilnehmer*innen

- 6 TestAS – Studierfähigkeitstest und TestDAF – Sprachprüfung für 24 ausländische Studierende (Testzentrum der g.a.s.t.)
- 7 Einbürgerungstests mit 56 Teilnehmer*innen
- 2 Xpert-Prüfungen für Weiterbildungen im Bereich Rechnungswesen/Buchführung
- 2 Lehrgänge zur Qualifizierung „Kindertagespflegeperson“ mit 14 Teilnehmer*innen
- 12 Teilnehmer*innen an der Qualifizierung zum „Integrations-/Inklusionserzieher*in“
- 8 Teilnehmer*innen an der Qualifizierung „Praxisanleiter*in für pädagogische Berufe“

VHS und talentCAMPus

In einer engen Kooperation mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, dem DRK und YoungImages e. V. führte die VHS drei talentCAMPus-Projekte für Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 16 Jahren als Ferien-Bildungsprojekt durch. Diese wurden gefördert aus dem Bundesprojekt „Kultur macht stark“. Die Teilnehmer*innen lernten den Umgang mit so genannten Fake News und erstellten ihre eigenen digitalen Tagebücher. In den Sommerferien produzierten die Projektteilnehmer*innen den Umweltkrimi „Stark für die Umwelt“. Dieser erhielt jeweils eine Ehrenurkunde auf dem JIM Filmfestival und beim Filmfestival ÖKOFILMTOUR 2020. Alle Projektergebnisse sind auf dem YouTube-Kanal der VHS zu finden.

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus **Kreisergänzungsbibliothek, Fahrbibliothek** und **Kreisbildstelle**.

Der gesamte Medienpool wird genutzt, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten und die Schulen, öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen mit physischen und elektronischen Medien durch die drei Einrichtungen zu versorgen. Pandemiebedingt mussten die Öffnungszeiten stark eingeschränkt werden. Der Bücherbus blieb einige Monate stehen, was Auswirkungen auf die Entleih- und Besucher*innenzahlen hatte. Insgesamt wurden 61.760 Entleihungen erzielt. Das Kreismedienzentrum besuchten 2020 insgesamt 6.958 Interessierte.

Der multimediale Bestand des Kreismedienzentrums umfasst mehrsprachige beziehungsweise fremdsprachige Medien, Themenboxen und Klassensätze. Neue Medien wie Mobi Hörsticks, TipToi-, Bookie- und Ting-Bücher mit Hörstiften zum Spielen, Lernen und Wissen erlangen, Tonies, Kamishibai usw. wurden durch die Förderung von MBS-Mitteln auch 2020 ergänzt und fanden bei den jüngeren Nutzer*innen, aber auch bei den Lehrer*innen großen Anklang.

Das Kreismedienzentrum kann im Jahr auf 25 durchgeführte Veranstaltungen sowie gemeinsame lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 1.249 Kindern und Erwachsenen zurückblicken. Zu den wichtigsten zählten unter anderem:

- Kreisentscheid zum 60. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam durchgeführt mit der Kreismusikschule,
- Veranstaltungsreihe mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 14. Mal. in Zusammenarbeit mit Jens Reinländer in der Grundschule Dahme/Mark,
- Kinderfilmfest mit 44 pädagogisch wertvollen Filmvorführungen sowie An- und Abmoderationen für die Klassen eins bis zehn mit insgesamt 900 Besucher*innen.

Kreisergänzungsbibliothek

Die Kreisergänzungsbibliothek lud die Leitungen der öffentlichen Bibliotheken im Landkreis einmal pro Quartal zur Kreisarbeitsgemeinschaft ein. Ziel dieser Zusammenkünfte war neben dem fachlichen Erfahrungsaustausch unter anderem auch die Planung von Autor*innenlesereisen und des Projektes „Lange Nacht der Bibliotheken“.

Das Verbundprojekt „Digitale Ausleihe über Ciando“ mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises wurde auch 2020 als Zusatzangebot mit 15.974 E-Medien sehr gut angenommen. Hier wurde eine Steigerung im Verbund mit insgesamt 12.118 Entleihungen erzielt. Die Firma Ciando kündigte den Vertrag. Er wurde von der „Divibib“ übernommen. Die Bibliotheken in Ludwigsfelde, Am Mellensee und in Trebbin sind dem Verbund beigetreten. Somit konnte das E-Medien-Angebot um ein Vieles für die Nutzer*innen erweitert werden.

Fahrbibliothek

Die Fahrbibliothek wird seit 28 Jahren vom Landkreis betrieben, um den Bürger*innen im ländlichen Raum Bibliotheksangebote zur Verfügung zu stellen.

2020 fuhr der Bücherbus im Vier-Wochen-Rhythmus 158 Haltepunkte im Landkreis an. Im Jahr 2020 wurden während der Ausleihen insgesamt 6.060 Besucher*innen verzeichnet. Darunter waren viele Interessent*innen aus Kindertagesstätten, Schulen, Horten und Seniorenheimen.

930 Personen sind als Nutzer*innen registriert (Familienleser*innen werden nur als ein*e Nutzer*in angezeigt). Davon sind Kinder die stärkste Gruppe. 505 verfügen über einen Bibliotheksausweis. Unter den Nutzer*innen sind zudem 182 Menschen ab 60 Jahren.

Es konnten 2020 pandemiebedingt keine Einführungen in die Fahrbibliothek, Lesungen von Autor*innen für Kinder in Kindertagesstätten, Schulen und Horten durchgeführt werden.

Inzwischen bestehen Kooperationsverträge mit drei Schulen. Außerdem bekunden drei weitere Schulen ihr Interesse, mit der Fahrbibliothek ebenfalls Kooperationsverträge abzuschließen und so die Zusammenarbeit vertraglich zu vertiefen, die schon seit vielen Jahren besteht. Das sind die neuen Ziele für 2021.

Aber auch die vorhandenen Medienpakete zu bestimmten Themen (sogenannte Themenboxen), die 2020 dank der MBS-Förderung ergänzt wurden, fanden bei den Lehrkräften großen Zuspruch, allerdings nur in der Zeitspanne, als die Schulen geöffnet waren und die Fahrbibliothek auf Tour war. Filme und Lesungen wurden und werden gern genutzt, um den Unterricht zu unterstützen und zu ergänzen. So können für die Klassen 1 bis 6 Klassensätze mit Unterrichtsmitteln zur Ausleihe angeboten werden.

Kreisbildstelle

Die Kreisbildstelle verzeichnete 2020 folgende Entleihungen:

- 3.008 Medien physisch
- 5.316 Medien online
- 132 Geräte

An folgenden Einrichtungen wurden Filmprojekte begleitet und unterstützt:

- Volkshochschule Teltow-Fläming – zweiter Bildungsweg
- Jugendklub Treffpunkt 29
- Grundschule „Am Pekenberg“ Züllichendorf
- OSZ Teltow-Fläming Trickfilmherstellung
- Vorlesewettbewerb

Zum zehnten Mal fand das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg statt. Das Angebot richtete sich an Schüler*innen der ersten bis zehnten Klassen aus dem Landkreis Teltow-Fläming. Das Filmfest erfreute sich wieder großer Beliebtheit. Trotz bzw. gerade wegen der Pandemie war es ein besonderer Höhepunkt in den Schulen. Es konnte aufgrund der guten Hygienekonzepte in einigen Schulen durchgeführt werden. 900 Kinder und Erwachsene sahen auf 44 Veranstaltungen im Jahr 2020 pädagogisch wertvolle Filme.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

Im Dezember 2020 wurden insgesamt 1.069 Personen unterrichtet. 157 von ihnen belegten zusätzlich in 357 Unterrichtseinheiten ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach. Auf der Warteliste stehen 88 Personen. Derzeit unterrichten 18 festangestellte und 23 freie Lehrkräfte.

Pandemiebedingt reduzierte sich die Anzahl der Veranstaltungen auf weniger als ein Zehntel des Vorjahres. In elf Veranstaltungen musizierten die Schüler*innen vor 610 Besucher*innen.

Eine besondere Herausforderung bestand darin, den Unterricht zeitweise auf Distanzunterricht umzustellen oder in die unterrichtsfreie Zeit zu verlegen. Dies ist erstaunlicherweise sehr gut gelungen, und Lehrkräfte wie Schüler*innen bewiesen eine sehr große Flexibilität. Aufgrund dessen wurde „Corona“ als Kündigungsgrund kaum genannt.

Die Kreismusikschule ist mit der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog im Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ aktiv; allerdings pausiert dieses Projekt seit Oktober 2020.

Höhepunkte des Jahres

Trotz sehr großer Einschränkungen im Veranstaltungsbereich sind einige Höhepunkte zu nennen:

- Das Schülerorchester „projekTFolk“ spielte im Januar zum Neujahrsempfang des Landkreises.
- Im Februar wurde der Vorlesewettbewerb im Kreishaus musikalisch umrahmt, ebenso wie die Übergabe der Gesellenbriefe vor der Handwerkskammer.
- Im November gab es einen besonderen Höhepunkt mit dem Auftritt des Renaissanceorchesters „Süssato“ beim internationalen Renaissance-Musikfestival in Wittenberg.

Probenlager

Sämtliche geplante Veranstaltungen mussten aufgrund der Umgangs- oder Eindämmungsverordnungen abgesagt oder ins neue Jahr verschoben werden. Schüler*innen und Lehrkräfte stehen hochmotiviert in den Startlöchern für 2021.

Weiterbildungen

An insgesamt 39 Weiterbildungstagen wurden 18 Lehrkräfte und eine Verwaltungsmitarbeiterin in ihren pädagogischen Kenntnissen und in verwaltungstechnischem Wissen weitergebildet. Zahlreiche dieser Veranstaltungen fanden digital statt.

Museum des Teltow

Trotz der Einschränkungen der Ausstellungs- und Vortragstätigkeit im Zusammenhang mit den SARS-CoV-2 Eindämmungsverordnungen kann das Museum des Teltow für das Jahr 2020 nachfolgende Ereignisse und Besonderheiten vorweisen:

- Teilnahme am Themenjahr 2020 von Kulturland Brandenburg „KRIEG und FRIEDEN. 1945 und die Folgen in Brandenburg“.

Das Rahmenthema „Die ehemalige Militäreisenbahnlinie Berlin-Schöneberg – Jüterbog“ ist von der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse mit insgesamt 20.000 Euro gefördert worden. Das Rahmenprojekt bestand aus mehreren Einzelprojekten und Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten im Landkreis:

- Konzert und Filmvorführung im Bahnhof Rehagen,
- Ausstellung zur Strecke/Geschichte der Königlich Preußischen Militäreisenbahn im Museum in Jüterbog,
- Ausstellung zu den Schnellfahrversuchen und dem damaligen Weltrekord (1903) im Wünsdorfer Museum des Teltow.

Pandemiebedingt mussten einige Maßnahmen verkürzt bzw. konnten leider nur eingeschränkt gezeigt werden. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden jedoch auch langfristig Wirkung zeigen und können digital präsentiert werden.

Zu den weiteren Aktivitäten des Museums gehörten 2020:

- Unterstützung eines Forschungsprojektes zum Thema „Muslime in Brandenburg“ an der Freien Universität Berlin,
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Museum in der Natur – Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“,
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden,
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis,
- Fortführung der Kooperationsvereinbarung mit dem Kulturverein Blankenfelde e. V.,
- Erstellung des 28. Jahrgangs des Heimatjahrbuchs für den Landkreis Teltow-Fläming.
- Die klassische museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen und vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Sachgebiet IT-Service

Personalgewinnung und Stellenbewirtschaftungsplanung

Im Oktober 2020 wurde das Stellenausschreibungsverfahren zur Sachgebietsleitung IT-Service erfolgreich abgeschlossen. Des Weiteren konnten im Jahr 2020 drei weitere Mitarbeiter*innen für die Bereiche IT-Schulbetreuung und Netzwerkadministration rekrutiert werden. Im Dezember 2020 wurden die freien Stellenanteile des Sachgebietes 40.3 in eine neue Stellenbewirtschaftungsplanung überführt.

Umstellung Windows 10 (Rollout)

Microsoft kündigte zum Januar 2020 den Support von Windows 7 auf. Um den Sicherheitsaspekten Rechnung tragen zu können, wurde in der Verwaltung bis auf wenige unkritische PC-Systeme der Rollout für Windows 10 abgeschlossen. Es wurden ämterweise über 1.000 PC-Systeme auf Windows 10 umgestellt. Die Planung für 2021 sieht vor, dass auch die zehn Schulen (ca. 1.000 Systeme) vollumfänglich auf Windows 10 umgestellt werden.

Einführung einer automatischen Softwareverteilung (OPSI)

Im Jahr 2020 wurde eine wichtige Softwareapplikation „Open PC-Server-Integration“ zur zentralen Verteilung notwendiger Softwarepakete und Servicepacks in der Kreisverwaltung eingeführt. Durch die Installation eines Client-Agenten kann ein Großteil der bestehenden Softwareprogramme ohne eine notwendige Anwender*inneninteraktion automatisch bereitgestellt werden. Bisher wurden schon über 100 selbstentwickelte Skripte über „OPSI“ verteilt, was zur maßgeblichen Entlastung im IT-Services beiträgt.

Bereitstellung eines Home-Office Testsystems über BYOD

Um technisch auf die Einschränkung durch die Pandemie reagieren zu können, hat die Kreisverwaltung sich für den Aufbau einer Remote-Desktop-Lösung mit dem Frontend „Guacamole“ entschieden. Mittels einer BYOD-Struktur, also dem Einsatz von privater IT-Technik, konnte kurzfristig eine gute Lösung für die Beschäftigten gefunden werden. Der Open-Source-Gateway unterstützt alle gängigen Zugriffprotokolle der Verwaltung und lässt sich einfach über die bestehenden HTML5-fähigen Browser (Google Chrome, Chromium, Firefox, Opera, Microsoft Edge oder Safari) ausführen. Ein technischer Eingriff in die bestehende Privattechnik ist nicht notwendig, da die Lösung vorhandene Bordmittel des Betriebssystems nutzt, um eine verschlüsselte Verbindung ins Verwaltungsnetz des Landkreises aufzubauen. „Guacamole“ wird vorrangig benutzt, um sich mit einem Zielrechner in der Dienststelle zu verbinden. Geplant ist es, die Testlösung im ersten Quartal 2021 durch eine spezialisierte Terminalserverlösung von Citrix abzulösen.

Bereitstellung des besonderen Behördenpostfachs (beBPo)

Um den gesetzlichen Regelungen zur Übertragung und Zustellung elektronischer Dokumente für Behörden, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts Rechnung zu tragen, wurde das besondere Behördenpostfach in der Kreisverwaltung elektronisch bereitgestellt. Das beBPo beruht auf der Infrastruktur des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs (EGVP), die sich seit Jahren für den Elektronischen Rechtsverkehr bewährt hat. Da beBPo-Nachrichten der OSCI-Sicherheitsinfrastruktur zugrunde liegen, erfüllen diese deutlich höhere Anforderungen an die Authentizität und Vertraulichkeit als E-Mails.

Umzug Kfz-Zulassung

Im Dezember 2020 ist die Kfz-Zulassung Luckenwalde in die Louis-Pasteur-Straße 5 umgezogen. Das Sachgebiet IT-Service war für den technischen Umzug verantwortlich. Aus technischer Sicht wurde die Verbindung entsprechend geschwenkt: Die Beschäftigten können über ein eigenes Netzwerksegment auf den in der Kreisverwaltung angebundenen Server zugreifen.

Weiterentwicklung im Mobile Device Management

Im Bereich des Mobile Device Management (MDM) wurde eine zentrale Mobilgeräteverwaltung in der Kreisverwaltung etabliert. Die Verwaltung der Geräte ermöglicht die Hinterlegung von umfassenden Sicherheitsfunktionen, eine Integration der unternehmensspezifischen IT-Struktur, eine schnelle Sperrung und Löschung von Daten bei Verlust, die Verteilung von Zugriffsrechten und die Trennung zwischen privaten und Unternehmensdaten. Derzeitig werden alle neu ausgegebenen Smartphones aus dem Enterprise-Programm im MDM verwaltet. Ziel ist es, sämtliche mobile Endgeräte der Kreisverwaltung und der Schulen, darunter vor allem auch die alten Smartphones, Tablets und Notebooks, über das MDM zu verwalten.

Einführung einer Videokonferenzlösung mit „Jitsi Meet“

Die Kreisverwaltung hat sich ausgiebig mit dem Thema Videokonferenzen beschäftigt. Unter Betrachtung einer strengen Datenschutzperspektive, der IT-Sicherheit und aus Gründen der unabhängigen Auslastung des Systems wurde entschieden, die Lösung von Jitsi Meet einzuführen. Ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Konferenzlösungen ist, dass auf dem Server keine Registrierung erfolgt und auch keine Daten permanent gespeichert werden. Die Verwaltung betreibt seit 2020 einen eigenen am Standort Luckenwalde befindlichen Videokonferenzserver. Der Einsatz soll zukünftig in der Kreisverwaltung und im Bereich Home-Office die Basis für simultane Meetings mit kleinen und mittleren Teilnehmer*innenzahlen liefern.

Einführung von SORMAS

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde das digitale Managementsystem „SORMAS - (Surveillance Outbreak Response Management and Analysis System)“ für Maßnahmen zur Epidemiekämpfung eingeführt. SORMAS-ÖGD ist eine datenschutzkonforme spezialisierte Version zum Kontaktpersonenmanagement und unterstützt das Gesundheitsamt bei der Identifizierung und Überwachung von Kontaktpersonen. Es dient unter anderem zum Benachrichtigen von Verdachtsfällen, einer Echtzeit-Digitalisierung auf mehreren Arbeitsebenen, zur Krankheitsüberwachung und zur epidemiologischen Analyse.

DEZERNAT II

Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Die Stabsstelle

- begleitet die Dezernatsleitung als Führungsunterstützung in strategischen Belangen und in der Steuerung der kommunalen Aufgaben in der gemeinsamen Einrichtung,
- ist ständiger Vertreter im Deutschen Landkreistag und beratender Vertreter in der Bund-Länder-Kommission „Verwaltungskosten“,
- führt die Arbeitsgruppe Migration im Landkreis.

Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit

Die Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung war Anfang 2020 von erfolgreichen Integrationsbemühungen für Langzeitarbeitslose und deren Familien geprägt. Die Zahl erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser ist weiter spürbar gesunken. Als zentrale Schnittstelle des Landkreises zum Jobcenter wurde die Verwendung kommunaler Mittel im Jobcenter weiter optimiert. Die Stabsstelle entscheidet in Einzelfällen über die Verwendung der kommunalen Mittel (z. B. Darlehen, Erstausrüstung) per Weisung. Der Mitarbeiter in der Stabsstelle bereitet die Trägerversammlung vor und nimmt daran teil.

Weitere Schwerpunkte bilden die neuen Digitalisierungsanforderungen der nächsten Jahre im Jobcenter sowie das Finanzcontrolling für das gesamte Jobcenter.

Im Zusammenhang mit den Dienstleistungsangeboten der Bundesagentur für Arbeit wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Personalentwicklungskonzeptes vorbereitet. Zudem wurde gemeinsam geprüft, marktnahe Dienstleistungen durch das Jobcenter selbst auszusprechen und einzukaufen.

Die Stabsstelle vermittelte weiterhin lösungsorientiert bei Beschwerden sowie Problemfällen zwischen den Bürger*innen und dem Jobcenter. Sie unterstützte Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Landkreis. In vielen Fällen steht aber nunmehr auch die Beratung von Aufstocker*innen zur Wohnungssicherung im Fokus.

Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung

Die Stabsstelle bearbeitet Anfragen des Kreistages und der kommunalen Gremien beim Bund und Land, hier insbesondere im Bereich Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe. Durch Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeitskreisen und in Kooperation mit freien Trägern sowie dem deutschen Landkreistag werden Erfahrungen ausgetauscht und versucht, die Ergebnisse für die Arbeit nutzbar zu machen.

Rechtsveränderungen und Vorgaben des Bundes werden aus kommunaler Sicht aufgearbeitet und ggf. dem Jobcenter als Empfehlung oder Weisung zugänglich gemacht.

Im Berichtszeitraum wurde der Landkreis mit den Folgen der COVID-19-Pandemie konfrontiert. Das hatte insbesondere Auswirkungen bei der Steuerung der Zusicherungsprozesse der kommunalen Unterkunftskosten. Die Bundesregierung hat den Jobcentern befristet ermöglicht, die Zusicherung von Wohnraum großzügig zu gestalten. Zudem hat sie die Kosten-senkungsverfahren ausgesetzt. Der Landkreis muss auf Grund seiner Weisungsbefugnisse bei den Kosten der Unterkunft diesen Prozess regulieren und eingrenzen.

Wohnraumversorgung

Die Wohnraumknappheit in den Kommunen des Landkreises steht in der öffentlichen Diskussion, bei den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor weiterhin ganz vorn. Die steigenden Mieten und Mietnebenkosten erschweren immer größeren Teilen der Bevölkerung erheblich den Zugang zum Wohnungsmarkt. Vor allem untere aber auch mittlere Einkommensklassen haben zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Insbesondere im sogenannten Speckgürtel Berlins ist neben steigenden Mieten und hoher Nachfrage ein Stagnieren der Zahl von bezugsfertigen Mietwohnungen zu verzeichnen. Erschwerend kommt seit März 2020 die COVID-19-Pandemie hinzu.

Es gibt faktisch kein unteres Segment am Wohnungsmarkt in Teltow-Fläming mehr. Durch Sanierung und Modernisierung sowie Neubau gilt der mittlere und gehobene Wohnungsstandard als Referenz für Neuankmietungen und Bestandsmieten. Die Ermessensbetrachtung muss darauf reagieren. Die Definition des Angemessenheitsbegriffs im Rahmen des SGB II und SGB XII ist somit zu korrigieren.

Zunehmend müssen bei der Zusicherungsentscheidung auch der teurere, in der Verwaltung der Kommunen stehende Wohnungsmarkt betrachtet und die 4. Handlungsempfehlung des Landkreises Teltow-Fläming zu den angemessenen Bedarfen für Unterkunft und Heizung auch unter Beachtung der bundessozialgerichtlichen Rechtsprechung ausgelegt werden. Das sind bisher Einzelfälle, die es im nächsten Jahr bei zunehmender Tendenz zu vereinheitlichen gilt. Die Stabsstelle hat dafür in Zusammenarbeit mit kommunalen Vertreter*innen im Jobcenter eine rechtssichere Grundlage entwickelt. Deren allgemeine Umsetzung in Form von ermessenslenkenden Hinweisen ist für 2021 vorgesehen.

In der Wohn- und Sozialberatung gab es insgesamt 472 Anfragen von Bürger*innen. Im gesamten Landkreis wurden leider auch 38 Anträge auf Zwangsräumung im Amtsgerichtsbezirk Luckenwalde und 34 Anträge im Amtsgerichtsbezirk Zossen gestellt. Hier versuchten die Beschäftigten der Stabsstelle, die Räumung durch Beratung und Zuweisung auf die Hilfsangebote der Sozialpartner zu verhindern.

Auch im Jahr 2020 funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Träger, des Jobcenters sowie der Akteure am Arbeitsmarkt mit der Stabsstelle reibungslos. Eine gute Kommunikation und eine breite regionale Vernetzung bildeten hier die Grundlage.

Sozialamt

Das Jahr 2020 war für die Arbeit des Sozialamts ein besonderes und vor allem ein besonders forderndes Jahr. Bereits Mitte März wurde die Kreisverwaltung für den Publikumsverkehr geschlossen. Ein Großteil der Beschäftigten war gehalten, Aufgaben außerhalb der Diensträume zu erledigen oder die Arbeitszeiten zu verlagern. Für die tägliche Arbeit bedeutete dies einen Spagat zwischen der Reduzierung des persönlichen Kontakts und einer durchgehenden Leistungsgewährung für die Berechtigten. Eine nicht unerheblicher Teil der Kund*innen des Sozialamts ist den sprachlichen oder technischen Anforderungen an eine fernmündliche und virtuelle Kommunikation kaum gewachsen. Zudem war es schwierig, Menschen zu erreichen, die bereits unter normalen Bedingungen Schwellenängste bei der Beantragung von Leistungen haben.

Daher galt es, die Arbeitsprozesse neu zu überdenken und die Strukturen darauf anzupassen. Dabei ist es unter Mitwirkung aller gelungen, nicht nur die Sozialleistungen rechtzeitig zu zahlen, sondern darüber hinaus auch den Kontakt zu den Betroffenen ohne Publikumsverkehr zu halten. Das Amt hat sich früh dafür eingesetzt, die Kreisverwaltung zumindest für den Publikumsverkehr wieder zu öffnen.

Zusätzlich haben zahlreiche Beschäftigte das Gesundheitsamt bei der Bewältigung der Pandemie freiwillig unterstützt — sowohl unter der Woche als auch am Wochenende.

Sachgebiet Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde

Im Sachgebiet Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde werden folgende Leistungen bearbeitet und Aufgaben erfüllt:

- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen:
 - Ermittlung der individuellen Bedarfe nach den Hilfebedarfsermittlungsinstrumenten der Länder im gesamten Bundesgebiet, hauptsächlich im Land Brandenburg
 - Hilfen zur Gesundheit
 - Prüfung und Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe für minderjährige Kinder/Jugendliche sowie Prüfung und Weiterleitung oder Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in besonderen Wohnformen für Erwachsene
 - umfassende Beratungstätigkeiten
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
 - Ermittlung der individuellen Bedarfe
 - Hilfen zur Gesundheit
 - Prüfung zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes
 - Vermittlung an weitere Beratungsstellen (bspw. Schuldner- und Insolvenzberatung)
 - umfassende Beratungstätigkeiten
 - Bearbeitung von Betreuungsanregungen, Zwangsmaßnahmen, Verfahrenspflegschaften sowie Hilfen zur Gesundheit
 - umfassende Beratungen zu Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen
 - Weiterbildung ehrenamtlicher Betreuer*innen
 - Durchführung Arbeitskreis Betreuungsrecht (zweimal jährlich)

Eingliederungshilfe

Das Bundesteilhabegesetz ist ein in vier Reformstufen (Umsetzung von 2017 bis 2023) unterteiltes Bundesgesetz, mit dem der Gesetzgeber sich das Ziel gesetzt hatte, auch im Hinblick auf die [UN-Behindertenrechtskonvention](#) eine zeitgemäße Gestaltung mit besserer Nutzerorientierung und [Zugänglichkeit](#) sowie eine höhere Effizienz der deutschen [Eingliederungshilfe](#) zu erreichen.

Oberste Priorität ist die Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft entsprechend ihrem Wunsch- und Wahlrecht und nicht nach den Vorstellungen von Angehörigen, rechtlichen Betreuer*innenn und Leistungsanbietern. Das Sozialamt ist Träger der Eingliederungshilfe und somit verantwortlich für die umfassende Gesamt- und Teilhabeplanung unter Hinzuziehung aller Rehabilitationsträger (Jugendämter, Krankenkassen, Rentenkassen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter usw.). Im Land Brandenburg gilt der Integrierte Teilhabeplan (ITP) als Hilfebedarfsermittlungsinstrument für alle Hilfen ab Schuleintritt. Hierfür ist es erforderlich, die Fachkräfte bei der Anwendung des Integrierten Teilhabeplans Brandenburg fortzubilden und ausreichend Fachkräfte zur Erfüllung der Pflichtaufgaben vorzuhalten.

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen umfasst unterschiedliche individuelle Leistungen. Diese sind beispielsweise:

- Eingliederungshilfen in Landeskliniken, Krankenhäusern zur medizinischen Rehabilitation, Wohnstätten mit interner/externer Tagesstruktur und Pflegeabteilung für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, Wohnheime/Internate, Langzeittherapie- und Überbrückungseinrichtungen für suchtkranke Menschen für 443 Leistungsberechtigte
- Eingliederungshilfen in Werkstätten für behinderte Menschen, Tagesstätten und Integrationskindertagesstätten für 732 Leistungsberechtigte
- Eingliederungshilfen in Form des betreuten Wohnens in der eigenen Häuslichkeit oder einer Wohngemeinschaft, heilpädagogische Frühförderung, sinnesspezifische Frühförderung, Kita- und Schulbegleitungen, Teilhabe am Arbeitsleben
- Familienpflege/Gastfamilien für 658 Leistungsberechtigte
- Heil- und Hilfsmittel.

Am 1. Januar 2020 trat die dritte Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft. Danach gehen alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit (drohenden) Behinderungen vom Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) in das SGB IX über. Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden von den Hilfen zum Lebensunterhalt getrennt. Diese Trennung ist bisher noch unvollständig im Bundesgebiet vollzogen.

Die Berechtigten können mehrere Leistungen nach unterschiedlichen Gesetzen erhalten. Diese gliedern sich in die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, die Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII oder Grundsicherung nach dem SGB II. Bei der Zuordnung der Kosten der Unterkunft in besondere Wohnformen (alte Fassung: vollstationäre Einrichtungen) gibt es nunmehr die Besonderheit, dass die Flächen nach Art ihrer Nutzung getrennt betrachtet werden müssen. Einerseits bestehen Flächen für den individuell genutzten Wohnraum, andererseits für die Nutzung von Gemeinschaftsräumen der Tagesstruktur.

Zum Jahreswechsel von 2019 auf 2020 ist es gelungen, die Hilfen entsprechend umzustellen und die dafür erforderlichen Bescheide zu erlassen.

Der Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe arbeitet mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der betroffenen Menschen zusammen. Die Angebote fördern die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen mit und ohne Demenz und entlasten daneben die Angehörigen.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen zahlreiche Aufgaben wahr und halten entsprechende Angebote für behinderte und pflegebedürftige Menschen vor. Zu den Angeboten gehören beispielsweise:

- Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
- heilpädagogische Frühförderung für Kinder im nicht schulpflichtigen Alter,
- Hilfen zur Bildung in Schulen, Hochschulen und andern Bildungsstätten,
- Assistenzleistungen als aufsuchende Hilfen in der Häuslichkeit,
- Hilfen in betreuten Wohngemeinschaften und Wohnstätten,
- allgemeine Beratungsangebote,
- die Schuldnerberatung,
- die Betreuung in Frauenhäusern,
- Familien entlastende Dienste,
- Heil- und Hilfsmittel,
- alltagsunterstützende Angebote.

Betreuungsbehörde

Sofern eine gesetzliche Betreuung beim Amtsgericht angeregt wird, erstellen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde einen ausführlichen Sozialbericht und geben eine Empfehlung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung an das zuständige Amtsgericht ab. Dazu gehören auch Eilbetreuungen, die innerhalb kürzester Zeit zu entscheiden sind. Die Beschäftigten der Betreuungsbehörde haben hierfür nur einen maximalen zeitlichen Rahmen von 3 bis 5 Werktagen. In bestimmten Fällen werden die Beschäftigten auch als Verfahrenspfleger vom Amtsgericht eingesetzt.

Oberstes Ziel ist die Vermeidung rechtlicher Betreuungen, indem optionaler Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zum Beispiel ehrenamtliche Betreuungen oder Vorsorgevollmachten.

Zweimal jährlich führt die Betreuungsbehörde den Arbeitskreis Betreuungsrecht durch. Zu diesem Arbeitskreis werden die Berufsbetreuer*innen, die Betreuungsvereine und die Amtsgerichte Luckenwalde und Zossen eingeladen. Dieser Arbeitskreis ist ein wichtiger Bestandteil in der Zusammenarbeit. Die Themenvorschläge der Betreuer*innen werden entsprechend vorbereitet, vorgetragen und im Anschluss diskutiert und ausgewertet. Im Jahr 2020 konnte der Arbeitskreis wegen der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Alle Anfragen wurden daher schriftlich beantwortet.

Die Weiterbildung der ehrenamtlichen Betreuer*innen nehmen die Betreuungsvereine federführend vor. Zu bestimmten Fachthemen werden die Beschäftigten der Betreuungsbehörde regelmäßig einbezogen.

Auf Anfragen von Schulen, sonstigen Einrichtungen und Behörden führen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde Beratungen rund um das Thema Betreuung, Vorsorgevollmacht usw. durch.

Tabelle 11: Statistik für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2020

Kategorie	Anzahl
bestehende Betreuungen (insgesamt)	2636
neu eingerichtete Betreuungen mit gerichtlichem Beschluss	386
Verfahren, die ohne Anordnung einer Betreuung beendet wurden	45
wegen Zuständigkeitswechsel beendete Verfahren	89
Erstverfahren	589
Wiederholungsverfahren	1326
Amtshilfeverfahren	4
Beschwerdeverfahren	0
Anzahl der angeordneten Unterbringungen	20
Anzahl der angeordneten unterbringungsähnlichen Maßnahmen	20
Verfahrenspflegschaften in Vergütungssachen	116
Verfahrenspflegschaften	130

Bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit seit 16. März 2020 verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens musste schnell und individuell auf andere Kommunikationswege hinsichtlich der Bedarfsermittlung bei Neu- und Folgeanträgen in allen o.g. Bereichen umgestellt werden. So wurden viele Sachverhalte telefonisch sowie schriftlich ermittelt und die Bedarfe abgesichert. Als problematisch und daher nur eingeschränkt geeignet erwies sich dies allerdings im Umgang mit psychisch- und suchtkranken Menschen.

Sachgebiet Sozialhilfe

Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen

Die Hilfen werden gewährt, um den Hilfesuchenden eine Grundversorgung mit den zum Leben existentiell notwendigen Gütern zu ermöglichen. Sie wird im häuslichen Bereich und in stationären Einrichtungen erbracht. Der notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat, Heizung, persönliche Bedürfnisse und Darlehen.

Ein großer Mehraufwand entstand in diesem Bereich durch die Änderung, dass die Werkstätten für Behinderte das Einkommen der Werkstattbesucher nicht mehr gesammelt mitteilen. Somit muss dies monatlich bei jedem Werkstattbesucher abgefragt werden, da die Einkommen auch in der Höhe variieren. Weiterhin mussten von Hand alle Mieten und Betriebskosten aller Einpersonenhaushalte für jede der vier Planungsregionen des Landkreises erfasst werden, um die Angemessenheit der tatsächlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung für Personen in der besonderen Wohnform ermitteln zu können. Dieser Prozess hat jährlich zu erfolgen. Für Leistungsempfänger der besonderen Wohnform musste ebenfalls bei der Rentenversicherung die Bescheinigung über die dauerhafte Erwerbsunfähigkeit abgefordert werden.

Im Bereich der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 1.273 Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 897 Bedarfsgemeinschaften dauerhaft erwerbsunfähige Menschen und 376 Bedarfsgemeinschaften Altersrentner*innen.

2020 wurden 380 Neuanträge gestellt. Davon wurden 57 abgelehnt.

Gegen 99 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben.

In der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 139 Bedarfsgemeinschaften. In 29 Fällen, in denen ein Leistungsbezug vorlag, waren die Kinder in anderen Familien untergebracht. Im Jahr 2020 wurden 24 Neuanträge gestellt.

Gegen 31 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben.

Hilfe zur Pflege

Hilfe zur Pflege wird Leistungsberechtigten gewährt, die auf Grund körperlicher, geistiger oder seelischer Krankheit oder Behinderung pflegebedürftig sind. Sie wird als eigenständige Leistung bei nicht pflegeversicherten Menschen oder ergänzend zu den Leistungen der Pflegeversicherung erbracht. Hilfe zur Pflege wird als persönliche Beratung und Unterstützung des Hilfesuchenden, Geldleistung oder als Sachleistung erbracht. Unterhaltsansprüche der Leistungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern sind ab 1. Januar 2020 nicht mehr zu berücksichtigen, es sei denn, deren jährliches Gesamteinkommen beträgt jeweils mehr als 100.000 Euro Jahreseinkommen. Die Leistungen werden einkommens- und vermögensabhängig erbracht.

Im stationären Bereich gab es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 315 Bestandsfälle. 2020 wurden 235 Neuanträge gestellt, wovon in 85 Fällen aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder fehlenden sozialhilfrechtlichen Voraussetzungen keine Leistungen gewährt wurden.

Im ambulanten Bereich gab es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 129 Bestandsfälle. 2020 wurden 65 Neuanträge gestellt. In 23 Fällen wurden aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder fehlenden sozialhilfrechtlichen Voraussetzungen keine Leistungen gewährt.

Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes

Die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts umfasst alle Tätigkeiten, die zum Führen eines Haushaltes gehören, wie z. B. Kinderbetreuung, Zubereiten von Mahlzeiten, Wohnungsreinigung, Kleiderpflege usw. Der Umfang der Leistung richtet sich nach dem jeweils individuellen tatsächlichen Hilfebedarf.

Im Bereich der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes gab es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 14 Fälle. 2020 wurden fünf Neuanträge gestellt, wovon in drei Fällen aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder fehlenden sozialhilfrechtlichen Voraussetzungen keine Leistungen gewährt wurden.

Blindenhilfe

Die Blindenhilfe ist eine Leistung, die im Rahmen der Sozialhilfe gemäß § 72 SGB XII gewährt wird. Es gelten allerdings die allgemeinen Einkommens- und Vermögensgrenzen der Sozialhilfe, so dass für eine Leistung der Blindenhilfe nach SGB XII Bedürftigkeit vorausgesetzt ist. Sofern die Voraussetzungen zum Bezug von Sozialhilfe erfüllt sind, kann Blindenhilfe nach SGB XII auch ergänzend zum Landesblindengeld bezogen werden, soweit dieser Anspruch geringer ist als der nach SGB XII. Der Anspruch gegenüber dem Träger der Sozialhilfe besteht dann in der Höhe der Differenz zwischen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII und dem jeweiligen Landesblindengeld.

Im Bereich der Blindenhilfe nach dem SGB XII gab es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 32 Bestandsfälle. 2020 wurden 9 Neuansträge gestellt, wovon in 2 Fällen aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder fehlenden sozialhilferechtlichen Voraussetzungen keine Leistungen gewährt wurden.

Bestattungskosten

Im Bereich der Bestattungskosten gab es im Jahr 2020 75 Anträge. Bis 31. Dezember 2020 wurden in 23 Fällen aufgrund von Unzuständigkeit, fehlenden sozialhilferechtlichen Voraussetzungen oder Antragsrücknahme keine Leistungen gewährt.

Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz Brandenburg

Im Bereich der Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz des Landes Brandenburg gab es zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 185 Fälle. 2020 wurden 36 Neuansträge gestellt. In sieben Fällen wurden aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder fehlenden sozialhilferechtlichen Voraussetzungen keine Leistungen gewährt.

Sachgebiet Sonstige soziale Hilfen

Ausbildungsförderung

Im Jahr 2020 stieg die Zahl der Anträge und der laufenden Zahlfälle auf Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und Bundesausbildungsförderungsgesetz leicht an.

Die Zahl der Beantragungen und Zahlfälle für Leistungen nach dem Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz nahm um mehr als 50 Prozent zu. Dies ist auf die Gesetzesänderung vom 1. August 2019 zurückzuführen. Dort wurden der Förderhöchstsatz für Student*innen sowie der Wohngeldzuschlag angehoben.

Tabelle 12: Fallzahlen Ausbildungsförderung

gesetzliche Grundlage	Aktenzahl	Neuanträge
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	589	295
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1028	309
Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)	424	297

Insgesamt ergeben sich im Bereich der Ausbildungsförderung 2.041 laufende Zahlfälle. Trotz einer grundsätzlich jahresweisen Bewilligung werden die Fälle im Laufe des Bewilligungszeitraumes teilweise mehrfach gesichtet und bearbeitet. Hier seien exemplarisch die Prüfung des Antrages, das Vorliegen von Änderungsanträgen bei Einstellung und Rückforderung von Leistungen sowie die Geltendmachung der Rückforderung im Rahmen des Forderungsmanagements genannt. Dieses Forderungsmanagement ist zur Geltendmachung und Einleitung der Durchsetzung der Ansprüche des Leistungserbringers in Bezug auf Rückforderungen gegenüber Antragstellern im Rahmen von Stundungen, Mahnung, Vollstreckung, Mitwirkung in Insolvenzverfahren usw. unablässig.

Es wurden 901 Neuanträge auf Erst- und Weiterbewilligung positiv beschieden. Hinzurechnen sind Ablehnungen und Änderungsanträge. Diese bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Änderungen bezüglich der Anspruchsvoraussetzungen der Antragsteller, wie auch Verkürzungen der Anspruchsdauer. Zudem erfolgen in diesem Bereich ausgiebige Beratungen der Antragsteller und deren Eltern.

Wohngeld/Bildung und Teilhabe

Im Bereich der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) wurden insgesamt 1.919 Anträge auf Miet- und Lastenzuschuss bearbeitet, davon 1.673 Anträge auf Mietzuschuss und 243 Anträge auf Lastenzuschuss. Daraus ergibt sich ein leichter Anstieg von 71 Anträgen im Vergleich zum Jahr 2019. Insgesamt konnten 1.110 Anträge bewilligt werden.

Die größte Gruppe von Antragsteller*innen sind mit 1.124 Personen die Ein-Person-Haushalte. Es wurden 592 Anträge bewilligt. Die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller*innen ist mit 888 Personen die Gruppe der Rentner*innen. Es wurden 518 Wohngeldanträge bewilligt. Zusätzlich zu den insgesamt 1.919 gestellten Wohngeldanträgen war die Prüfung aufgrund der Ergebnisse des automatisierten Datenabgleichs nach § 33 WoGG mit der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vorzunehmen. Im Ergebnis dessen wurden 1078 Wohngeldfälle zur Überprüfung gemeldet. Es stand eine Rückforderungssumme bis zum III. Quartal 2019 in Höhe von 39.195 Euro zur Disposition.

Das durchschnittlich bewilligte monatliche Wohngeld betrug im Jahr 2020 jeweils 148,86 Euro. Daraus ergibt sich zum Vorjahr 2019 eine leichte Steigerung von 2,80 Euro je Bewilligung. Die Gesamtausgaben an Wohngeldzahlungen belaufen sich im Jahr 2020 auf 1.265.770,88 Euro.

Gegen die Ausgangsentscheidungen in Bezug auf Wohngeld wurden 2020 insgesamt 51 Widersprüche erhoben.

Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen seit 2011 besonderen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringen Einkommen Rechnung tragen und ihnen den Zugang zu Lernmöglichkeiten und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten erleichtern.

Das Starke-Familien-Gesetz trat zum 1. August 2019 in Kraft und brachte deutliche Verbesserungen für Familien. So wurde etwa der Betrag für die Ausstattung mit Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr erhöht. Diese Summe wurde erneut zum 1. Januar 2021 auf 153,50 Euro pro Schulhalbjahr angehoben. Die bisher zu leistenden Eigenanteile beim Schulessen und der Schülerbeförderung entfielen. Gleichzeitig gab es Vereinfachungen, z. B. bei der Antragstellung und der Abrechnung von Leistungen. Der Bund investiert im Zeitraum von 2019 bis 2021 eine Milliarde Euro in den Kinderzuschlag und 220 Millionen Euro jährlich in den Ausbau des Bildungs- und Teilhabepakets.

Die Verbesserungen für Familien zeigten sich bereits im Jahr 2019 durch die insgesamt 900 zur Bearbeitung vorliegenden Anträge im Bereich der Bildung und Teilhabe. Diese hohen Antragszahlen lassen sich auch für das Jahr 2020 zu verzeichnen.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurden 2020 insgesamt zwei Widersprüche erhoben.

Bereich Asylsuchende und Geflüchtete

Dem Landkreis wurden im Jahr 2020 vor allem Asylsuchende und Geflüchtete aus der Russischen Föderation (Tschetschenien), Afghanistan, Iran, Irak, Syrien und aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern zugewiesen. Insgesamt gab es 183 Zuweisungen durch die zentrale Ausländerbehörde Brandenburg. Zudem kamen 14 Spätaussiedler*innen und Kontingentflüchtlinge in den Landkreis.

Bedingt durch die pandemische Lage entwickelten sich im Laufe des Jahres viele neue Herausforderungen. Für die Einrichtungen mussten neue Hygienekonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Zudem wurde das Gesundheitsamt bei der Isolierung von Covid-19-positiven Personen in den Übergangswohneinrichtungen unterstützt. In Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) und der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) wurde zwischenzeitlich ein Zuweisungsstopp vereinbart, so dass die Asylsuchenden länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen der ZABH verblieben. An der Zuweisungsquote wie letztendlich auch der Anzahl der Zugewiesenen ergaben sich dadurch insgesamt keine Änderungen.

Ab März 2020 war das Sozialamt durch Einrichtung einer Rufbereitschaft an Wochenenden und Feiertagen durchgehend erreichbar.

Tabelle 13: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangswohnheimen

Jahr	Zuweisungen	Fallzahl AsylbLG	Fallzahl SGB II
2016	438	1.050	597
2017	287	948	408
2018	207	974	204
2019	189	996	133
2020	183	1037	107

Unterbringung

Tabelle 14: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten

Jahr	Anzahl Einrichtungen	Anzahl Unterbringungsplätze
2016	17	2.326
2017	12	1.581
2018	10	1.213
2019	11	1.350
2020	11	1.188

Die Kapazitäten der Heime werden kontinuierlich dem Bedarf angepasst. Durch die überwiegend geschlossenen Außengrenzen Deutschlands resp. der Europäischen Union hat sich die Zahl der neu aufgenommenen Asylsuchenden und Geflüchteten stark verringert. Die durch die Zentrale Ausländerbehörde in die Landkreise verteilten Personen sind dem Land Brandenburg großteils durch einen inländischen Ausgleich gemäß dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen worden.

Im Jahr 2020 wurde die Betreuung der Übergangswohnheime in Großbeeren, Am Mellensee, OT Rehagen, und Niedergörsdorf ausgeschrieben und vergeben. In Niedergörsdorf bekam der vormalige Betreiber im Vergabeverfahren den Zuschlag, in Großbeeren und Am Mellensee OT Rehagen erfolgte ein Betreiberwechsel.

Auszugsmanagement

Einen anhaltenden Aufgabenschwerpunkt im Sachgebiet stellte das sogenannte Auszugsmanagement für die SGB-II-Berechtigten in den Übergangseinrichtungen dar. Hierbei handelte es sich um anerkannte Asylsuchende, die nunmehr leistungsberechtigt nach dem SGB II sind und dadurch ihren Wohnsitz selbst bestimmen können und berechtigt sind zu arbeiten. Die Bereitstellung von sozialrechtlich angemessenem bzw. geeignetem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Durch Beratung und Unterstützung sowie durch konkrete Forderungen wurde darauf hingewirkt, dass sich insbesondere Familien zum Zwecke der besseren Integration verstärkt um Wohnraum bemühen.

Die zunächst positive Entwicklung stagniert jedoch, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im nördlichen Bereich des Landkreises, weiter verschärft hat. Aus diesem Grunde ist nunmehr eine Mitarbeiterin des Sozialamts vorrangig mit dieser Aufgabe befasst.

Jugendamt

Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

Kindertagesbetreuung

Die Arbeit im Bereich der Kindertagesbetreuung wurde im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie geprägt. In Zusammenarbeit mit den Trägern, Einrichtungen und Kommunen gelang die Organisation der Notbetreuung im Lockdown ab Ende März reibungslos. Der Bereich Kindertagesbetreuung beriet alle Akteur*innen zur Umsetzung der Allgemeinverfügung des Landkreises. Auch die Vermittlung in schwierigen Fällen oblag dem Fachbereich bzw. wurden in Streitfällen abschließende Entscheidungen getroffen.

Nach der Aufnahme der Regelungen zur Notbetreuung in die Eindämmungsverordnung wurde die Anspruchsprüfung auf die Kommunen übertragen, sodass der Landkreis für die Widerspruchsbearbeitung zuständig war.

Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Richtlinie zum Ausgleich von entgangenen Elternbeiträgen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausgleich von entgangenen Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung in Folge der prioritär umzusetzenden Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 und COVID-19 in Brandenburg) lag beim Landkreis.

Außerdem wurde die Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming überarbeitet. Hier wurden mit der Regelung zur Übernahme der hälftigen Kosten für die Grundqualifizierung und der Einführung des Erstausstattungszuschusses bei Neugründung neue Instrumente geschaffen, um den zukünftigen Bewerber*innen und Interessent*innen den Einstieg in die Kindertagespflege zu erleichtern.

Auch die Elternbeitragssatzung des Landkreises wurde überarbeitet und an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst. Es erfolgte eine Angleichung der dazugehörigen Elternbeitragstabelle an die Empfehlung des MBS zur Landeselternbeitragstabelle.

Zum Jahresbeginn wurden die Teilkündigungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Durchführung von Aufgaben nach dem Kindertagesstättengesetz (KitaG) mehrerer Kommunen wirksam. Die Städte Luckenwalde, Trebbin und Baruth/Mark sowie die Gemeinde Am Mellensee haben alle Aufgaben, die in Zusammenhang mit der Kindertagespflege stehen, wieder an den Landkreis übergeben. Somit betreut der Landkreis mit Stand zum 31. Dezember 2020 insgesamt 41 Kindertagespflegepersonen. Das bedeutet, dass der Fachbereich für die Vertragsschließung zwischen Eltern, Kindertagespflegepersonen und Landkreis zuständig ist. Zum Jahresende waren dies ca. 200 laufende Verträge.

Zusätzlich hat die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow den o. g. Vertrag mit Wirkung zum 1. Januar 2021 vollständig gekündigt. Somit wird der Landkreis zukünftig auch hier alle Kindertagespflegepersonen wieder selbst betreuen und alle weiteren Aufgaben wie z. B. die Rechtsanspruchsprüfung selbst wahrnehmen.

Praxisberatung Kindertagesbetreuung

Aus der Sicht der Kita-Praxisberatung begann das Jahr 2020 vielversprechend. Die Kindertageseinrichtungen nahmen die Angebote in einem großen Maß wahr; zahlreiche Beratungsprozesse wurden fortgesetzt. Mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im März 2020 kam es zu einem abrupten Stillstand dieser Beratungsbeziehungen. Beratungsprozesse wurden vorerst abgebrochen und sämtliche Vor-Ort-Termine ausgesetzt. Im Verlauf der darauffolgenden Monate etablierte sich ein reger Austausch mit den Trägervertreter*innen. In den Vordergrund der Beratungen rückten die Umsetzung der Hygienemaßnahmen sowie die Notbetreuung.

Mit dem Ende der Notbetreuung im Juni 2020 änderten sich die Anfragen in der Kita-Praxisberatung erneut, sodass der Kontakt wieder vermehrt durch die Einrichtungen selbst hergestellt wurde. Hierbei handelte es sich weniger um pädagogische Themen, sondern in einem ausgeprägten Maße um Anfragen zur Betreuung von Kindern mit Förderbedarfen. Dies hat sich bis zum Jahresende nicht verändert. Im Gegensatz zum ersten Lockdown am Jahresanfang kam es beim zweiten Lockdown am Jahresende zu keinem Stillstand der Anfragen seitens der Kindertageseinrichtungen, der Beratungsbedarf scheint weiter gegeben zu sein.

Familienförderung und Frühe Hilfen

Der Landkreis beteiligte sich im neunten Jahr in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe, dem Netzwerk Kinderschutz sowie dem Netzwerk Gesunde Kinder an der Bundesstiftung Frühe Hilfen. Im Wesentlichen wurden folgende Themen bearbeitet:

- Erstellung von ausführlichen Informationen über die Angebote und Inhalte der Frühen Hilfen, der Familienzentren und der Allgemeine Förderung der Erziehung auf der Internetseite des Landkreises und auf der Kinderschutzseite des Landkreises
- Erstellung und Beschluss (26. August 2020) einer neuen Richtlinie der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie ab 2021
- Ausbau und Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Kinderschutz und dem Netzwerk Gesunde Kinder sowie weiteren Trägern im Landkreis TF
- Die Vertreterin der Frühe Hilfen war in den Steuerungsgruppen Netzwerk Kinderschutz und Netzwerk Gesunde Kinder tätig.
- Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die Pandemie stark eingeschränkt, jedoch konnten die vorliegenden Flyer einzelner Angebote der Frühen Hilfen mit den Begrüßungsbriefen der Landrätin an die Eltern versandt werden. Parallel wurde ein neuer Flyer für die Frühen Hilfen entwickelt, um das gesamte Spektrum ihrer Angebote kompakt darzustellen.
- Die Sachberichterstattung konnte digitalisiert werden; somit können über das Statistikprogramm GRAFSTAT entsprechend umfangreiche statistische Daten geliefert werden.
- Interessenbekundung zur ELINA-APP Einführung (App für die Frühen Hilfen)
- Der Arbeitskreis Frühe Hilfen findet weiterhin statt.
- Der Einsatz der Fachkräfte der Frühen Hilfen wurde durchgehend für den gesamten Landkreis gewährleistet. Die Angebote konnten erweitert werden, z. B. durch Kurse.
- Der Arbeitskreis der interdisziplinären Frühförderung konnte wiederbelebt werden und wird weitergeführt, da auch der Bereich der Frühförderung einen wichtigen Part der Frühen Hilfen beinhaltet.
- Im Jahr 2020 wurden insgesamt sechs Familienzentren im Landkreis gefördert.

Jugendförderung

Wegen der Corona-Pandemie war die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte vor Ort nur sehr eingeschränkt möglich. Die Lockdowns begrenzten die für dieses Arbeitsfeld erforderliche professionelle zwischenmenschliche Beziehungsarbeit stark. Die Angebote verlagerten sich in diesem Zeitraum vorwiegend auf Onlineformate. Präsenzangebote unterblieben größtenteils.

Trotz dieser Widrigkeiten konnten die Fachkräfte-Personalstellen durch das Zusammenwirken des Landkreises Teltow Fläming mit dem Land Brandenburg gesichert werden; sogar ein leichter Ausbau der Sozialarbeit an Grundschulen war zu verzeichnen.

Die Schaffung und Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche war ein Ziel 2020. Außerdem sollten die internationalen Begegnungen weiterentwickelt werden. Unter anderem wurden Jugendbegegnungen im Ausland geplant, insbesondere mit dem polnischen Partnerlandkreis Gniezno. Leider konnten diese aufgrund des Lockdowns nicht umgesetzt werden. Auch der jährliche Fachtag entfiel pandemiebedingt. Die Arbeit in den Jugendeinrichtungen und an den Schulen erfolgte immer mehr mit Online-Angeboten. Für Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, konnten die regulären Angebote in geringerem Umfang aufrechterhalten werden. Die Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit für den Landkreis wurden somit pandemiebedingt angepasst.

Die für den Bereich der Jugendförderung geltende Richtlinie wurde überarbeitet und in den Ausschüssen beraten. Dieser Prozess wird 2021 fortgesetzt.

Jugendberufsagentur

Die Jugendberufsagentur (JBA) Teltow-Fläming ist an den Standorten Luckenwalde und Zossen etabliert. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, das Staatliche Schulamt Brandenburg und der Landkreis TF unterstützen gemeinsam junge Menschen im Alter von 15 bis 27 Jahren beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf.

Die Jugendhilfe führte im Jahr 2020 in Luckenwalde 170 und in Zossen 106 Beratungsgespräche mit Jugendlichen zu den Themen Berufsorientierung, Familie, Finanzen, Wohnen und Gesundheit.

Pandemiebedingt wurde die JBA an beiden Standorten am 18. März 2020 für den Publikumsverkehr geschlossen. Jugendliche konnten jedoch weiterhin telefonisch beraten werden. Die Jugendhilfe nutzte für persönliche Gespräche externe Räumlichkeiten bis zur Einrichtung eines Kontaktbüros an beiden Standorten. Seit Ende Oktober 2020 konnten wieder notwendige persönliche Gespräche in den Büros der Jugendhilfe stattfinden.

Die Beteiligung an Fachtagen, Ausbildungsmessen, Arbeitskreisen usw. fand pandemiebedingt im Jahr 2020 nicht statt. Einzelne Netzwerktreffen wurden in Luckenwalde unter Einhaltung der Hygieneschutzmaßnahmen oder auch online durchgeführt.

Elterngeld

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz für alle Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung des Kindes widmen wollen und deshalb nicht voll erwerbstätig sind. Im Jahr 2020 wurden 2.125 Anträge auf Elterngeld gestellt (Vorjahr: 2.093).

Das ElterngeldPlus wurde 2020 in 417 Fällen beantragt (im Vorjahr 410). In 58 Fällen wurde auch die Teilzeitregelung in Anspruch genommen. Das zeigt, dass ElterngeldPlus häufig als verlängerte Auszahlungsvariante genutzt wird. Der Partnerschaftsbonus wurde in 35 Fällen (Vorjahr: 45) genutzt.

Mit der Einführung der Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ist der Beratungsaufwand enorm gestiegen. Dieser ergibt sich insbesondere daraus, dass das Elterngeld verschiedenartig genutzt und an den familiären Bedarf individuell angepasst werden kann.

In 33,5 Prozent der Fälle waren Väter die Antragssteller. Diese haben im Durchschnitt drei Monate Elterngeld bezogen. Die Anträge mit EU-Bezug (wenn zum Beispiel Elternteile in unterschiedlichen Ländern arbeiten oder leben) haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 51 Anträge leicht erhöht (Vorjahr: 44). Hier ist der Arbeitsaufwand durch die Prüfung der Antragsunterlagen, die Abstimmung und Koordinierung mit der Familienkasse und den ausländischen Behörden besonders hoch.

Pandemiebedingt konnten externe Beratungen (Familienzentren, Schwangerenfrühstück usw.) nicht angeboten werden. Mit den Netzwerkpartner*innen wurde der Kontakt über E-Mail und Telefon gehalten.

Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst

Vorbemerkung

Das Aufgabenspektrum des Sachgebietes ist – wie bereits in den vergangenen Jahren – geprägt von gesellschafts-, jugend- und familienpolitischen Entwicklungen. Die Fachkräfte bewegen sich dauerhaft in einem Spannungsfeld von fachlichen Gestaltungsoptionen, Qualitätsstandards und Rechtsnormen sowie fiskalischen Aspekten. Die gesellschaftliche Lage mit ihrer Fülle an Möglichkeiten für die Lebensgestaltung sowie die zu beobachtende erhöhte Erziehungsunsicherheit und Brüchigkeit von Beziehungen in den Familien stellt hohe Anforderungen an die Bearbeitung dieser Problemlagen.

Erschwerend war auch in diesem Bereich das Arbeiten während der Pandemie. Die Aufgaben im Kinderschutz wurden jedoch immer und uneingeschränkt und bei Notwendigkeit im persönlichen Kontakt mit den Klient*innen wahrgenommen.

Im Bereich Hilfe zur Erziehung wurde der direkte persönliche Kontakt mit den Klient*innen, ausgenommen der Bereich Kindeswohlgefährdung, eingeschränkt. Deshalb wurde die Fortschreibung von Hilfeplänen ggf. verschoben. Die Kommunikation mit Klient*innen, für die eine Hilfe zur Erziehung bewilligt wurde, erfolgte in der Regel telefonisch oder schriftlich. Die Schwierigkeit, ihnen unter diesen eingeschränkten Bedingungen gerecht zu werden, die Hilfebedarfe fortzuschreiben, die Partizipation der Adressaten aufrechtzuerhalten und den Kinderschutz auch bei laufenden Hilfen sicherzustellen, bedeutete eine große Herausforderung für alle Beteiligten.

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

Das Jugendamt hat eine gesetzlich normierte Mitwirkungspflicht bei oder in Verfahren vor dem Familiengericht. Im Jahr 2020 wurden vom Sachgebiet 830 familiengerichtliche Verfahren begleitet, von denen 563 im Jahr 2020 neu eröffnet wurden.

Erzieherische Hilfen

Die Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII unterstützen oder ersetzen die Erziehung in der Familie. Dafür wurde das gesamte Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen sowie Hilfen für junge Volljährige genutzt. Art und Umfang der Hilfen richten sich nach den individuellen erzieherischen Bedürfnissen in der Familie. Im Jahr 2020 war das Jugendamt in rund 2000 Hilfefällen in den Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige tätig.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Das staatliche Wächteramt nach Art. 6 Grundgesetz wird durch den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 8a SGB VIII ausgeübt und unterliegt einem festgeschriebenen Verfahren. Dieses wurde im Berichtszeitraum im Rahmen des Qualitätsmanagements überarbeitet und den aktuellen Anforderungen angepasst.

Im Jahr 2020 wurden 273 Mitteilungen zum Verdacht auf Kindeswohlgefährdung aufgenommen. Im gleichen Zeitraum wurde für 111 Kinder und Jugendliche eine Inobhutnahme notwendig. Sie erfolgte auf Grund der Bitte eines Kindes oder Jugendlichen oder einer dringenden Gefahr für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII.

Im Jahr 2020 wurden diesbezüglich 114 Neuanträge im Jugendamt gestellt. Als Grund der Antragstellung wurde bei 91 Neuanträgen schulische Problemen angegeben. Von diesen wurde für 40 Kinder eine Schulbegleitung beantragt.

Fachdienst Migration

Auf Grund der stagnierenden Zugangszahlen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern wurde der Fachdienst Migration aufgelöst und die Betreuung der im Landkreis betreuten unbegleiteten Minderjährigen und dann Volljährigen in den Bereich der Hilfen zur Erziehung eingegliedert.

Jugendgerichtshilfe

Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützten Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren sowie deren Eltern im Strafverfahren in folgenden Bereichen:

- Beratung und Betreuung im gesamten gerichtlichen Verfahren,
- Prüfung, ob Leistungen der Jugendhilfe oder andere sozialpädagogische Maßnahmen zur Verbesserung der weiteren Entwicklungsbedingungen in Betracht kommen,
- Übermitteln von Entscheidungshilfen an Staatsanwaltschaft und Jugendgericht in sämtlichen Stadien des Verfahrens, insbesondere vor der Hauptverhandlung, durch Darlegung der erzieherischen, sozialen und sonstigen jugendhilferelevanten Gesichtspunkte,
- Begleitung bzw. Überprüfung von Weisungen und Auflagen des Gerichtes, z. B. Vermittlung von Sozialstunden und sonstigen ambulanten Maßnahmen, die nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) angeordnet werden. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit und die entsprechenden Mitteilungen an das Gericht bzw. die Staatsanwaltschaft über den Verlauf dieser Maßnahmen. Die Ableistung von Sozialstunden kann in kommunalen oder

gemeinnützigen Einrichtungen erfolgen. Leider bleibt festzustellen, dass es immer weniger Einrichtungen gibt, die bereit sind, Jugendliche zur Ableistung von Sozialstunden aufzunehmen.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe wirkten im Jahr 2020 an 360 Jugendstraftverfahren mit. Davon wurden 205 Jugendstraftverfahren im Jahr 2020 neu eröffnet.

Pflegekinderdienst

Der Bereich der Vollzeitpflege ist unter fachlichen Gesichtspunkten als familienanaloge Unterbringungsform ein besonders wichtiger Bereich. Pflegekinder, die Vollzeit in Pflegefamilien untergebracht sind, und die Pflegeeltern selbst werden durch den Pflegekinderdienst (PKD) betreut. Nur durch eine sehr enge Zusammenarbeit des sozialpädagogischen Dienstes und des Pflegekinderdienstes ist es möglich, für die Kinder und Jugendlichen eine geeignete Pflegefamilie zu finden.

Der familiäre Rahmen der Vollzeitpflege in einer Pflegefamilie bietet durch den Aufbau tragfähiger Bindungen und Beziehungen insbesondere für jüngere Kinder die Möglichkeit, Entwicklungsdefizite aufzuarbeiten, korrigierende Erfahrungen zu machen und so zu eigenständigen und selbstverantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen. Nichtsdestotrotz engagiert sich der Pflegekinderdienst auch für ältere Kinder und Jugendliche und ist bestrebt, geeignete Pflegefamilien zu finden.

Insgesamt lebten im Jahr 2020 179 Kinder und Jugendliche in 132 Pflegefamilien. 20 Einzelpersonen bzw. Bewerberpaare interessierten sich für ein Engagement als Pflegestelle im Landkreis. Davon konnten nach Prüfung neun Pflegestellen akquiriert werden (eine davon als Verwandtenpflegestelle).

Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen

Jugendhilfeplanung

Das Jahr 2020 sollte genutzt werden, um den Bedarf an Plätzen für die Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming festzustellen und die Kita-Bedarfsplanung ab 2021 fortzuschreiben.

Aufgrund der seit mehr als einem Jahr vakanten Stelle Jugendhilfeplanung konnte die Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung nicht durchgeführt werden. Sie wird auf das Jahr 2021 verschoben.

Sachgebiet Unterhalt

Beistandschaft, Unterstützung und Beratung zur Feststellung der Vaterschaft und Sicherung des Unterhaltes

Können Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft bzw. die Unterhaltszahlungen nicht selbstständig klären, kann der Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind bzw. die Kinder befinden, Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jugendamt in Anspruch nehmen. Besteht darüber hinaus die Notwendigkeit gerichtlicher Schritte, kann eine Beistandschaft beantragt werden. Das Jugendamt berät und unterstützt auch den Elternteil, der das Kind betreut, bei der Erlangung seines Unterhalts.

Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 973 Beratungen und Unterstützungen geleistet und 1.393 Beistandschaften geführt.

Nach dem Grundsatz „So viel Beratung und Unterstützung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“ wird das gesetzgeberische Ziel verfolgt, die Eltern – soweit es geht – in ihre Verantwortung zu nehmen, sich in den Fragen Vaterschaft und Unterhalt untereinander zu verständigen und möglichst ohne gerichtliche Auseinandersetzungen die Ansprüche ihrer Kinder zu klären. Dies kann dem Familienfrieden dienen und soll das Wohl des Kindes nicht gefährden. In vielen Fällen ist dafür auch schon eine fachliche Beratung ausreichend, die den Eltern rechtliche Hinweise und Wege aufzeigt, sich privatrechtlich zu verständigen.

Insbesondere zum Unterhalt besteht viel Unsicherheit und großer Beratungsbedarf. Eltern sind dankbar für die Hinweise. So wurden im Jahr 1.311 Beratungen in Fragen der Vaterschaft und des Unterhalts in Anspruch genommen, die sehr häufig pandemiebedingt telefonisch erfolgten. Die Bundesregierung hat mit dem Zweiten Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise den Kinderbonus beschlossen, der Auswirkungen auf den Unterhalt hatte. In Verantwortung der Unterhaltsbeistandschaften wurden im August des Jahres in 1.197 Fällen Umstellungen vorgenommen und jedes Elternteil schriftlich informiert. Darüber hinaus hat das Jugendamt auch zum Kinderbonus einen überaus großen Beratungsbedarf derjenigen Eltern aufgefangen, deren Unterhaltszahlungen bisher unabhängig vom Jugendamt liefen.

Im Januar 2021 erhöhten sich der Mindestunterhalt und das Kindergeld. Daher wurden im Dezember des Jahres in 1.044 Beistandschaften für Unterhaltserhöhungen bearbeitet.

Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungen im Kindschaftsrecht angeboten. Beurkundet werden unter anderem Vaterschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen. Darüber hinaus werden für Eltern und öffentliche Träger Abschriften von Urkunden und weitere vollstreckbare Ausfertigungen von Unterhaltsurkunden erstellt. Im Jahr waren es insgesamt 1.387 Urkunden.

Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, zahlt das Jugendamt Unterhaltsvorschussleistungen. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Im Jahr sind 716 Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen registriert worden. Unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge erhielten im Jahr monatlich 2.884 Kinder und Jugendliche Unterhaltsvorschussleistungen. Auf Grund der Pandemie sind im Jahr keine maßgeblichen Veränderungen in den Antragzahlen zu verzeichnen gewesen.

Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Dieser ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Seit der Gesetzesreform im Jahr 2017 können Unterhaltsvorschussleistungen bei Vorliegen der Voraussetzungen bis zum 18. Lebensjahr gewährt werden. Damit haben sich nicht nur die Antragszahlen nahezu verdoppelt, sondern auch die Zeiten der Leistungsgewährung verlängert und die Rückzahlungsansprüche erhöht. Zudem steigen jährlich die Mindestunterhalte, die zur Erhöhung der Zahlungsbeträge führen. Demzufolge entwickelt sich die Rückholquote mäßig und im zeitlichen Verzug.

Im Jahr kamen hierzu noch pandemiebedingte Einschränkungen bei der Bearbeitung und negative Entwicklungen bei den Einkommenslagen der Unterhaltsverpflichteten. Durch gut organisiertes und konzentriertes Arbeiten, in Folge der Kontakteinschränkungen und der Einrichtung von Homeoffice konnte eine Verkürzung der Bearbeitungszeit der Neuanträge von durchschnittlich 8 auf 6 Wochen und eine Steigerung der Rückgriffquote um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Kinder und Jugendliche brauchen eine Person als gesetzliche Vertretung, die die Vormundschaft übernimmt, wenn Mütter und/oder Väter ihre elterliche Sorge nicht wahrnehmen können oder ihnen die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen wurde. Wenn dem Kind niemand zur Verfügung steht, der die Vormundschaft übernehmen kann (nahestehende Menschen, geeignete ehrenamtliche Personen bzw. Personen, das von Berufs bzw. Vereins wegen übernehmen) überträgt das Familiengericht dem Jugendamt die elterliche Sorge.

Die elterliche Sorge nehmen dann beauftragte Beschäftigte des Jugendamtes wahr (Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften). Bei der **Amtsvormundschaft** werden alle Bereiche der elterlichen Sorge auf das Jugendamt übertragen; bei der **Amtspflegschaft** handelt es sich nur um Teile der elterlichen Sorge.

Am Stichtag 31. Dezember 2020 wurden insgesamt 169 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften geführt, darunter 17 für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen. Im Laufe des Jahres endeten insgesamt 33 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften, 26 neue wurden übernommen.

Gesundheitsamt

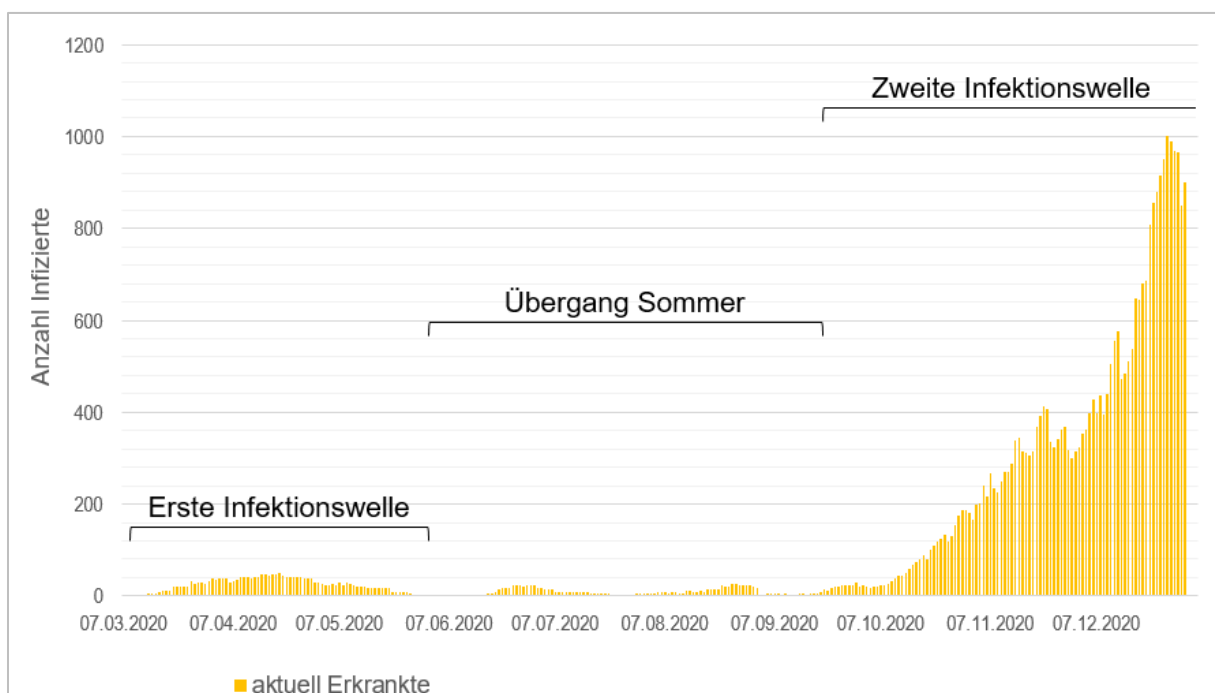
Pandemiebekämpfung

Verlauf der Corona-Pandemie im Landkreis Teltow-Fläming

Die Arbeit des Gesundheitsamtes war im Jahr 2020 wie nie zuvor geprägt durch die Bekämpfung der durch SARS-CoV-2 verursachten Pandemie (kurz: Corona-Pandemie). Rückblickend lässt sich die COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 in drei Phasen unterteilen (Abbildung 5): die erste Pandemiewelle im Frühjahr, die zweite Pandemiewelle im Herbst/Winter sowie eine Übergangsphase während der Sommerzeit.

Die drei Phasen unterscheiden sich hinsichtlich der gemeldeten Fallzahlen, der Häufung von COVID-19-Meldungen in verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen, den soziodemografischen Daten der Betroffenen sowie der jeweiligen Rate an Verstorbenen. Weiterhin kam es je nach Pandemiephase zu unterschiedlichen Auslastungen des Gesundheitsamtes und der Kreisverwaltung sowie zu unterschiedlichen Erfolgen beim Erreichen der Ziele zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Abbildung 5: Gemeldete COVID-19-Erkrankte im Jahr 2020



Erste COVID-19-Infektionswelle (Frühjahr 2020)

Der erste registrierte COVID-19-Fall im Landkreis Teltow-Fläming wurde dem Gesundheitsamt am 7. März 2020 gemeldet. Gleichzeitig bildete dieser den Beginn der ersten Pandemiewelle, welche vor allem durch das allgemeine Kontaktverbot (ab dem 23. März 2020) gekennzeichnet war. Bis Mitte Mai kam es zu 147 Folgeinfektionen. Die höchste registrierte 7-Tage-Inzidenz betrug während dieser Pandemiephase 19,8 Infizierte auf 100.000 Einwohner*innen (1. April 2020). Als eine mögliche Infektionsquelle konnten Reiserückkehrer*innen aus Ischgl sowie aus anderen Urlaubsgebieten identifiziert werden (13,5 Prozent aller Fälle, 20 Personen). In 55 Fällen (37,2 Prozent der Infizierten) wurde die Erkrankung aus Berlin, Potsdam sowie dem weiteren Umland nach Teltow-Fläming eingetragen, bei 49,3 Prozent der Betroffenen (73 Personen) wurde eine Ansteckung innerhalb des Landkreises lokalisiert.

Das Durchschnittsalter der Erkrankten betrug 52 Jahre, Kinder und Jugendliche machten einzig einen Anteil von 4,7 Prozent der Betroffenen aus (sieben Personen). Weiter wurde deutlich, dass mehr Frauen als Männer infiziert waren, der Frauenanteil betrug 55 Prozent.

Während der ersten Pandemiewelle kam es zu Fall-Häufungen in einem Übergangswohnheim für Geflüchtete sowie in verschiedenen medizinischen Einrichtungen. Häufungen in Schulen, Kitas oder Senioreneinrichtungen wurden nicht registriert. Von den Betroffenen verstarben 13 Personen an oder in Zusammenhang mit COVID-19, dies entsprach rund 8,8 Prozent aller Erkrankten. In 37 Fällen kam es zu Hospitalisierungen. Somit befand sich jede vierte erkrankte Person während dieses Zeitraums in stationärer Behandlung.

Zum Ende der ersten Pandemiewelle wirkten 30 Beschäftigte des Gesundheitsamtes sowie 28 weitere Unterstützer*innen aus der Kreisverwaltung sowie vier externe Kräfte an der Pandemiebekämpfung mit. Die gesetzten Ziele zur Bekämpfung der Pandemie konnten in der ersten Phase umfassend erfüllt werden. Sämtliche Betroffenen konnten täglich telefonisch kontaktiert und betreut werden. Die Fallbearbeitung wurde unverzüglich durchgeführt, wodurch ein zeitnahes Unterbrechen möglicher Folgeinfektionen gewährleistet werden konnte. Zudem konnte das Einhalten von Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen ebenfalls in einem weiten Umfang sichergestellt werden.

Übergangsphase (Sommer 2020)

Nach einer einmonatigen Phase ohne gemeldete Neuinfektionen kam es von Mitte Juni bis Mitte September 2020 zu 97 Neuerkrankungen. Diese traten vereinzelt innerhalb der Bevölkerung sowie gehäuft in verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen auf. Hauptsächlich betroffen waren hierbei Einrichtungen im Asyl-Bereich/des Asylwesens (41,2 Prozent der Betroffenen, 40 Personen).

Trotz mehrfacher Reihentestungen in Kitas und Schulen konnten dort keine COVID-19-Häufungen festgestellt werden. Die 7-Tage-Inzidenz schwankte zwischen zwei bis zehn positiven Meldungen pro 100.000 Einwohner*innen und lag unter dem Niveau der ersten Pandemiewelle. Der Altersdurchschnitt während der Übergangsphase sank auf 37 Jahre, der Anteil an betroffenen Kindern und Jugendlichen stieg an (14,4 Prozent der Erkrankten, 14 Personen). In stationärer Behandlung befanden sich zehn COVID-19-Patient*innen, wodurch die Hospitalisierungsrate auf 10,3 Prozent sank. Keine der 97 COVID-19-positiv-getesteten Personen verstarb.

Allgemein war die Sommer-Übergangsphase durch die Auswirkungen der ab Ende April bis Ende Mai eingeführten Lockerungen der Umgangsverordnung sowie dem zunehmenden Reiseverkehr im Zuge der Sommerferienzeit (25. Juni bis 8. August 2020) geprägt. Erstmals wurden Reiserückkehrer*innen aus COVID-19-Risikogebieten mit in die Kontrolle und Überwachung durch das Gesundheitsamt aufgenommen. Hierbei fiel auf, dass sich 10,3 Prozent der Infizierten (10 Reiserückkehrer*innen) in Nicht-Risikogebieten aufgehalten hatten, während bis Ende der Sommer-Übergangsphase keine COVID-19-Erkrankung bei Rückkehrer*innen aus Risikogebieten gemeldet wurde.

Aufgrund der sinkenden Fallzahlen wurde der Personaleinsatz im Gesundheitsamt von 58 auf 38 Personen reduziert. Beschäftigte aus anderen Sachgebieten konnten wieder verstärkt ihren regulären Tätigkeiten nachgehen. Auch in dieser Phase konnten die Ziele der Bekämpfung der Pandemie eingehalten werden. Infizierte und Kontaktpersonen wurden weiterhin umgehend ermittelt und somit die Infektionsketten unterbrochen. Jede isolierte Person konnte während des Sommers täglich kontaktiert und überwacht werden.

Zweite Infektionswelle (Herbst/Winter 2020)

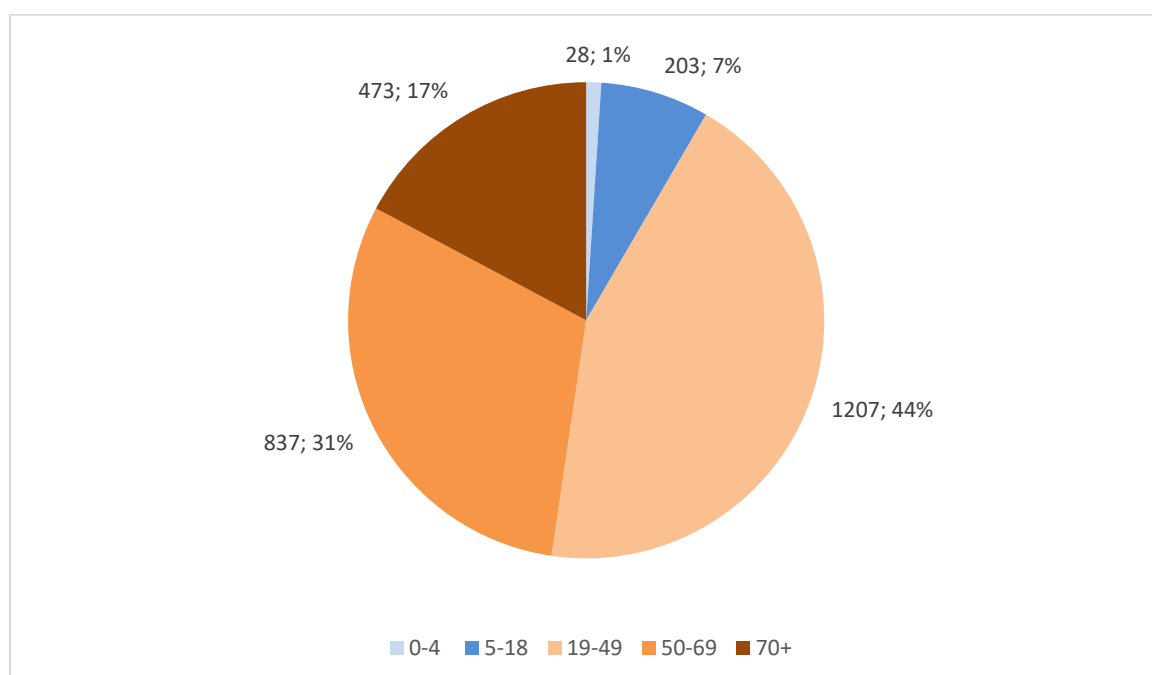
Ab Mitte September 2020 setzte ein kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen ein. Das war der Beginn der zweiten COVID-19-Infektionswelle.

Von Mitte September bis Ende Oktober 2020 wurden 369 COVID-19-Infektionen in Teltow-Fläming registriert. Dies entspricht 50 Prozent mehr Infektionen als in den vorangegangenen sechs Monaten zusammen. Um diesem deutschlandweit stattfindenden Infektionsgeschehen entgegenzuwirken, beschlossen Bund und Länder einen „Teil-Lockdown“. Die Beschränkungen galten ab dem 2. November 2020. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Restaurants und Hotels mussten zunächst bis Ende November schließen. Für private Treffen wurden ebenfalls strengere Regeln vereinbart. Trotz dieser Maßnahmen konnte der exponentielle Anstieg der Fallzahlen in Deutschland nicht gestoppt werden. Das trifft auch auf den Verlauf in Teltow-Fläming zu (s. Abbildung 5).

Die von Bund und Ländern vereinbarten Maßnahmen wurden bis ins Jahr 2021 verlängert. Um der Überlastung des Gesundheitsamtes entgegenzuwirken, kam es zu kontinuierlichen personellen Aufstockungen. Einerseits wurde das Gesundheitsamt durch den Einsatz von Angehörigen der Bundeswehr unterstützt, zum anderen waren zahlreiche Beschäftigte anderer Sachgebiete des Gesundheitsamtes sowie Beschäftigte anderer Fachämter der Kreisverwaltung unterstützend tätig. Weiterhin wurde zusätzliches Personal mit Hilfe des Jobcenters sowie über eine Zeitarbeitsagentur akquiriert.

Während der zweiten COVID-19-Infektionswelle kam es in Teltow-Fläming im Kalenderjahr 2020 über einen Zeitraum von 3,5 Monaten zu 2.748 gemeldeten Infektionen. 56,3 Prozent der gemeldeten COVID-19-Erkrankten waren Frauen. Der Altersdurchschnitt der Betroffenen stieg auf 48,3 Jahre und näherte sich so dem Wert der ersten Pandemiewelle an. Der Anteil betroffener Kita-Kinder unter den Infizierten betrug ein Prozent. 7,4 Prozent machten Kinder und Jugendliche im schulfähigen Alter bis 18 Jahre aus. Die überwiegenden Anteile der Betroffenen bildeten die mittlere Altersschicht von 19 bis 49 Jahre (44 Prozent) sowie Bürger*innen ab 50 Jahre (48 Prozent in Summe, siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Altersverteilung der COVID-19-Erkrankten während der zweiten Pandemiewelle



Neben den 2.748 Infizierten mussten 80 öffentliche Einrichtungen sowie Gemeinschaftseinrichtungen in die Kontaktermittlungen einbezogen werden. Darunter fielen 21 Kindertagesstätten sowie 23 Grund- und weiterführende Schulen im Landkreis. Entsprechend den Kontaktermittlungen wurden Einzelpersonen oder Klassen/Gruppen isoliert. Bei den Erkrankten handelte es sich fast ausschließlich um COVID-19-Einzelfälle, bei denen die Ansteckungsquelle auf das familiäre Umfeld zurückzuführen war. Insgesamt waren 26 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren sowie 29 Lehrkräfte und Erzieher*innen erkrankt.

Weiterhin kam es in sechs Einrichtungen des Asylbereichs/Asylwesens zu COVID-19-Fällen. Entgegen dem Ausbruchsgeschehen während der Sommerphase handelte es sich hierbei ebenfalls überwiegend um Einzelfälle. In Summe erkrankten zwölf Bewohner*innen. Folgeinfektionen konnten durch rechtzeitiges Agieren der beteiligten Akteur*innen unterbunden werden.

Ab Ende Oktober traten erste COVID-19-Ausbrüche in Senioren- und Pflegeeinrichtungen auf. Insgesamt waren 23 verschiedene Häuser und Pflegedienste betroffen. Hierbei kam es zu 251 COVID-19-Infektionen bei Pflegebedürftigen sowie bei 85 Pflegekräften. Im Zuge dieser Ausbruchsgeschehen stieg seit dem Sommer erneut die Todesfallrate. Die Zahl der gemeldeten Todesfälle betrug bis Ende 2020 42. In 14 Fällen handelte es sich um Bewohner*innen aus Senioren- und Pflegeeinrichtungen.

Trotz der getroffenen Maßnahmen konnte aufgrund der Vielzahl von Infizierten der Bekämpfung der Pandemie nicht weiter in dem Umfang nachgekommen werden, wie es im Frühjahr und Sommer des Jahres möglich war. So konnten Fallermittlungen nicht immer zeitnah durchgeführt werden, was das Unterbrechen von Infektionsketten erschwerte. Die tägliche Betreuung durch das Gesundheitsamt musste auf Infizierte mit erhöhter Priorität konzentriert werden. Hierzu zählten Betroffene mit ausgeprägten Symptomen sowie Erkrankte, deren Entlassung aus der Isolation bevorstand. Priorisiert wurde außerdem die Bearbeitung von Gemeinschaftseinrichtungen.

Um den Bürger*innen – trotz der Umstände – einen Kontakt zum Gesundheitsamt zu ermöglichen, wurden auf der Homepage des Landkreises verschiedene Formulare sowie die Rufnummer des Bürgertelefons zur Verfügung gestellt. Die Kontrollen zur Einhaltung der Eindämmungsverordnung wurden täglich – in einem größeren Umfang als zu Beginn der Pandemie – durch Beschäftigte der „Corona-Streife“ abgedeckt.

Zusammenfassung

Im Jahr 2020 kam es zu insgesamt 2.993 gemeldeten COVID-19-Infektionen im Landkreis Teltow-Fläming, 3.356 enge Kontaktpersonen wurden unter Quarantäne gestellt, 1.831 Bürger*innen galten bis Jahresende als genesen. Weiterhin wurden 3.324 Rückkehrer*innen aus Risikoländern registriert, durch die „Corona-Streife“ erfolgten insgesamt 1.921 Kontrollen auf Grundlage der jeweils geltenden Eindämmungs-, Umgangs- und Quarantäneverordnungen. In 185 Fällen wurden Verwarnungen ausgesprochen.

Bis Jahresende verstarben 55 Personen an oder in Zusammenhang mit COVID-19. Der höchste 7-Tage-Inzidenz-Wert des Jahres wurde am 23. Dezember 2020 mit 307 Infizierten pro 100.000 Einwohner*innen erreicht. Während der Weihnachtsfeiertage bis zum Neujahr 2021 sanken die Fallzahlen.

Die Beschäftigten/Akteur*innen im Gesundheitswesen wurden während des gesamten Jahres vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Nur durch die kooperative Zusammenarbeit mit allen Infizierten, Kontaktpersonen, Pflegekräften, Ärzten und Ärztinnen, Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern, Beschäftigten in Laboren sowie sämtlichen weiteren Unterstützer*innen konnte eine Unterbrechung von Infektionsketten erst ermöglicht werden. Mit zunehmendem Wissen über die Erkrankung, steigendem Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung und den sich entwickelnden Impfmöglichkeiten soll der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 begegnet werden können.

Organisation und Struktur der Pandemiebekämpfung

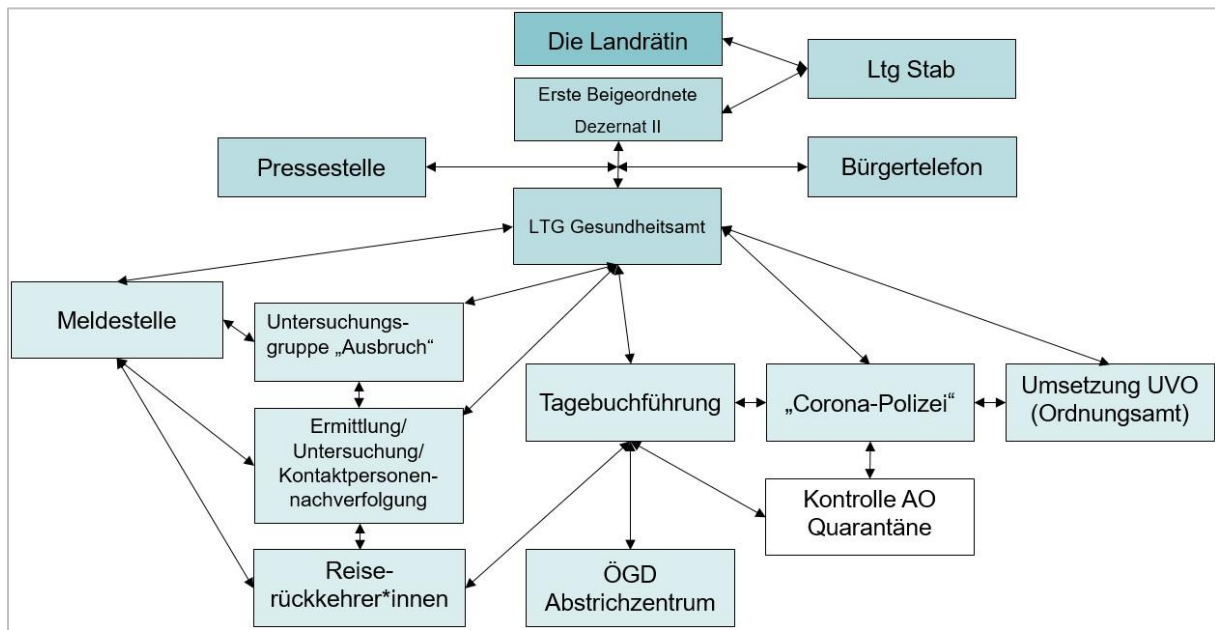
Zu Beginn der Corona-Pandemie wurden die damit verbundenen Aufgaben allein vom zuständigen Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin bearbeitet.

Die Pandemiebekämpfung stellte an die Verwaltung ganz neue Maßstäbe an Arbeitszeit, Mitarbeiter*eneinsatz und an die Organisation. Um dieser Situation gerecht zu werden, wurde im Gesundheitsamt eine eigene temporäre Organisationseinheit (Sachgebiet Pandemie) etabliert. Geschaffen wurde eine hybride Form der Zusammenarbeit des Sachgebietes Hygiene und Umweltmedizin und des neuen Sachgebiet Pandemiebekämpfung mit einer neuen organisatorischen Leitung (Stabsstelle). Hinzu kommen Abordnungen von Beschäftigten zur Erfüllung der Aufgaben im Pandemiebereich sowohl aus dem Gesundheitsamt als auch aus anderen Ämtern der Kreisverwaltung.

Im Verlauf der Pandemiebekämpfung bildeten sich Schwerpunkte oder Aufgabenbereiche heraus, die zum Ausbau oder der Entwicklung folgender Organisationseinheiten führten (Abbildung 7):

- Meldestelle
- Ermittlung und Kontaktpersonennachverfolgung
- Bürgertelefon
- Untersuchungsgruppe „Ausbruch“ mit den Teams Schulen/Kitas und Pflegeheim/Krankenhäuser
- Reiserückkehrer*innen
- Tagebuch
- ÖGD-Testzentrum
- Corona-Kontrollen

Abbildung 7: Organisationsstruktur Pandemiebekämpfung Landkreis Teltow-Fläming



Im Fokus der Arbeit des temporären Sachgebiets Pandemiebekämpfung liegen die Eindämmung des Infektionsgeschehens, die Überwachung und Einhaltung der Hygienevorschriften und der Kontakt zu betroffenen Personen. Dafür wurden verschiedene Informationswege, Verfahrensweisen und technische Hilfsmittel organisiert und eingeführt.

Maßgebend für eine Verbesserung und zweckmäßige Bearbeitung vieler Infektionsmeldungen ist die Automation/Digitalisierung der Arbeitsprozesse. Für die Fallbearbeitung und Erfassung wurde eine neue Software (SORMAS) eingeführt. Mit diesem Management-Werkzeug lassen sich die Nachverfolgung und dazugehörige Datenpflege digital abbilden und interne Prozesse für alle Beteiligten zur Verfügung stellen.

Neben der digitalen Aufrüstung wurde das Gesundheitsamt (im engeren Sinne das SG Pandemiebekämpfung) durch die Bundeswehr (15 Personen), Beschäftigte aus Bundesverwaltungen (zeitweise drei Personen) und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (eine Person), einen RKI-Scout, zwei Honorarkräfte und drei Personen einer Zeitarbeitsfirma verstärkt. Darüber hinaus wurden zusätzlich 13 Personen für die Pandemiebekämpfung befristet eingestellt.

Psychiatriekoordination

Aufgabe der Psychiatriekoordination im Landkreis ist die Koordination der psychiatrischen Versorgung für die Bereiche der Erwachsenenpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Gerontopsychiatrie und Suchterkrankungen. Unter Einbeziehung aller im Landkreis an der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung Beteiligten soll ein bedarfsgerechtes Versorgungssystem geplant und initiiert werden.

Folgende Handlungsfelder waren 2020 Gegenstand der Psychiatriekoordination:

- Arbeitskreis der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft
- Kooperation mit dem Netzwerk Demenz

Das Jahr 2020 war geprägt durch die weltweite Corona-Pandemie. Dies führte dazu, dass die geplanten Veranstaltungen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft ab April ruhten.

Die Arbeitskreise Erwachsenenpsychiatrie und Sucht, welche im Februar 2020 tagten, befassten sich mit den Konzepten und Aufnahmekriterien unterschiedlicher Einrichtungen. Dazu stellte sich im Arbeitskreis Sucht die Fachklinik Briese vor, welche spezialisiert auf Folgen des Konsums illegaler Substanzen ist. Im Arbeitskreis Erwachsenenpsychiatrie war die Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik zu Gast und erläuterte speziell die ineinandergreifende Arbeit zwischen dem psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlungsbereich und dem Bereich der Psychosomatik. Weiter berichtete der Verein „Weißer Ring e. V.“ beim Arbeitskreis Kinder- und Jugendliche über dessen Arbeit sowie die dabei auftretende Probleme und Ansatzmöglichkeiten.

Zusätzlich beschloss im Jahr 2020 das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, dass die bisher gesonderte Stellung der Bekämpfung der Glücksspielsucht eingestellt wird, da diese sich nicht im Wesentlichen von der allgemeinen Suchtberatung unterscheidet. Bereits in den vergangenen Jahren unterstützte das Land Brandenburg die Landkreise bei der Aufrechterhaltung und Förderung der Gesundheit nach § 5 Abs.1 BbgGDG mit freiwilligen Zuschüssen zu den Personalkosten der Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke (BBS). Da die BBS durch den Wegfall der gesonderten Glücksspielsuchtberatungsstellen in Zukunft stärker gefordert sein dürften, sollen diese Mittel dem Jahr 2021 auch von dort und für diesen Zweck in Anspruch genommen werden dürfen. Das Land hat die entsprechende Richtlinie fortgeschrieben.

Gesundheitsberichterstattung

Im Bereich der Gesundheitsberichterstattung ist die jährliche Veröffentlichung eines Berichtes, welcher die Gesundheit der Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beschreibt, geplant. Ziel der Gesundheitsberichterstattung ist es, wirksame, machbare und konsensfähige Handlungsmöglichkeiten insbesondere dort aufzuzeigen, wo besondere Anstrengungen und Maßnahmen notwendig sind.

Diese Berichte beinhalten insbesondere Analysen und Bewertungen der gesundheitlichen und sozialen Verhältnisse. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde im Jahr 2020 kein Bericht erarbeitet. Allerdings wurden regelmäßige Analysen zur aktuellen Lage der Corona-Pandemie im Landkreis Teltow-Fläming erstellt, welche der Öffentlichkeit, dem Krisenstab bzw. der Verwaltungsspitze zur Verfügung gestellt wurden.

Medizinalaufsicht

Überwachung der Berufe im Gesundheitswesen

Zu den Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter) gehört die Überwachung von nichtärztlichen Berufen des Gesundheitswesens.

Zu den Akteur*innen der ambulanten Gesundheitsversorgung gehören auch Hebammen, Heilpraktiker*innen sowie sogenannte Heilmittelerbringer. Zu letzteren zählen beispielsweise Fachkräfte für Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie. Sie erbringen bestimmte Dienstleistungen wie physikalische oder Sprachtherapien und erhalten eine Kassenzulassung, wenn sie über die erforderliche Ausbildung und Praxisausstattung verfügen sowie die gemäß SGB V geltenden Vereinbarungen zur Patientenversorgung anerkennen.

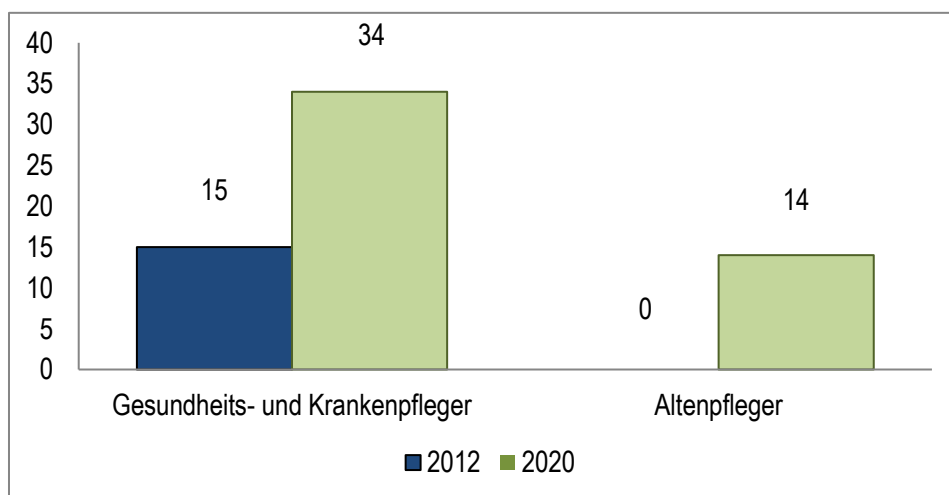
Das Gesundheitsamt überwacht die Berechtigung zur Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und die Führung der Berufsbezeichnung.

Tabelle 15: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG

Berufsbezeichnung	Anmeldungen		
	2019	2020	gesamt
Physiotherapeut*in, Masseur*in, Krankengymnast*in	2	2	98
Häusliche*r Kranken- oder Altenpfleger*in	1	3	58
Hebamme (kreisintern)	1	1	26
Logopäde/Logopädin	1	1	19
Ergotherapeut*in	0	1	18
Podologe/Podologin	0	1	11
Desinfektor*in	0	0	3
freiberufliche Gesundheits- und Krankenpfleger*innen	1	1	34
freiberufliche Altenpfleger*innen	2	0	13

Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Altenpfleger*innen benötigen für die freiberufliche Berufsausübung eine Erlaubnis des Gesundheitsamtes.

Im Vergleich zu 2012 ist aufgrund der wachsenden Alterung der Bevölkerung ein Anstieg der freiberuflichen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Altenpfleger*innen zu verzeichnen.

Abbildung 8: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Altenpfleger*innen im Landkreis TF im Jahresvergleich 2012 und 2020

Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

Tuberkulose-Beratung

Im Jahr 2020 wurden dem Gesundheitsamt sieben Tuberkulosen nach § 6 (meldepflichtige Krankheiten) Infektionsschutzgesetz gemeldet.

Es ist Aufgabe der Gesundheitsämter, die Übertragung bzw. Weiterverbreitung der Tuberkulose in der Bevölkerung zu verhindern. Hierzu werden Beratungen und Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen bei den engen Kontaktpersonen in Familie, Beruf, Freizeit und anderen Lebensbereichen durchgeführt.

109 Menschen wurden als enge Kontaktpersonen im Rahmen der Tuberkulose-Überwachung ermittelt oder aus anderen Landkreisen der Bundesrepublik dem Gesundheitsamt gemeldet. Im Rahmen der Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen wurden 2020 keine weiteren Tuberkulose-Erkrankungen diagnostiziert.

Begutachtungswesen

2020 wurden im Amtsärztlichen und Sozialmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes 137 Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt (Vorjahr: 271).

Ein Großteil der Untersuchungen sind Begutachtungen zur Prüfung der Dienstfähigkeit und zur Einstellung von Beamt*innen. Die Begutachtungen konnten 2020 wegen des Einsatzes des ärztlichen Personals in der Pandemiebekämpfung und aus innerbetrieblichen Gründen nicht mehr in dem Maße durchgeführt werden wie in früheren Jahren.

Mortalität

Im Jahr 2020 wurden 1.905 Totenscheine (+18,5 Prozent) vom Gesundheitsamt registriert, geprüft, ausgewertet und archiviert.

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden anonymisierte Daten zu Todesursachen und Todesart monatlich an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und nicht anonymisierte Daten zu Todesursachen quartalsweise an das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemeldet.

Schutzimpfungen im Gesundheitsamt

2020 wurden 280 Schutzimpfungen verabreicht, darunter 258 Influenza-Schutzimpfungen.

Zeitweise wurde, aufgrund der Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus, der Betrieb der Impfstelle geschlossen. Ab Herbst 2020 wurde die Impfsprechstunde eingeschränkt fortgeführt mit dem Schwerpunkt Gripeschutzimpfungen.

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte sind örtliche Anlaufstellen für Versicherte der Pflegeversicherung und ihre Angehörigen. Auf Grundlage des Paragraphen 92c des Elften Sozialgesetzbuches (SGB XI) wurden durch die Pflege- und Krankenkassen, Landkreise und kreisfreien Städte Pflegestützpunkte errichtet.

Im Januar und Februar 2020 fanden 72 Sozialberatungen im Pflegestützpunkt Teltow-Fläming und 142 sozialmedizinische Beratungen (Themen außerhalb der Pflege) statt. Ab März fanden die Beratungen nur noch in wirklich dringenden Fällen statt. Telefonische Beratungen wurden uneingeschränkt weiter durchgeführt.

Die geplante Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums „10 Jahre Pflegestützpunkt Teltow-Fläming“ musste aufgrund der Infektionslage abgesagt werden.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Tabelle 16: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes

Art der kinderärztlichen Untersuchung	2019/2020	2018/2019	2017/2018
Kita-Untersuchungen gesamt	533	781	821
- davon Untersuchungen 30. bis 42. Lebensmonat	252	638	652
Schuleingangsuntersuchungen	1.739	1.716	1.457
Schüler*innen 6. Klasse	0	8	120
Schulabgangsuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz)	730	783	571
erste Nachuntersuchung (§ 33 Jugendarbeitsschutzgesetz)	35	22	20
Gutachten gesamt, gemäß gesetzlicher Grundlage	189	225	200
- SGB VIII	5	5	2
- SGB XII	76	128	107
- sonstige Gutachten	0	92	89
- schulärztliches Gutachten	0	0	2
zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen (Anzahl der bearbeiteten Meldungen)	1.740	1.219	1.015
Schutzimpfungen	236	289	273

2020 ist die Zahl der Untersuchungen gesunken. Grund dafür war der Einsatz des Personals zur Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie. Ab diesem Zeitpunkt konnten keine Kita-Untersuchungen mehr durchgeführt werden. Für Eltern von Kindern mit einem Hilfebedarf bzw. Entwicklungsauffälligkeiten fanden telefonische Beratungen statt. Zusätzlich fanden in besonderen Fällen Untersuchungen im Amt statt.

Auch bei den Schuleingangs- wie auch Schulabgangsuntersuchungen mussten Anpassungen im Screening vorgenommen werden. Bei beiden Untersuchungen wird seit Ausbruch der Corona-Pandemie auf die körperliche Untersuchung verzichtet.

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen. Eine Schlüsselstellung dabei haben die Früherkennungsuntersuchungen und präventive Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme auszugleichen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen hat der Zahnärztliche Dienst im Schuljahr 2019/20 im Landkreis 8.713 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht. Gruppenprophylaktisch hat das Team im Berichtszeitraum 9.194 Kinder und Jugendliche in Kindergärten, Schulen und Heimen mit einem ersten Prophylaxe-Impuls betreut. Einen zweiten Prophylaxe-Impuls erhielten 616 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben der zahnärztlichen Untersuchung Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30- bis 60-prozentigen Kariesreduktion führen kann), Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch, die Durchführung von Multiplikatoren-Schulungen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Elternabende.

Aufgrund der COVID-19- Pandemie konnte der Zahnärztliche Dienst seinen Pflichtaufgaben nur bis zum 13. März 2020 nachkommen. So konnten beispielsweise nur Kinder in 49 von 91 Kindertagesstätten und 19 von 31 Grundschulen zahnärztlich untersucht werden. Ab Mitte März war der Zahnärztliche Dienst vorwiegend in der Pandemiebekämpfung eingesetzt. Trotz der Einstellung der Untersuchungen ist es dem Zahnärztlichen Dienst erfolgreich gelungen, den Kontakt mit den zu betreuenden Einrichtungen telefonisch oder per E-Mail aufrechtzuerhalten. Hierbei wurden alle notwendigen Utensilien zum täglichen Zähneputzen auf Wunsch versandt und dazu oder zu anderen Hygienemaßnahmen bezüglich der Pandemie Beratungsgespräche geführt.

Somit konnte der Zahnärztliche Dienst, trotz des geringen Betreuungsgrades, eine Personalkostenförderung in Höhe von 36.199,44 Euro für das Schuljahr 2019/2020 erhalten.

Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt konnten mit 19 Veranstaltungen im Schuljahr 2019/2020 (Elternnachmittage und -abende, Zahnputzaktionen, Projekte usw.) 608 Kinder und 465 Erwachsene erreicht werden. Dazu gab es beispielsweise anlässlich des jährlichen Tages der Zahngesundheit am 25. September an der Grundschule in Zossen im Ortsteil Glienick zwei Aufführungen der Veranstaltungskünstler „Holzwurmtheater“ zum Thema Zahn- und Mundgesundheit. Das Publikum bestand aus 165 Vorschulkindern umliegender Kitas, Mädchen und Jungen der Grundschule und dem pädagogischen Personal.

Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Auch im Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) mussten die persönlichen Kontakte zu den Klient*innen während des ersten Lockdowns stark eingeschränkt werden. Nur in dringenden Notfällen wurden sie persönlich betreut. Im ersten Drittel des Jahres fanden demnach hauptsächlich telefonische Kontakte statt.

Ab Sommer erfolgten unter strengen Hygienestandards wieder persönliche Beratungen. Ab September/Oktober wurde der sozialpsychiatrische Dienst anteilig im Bereich der Pandemiebekämpfung eingesetzt. Dies führte dazu, dass der gesetzliche Auftrag zur Betreuung der hilfesuchenden Klient*innen nicht wie im vorangegangenen Jahr wahrgenommen werden konnte. Zudem führte die Übernahme der Tagebuchabfrage bei der Pandemiebekämpfung zu einem Rückstand der Datenerfassung in der Fachsoftware Octoware TN. Somit ist zum jetzigen Zeitpunkt eine genaue Analyse zur Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes für 2020 noch nicht möglich. Die **Tabelle 17** zeigt den vorläufigen Überblick zu den Kontakten und die Anzahl von Klienten.

Tabelle 17 Klient*innenübersicht 2020 - Die Zahlen sind vorläufig (Stand: 18.01.2021)

Klient*innen- übersicht	bezogen auf Kontakte					bezogen auf Klient*innen				
	männl.	weibl.	unbek.	alle	%	männl.	weibl.	unbek.	alle	%
Erstkontakt im Be- richtszeitraum	889	553	3	1445	25,84	128	103	3	234	30,23
Erstkontakt au- ßerhalb Berichts- zeitraum	2380	1768		4148	74,16	312	228		540	69,77
<i>gesamt</i>	<i>3269</i>	<i>2321</i>	<i>3</i>	<i>5593</i>	<i>100</i>	<i>440</i>	<i>331</i>	<i>3</i>	<i>774</i>	<i>100</i>

DEZERNAT III

Fluglärmenschutz und Schallschutzberatung

Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten

Die Aufgabe des Fluglärmenschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ist seit Anfang 2011 mittels Verwaltungsvereinbarung an den Landkreis übertragen. Diese Vereinbarung mit dem Land Brandenburg konnte im Jahr 2020 dauerhaft abgeschlossen werden.

Die Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER und deren Vorbereitung war neben der Corona-Pandemie natürlich das große Thema. Mit den massiven Einschränkungen im Reise-geschehen und Flugbetrieb nahm erwartungsgemäß auch die Anzahl der Beschwerden deutlich ab. Im vergangenen Jahr wurden so bis zur Eröffnung Ende Oktober nur 62 Be-schwerden eingereicht. In den zwei Monaten nach der Inbetriebnahme kamen noch einmal 152 hinzu. Alle eingegangenen Beschwerden wurden ausgewertet und beantwortet.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird den Bürger*innen auf der Domain des Fluglärmenschutzbeauftragten in einem überarbeiteten frischen Design (www.fluglaermenschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung ge-stellt. Von dieser Möglichkeit machten immer mehr Menschen Gebrauch, informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro. Etwa 150 Personen suchten das Büro des Fluglärmenschutzbeauftragten auf und erbaten Auskünfte zur aktuellen oder zukünftigen Lärmsituation durch den Flughafen BER. Die Bürger*innen möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähli-gen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Bera-tung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte durch die Beschäftigten nahmen die Bürger*innen dankbar an.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission, der Arbeitsgruppe Betriebsregelung der Staats-kanzlei und im Rahmen des Dialogforums (Arbeitsgruppe 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteilig-ten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm-betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesse-rung gesucht und um Verständnis für die Anwohner geworben.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürger*innen und die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeld-Entwicklung. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärm-kommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwick-lung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt.

In der Fluglärmkommission, der Steuerungsgruppe des Dialogforums und in dessen Arbeitsausschuss wird der Landkreis durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld vertreten, im großen Dialogforum vertritt die Landrätin den Landkreis. Er wird in der Arbeitsgruppe 1 durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld, in der Arbeitsgruppe 2 durch eine Mitarbeiterin der Schallschutzberatung und in der Arbeitsgruppe 3 durch den Amtsleiter und Leiter des Dezernats 4 Siegmund Trebschuh vertreten.

Im Rahmen des Kommunalen Dialogforums beteiligte sich der Landkreis an der Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) für die Flughafenregion und an der durch das Forum in Auftrag gegebenen verkehrlichen Grundlagenuntersuchung.

Schallschutzberatung

Die Schallschutzberatung des Landkreises hat ihre Tätigkeit im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld 2020 fortgesetzt. Fast 1400-mal wandten sich von den Auswirkungen des Flughafens betroffene Menschen an die Beratungsstelle. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde der überwiegende Teil der Beratungen telefonisch durchgeführt. Fortgesetzt wurde auch der Austausch mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. Einzelfälle wurden auf Wunsch der ratsuchenden Bürger*innen mit der FBB besprochen und Lösungen herbeigeführt.

Die Bekanntgabe des Eröffnungstermins im Herbst veranlasste viele Betroffene, sich mit den Schallschutzunterlagen und den geplanten Bauleistungen auseinanderzusetzen und sich beraten zu lassen. Betroffene Bürger*innen aus dem Landkreis Teltow-Fläming hatten vermehrt Anfragen zur Preisgestaltung in den Leistungsverzeichnissen und zum Finden der optimalen Baufirma.

Mit der Eröffnung des Flughafens im Herbst kam es ebenso zu einem kurzfristigen vermehrten Anrufaufkommen, da die Lärmbelastung für einige höher ausfiel als erwartet. In diesen Fällen war oftmals noch kein baulicher Schallschutz umgesetzt worden bzw. die Grundstücke befanden sich außerhalb der Anspruchsgebiete.

Die Beratungsleistungen nahmen auch Personen aus dem Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald und dem Land Berlin in Anspruch.

Die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes wurde auf allen Ebenen fortgeführt.

Rechtsamt

Versicherungsangelegenheiten

Hinter dem sperrigen Begriff „Versicherungsangelegenheiten“ verbirgt sich die Befassung mit allen Sach- und Haftpflichtversicherungen, die der Landkreis zum Schutz seiner Vermögenswerte und seiner Beschäftigten abgeschlossen hat.

Schadensersatzforderungen, z. B. aus Amtspflichtsverletzungen, die gegenüber dem Landkreis erhoben werden, werden an den kommunalen Haftpflichtversicherer, den Kommunalen Schadenausgleich (KSA) weitergeleitet. Dieser übernimmt die außergerichtliche und gerichtliche Abwicklung der Schadensfälle. Schadensersatzklagen für und gegen den Landkreis fallen in die Zuständigkeit des Landgerichtes und unterliegen daher dem Anwaltszwang. Die Prozessvertretung kann deshalb in diesen Fällen nicht von den Jurist*innen des Landkreises ausgeübt werden. Der KSA beauftragt deshalb dafür Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die die Interessen des Landkreises vor Gericht vertreten. Die für die Versicherungsangelegenheiten zuständige Sachbearbeiterin führt die erforderliche Sachverhaltsermittlung durch und erarbeitet die Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die vertretenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und führt die laufende Korrespondenz durch.

Die Sachbearbeiterin für Versicherungsangelegenheiten ist Anlaufstelle für hausinterne haftungs- und versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen. Ein Schwerpunkt lag im Jahr 2020 bei Nachfragen zum Versicherungsschutz bei der Arbeit im Homeoffice. Viele Nachfragen gab es auch zur Prüfung des Versicherungsschutzes für Personen, die bei Bekämpfungsmaßnahmen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) zum Einsatz kommen könnten.

Im Berichtszeitraum ist die Zahl der neu gemeldeten Schadenfälle rückläufig. Die Einschränkungen im Schul- und Verwaltungsbetrieb verminderten in einigen Sparten das Risiko des Schadeneintrittes. Zudem war 2020 für die Region meteorologisch gesehen ein eher ruhiges Jahr ohne ausgeprägte Unwetterlagen, was sich in der vergleichsweise geringen Anzahl von Gebäudeschäden niederschlug.

Wie bereits 2019 nahmen auch 2020 Schadenersatzforderungen wegen Verdienstaufhalles infolge nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kitaplätze einen großen Raum ein. Sowohl die außergerichtlich geltend gemachten Forderungen als auch die darauf gerichteten Klagen vor dem Landgericht Potsdam wurden bislang mehrheitlich abgewiesen. Das Landgericht begründet, ebenso wie der KSA, seine Entscheidungen regelmäßig damit, dass es die Eltern vor der Geltendmachung der Schadenersatzforderungen unterlassen haben, den Rechtsanspruch ihrer Kinder auf einen Betreuungsplatz gerichtlich durchzusetzen.

In jeder Hinsicht außergewöhnlich war ein Wasserschaden im neuen Anbau des Gymnasiums Rangsdorf Ende Oktober. Kurz vor dem Abschluss aller Bauarbeiten und der Übergabe des Bauprojektes an den Landkreis verursachte eine dort tätige Firma einen Wasserschaden von beträchtlichem Ausmaß. Der Innenausbau in allen drei Etagen des Neubaus wurde durch das ausgetretene Wasser beschädigt. Die geplante Inbetriebnahme der Klassenräume zum 2. November 2020 war unmöglich, sodass sich der Landkreis gezwungen sah, Räume im Seehotel Rangsdorf für den Unterrichtsbetrieb anzumieten. Es gab ein zähes Ringen, um die gegnerische Versicherungsgesellschaft zur vollen Übernahme der Mietkosten (75.000 Euro) zu bewegen. Der Gesamtschaden beläuft sich bislang auf rund 166.000 Euro. Sowohl die Bezifferung des Schadens als auch die Regulierung durch die Haftpflichtversicherung des Schadenverursachers sind noch nicht abgeschlossen.

Bereits in den vergangenen Jahren zeichnete sich die Tendenz ab, dass die Schadenfälle immer komplexer werden. Infolgedessen steigt die Anzahl der Vorgänge, deren Bearbeitung sich über mehrere Jahre hinzieht. Erfreulicherweise konnte eine Reihe von Schadenfällen aus den Vorjahren im Berichtszeitraum zum Abschluss gebracht werden. Darunter befand sich auch eine Schadenersatzklage, die auf Klägerseite mit vielen Verfahrensfehlern geführt wurde und dennoch klägerseitigen Erfolg geführt hat. Erwähnt werden soll auch ein mittelschwerer Verkehrsunfall, der mehrere Vororttermine erforderte.

Der Schadenentwicklung im Berichtszeitraum steht die gestiegene Anzahl der im Jahr 2020 neu gegen den Landkreis erhobenen Schadenersatzklagen entgegen. Von den insgesamt zehn neuen Klagen waren allein sieben auf Schadenersatz wegen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kitaplätze gerichtet.

Die neu zu bearbeitenden Schadenfälle verteilten sich im Jahr 2020 wie folgt:

Tabelle 18: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle

Art der Schadenfälle	Anzahl 2020	Anzahl Vorjahr
Allgemeine Haftpflichtschäden	7	26
Schäden gegen Dritte	13	15
Dienstreisekasko	4	2
Elektronikschäden	0	3
Gebäudeschäden	9	13
Inventarschäden	1	5
Kaskoschäden	13	23
Kfz-Haftpflichtschäden	2	3
Schülersachschäden	3	3
Rechtsschutzschadenfälle	0	11
versicherungsrechtliche Stellungnahmen	14	19
<i>gesamt</i>	66	123

Rechtsangelegenheiten

Im Bereich „Rechtsangelegenheiten“ wird eine Querschnittsaufgabe für die Verwaltung wahrgenommen. Das Rechtsamt ist Berater für Rechtsfragen „für und nach innen“. Es ist zuständig für die rechtliche Betreuung aller Ämter und sonstigen Organisationseinheiten des Landkreises, des Eigenbetriebes Rettungsdienst und für alle nachgeordneten Einrichtungen des Landkreises. Dazu gehören die Beratung der Beschäftigten in rechtlich schwierigen Fragestellungen, die außergerichtliche Vertretung sowie die zentrale Prozessführung für den Landkreis.

Die Verfahren werden von den Jurist*innen des Rechtsamtes vor sehr unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten geführt, schwerpunktmäßig vor den Verwaltungs- und Sozialgerichten in erster und zweiter Instanz, aber auch vor den Arbeitsgerichten und Amtsgerichten, u. a. einer speziellen Kammer für Landwirtschaftssachen am Amtsgericht in Rathenow.

Im Jahr 2020 sind zu den überjährig zu führenden Gerichtsverfahren 324 neue Verfahren hinzugekommen. Damit setzt sich die Steigerung der Verfahrenszahlen aus den letzten Jahren fort. Die Zahl der Prozesseingänge hat im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 38,15 Prozent zugenommen. Die Zunahme der Klage-/Antragseingänge verteilte sich schwerpunktmäßig auf das Sozialamt (A 51), das Straßenverkehrsamt (A36), auf den Personalbereich (A 11) und das Veterinäramt (A39).

Als „Ausreißer“ müssen die im Eigenbetrieb Rettungsdienst eingegangenen 89 Klagen gegen Gebührenbescheide für Leistungen des Rettungsdienstes bezeichnet werden. Die Klageerhebung verschiedener Krankenkassen ist mit Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Gebührenkalkulation für die vom Landkreis beschlossenen „Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes Teltow-Fläming“ vom 17. Dezember 2019 begründet. Hierzu wird auch ein Normenkontrollverfahren geführt.

Besonders arbeitsaufwendig und von großem öffentlichem Interesse begleitet war die Wahrnehmung sowie Nachbereitung eines Termins in einem Verfahren einer kreisangehörigen Stadt gegen den Landkreis aus dem Jahr 2016, in dem es um die Rechtmäßigkeit der vom Landkreis erhobenen Kreisumlage aus dem Jahr 2015 ging. Die abschließende Entscheidung steht noch aus. Das Verfahren wird voraussichtlich seine Fortsetzung am Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg finden.

Hervorgehobenes Interesse fanden auch zwei einstweilige Anordnungen, die den Landkreis verpflichteten, Tiertransporte in weit entfernte Drittländer, also Länder außerhalb der EU, durchzuführen. Das Veterinäramt hatte hier zunächst die Abfertigung der Transporte aus tierschutzrechtlichen Bedenken verweigert. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes zeigten auf, wie schwierig sich die Durchsetzung des Tierschutzes darstellt, wenn auf der Grundlage von EU-Recht eine grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit solcher Transporte vorgesehen ist.

Im Einzelnen verteilen sich die Zugänge bei den gerichtlichen Verfahren amtsbezogen wie folgt:

Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren

Amt	Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren 2020	Anzahl Vorjahr
Hauptamt (A 10)	2	4
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal (A 11)	13	4
Kämmerei (A 20)	1	3
Ordnungsamt (A 32)	26	29
Straßenverkehrsamt (A 36)	28	20
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)	12	8
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	1	2
Sozialamt (A 50)	68	52
Jugendamt (A 51)	35	36
Gesundheitsamt (A 53)	1	0
Kommunalaufsicht (A 15)	0	3
Umweltamt (A 67)	0	3
Landwirtschaftsamt (A 83)	7	4
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	23	26
Eigenbetrieb Rettungsdienst	89	0
Bereich der Landrätin	2	1
Rechtsamt (A 30)		
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 11	1	0
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 32	0	2
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 51	8	6
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 63	1	0
- Bestellung gesetzlicher Vertreter	6	1
<i>gesamt</i>	324	201

213 Verfahren wurden im Jahre 2020 auf verschiedenen Verfahrenswegen abgeschlossen. Das älteste datierte aus dem Jahr 2012 und wurde vor dem Sozialgericht Potsdam geführt. Streitige Entscheidungen wurden in 38 Fällen zu Lasten des Landkreises entschieden.

Die Anzahl der zur Beantwortung durch die Landrätin bearbeiteten Petitionen/Beschwerden aller Art ist im Jahr 2020 hat sich im Verhältnis zu 2019 nahezu halbiert und betraf 31 Vorgänge. Hiervon sind noch zwei Verfahren offen. Der Rückgang ist sicherlich auch darin begründet, dass nach einer Entscheidung der Verwaltungsleitung aus Ende 2019 Fachaufsichtsbeschwerden sowie die Petitionen des Landtages gemäß der hiesigen Dienstordnung wieder in den Fachämtern bearbeitet werden.

Die Anzahl der Beratungsanfragen aus den Ämtern und Organisationseinheiten in der Verwaltung sind nahezu gleich geblieben. Insgesamt verzeichnete das Rechtsamt 597 Anfragen, von denen derzeit noch 80 bearbeitet werden.

Die Zahl der Beratungsanfragen verteilte sich wie folgt:

Tabelle 20: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen 2020	Anzahl Vorjahr
Hauptamt (A 10)	43	66
Amt für zentrale Steuerung, Organisation, Personal (A 11)	128	135
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	8	11
Rechnungsprüfungsamt	6	9
Kämmerei (A 20)	30	32
Ordnungsamt (A 32)	44	28
Straßenverkehrsamt (A 36)	21	33
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)	30	42
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	38	24
Sozialamt (A 50)	33	26
Gesundheitsamt (A 53)	18	7
Jugendamt (A 51)	56	51
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	2	4
Umweltamt (A 67)	9	5
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (A 80)	7	4
Landwirtschaftsamt (A 83)	3	4
Büro der Landrätin	67	44
Kreistagsbüro	8	6
Beteiligungsmanagement (A 30)	9	21

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen 2020	Anzahl Vorjahr
Grundstücksverkehr (A 30)	6	10
Versicherungen (A 30)	13	17
Eigenbetrieb/Rettungsdienst	10	7
Dezernat III	8	4
<i>gesamt</i>	<i>597</i>	<i>590</i>

Selbstverständlich wurde im Jahr 2020 auch zunehmend die Corona-Pandemie eine wichtige Aufgabe für die Jurist*innen des Rechtsamtes. Neben der Erarbeitung mehrerer Allgemeinverfügungen auf der Grundlage der jeweils geltenden Eindämmungsverordnungen des Landes wurden auch einige gerichtliche Verfahren wegen einschränkender Maßnahmen des Landkreises geführt, die jedoch jeweils zugunsten des Landkreises entschieden wurden.

Die Jurist*innen waren in den Bürgertelefondienst mit einbezogen, wo sie in vielen Stunden die Fragen, Beschwerden, Ängste und Hilferufe von Bürger*innen bearbeiteten.

Zudem hat eine Mitarbeiterin des Rechtsamtes aus dem Bereich der gesetzlichen Vertreterbestellung zusätzlich zu ihrem originären Aufgabenbereich die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Eindämmungs- und Quarantäneverordnung übernommen.

Das Rechtsamt ist intensiv in die Ausbildung eingebunden. Vier Jurist*innen sind als Auszubildende für den Bachelor-Studiengang „Öffentliche Verwaltung Berlin-Brandenburg“ zertifiziert. Im Laufe des Jahres wurden zwei Student*innen durch ihre Praktika geführt. Ein Referendar erfüllte im Rechtsamt seine Verwaltungsstation für den juristischen Vorbereitungsdienst und eine Schülerpraktikantin erhielt erste Einblicke in das juristische Arbeiten. Die Leiterin des Rechtsamtes ist Prüferin bei der Brandenburgischen Kommunalakademie und regelmäßig in die Prüfungen von Auszubildenden für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten und von Verwaltungsfachwirten einbezogen.

Beteiligungsmanagement

Der Landkreis ist derzeit an neun kommunalen Gesellschaften unmittelbar und an zwei Gesellschaften mittelbar beteiligt. Die Landrätin nimmt bei der Mehrzahl der Beteiligungen die Aufgabe der Gesellschaftervertreterin wahr. Bei drei Beteiligungen erfolgte die Betrauung an Beschäftigte. Die Landrätin gewährleistet als Gesellschaftervertreterin die Interessen des Landkreises. Das Beteiligungsmanagement unterstützt sie dabei mit Beratung und der Entwicklung von Strategien.

Zu den ständigen Aufgaben des Beteiligungsmanagements zählen neben der Steuerung und Kontrolle der Gesellschaftervertreterin, die Beratung der Personen in finanziellen und gesellschaftsrechtlichen Fragen, die den Landkreis in den Organen der Unternehmen vertreten sowie die Gewährleistung ihrer Qualifizierung und Weiterbildung. Die Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen werden vom Beteiligungsmanagement regelmäßig vor- und nachbereitet.

Ein Schwerpunktthema bildete im Jahr 2020 erneut die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft mbH (SWFG mbH). Sie nahm und nimmt weiterhin einen großen Umfang der Tätigkeit des Beteiligungsmanagements in Anspruch.

Der Kreistag beauftragte im Jahr 2017 die Landrätin, vorrangig und umgehend die Geschäftsfelder Biopark Wohnen sowie Immobilienverwaltung zu veräußern, die Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks voranzutreiben und dabei zuvorderst darauf zu achten, dass der Wirtschaftsstandort Biotechnologiepark erhalten und die Arbeitsplätze bestehen bleiben. In diesem Zusammenhang sollten die Möglichkeiten für eine Beschäftigung des Personals der SWFG mbH beim Landkreis Teltow-Fläming geprüft werden.

Die SWFG mbH beauftragte Ende 2018 eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit dem ersten Teil der rechtlichen Beratung und Begleitung einer öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf der SWFG Immobilien in drei Stufen. Um zu feststellen zu können, wo die Interessen von Investoren am Biotechnologiepark Luckenwalde liegen, wurde in der ersten Stufe ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Das Ergebnis des Interessensbekundungsverfahrens der SWFG mbH führte nicht zum mit Beschluss des Kreistages Nr. 5-3251/17-LR gewünschten Ergebnis. Insbesondere die durch den Kreistag geforderten Prämissen der Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks unter Beachtung, dass der Wirtschaftsstandort Biotechnologiepark und die Arbeitsplätze erhalten bleiben, sind durch die vorliegenden Ergebnisse nicht umsetzbar.

Aufgrund der derzeitigen guten Liquiditätssituation wurde vorgeschlagen, einen Zwischenschritt einzulegen, in dem geprüft wird, ob ein tragfähiges Konzept zur Erhaltung der SWFG mbH erstellt werden kann. Daher beschloss der Kreistag am 20. April 2020, das Verkaufsverfahren der SWFG mbH bis auf weiteres auszusetzen. Die Landrätin wurde beauftragt, ein Konzept für die Weiterführung der Gesellschaft zu erarbeiten. Führen die Prüfungen zu keinem tragfähigen Konzept, würde das Verkaufsverfahren fortgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund innovativer Entwicklungen in der Luftfahrt bekundeten unterschiedliche Akteure Interesse an der Errichtung eines Technologie- und Gründerzentrums auf dem Gelände des Flugplatzes Schönhagen. Mit Beschluss des Kreistages vom 24. Februar 2020 nahm der Kreistag den aktuellen Stand zum ZEFA Zentrum für emissionsarme Flugantriebe positiv zur Kenntnis. Auf der Grundlage der derzeitigen Projektkonzeption wurde die frühzeitige Antragstellung für Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ unterstützt.

Am 20. April 2020 beschloss der Kreistag die im öffentlichen Interesse erforderliche Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH um den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. In der gesellschaftseigenen Liegenschaft in Ludwigsfelde erfolgte bis 2019 der Betrieb der Produktionsschule Teltow-Fläming durch das Evangelische Jugendwerk. Die GAG Klausdorf gGmbH übernahm ab 1. Januar 2020 den Weiterbetrieb der Produktionsschule Teltow-Fläming. Mit der Erweiterung des Geschäftsfeldes entstehen neue Chancen, das Unternehmen weiter am Markt zu etablieren. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2018 wurde am 24. Februar 2020 in den Kreistag eingebracht.

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter

Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

Nach der mit Wirkung zum 1. Juli 2018 erfolgten Änderung der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) ist auch im Jahr 2020 ein deutlicher Rückgang der Antragszahlen zu verzeichnen. Nach der neuen Gesetzeslage ist die Genehmigung von Grundstücksgeschäften nur erforderlich, wenn im Grundbuch ein Anmeldevermerk eingetragen ist. Die Entscheidung über die Antragstellung auf Erteilung der Grundstücksverkehrsgenehmigung (GVO) liegt allerdings unverändert bei den Vertragsparteien bzw. den dazu bevollmächtigten Notariaten. Soweit Anträge gestellt werden, sind diese weiterhin zu bescheiden.

Mit 258 Grundstücken und den damit verbundenen 67 Vertragsgenehmigungen, ist gegenüber 2020 der massive Rückgang feststellbar. Der Rückgang der Genehmigungserteilungen lässt sich auch aus der Höhe der Gebühreneinnahmen ablesen, die von circa 9.500 Euro im Jahr 2019 auf 2.100 Euro gesunken sind.

Negativatteste

Im Jahr 2020 wurden 70 Anträge auf Negativattestierung eingereicht; 70 Auskünfte wurden erteilt.

Bestellung gesetzlicher Vertreter

Zur Sicherung der rechtlichen Interessen von unbekannten Grundstückseigentümer*innen und deren Rechtsnachfolger*innen werden Anträge auf Bestellung und Abberufung gesetzlicher Vertretungen nach § 11b VermG sowie Art. 233 § 2 Abs. 1 EGBGB sowie alle damit zusammenhängenden Überwachungs- und Genehmigungsvorgänge bearbeitet. Derzeit befinden sich 609 Akten in Bearbeitung.

Im Jahre 2020 wurden 118 Entscheidungen (Ablehnungen, Abberufungen, Widerrufe, Bestellungen, Umbestellungen, Genehmigungen von Pachtverträgen und Kaufverträgen) getroffen. Einen wachsenden Arbeitsschwerpunkt stellen die Genehmigungen der Eintragung von Leitungsrechten in das Grundbuch dar. Hierzu ist ebenfalls die Eigentümersituation der betroffenen Grundstücke zu klären. Soweit erforderlich, werden gesetzliche Vertretungen bestellt, die Entschädigungshöhe geprüft und genehmigt.

Neben den Fallzahlen gibt es noch einen Aktenbestand von 1.491 Akten, die vor der endgültigen Archivierung auf Vollständigkeit geprüft werden müssen.

Einen wesentlichen und sehr verantwortungsvollen Teil im Rahmen der Sachbearbeitung stellt die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung und Bewirtschaftung der Vermögenswerte durch die bestellten Vertretungen dar. Diese haben jährliche Verwaltungsabrechnungen zu erstellen und dem Landkreis zur Prüfung vorzulegen. In diesem Zusammenhang trägt der Landkreis eine erhebliche finanzielle Verantwortung für die verwalteten und bewirtschafteten Vermögenswerte. Im Jahr 2020 wurden laufende Kontostände in Höhe von circa 1,7 Millionen Euro verwaltet. Es handelt sich dabei um die Wahrung der finanziellen Interessen und Vermögensfürsorge für die unbekannten Eigentümer*innen, für die der Landkreis das Haftungsrisiko trägt.

Ordnungsamt

Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben der Pandemiebekämpfung

Mit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 übernahm der Fachbereich die Beantwortung der Fragestellungen von Bürger*innen zu den jeweils geltenden SARS-CoV-2-Eindämmungs- bzw. Umgangsverordnungen. Hier waren zeitweise bis zu 5 Beschäftigte eingebunden.

Zudem übernahm der Fachbereich für das Gesundheitsamt die Durchführung von Ermittlungstätigkeiten und die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem Infektionsschutzgesetz mit zeitweise drei Sachbearbeiter*innen. Nachdem das Gesundheitsamt personell aufgestockt wurde konnte es die Verfahren selbst bearbeiten. Die Beschäftigten des Ordnungsamts standen den Kolleg*innen im Gesundheitsamt weiterhin unterstützend zur Seite.

Aufgaben als Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete auch in diesem Jahr die Beratung und Unterstützung dieser Behörden. Diese wurde aufgrund der Pandemiesituation überwiegend telefonisch sowie digital durchgeführt. Um die Anliegen im vollen Umfang zu bearbeiten, wurden auch andere Fachämter des Hauses einbezogen.

13 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden waren zu prüfen und wurden ausgewertet. Intensiviert wurde hier der fachliche Austausch zur Umsetzung in Einzelfällen.

Neun Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der kommunalen Ordnungsbehörden wurden bearbeitet.

In 226 Fällen wurden Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben als Träger öffentlicher Belange gemäß Bau-, Planungs- und Naturschutzrecht erarbeitet, davon 183 nach dem Baugesetzbuch.

Im Fachbereich werden auch die Glückwunschscheine für besondere Alters- und Ehejubiläen der Bürger*innen im Landkreis Teltow-Fläming für die Landrätin vorbereitet. Im Jahr 2020 waren es 950.

Im Berichtsjahr wurden 383 Bußgeldverfahren nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI, Pflegepflichtverletzung) gemeldet. Aufgrund der notwendigen Unterstützung für das Gesundheitsamt konnte bis Jahresende nur ein Teil der Meldungen abschließend bearbeitet werden, die restlichen Meldungen werden im Jahr 2021 abgearbeitet. Im Jahr 2020 wurden wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) zwei Verfahren und gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG) auch zwei Verfahren geführt.

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgeber in Höhe von 149.600 Euro für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht.

Die Sanierung der sowjetischen Kriegsgräberstätte auf dem evangelischen Waldfriedhof Blankenfelde in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow konnte im Jahr 2020 abgeschlossen werden. Der Kommune wurden dafür anteilig Bundesmittel in Höhe von 320.600 Euro zugewiesen.

Standesamtsaufsicht

Im Jahr 2020 wurden 146 vorlagepflichtige Beurkundungsvorgänge der Fachaufsicht zur Prüfung vorgelegt. Darüber hinaus erfolgte eine individuelle fachaufsichtliche Beratung der Standesämter.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis sind aktuell 873 aktive Jagdscheininhaber*innen registriert. Darunter befinden sich 15 Personen mit Ausländerjahresjagdscheinen, 6 Jäger*innen mit einem Falknerjagdschein sowie 4 Jugendjagdscheininhaber*innen unter 18 Jahren.

Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 275 Jagdbezirke, davon 177 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 76 Eigenjagdbezirke und 22 Verwaltungsjagdbezirke.

Im Landkreis bzw. kreisübergreifend gibt es 8 Hegegemeinschaften. Sie bestehen aus freiwillig zusammengeschlossenen Jagdbezirken. Dort können Wildarten großräumig bewirtschaftet werden. Mit den hier zur Anwendung kommenden Gruppen- und Mindestabschussplänen kann so gezielt auf die Bestandsentwicklung der Wildarten eingewirkt werden.

Es wurden 127 Abschusspläne (viele Jagdbezirksinhaber*innen nutzen die neue Möglichkeit der Planung von Schwarzwild in einer Gruppe) bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt.

Der Landkreis Teltow-Fläming arbeitet intensiv mit dem Jagdberater und dem Jagdbeirat sowie dem Kreisjagdverband zusammen. Gleiches gilt für die 152 Jagdgenossenschaften, deren Aufsicht der Unteren Jagdbehörde obliegt.

Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), der Obersten Jagdbehörde, den benachbarten Unteren Jagdbehörden und dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Landkreis wurde in Vorbereitung der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) weiter intensiviert. Ende 2020 wurden vom Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt in Zusammenarbeit mit der Unteren Jagdbehörde erste Kadaversammelstellen und Wildkühlzellen im Landkreis installiert.

Im Jahr 2020 zahlte die UJB erneut eine Erlegungsprämie für Schwarzwild an prämiensberechtigten Jagdausübungsberechtigten aus: 137.700 Euro für insgesamt 2754 Wildschweine. Von 107 eingegangenen Anträgen wurden 102 Anträge positiv beschieden.

Auf Grund der Bedrohung durch die Afrikanische Schweinepest und wegen steigender Konflikte mit Wildtieren im urbanen Bereich wurde 2020 in der UJB eine Sachbearbeiterstelle mit Schwerpunkt Tierseuchen- und Wildtiermanagement eingerichtet. In Vorbereitung auf einen Ausbruch der Seuche im Landkreis Teltow-Fläming wurden Datenbanken und Verteilerlisten erstellt, um eine schnelle übergreifende Kommunikation und Koordination unter den betroffenen Interessengruppen zu gewährleisten. Durch intensiven Informationsaustausch und aufgrund der zeitweisen Teilnahme an der Fallwildsuche im Landkreis Dahme-Spreewald wurden wertvolle Erkenntnisse zur Organisation und Durchführung der komplexen Bekämpfungsmaßnahmen im Seuchenstadium gewonnen. Mehrere in der Kreisverwaltung entwickelte geodatenbasierte Aufnahmeverfahren für die Fallwildmeldung und Dokumentation der Suchflächen wurden unter realen Bedingungen getestet und in der Folge modifiziert und verbessert.

Untere Fischereibehörde

An Fischer*innen und Angler*innen wurden im vergangenen Jahr 269 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Gegenwärtig gibt es damit im Landkreis circa 6.700 aktive Angler*innen mit und ohne Fischereischein. Die Untere Fischereibehörde führte zwei Anglerprüfungen mit insgesamt 27 Prüflingen durch. Im Landkreis fanden zudem 41 Anglerprüfungen durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 605 zu Prüfenden statt. Im Jahr 2020 haben im Landkreis insgesamt 632 Personen die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben. Der Erwerb eines Fischereischeines, um Angeln gehen zu können, wurde aufgrund der Corona-Pandemie verstärkt nachgefragt. Die Zahlen der abgelegten Anglerprüfungen sowie die Ausstellung der Fischereischeine gegenüber dem Vorjahr 2019 (226 Fischereischeine) sind im Landkreis gestiegen.

In Teltow-Fläming gibt es 73 ehrenamtliche Fischereiaufseher*innen, von denen zwei im Jahr 2020 neu berufen und 12 für eine weitere Berufszeit von fünf Jahren bestätigt wurden.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde weiter gepflegt.

Die Kooperation mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Gewerbeangelegenheiten

Die fachaufsichtlichen Vor-Ort-Prüfungen im Gewerbeamt in den Kommunen konnten nur im Januar 2020 erfolgen, da das Berichtsjahr auch hier von der Corona-Pandemie geprägt war.

Die Hochzeitsmesse und auch die US-Car-Classics-Ausstellung in Diedersdorf sowie die Mellensee-Regatta fanden statt. Der Triathlon in Kallinchen und die Flämingbau-Ausstellung in Luckenwalde waren beantragt, aber auf Grund der SARS-CoV-2-Eindämpfungsverordnung nicht durchführbar. Die Anträge wurden zurückgezogen.

Für die im Rahmen der Erstbefüllung des Bewacherregisters vorgenommenen Zuverlässigkeitsprüfungen der Wachpersonen wurden dem Landkreis vier Widersprüche zur Entscheidung vorgelegt; in drei Fällen konnte dem Widerspruch stattgegeben werden.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der dienstliche Austausch mit den zuständigen Behörden zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin und Brandenburg wurde trotz pandemiebedingter Einschränkungen auch 2020 aufrechterhalten.

97 Baustellenkontrollen wurden im Berichtsjahr im Kreisgebiet Teltow-Fläming sowohl spontan als auch anlassbezogen unter Beachtung von Abständen und Hygieneregeln durchgeführt.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Die 20 Kehrbezirke im Landkreis Teltow-Fläming werden von bevollmächtigten Bezirks-schornsteinger*innen (bBSF) verwaltet. Sie überwachen die Erfüllung der Eigentümerpflichten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz in Kehrbüchern und leisten somit einen wichtigen Beitrag für die Betriebs- und Brandsicherheit sowie den Umweltschutz. Hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben werden sie von der Kreisordnungsbehörde beaufsichtigt.

Im Jahr 2020 wurden vier Kehrbücher geprüft; Aufsichtsmaßnahmen gegen die geprüften bBSF mussten nicht eingeleitet werden. Zu einem Aufhebungsbescheid der Bestellung im Vorjahr wurde ein Widerspruchsbescheid erlassen; hier ist eine Anfechtungsklage anhängig. Zwei Kehrbezirke wurden zum 1. Januar 2021 befristet auf sieben Jahre neu vergeben. An den beiden Ausschreibungen beteiligten sich acht Personen mit Meistertitel. In einem Auswahlverfahren wurde ein Bewerbungsgespräch unter Beiziehung einer sachkundigen Person erforderlich.

Darüber hinaus wurden 146 Verwaltungsverfahren und ein Widerspruchsverfahren zur Durchsetzung der Eigentümerpflichten bzw. Feststellung rückständiger Gebühren sowie zwei Bußgeldverfahren geführt. Insgesamt wurden 440 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, der Schornsteinfegerinnung und des Landkreistages sowie des MWAE und anderer Behörden bearbeitet.

Versicherungsbehörde

Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden zeitweisen eingeschränkten Besuchsmöglichkeit der Verwaltung führte die Versicherungsbehörde 2020 wesentlich mehr telefonische Beratungen (z. T. auch Antragsaufnahmen) – 649 – durch, als Vor-Ort-Termine vereinbart werden konnten.

Aufgesucht wurde die Versicherungsbehörde von 462 Personen. Es wurden insgesamt 271 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenen-/Waisenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Anträge zur Kontenklärung sowie Widersprüche, Klagen und Zeugenaussagen entgegengenommen und bearbeitet. Des Weiteren wurden sowohl Anträge zur medizinischen Rehabilitation als auch Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen und an die Rententräger weitergeleitet.

Nach wie vor erfreut sich die Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow großen Zuspruchs. Sie findet pandemiebedingt seit Juli 2020 im „Bürgerhaus“ in Dahlewitz (jeweils am letzten Donnerstag des Monats) statt.

Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen

Ausländerbehörde – Allgemeine Ausländerangelegenheiten

Ende 2020 waren 10.343 Ausländer*innen bei der Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming mit 129 verschiedenen Staatsangehörigkeiten registriert. Davon waren 5.595 Personen aus dem EU-Ausland.

Tabelle 21: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre

Jahr	Anzahl	EU	Nicht EU
2020	10.343	5.595	4.748
2019	9.804	5.134	4.670
2018	8.984	4.545	4.439
2017	7.861	3.610	4.251

Darüber hinaus befanden sich zum Jahresende 564 Personen in einem Asylverfahren und 16 Personen in einem Asylfolgeverfahren. Der Anteil ausländischer Personen im Landkreis liegt unverändert bei ca. 6,2 Prozent.

Der stetige Zuwachs an EU- und Nicht-EU-Ausländer*innen im Landkreis ist auch eine Auswirkung der hohen Nachfrage an Arbeitskräften in den unterschiedlichsten Branchen. Wie sich die Zuwanderungszahlen in Zukunft entwickeln werden, bleibt aufgrund der Corona-Pandemie abzuwarten.

Aufgrund der seit Jahren steigenden Zahlen an ausländischen Personen stieg im Jahre 2020 die Anzahl der Beschäftigten stellenplangemäß im Fachbereich an.

Zur Veranschaulichung einige statistische Zahlen:

Die größte Gruppe der Ausländer*innen stellten im Berichtsjahr mit 5.595 Personen die EU-Ausländer*innen (54 Prozent – Stand 31. Dezember 2020). Der Anteil der Personen unter 16 Jahre lag bei EU-Ausländer*innen bei 11,4 Prozent (Stand 31. Dezember 2020), hingegen bei den Nicht-EU-Ausländern bei 21 Prozent.

Ein Daueraufenthaltsrecht besaßen zum 31. Dezember 2020 1.069 Personen. Die häufigsten Staatsangehörigkeiten waren im Berichtszeitraum:

- Polen (3.122 Personen)
- Syrien (971 Personen)
- Rumänien (776 Personen)
- Russische Föderation (586 Personen)
- Afghanistan (431 Personen)
- Bulgarien (304 Personen)

Aus 20 Ländern leben derzeit jeweils nur ein oder zwei Staatsangehörige im Landkreis, u. a. aus Belize, Nicaragua, Lesotho, Jemen und Tadschikistan.

Eine Vielzahl von Personen, denen im Jahr 2015 die Aufenthaltserlaubnis nach der Genfer Flüchtlingskonvention (Flüchtlingseigenschaft – GFK) erteilt worden war, beantragte seit 2020 die unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Dementsprechend stieg die Anzahl der gestellten Anträge für eine Niederlassungserlaubnis deutlich an. Die zahlreichen ausländerrechtlichen Änderungen und die veränderten Rahmenbedingungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führten im Jahr 2020 zu wechselnden Arbeitsschwerpunkten in der Ausländerbehörde, wobei der Aufwand bezüglich des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eher gering war. Dies ist im Wesentlichen auf die Zentralisierung dieser Aufgabe zurückzuführen. Seit dem 1. Oktober 2020 werden Aufgaben im Rahmen der Fachkräfteeinwanderung durch den Landkreis Dahme-Spreewald auf der Grundlage entsprechender Verwaltungsvereinbarungen wahrgenommen.

Die Zahl der verfügbaren elektronischen Aufenthaltstitel und elektronischen Reiseausweise im Jahre 2020 verringerte sich gegenüber dem Vorjahr, da die sprunghaften Zunahmen 2016 und 2019 auf dieser hohen Anzahl an anerkannten Flüchtlingen im Jahr 2016 begründet lagen. Ab Mitte 2016 wurde vom BAMF mehrheitlich der Status des subsidiären Schutzes anerkannt. Im Gegensatz zur dreijährigen Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge erhalten die übrigen anerkannten Schutzsuchenden eine Aufenthaltserlaubnis zunächst für ein Jahr, die dann i. d. R. für weitere zwei Jahre verlängert wird.

Tabelle 22: elektronische Ausweisdokumente

Ausweis	2020	2019	2018	2017	2016
elektronische Aufenthaltstitel	1211	1.647	1.214	1.271	1.559
elektronische Reiseausweise	269	472	167	185	680

Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten und Aufenthaltsbeendigung

Im Jahr 2020 wies die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg 183 Personen im laufenden Asylverfahren aus 20 verschiedenen Herkunftsländern zu. (2019: 189, 2018: 207; 2017: 287; 2016: 438) Die hier geborenen Kinder, für die die Eltern nach der Geburt einen Asylantrag gestellt haben, wurden nicht mit einberechnet. Per 31. Dezember 2020 waren 1.217 Asylbewerber*innen bzw. abgelehnte Asylbewerber*innen registriert (2019: 996; 2018: 941; 2017: 948; 2016: 1.050) Berücksichtigt sind auch 5 Prozent aufgrund einer Erstaufnahmeeinrichtung im Land. Somit verringern sich die Zuweisungen.

Tabelle 23: Zuweisungen und registrierte Asylbewerber 2015 bis 2019, jeweils per 31.12.

Personenkreis	2020	2019	2018	2017	2016
zugewiesene Personen im laufenden Asylverfahren	183	189	207	287	438
registrierte Asylsuchende insgesamt	1.217	996	941	948	1.050
abgelehnte Asylsuchende ²	585	494	454	451	369
Personen im Duldungsstatus	352	314	291	355	342

Namensänderungen

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 15 Anträge auf Namensänderung gestellt (2019: 16, 2018: 10 Anträge), davon vier Anträge auf Familiennamensänderung und 11 Anträge auf Vornamensänderung.

Staatsangehörigkeiten

Es wurden 95 Einbürgerungsberatungsgespräche geführt und zusammen mit der ausländischen Person die individuellen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, ob bzw. ab wann ein aussichtsreicher Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann. (2019: 126, 2018: 102, 2017: 119)

Im Jahr 2020 stellten 71 Personen Anträge auf Einbürgerung (2019: 82, 2018: 78).

Einbürgerungsfeiern finden aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 nicht mehr statt. Die Urkunden werden den Einbürgerungsbewerber*innen einzeln übergeben. 68 Personen mit 34 verschiedenen Staatsangehörigkeiten erhielten im Berichtsjahr die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter 12 britische Staatsangehörige, welche den größten Anteil ausmachen. Danach folgen Polen (8), Kosovo (6), Israel (4) und Kasachstan (3). Weitere Staatsangehörigkeiten sind u. a. Südafrika, Afghanistan, Kolumbien, Korea, Finnland und Panama.

² Zu den abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern werden alle Personen gerechnet, die bei der Ausländerbehörde Teltow-Fläming gemeldet sind und deren letzte Asylentscheidung eine Ablehnung des Asylantrages ist. Unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Abwehrender Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum 2020 zu 959 Bränden (2019: 506 Einsätze) und 1.360 technischen Hilfeleistungen (2019: 1.656 Einsätze) gerufen.

Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren 97 Gebäudebrände sowie 93 Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei 307 Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von 181 Gefahrenstellen durch Unwetter geleistet. Weiterhin kam es zu 516 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen. Hinzu kommen 200 Tragehilfen für den Rettungsdienst, wobei 44 Einsätze davon im Zusammenhang mit Corona waren.

Im Berichtsjahr kam es zu 93 Wald- und Flächenbränden, die größer als 10 Quadratmeter waren. Die Gesamtbrandfläche betrug rund 23,44 Hektar. Schwerpunkt bildeten hier die Monate Juni bis August mit 59 Bränden und einer Fläche von 19 Hektar. Entgegen der Wetterlage betrafen nur zwei Brände mit einer Fläche von 1,5 Hektar ehemalige Übungsplätze.

Vorbeugender und baulicher Brandschutz

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 434 derartige Objekte erfasst. Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr 2020 wurden im Landkreis 77 (2019: 72) Brandverhütungsschauen und Begehungen zur Erteilung der Betriebserlaubnis durchgeführt sowie 323 Stellungnahmen (2019: 365 Stellungnahmen) im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben oder als Träger öffentlicher Belange erarbeitet. Weiterhin wurde die Brandschutzdienststelle bei fünf Aufschaltungen von Brandmeldeanlagen, 16 Prüfungen der Feuerwehrpläne und Brandschutzordnungen, 13 Inbetriebnahmen von Feuerwehrschränken sowie der Inbetriebnahme einer BOS Gebäudefunkanlage tätig.

Zivil- und Katastrophenschutz

Auf Grund der Corona-Pandemie lag der Schwerpunkt der Arbeit im 1. Halbjahr 2020 auf der Koordinierung des Krisenstabes. Im 2. Halbjahr wurde dies auf die Unterstützung der beiden Fachlagen Corona und Afrikanische Schweinepest verlagert. Der Rufbereitschaftsdienst der Koordinierungsgruppe wurde im vergangenen Jahr durch die Regionalliste zu 32 Einsätzen informiert. Bei vier Einsätzen nahm die Koordinierungsgruppe ihre Arbeit auf. Hierbei handelte es sich um die Unterstützung bei der Sturmlage Anfang Februar mit 26 Einsätzen der Feuerwehren im Landkreis sowie zu zwei Waldbränden auf ehemaligen Truppenübungsplätzen und die Organisation der Unterstützung anderer Landkreise bei der Verlegung von Covid-Patienten mittels des Sanitätsdienstes des Katastrophenschutzes vor Weihnachten.

Zur weiteren Verbesserung der Ausrüstung und damit der Einsatzbereitschaft konnte im Berichtsjahr ein weiterer Kommandowagen für die Brandschutzeinheit in den Bestand des kreislichen Katastrophenschutzes übernommen werden.

Der Bereich Katastrophenschutz nahm an vier Vor-Ort-Besichtigungen des Landesamtes für Umweltschutz in Betrieben teil, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen.

Auf Grund der Pandemie wurden alle Ausbildungsmaßnahmen für den Bereich des Katastrophenschutzes bis auf Weiteres ausgesetzt. Dies betrifft die Ausbildung der Koordinierungsgruppe wie auch der Einheiten des Katastrophenschutzes im Landkreis.

Kreisbrandmeister

Der Kreisbrandmeister und seine beiden Stellvertreter üben im Auftrag der Landrätin die Sonderaufsicht über die amtsfreien Gemeinden und das Amt Dahme/Mark als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung sowie über die im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Einheiten aus. Ferner kann ihnen durch die Gesamtführung die Einsatzleitung bei überörtlichen Brand- und Hilfeleistungseinsätzen sowie bei Großschadenslagen und Katastrophen übertragen werden, so geschehen bei dem Waldbrand im Bereich Frankenförde/Felgentreu.

Im Jahr 2020 wurde die Sonderaufsicht im Wesentlichen wieder durch die fachliche Begleitung von Einsätzen sowie die Begleitung diverser Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen wahrgenommen.

Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ)

Der Ausbau des FTZ zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde unter anderem durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

Tabelle 24: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ

Maßnahme	Kosten in Euro
Erneuerung und Instandsetzungsarbeiten von baulichen Anlagen	35.227,11
Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Ausbildung	111.064,74
Erneuerung Katastrophenschutz Fahrzeuge	84.432,92

Kreisausbildung

Auf Grund der Corona-Pandemie musste die Kreisausbildung der Feuerwehr ab dem 14. März 2020 ausgesetzt werden. Erst zum 14. August 2020 wurde der Ausbildungsbetrieb wieder aufgenommen, dies aber mit reduzierter Lehrgangsgröße und mit der Konzentration auf die Lehrgänge Truppführer, Atemschutzgeräteträger, technische Hilfeleistung und Sprechfunker. So konnten im 2. Halbjahr 2020 in den vorgenannten Lehrgängen noch 224 Kamerad*innen ausgebildet werden. Im Zeitraum Januar, Februar und März haben 115 Teilnehmer*innen die Kreisausbildung besucht, so dass im Ausbildungsjahr 2020 insgesamt 339 Feuerwehrkamerad*innen ausgebildet wurden.

Im Rahmen der Kreisausbildung konnte dem Bedarf von insgesamt 953 Ausbildungsplätzen nur zu 35 Prozent entsprochen werden. Die Teilnehmer*innen wurden in zwölf verschiedenen Fachrichtungen des feuerwehrtechnischen Dienstes sowie in speziellen Bereichen des Brand- und Katastrophenschutzes geschult.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 606 Kamerad*innen an 21 Wochenenden.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Tabelle 25: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ

Geräte/Ausrüstung	Anzahl
Pressluftatmer gereinigt und geprüft	2.390
Lungenautomaten gereinigt und geprüft	666
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft	2.297
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft für Extern	1.480
Chemikalienschutzanzüge geprüft	111
Druckluftflaschen gefüllt	2.286
Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert	4.198
Tragkraftspritzen instandgesetzt	1

Brandschutzerziehung

Das Team Brandschutzerziehung wurde im Jahr 2020 durch das Corona-Virus ausgebremst. Durch die verschärften Hygienebedingungen war es sehr schwierig, in den Schulen und Kitas zu agieren. Daher konnten nur Anfang des Jahres noch drei Termine wahrgenommen werden.

Die restliche Zeit des Jahres wurde für die Aufarbeitung der Ausrüstung und die Entwicklung neuer Ausbildungskonzepte genutzt.

Das ganze Team freut sich schon auf einen Neustart, wenn ein aktives Ausbilden in den Schulen und Kitas wieder möglich ist.

Unterstützung Feuerwehrverband

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützt der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung von Höhepunkten. Leider mussten im Jahr 2020 alle Veranstaltungen pandemiebedingt abgesagt werden.

Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz

Unter den im Jahr 2020 herrschenden Pandemiebedingungen konnten in allen Sachgebieten Betriebskontrollen nur unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen und dementsprechend in reduzierter Zahl durchgeführt werden. Gleichzeitig haben alle Beschäftigten der Sachgebiete und die Amtsleiterin als Krisenstabsleiterin das Gesundheitsamt in herausragender Art und Weise unterstützt und dennoch alle Pflichtaufgaben des Amtes – wenn auch reduziert und nach Prioritäten abgewogen – wahrgenommen.

Sachgebiet Veterinärwesen

Tierseuchen

Besondere Aufgaben aus der Tierseuchenbekämpfung:

Afrikanische Schweinepest (ASP):

Zur Vorsorge vor dem Eintrag von ASP in die Nutztierbestände des Landkreises wurden 2020 alle großen Schweinehaltungen, die Schweinefreilandhaltungen und ein Teil der Auslaufhaltungen auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Darüber hinaus wurden vorbereitende Maßnahmen ergriffen.

Zur Beantwortung aller Fragen rund um die ASP wurden zahlreiche Pressemitteilungen und ein ständig aktueller Internetauftritt zusammen mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Die Amtsleiterin informierte die Koordinierungsgruppe des Katastrophenschutzstabes, die Landwirte, die Jäger*innen und die Bürgermeister*innen/den Amtsdirektor über den jeweils aktuellen Sachstand.

Zur Vorbereitung auf den ASP-Ernstfall wurden im Landkreis 9 Kadaversammelstellen für Schwarzwild errichtet und in Betrieb genommen.

Umsetzung des Programmes zur Überwachung und Früherkennung der ASP bei Haus-schweinen:

Das im April 2020 im Land Brandenburg eingeführte Programm dient der verstärkten Überwachung der Hygieneanforderungen an schweinehaltende Betriebe und der möglichst frühzeitigen Erkennung der ASP in den Haltungen.

Während der halbjährlich stattfindenden Vor-Ort-Kontrollen werden dafür stichprobenartig klinische Untersuchungen der Tiere durchgeführt und die Vorgaben nach der Schweinehaltungshygieneverordnung überprüft. Des Weiteren werden wöchentlich Blutuntersuchungen auf ASP bei verendeten Tieren veranlasst.

Insgesamt nehmen 17 Betriebe im Landkreis am freiwilligen Überwachungsprogramm teil, welches bei erfolgreicher Teilnahme auch die Genehmigung der Verbringung von Schweinen aus Restriktionszonen vereinfacht.

West-Nil-Fieber (WNF):

Im Herbst 2020 gab es zwei nachgewiesene Ausbrüche von West-Nil-Virus Infektionen bei Pferden im Landkreis Teltow-Fläming. In beiden Fällen konnte nach umfangreichen Untersuchungen der Pferde in den betroffenen Betrieben eine angewiesene Sperre aufgehoben werden. Einen weiteren Virus-Nachweis gab es bei einem in Gefangenschaft gehaltenen Greifvogel im Landkreis Teltow-Fläming.

Geflügelpest:

Aufgrund vermehrter Nachweise von hochpathogenem Aviären Influenza-Virus bei Wildvögeln und auch in einigen geflügelhaltenden Betrieben in Deutschland musste eine Aufstallung für Geflügel in Risikogebieten des Landkreises Teltow-Fläming ab Mitte Dezember angeordnet werden.

Planmäßige Kontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte:

110 Kontrollen wurden in Nutztierhaltungen in Hinblick auf Tierseuchen und die Beseitigung tierischer Nebenprodukte durchgeführt. Aufgrund von Verstößen nach diesen Kontrollen wurden vier Bußgeldverfahren eingeleitet.

Tierschutz**Tabelle 26: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen**

Vorgang	Anzahl
Bearbeitete Tierschutzanzeigen, gesamt	256
- Hunde/Katzen/Heimtiere/Sonstige	174
- Nutztierhaltungen	82
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	33
Verfügungen	36
- davon mit Widerspruchsverfahren	4
Tierhalteverbote, neu ausgesprochen	10
Fortgenommene, beschlagnahmte, ausgesetzte Tiere, gesamt:	281
- Katzen	39
- Hunde	25
- Pferde	0
- Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine	0
- Sonstige (Geflügel, Kaninchen, Exoten)	217
Kontrollen Nutztierhaltung	161

Im Jahr 2020 wurden Bußgelder in Höhe von 9471,50 Euro verhängt, wobei einige Verfahren noch bei der Staatsanwaltschaft bzw. dem Amtsgericht anhängig sind.

Besondere Tierschutzfälle

Auch 2020 wurde wieder ein Fall von Animal Hoarding (krankhaftes Sammeln von Tieren) entdeckt. Mehr als 30 Katzen wurden aus tierschutzwidriger Haltung fortgenommen.

Auch das Problem des illegalen Imports von Tieren trat mehrfach auf. So wurden Welpen aus Belarus mit Hilfe des Zolls auf der Autobahn beschlagnahmt. Außerdem wurde ein Hund über eine „Tierschutzorganisation“ illegal aus Rumänien eingeführt. Die Strafverfolgung insbesondere bei ausländischen Tatverdächtigen ist dabei häufig nicht von Erfolg gekrönt.

Drei laufende Verfahren zu erteilten Tierhalteverböten aus dem Jahr 2016 sind weiterhin beim VG Potsdam anhängig und noch nicht entschieden.

Insgesamt hat der Aufwand für die Bearbeitung einzelner Tierschutzfälle auch wegen versuchter Verschleierung tierschutzwidriger Tatbestände und Verschleppungstaktiken einiger Tierhalter*innen zugenommen.

Erstmals wurde vom Veterinäramt ein Durchsuchungsbeschluss beim Amtsgericht beantragt und bewilligt. Im Zuge dessen wurde eine grob tierschutzwidrige Nutztierhaltung mit über 130 Tieren entdeckt und aufgelöst. Die Tierhalter hatten bereits ein Tierhalteverbot. Dort gab es 2020 insgesamt zwei größeren Aktionen im Bereich der Tierfortnahme.

Insgesamt mussten für amtlich fortgenommene oder verwahrte Tiere Kosten in Höhe von 30.480,55 Euro durch den Landkreis aufgebracht werden.

In mehreren Fällen waren Sicherungsmaßnahmen der Polizei notwendig.

Erneut musste festgestellt werden, dass Tierhaltungen von Personen mit psychischen Problemen bzw. Einschränkungen zunehmen. Ergaben sich im Rahmen von Tierschutzkontrollen Hinweise auf Alkoholabhängigkeit, Demenz und manifeste psychische Erkrankungen der Tierhalter*innen, erschwerte dies eine effiziente Durchführung der Kontrollen erheblich.

Schwerpunkt Schweinebetriebe

Schweinehaltungen stehen auch 2020 zunehmend kritisch im Fokus der Öffentlichkeit. Die Unternehmen haben mit dem Fachkräftemangel und den wirtschaftlichen Problemen (niedrige Schweinepreise, hohe Umbaukosten und ASP) zu kämpfen. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber den Betrieben, die umbauen möchten, aufgrund fehlender Gesetzesänderung noch immer keine Planungssicherheit gibt.

2020 beendete ein weiterer großer Ferkelerzeuger/Mäster seine Produktion. Bei weiteren Betrieben ist die Zukunft ungewiss.

In vielen Schweinebetrieben traten bei Tierschutzkontrollen vermehrt tierschutzrelevante Mängel auf, die in einigen Fällen aufwändige Verfügungen und diverse Nachkontrollen verlangten. Bei zwei Betrieben wurden Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Aufgrund von Mängeln bei einem EU-Audit zum Thema „Kupieren der Schwänze bei Schweinen“ wurde Deutschland aufgefordert, einen Aktionsplan zum schrittweisen Kupierverzicht bei Ferkeln einzuführen. Seit Juli 2019 muss jeder Betrieb, der kupierte Schweine hält, dem Veterinäramt nachweisen, dass der Eingriff gegenwärtig noch aus Tierschutzgründen unerlässlich ist. Dies bedeutete, dass sich die eigentlichen Tierschutzkontrollen durch den erhöhten Aufwand bei der Vor- und Nachbereitung deutlich zeitintensiver gestalteten.

Da dieser Nachweis der Unerlässlichkeit nur ein Jahr Gültigkeit besitzt, mussten alle Betriebe, die kupierte Schweine halten, im Jahr 2020 erneut die Unerlässlichkeit nachweisen und dabei Optimierungsmaßnahmen angeben. Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Weg zum Kupierverzicht für die Schweinehalter sehr aufwändig und teilweise mit großen Investitionen verbunden ist, die vermutlich in Zukunft nicht von jedem Betrieb gestemmt werden können.

Da die betäubungslose Kastration ab 2021 untersagt ist, musste sich 2020 jeder Ferkelproduzent überlegen, wie oder ob er ab 2021 die männlichen Ferkel kastriert. Zur Auswahl standen mehrere Möglichkeiten. Trotz großen Widerstands der Tierärzteschaft wurde viel Energie und Geld seitens der Bundes- und Landesregierung in die Betäubung mittels Isofluran bei Ferkeln investiert. So musste jeder Betrieb, der sich für die „Isoflurannarkose“ entschieden hat, ein Betäubungsgerät anschaffen sowie an entsprechenden Sachkundelehrgängen und Prüfungen teilnehmen. Die betäubungslose Ferkelkastration ist somit ein weiterer aufwändiger Bereich, der 2021 durch die amtlichen Tierärzt*innen kontrolliert werden muss. Sie vertreten nach wie vor die Auffassung der Bundestierärztekammer, dass die Isoflurannarkose sowohl gegen Tierschutz- als auch Tierarzneimittelvorschriften verstößt und die Arbeitsschutzbestimmungen für die Anwender*innen im Stall nicht einhaltbar sind.

Tierarzneimittelüberwachung

Von 42 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis Teltow-Fläming wurden 6 im Jahr 2020 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Betrieben, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand bei 31 Beständen statt. Es gab 2 Kontrollen von Einzelhandelsbetrieben mit freiverkäuflichen Arzneimitteln. Im Antibiotika-Monitoring befinden sich im Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2020 41 Betriebsarten.

Futtermittelüberwachung

Im abgelaufenen Jahr 2020 wurden insgesamt 212 Futtermittelkontrollen (inklusive CC-Kontrollen) durchgeführt (Plan: 153). Hierbei festgestellten Verstößen gegen das Futtermittelrecht wurde überwiegend mit Belehrungen sowie Verwarnungen begegnet. Weiterhin wurden 30 Futtermittelproben gezogen, die auf insgesamt 697 verschiedenste Untersuchungsparameter analysiert wurden. Hierbei gab es keinerlei Beanstandungen.

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Risikoorientierte Betriebskontrollen

Im Landkreis waren 2020 2.014 Betriebe für die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika registriert.

Wie eingangs dargestellt, konnten 2020 aufgrund der herrschenden Pandemie-Bedingungen Betriebskontrollen nur unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen und dementsprechend in reduzierter Zahl durchgeführt werden. Immerhin wurden 2020 im Vergleich zum Vorjahr 62 Prozent der Kontrollen realisiert (1613 im Vergleich zu 2595 Kontrollen). Die Zahl der kontrollierten Betriebe lag sogar bei 78 Prozent des Vorjahreswertes (944 gegenüber 1203 kontrollierten Betrieben).

Unter den durchgeführten 1.613 Betriebskontrollen waren 1.253 Plankontrollen, 15 Ein- und Ausfuhrkontrollen und 336 außerplanmäßige Kontrollen. Unter den außerplanmäßigen Kontrollen waren 78 Nachkontrollen, 32 Beschwerdekontrollen und 72 Rückrufkontrollen.

Die Beanstandungsquote lag 2020 mit 8,7 Prozent etwa im gleichen Bereich wie 2019 (8,9 Prozent)

Tabelle 27: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2019 und 2020

Betriebsart	gemeldete Betriebe		kontrollierte Betriebe		Zahl der Kontrollen		beanstandete Betriebe	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Erzeuger (Urproduktion) ³	386	384	31	35	40	43	0 (0,0%)	1 (2,9%)
Hersteller und Abpacker ⁴	62	65	42	40	167	128	3 (7,1%)	2 (5,0%)
Vertriebsunternehmen u. ä. ⁵	78	76	34	28	113	80	1 (2,9%)	1 (3,6%)
Einzelhandel ⁶	472	458	317	258	722	512	32 (10,1%)	26 (10,1%)
Dienstleistungsbetriebe ⁷	907	882	714	490	1401	721	61 (8,5%)	50 (10,2%)
Herstellung im Einzelhandel ⁸	116	149	65	93	152	129	10 (15,4%)	2 (2,2%)
<i>gesamt</i>	<i>2021</i>	<i>2014</i>	<i>1203</i>	<i>944</i>	<i>2595</i>	<i>1613</i>	<i>107 (8,9%)</i>	<i>82 (8,7%)</i>

Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden 170 Schnellwarnmeldungen und dazu nochmal 169 Nachmeldungen zu den Originalschnellwarnungen bearbeitet sowie 57 Verbraucherbeschwerden und 11 Meldungen zu Erkrankungshäufungen.

Da 2020 auch zahlreiche lebensmittelherstellende und -verkaufende Betriebe und Einrichtungen pandemiebedingt schließen mussten, war die Sicherstellung des Verbraucherschutzes für die Bürger*innen zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Probenahme

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 530 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, davon 517 Planproben und 13 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfallsproben. Bis Januar 2021 wurden davon 496 Proben im Landeslabor Berlin Brandenburg abschließend befundet. Die folgende Auswertung bezieht sich ausschließlich auf die Proben, für die die entsprechenden Ergebnisse bis Januar vorlagen.

Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei 12,6 Prozent der Proben. Unter 67 Beanstandungen gab es nur zwei Mal die Beanstandung „gesundheitsschädlich“ und fünf Mal die Bewertung „nicht zum Verzehr geeignet“. Die restlichen 60 Beanstandungen betrafen Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften. Es gab keine Überschreitungen von Höchstgehalten für Pflanzenschutzmittel.

Bei einigen Warengruppen waren deutlich überdurchschnittliche Beanstandungsquoten zu verzeichnen.

³ z. B. Tierhalter*innen, Imker*innen, Erzeuger*innen von Getreide

⁴ z. B. Schlachtbetriebe, zugelassene Metzgereien, Hersteller von Kosmetika

⁵ z. B. Lebensmittellager, Großhändler

⁶ z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte

⁷ z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen

⁸ z. B. kleine Bäckereien und Metzger, Eisdiele mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche Direktvermarktung

Tabelle 28: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2019

Warengruppe	Probenzahl	Beanstandet (Stück)	Beanstandet (Prozent)
Nährstoffkonzentrate und Nahrungsergänzungsmittel	10	8	80,0
Säuglings- und Kleinkindernahrung	6	4	66,7
Kosmetische Mittel	10	6	60,0
Milchprodukte	11	3	27,3
Fleischerzeugnisse	24	6	25,0
Fleisch	19	4	21,1

Bei folgenden Warengruppen gab es trotz relativ hoher Probenzahl keine Beanstandungen:

Milch (11 Proben), Butter, Eier, Eiprodukte (7 Proben), Fischerzeugnisse (9 Proben), Suppen, Saucen (7 Proben), Getreide, Teigwaren (12 Proben), Frischobst (18 Proben), Fruchtsäfte (11 Proben), Honig, Brotaufstriche (8 Proben), Tee (5 Proben).

Export/Import

Exportkontrollen wurden durchgeführt für: 5 Sendungen Geflügelfleisch (gesamt ca. 100 Tonnen), 6 Sendungen Milchpulver (gesamt ca. 144 Tonnen), 3 Sendungen Brot/Brötchen (ca. 4 Tonnen), 7 Sendungen Kaffeeprodukte (ca. 4,5 Tonnen).

Außerdem wurden Exportzertifikate für 22 Sendungen Feinkostprodukte (gesamt ca. 42 Tonnen) erstellt.

Im Rahmen der Einfuhrkontrollen wurden eine Sendung Pistazien (1200 kg) und eine Sendung Haselnüsse (261 kg) kontrolliert. Diese Produkte sind häufig mit Schimmelpilzgiften (Mycotoxinen, insbesondere Aflatoxinen) belastet. Mycotoxine sind nicht am Geruch oder Geschmack erkennbar, sie überstehen die üblichen Verarbeitungsmethoden für Lebensmittel und sind als krebserregend eingestuft. Daher müssen derartige Erzeugnisse bereits im Ursprungsland auf Mycotoxine untersucht werden. Stichprobenweise sind bei der Einfuhr zusätzliche Proben zu ziehen und im Labor zu untersuchen. Bei der Probe, die von den Pistazien entnommen wurde, wurden die vorgeschriebenen Höchstgehalte deutlich überschritten. Die Sendung wurde zurückgewiesen.

Außer den für bestimmte pflanzliche Lebensmittel gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhruntersuchungen gibt es sogenannte Risikoprofile. Das Amt erreichte eine Kontrollmitteilung des Zollamts zur Einfuhr von zwei Sendungen Oregano aus der Türkei (Oreganoblätter und -knospen, 46 und 32 kg) wegen des Risikos der Verunreinigung mit Pyrrolizidinalkaloiden (PA). Dabei handelt es sich um Stoffe mit erbgutveränderndem und krebserzeugendem Potenzial. Sie werden von Pflanzen gebildet, die die Ernte der eigentlich angebauten Gewürze und Kräuter verunreinigen. Die Ware wurde unter Verwahrung gestellt und amtlich beprobt. Es wurden zwar PA nachgewiesen, die Werte jedoch als **noch** unbedenklich und die Ware als prinzipiell einfuhrfähig eingestuft. Im Nebenbefund wurden allerdings bei den Oreganoblättern erhebliche Mengen zerkleinerter Olivenblätter nachgewiesen, so dass die Bezeichnung Oregano irreführend war. Die Ware wurde nicht eingeführt, sondern in das Herkunftsland zurückgeschickt.

Durch Lebensmittel bedingte Erkrankungen

Nach schwerer Listeriose-Erkrankung einer Frau – sie hatte Mitte Oktober Ziegenfrischkäse verzehrt – meldete sich im November ihr Ehemann. Nach Erkrankungsbeginn gab es bundesweite öffentliche Rückrufe dieses Käses wegen Vorkommens von Listerien im Produkt. Der Rest des angebrochenen Käses aus dem Haushalt wurde ins Landeslabor zur Untersuchung geschickt. Es wurde ein sehr hoher Gehalt von *Listeria monocytogenes* festgestellt. Im Bundesinstitut für Risikobewertung (Nationales Referenzlabor) wurden anschließend 6 *Listeria*-Isolate aus dem Käse mit den Human-Isolaten der Erkrankten verglichen und eine hohe Übereinstimmung der Isolate festgestellt.

Die Untersuchungsbefunde wurden zur weiteren Verfolgung und Ahndung an die für den Herstellungsbetrieb des Ziegenkäses zuständige Lebensmittelüberwachungsbehörde weitergegeben.

Anträge nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG)

Im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung gingen 2020 insgesamt 83 Anträge nach dem VIG ein. Es wurde die Übermittlung der Ergebnisse der letzten lebensmittelrechtlichen Kontrollen diverser gastronomischen Einrichtungen oder anderer Lebensmittelunternehmen beantragt. Allein 70 Anträge stammten von derselben Person.

Bei 25 Anträgen waren Einrichtungen benannt, die bereits geschlossen oder nicht als Lebensmittelunternehmen registriert waren. 26 Einrichtungen stellten den Antrag auf Mitteilung des Namens der Person, die den Antrag gestellt hat. Bis Ende des Jahres wurden 71 Anträge abschließend beschieden.

Zeitweilig geschlossene Betriebe

Bei Hygienekontrollen in zwei Imbisseinrichtungen und einer Gaststätte wurden jeweils erhebliche Mängel der Betriebshygiene festgestellt. Die Herstellung und der Verkauf von Speisen wurden mit sofortiger Anordnung untersagt und die Einrichtungen vorübergehend geschlossen, mit der Auflage, unverzüglich eine intensive Grundreinigung vorzunehmen. Es erfolgten gebührenpflichtige Nachkontrollen. Die Auflagen wurden von Seiten der Einrichtungen erfüllt, somit stand einem Weiterbetrieb nichts mehr entgegen.

Fleischhygiene

Auch unter Pandemie-Bedingungen wurden im Jahr 2020 Schlachtungen grundsätzlich unverändert durchgeführt. Demgemäß musste auch die amtliche Schlacht tier- und Fleischuntersuchung bei jedem einzelnen Tier von den amtlichen Tierärzt*innen durchgeführt werden. Im Landkreis Teltow-Fläming sind zwar überwiegend kleinere oder sehr kleine Schlachtbetriebe ansässig, jedoch auch zwei etwas größere Betriebe für die Schlachtung von Schafen. Es gab keinen Fall einer Covid-19-Infektion unter den amtlichen Tierärzt*innen für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung, und auch beim Schlachthofpersonal sind keine Erkrankungsfälle bekannt geworden.

Untersuchungszahlen

Im Jahr 2020 sind die Schlachtzahlen im Vergleich zu 2019 erneut zurückgegangen. Insbesondere für die Schlachtung von Schweinen war der niedrigste Wert seit 2013 zu verzeichnen. Auch für die Hausschlachtungen war die Zahl der geschlachteten und untersuchten Tiere sehr niedrig.

Tabelle 29: Untersuchungen Fleischhygiene

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
gewerbliche Schlachtungen gesamt, darunter	79.836	75.530	77.621	74.484	69.348	65.714	78.671	68.707
- Schafe	68.372	62.697	65.759	63.425	60.598	57.077	69.424	61.507
- Schweine	8.460	8.468	7.587	6.834	7.218	7.407	7.955	6.008
- Rinder	2.780	3.968	3.994	3.915	1.249	970	975	917
Wild aus Wildbearbeitungs- betrieben	2.295	1.882	2.095	1.818	2.037	1.383	1.772	1.385
Trichinenuntersuchungen (von Jäger*innen entnomme- nen Proben)	2.419	2.397	2.419	2.247	3.025	2.662	3.934	4.418
Hausschlachtungen	280	185	166	170	130	162	198	135

Trichinenuntersuchung

Die Gesamtzahl der Trichinenproben der von Jäger*innen erlegten Wildschweine lag 2020 mit 4.418 deutlich höher als in den Vorjahren.

Tabelle 30: Untersuchte Trichinenproben 2017 bis 2020 von Wildschweinen

Monat	Zahl untersuchter Trichinen- proben gesamt				Zahl untersuchter Proben aus zugelassenen Betrieben				von Jägern entnommene Proben			
Jahr	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Januar	418	359	297	491	137	118	85	119	281	241	212	372
Februar	151	254	189	315	48	54	25	55	103	200	164	260
März	243	266	203	465	53	63	42	73	190	203	161	392
April	252	344	275	442	59	55	46	73	193	289	229	369
Mai	372	429	274	570	139	108	69	58	233	321	205	512
Juni	305	268	261	406	107	59	66	60	198	209	195	346
Juli	257	211	337	304	72	53	54	31	185	158	283	273
August	299	207	323	219	81	71	105	46	218	136	218	173
September	339	211	636	408	92	35	129	40	247	176	507	368
Oktober	459	239	787	520	117	51	182	85	342	188	605	435

Monat	Zahl untersuchter Trichinenproben gesamt				Zahl untersuchter Proben aus zugelassenen Betrieben				von Jägern entnommene Proben			
Jahr	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
November	666	405	745	565	239	123	160	87	427	282	585	478
Dezember	514	324	667	505	106	65	97	65	408	259	570	440
gesamt	4.275	3.517	4.994	5.210	1.250	855	1.060	792	3.025	2.662	3.934	4.418

Im Januar ergab die Untersuchung eines Sammelansatzes von 14 Wildschweinproben den Nachweis einer einzigen Trichinenlarve. Im Sammelansatz werden je Wildschwein 5 Gramm Probenmaterial untersucht. Bei der Nachuntersuchung von je 50 Gramm Probenmaterial von jedem der 14 Wildschweine stellten sich zwei Tiere als positiv heraus. Bei einem Tier konnten 2 Larven, bei dem anderen 13 Larven in 50 Gramm nachgewiesen werden. Beide Tiere stammten aus der gleichen Rotte aus dem Bereich Jühnsdorf. Die Ergebnisse wurden, auch bezüglich der Befallsrate, durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (Nationales Referenzlabor für Trichinella) bestätigt. Die nachgewiesenen Trichinenlarven waren der Art *Trichinella spiralis* zuzuordnen. Das Fleisch dieser Wildschweine wurde umgehend entsorgt.

Im Rahmen der Qualitätssicherung im Trichinenlabor hat das Labor im Amt erneut und erstmals auch die beiden externen Untersuchungsstellen an dem durch das Bundesinstitut für Risikobewertung organisierten Ringversuch teilgenommen. Das Labor im Amt und eine der beiden externen Untersuchungsstellen haben den Test auf Anhieb bestanden. Bei der anderen externen Untersuchungsstelle war eine zweite Überprüfung erforderlich.

Seit Mai 2018 ermöglicht der Landkreis auf Antrag die gebührenfreie Untersuchung von Trichinenproben von erlegten Wildschweinen. Grund dafür ist das besondere öffentliche Interesse an der Verringerung der Wildschweinbestände. Damit soll die Gefahr der Verschleppung der Afrikanischen Schweinepest in unsere Region vermindert werden. Von der Möglichkeit der gebührenfreien Untersuchung wurde zunehmend Gebrauch gemacht.

Tabelle 31: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass

Zeitraum	2. Halbjahr 2018	2019	2020
von Jägern entnommene Proben	1.199	3.934	4.418
Anträge auf Gebührenerlass	869	3.170	4.050
Anteil Anträge an Proben in Prozent	72,5	80,6	91,7

Direktvermarktung von Wild durch Jäger*innen

Im Jahr 2020 wurden schwerpunktmäßig die hygienischen Voraussetzungen der von Jäger*innen durchgeführten Direktvermarktung von Wildfleisch und Wildfleischprodukten kontrolliert. Dazu wurden im Vorfeld 99 Jäger*innen kontaktiert, die im Laufe der vergangenen Jahre ihre Zerwerkstätte als Lebensmittelunternehmen gemeldet hatten. Telefonische Vorgespräche ergaben, dass 44 der gemeldeten Jäger*innen kein Wild mehr vermarkten. Weitere 10 Personen waren überhaupt nicht mehr jagdlich aktiv.

Von 34 Zerwerkstätten, in denen insgesamt 54 Jäger*innen im Rahmen der Direktvermarktung tätig sind, konnten 33 aufgesucht werden.

Die kontrollierten Zerwerkstätten entsprachen überwiegend grundsätzlich den hygienisch-baulichen Anforderungen des Lebensmittelrechts. Die Wildkammern waren auf Temperaturen von 2 bis 5 Grad Celsius eingestellt und in den meisten Fällen mit einem zusätzlichen Thermometer ausgestattet. An das zentrale Trinkwassernetz waren 30 Zerwerkstätten angeschlossen. Drei Betriebe nutzten Trinkwasser aus dem eigenen Brunnen, davon lagen bei zwei Betrieben entsprechende Trinkwasseruntersuchungen vor.

Alle kontrollierten Jagdausübungsberechtigten gaben an, eine gute Hygienepaxis auszuüben. Das bedeutet, dass nach der Jagd die Bekleidung zum Zerwirken gewechselt, die Hände gewaschen und Hygienekleidung (Fleischerschürze, Einmalhandschuhe) angelegt werden. Die vorhandenen Arbeitsgeräte (Messer, Sägen, Beile) waren sehr sauber und wurden nur für die Wildzerlegung genutzt. Für die hygienische Reinigung der Geräte waren entweder Heißwasserboiler oder Wasserkocher vorhanden. Zum Zerwirken standen in jedem Fall Edelstahltische zur Verfügung. Nur zwei Jäger*innen führten die Grobzerlegung im Freien durch. In allen Einrichtungen wurden geeignete Reinigungs- und Desinfektionsmittel verwendet.

Verbesserungspotenzial war bezüglich der Dokumentation, Rückverfolgbarkeit, Reinigungs- und Desinfektionsplänen, der professionellen Schädlingsdetektion sowie in Detailregelungen, wie zum Beispiel Insektenschutzgitter vor den Fenstern oder Splitterschutz vor den Beleuchtungseinrichtungen zu verzeichnen.

Töten im Herkunftsbetrieb

Seit 2010 gibt es die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag der Tierhalter*innen die Tötung einzelner Rinder im Haltungsbetrieb zu genehmigen, wenn diese ganzjährig im Freiland gehalten werden. Im Jahr 2020 genehmigte das Amt 26 Anträge. Diese betrafen insgesamt 34 Tiere.

Tabelle 32: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb

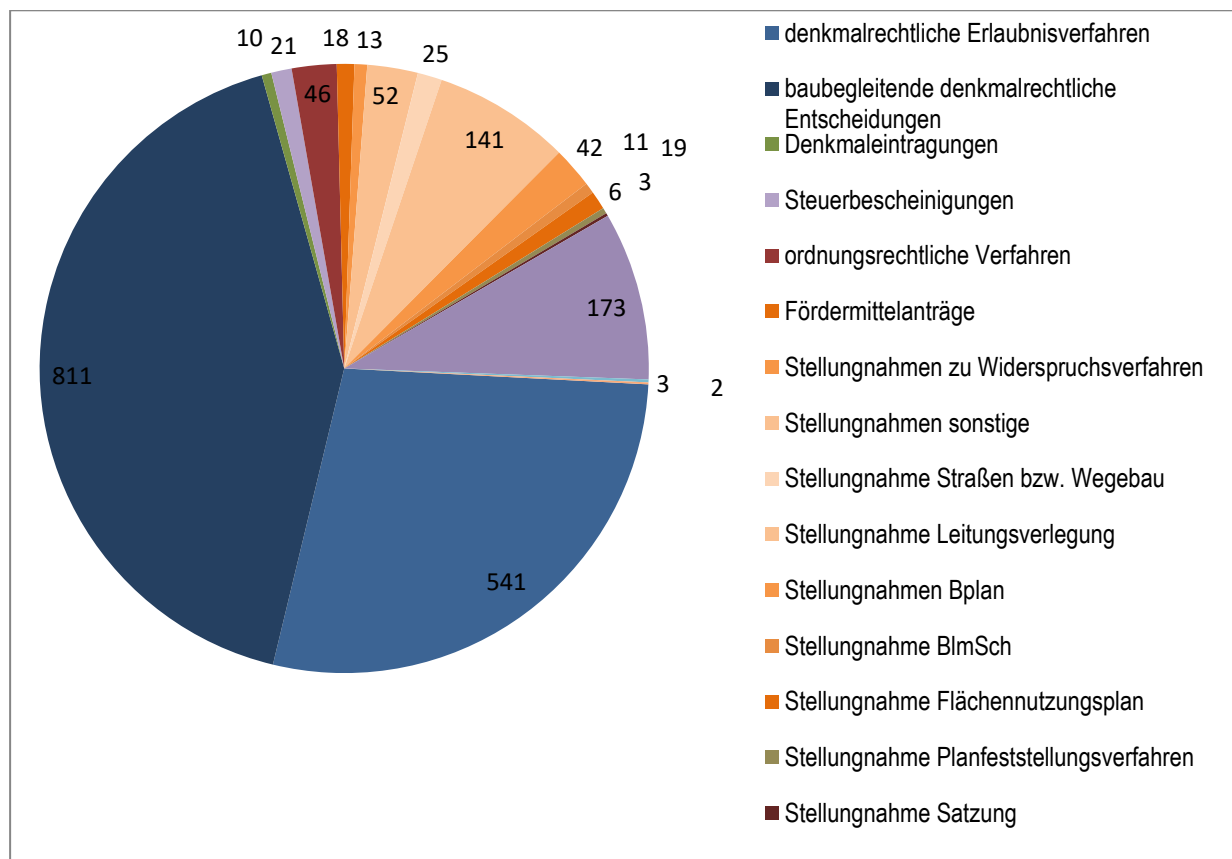
Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
erteilte Genehmigungen	3	6	17	24	15	31	27	26
Anzahl Tiere	3	7	21	24	18	44	44	34

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Ziel des Denkmalschutzes ist die Erhaltung historischer Zeugnisse und ihre Verankerung im Bewusstsein der Bevölkerung. Die Hauptaufgaben der Denkmalschutzbehörde sind die Überwachung des Denkmalbestands, die Prüfung und Entscheidung über Anträge auf denkmalrechtliche Erlaubnis und ordnungsbehördliches Eingreifen, wenn Denkmale drohen, Schaden zu nehmen. Weitere Aufgaben sind die Prüfung eingereicherter Rechnungen auf steuerliche Abzugsfähigkeit und das Ausstellen der entsprechenden Bescheinigungen. Die Denkmalschutzbehörde prüft und votiert Anträge auf Förderung, führt in besonderen Fällen eigenständig archäologische Grabungen und Untersuchungen durch und betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Die folgende Grafik zeigt die Aufgaben der Unteren Denkmalschutzbehörde und ihre jeweilige Arbeitsmenge. Auffallend ist dabei, dass die baubegleitenden Entscheidungen den größten Anteil haben. Mit der Erteilung der Baugenehmigung und der darin konzentrierten denkmalrechtlichen Erlaubnis ist diese Aufgabe nicht abgeschlossen. Vielmehr beginnt dann der wesentliche Teil der Arbeit: die Baubegleitung vor Ort mit zahlreichen Entscheidungen bis ins kleinste Detail. In einer Baugenehmigung sind nämlich viele Detailfragen oft nicht geregelt, wie z. B. die Material- oder Farbwahl von Wandflächen, Fenstern, Türen, Treppen, Fußböden, Dacheindeckungen oder die Gestaltung von Außenanlagen.

Abbildung 9: Grafik: Verfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität



Im Jahr 2020 sind die Fallzahlen trotz der Pandemie gestiegen, und der Bau- und Immobilienboom setzte sich im Landkreis weiter fort. Die Nachfrage nach denkmalgeschützten Immobilien hält weiter an.

Weiterhin besteht der Verdichtungsdruck in den berlinnahen Gemeinden, der sich z. B. auf die Umgebung von Denkmälern oder direkt auf die Denkmäler (Planung Gutshof Dahlewitz, Bucker-Werke Rangsdorf, Großbeeren Schule) beziehen.

Denkmalliste

Auch 2020 wurden außerordentlich wenige neue Objekte vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen. Der Personalschwund in der Fachbehörde macht sich hier seit Jahren deutlich bemerkbar. Da historische Zeugnisse auch dann geschützt sind, wenn sie nicht in die Liste eingetragen sind, entscheidet die kreisliche Denkmalschutzbehörde, ob ein nicht verzeichnetes Objekt in Verfahren denkmalrechtlich berücksichtigt werden muss.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den Tabellen auf der folgenden Seite:

Tabelle 33: Eintragungen in die Denkmalliste 2020 Stand 17.12.2020

	Gemeinde, Stadt oder Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Zossen	Adlershorststr. 48 / Klaus- dorfer Str. 11 Wünsdorf	Gehöft, bestehend aus Wohn- haus, Torhaus, Einfriedung, linkem und rechtem Wirtschaftsgebäude sowie Scheune	20.01..2020
2	Luckenwalde	Käthe-Kollwitz-Straße 17 / Ecke Puschkinstraße	Wohn- und Geschäftshaus	08.04.2020
4	Baruth/Mark	Dornswalde, Dornswalder Straße 12	Gehöft, bestehend aus Wohn- haus, linkem Wirtschaftsgebäude sowie rechtem Stallgebäude	20.07.2020
5	Nuthe-Urstrom- tal	Zülichendorf, Gottsdorfer Weg 3 -	Gehöft, bestehend aus Wohn- haus, Scheune und Stallgebäude	15.07.2020
6	Zossen	Dabendorf Triftstr. 1/ Glienicker Str.	Volksschule	05.11.2020

Tabelle 34: Erweiterungen von Listenpositionen

	Gemeinde, Stadt oder Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
	Blankenfelde- Mahlow	Dahlewitz, Dahlewitzer Dorf- straße	Gutsanlage, bestehend aus Her- renhaus, Brennerei, Stallgebäude mit Milchkammer, Lok- und Wa- genschuppen, Wasserturm, Spei- cher, Schmiede, Waschhaus, Re- mise sowie Parkanlage	19.05.2020
1	Luckenwalde	Gottower Str. 57, 58 und 59	Wohnanlage des Luckenwalder Bauvereins bestehend aus drei Mietwohnhäusern und zwei Ne- bengebäuden	29.10.2020

Insgesamt sind von den etwa 1.900 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2019 circa 93 Prozent über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer*innen oder öffentlich bekanntgegeben worden.

Denkmalsanierungen

Erfreulicherweise wurden in Luckenwalde die beiden denkmalgeschützten Siedlungen „Am Anger“ und „Auf dem Sande“ in Luckenwalde als Sanierungsgebiete festgesetzt. Es kam zu zahlreichen kleineren Vorhaben in den denkmalgeschützten Siedlungen.

Im Jahr 2020 vorbereitete Vorhaben (Auswahl)

- Luckenwalde, Alte Post
- Luckenwalde, ehemalige Fabrik Poststraße 25,
- Luckenwalde, Friedrich-Gymnasium
- Luckenwalde, F.-Ebert-Schule
- Luckenwalde, ehem. Kino „Alhambra“ Markt 16
- Luckenwalde, Parkstraße 7, 8, 9
- Ludwigsfelde, Gutshaus Siethen
- Dahlewitz, Gutsanlage, Bebauungsplanverfahren, Umbau und Sanierung sowie Ergänzung
- Glau, Friedensstadt Weißenberg, architektonischer Ideenwettbewerb für den Glauer Hof, Sanierung und Ergänzung (Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit und ohne Behinderung)
- Trebbin, Kutscherhaus, Gruft und Scheune in Märkisch Wilmersdorf
- Rangsdorf, ehemalige Bucker-Werke
- Glashütte, Formwerkstatt
- Zossen, Alter Krug
- Zossen, ehemaliges Lazarett
- Zossen, 3 Gebäude der ehemaligen Infanterieschießschule

Im Jahr 2020 begonnene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Jüterbog, Große Straße 88, Sicherung
- Jüterbog, Pferdestraße 28
- Luckenwalde, Amtsgericht (Sanierung Grundbuchamt, Anbau Aufzug ans Hauptgebäude)
- Luckenwalde, Notsicherung des Kalkpiségebäudes Elsthal
- Trebbin, Kirchplatz 1, 2 (Neubauvorhaben im Denkmalbereich)
- Im Jahr 2020 weitergeführte Denkmalsanierungen (Auswahl)
- Amt Dahme, Restaurierungsarbeiten Innenraum Kirche Lichterfelde
- Rehagen, Schule Instandsetzung
- Sperenberg, Zossener Allee, Sanierung Villa
- Liebsdorf Fachwerkwohnhaus
- Großbeeren, Landarbeiterwohnhaus
- Jüterbog, Nikolaikirche - Dach- und Fassadensanierung
- Kloster Zinna, Klosterkirche 7. BA
- Jüterbog, OT Markendorf, Sicherung Gutsanlage

- Jüterbog, Sicherungsarbeiten an den ehemaligen Schlossbuden
- Jüterbog, Sanierung und Ausbau der B 102
- Dalichow, Nummer 11
- Dorfkirche Jänickendorf, Hüllensanierung
- Ludwigsfelde, Heinrich-Heine-Siedlung, Teilsanierung zweier Blöcke
- Zossen, Schützenhaus Nächst Neuendorf, Saal

Im Jahr 2020 abgeschlossene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Amt Dahme, Dorfkirche Mehlsdorf (Hülle)
- Amt Dahme, Rathausturm der Stadt Dahme/Mark
- Jüterbog, Hug 6, Sicherungsarbeiten am Oberlaubenstall
- Jüterbog Schlossstraße, Sicherung an den ehemaligen Schlossbuden
- Seehausen, Kirche
- Luckenwalde, Poststraße 24 (Komplettsanierung)
- Luckenwalde, Poststraße 26, (Komplettsanierung)
- Luckenwalde, Friedrich-Ebert-Grundschule (Herstellen der Barrierefreiheit)
- Luckenwalde, Umgestaltung des „Ehrenhains“
- Luckenwalde, ehem. Gaswerksvilla Brandenburger Straße
- Blankenfelde, Sowjetischer Ehrenfriedhof

Bodendenkmalpflege

Im Jahr 2020 blieben auch die Fallzahlen der Bodendenkmalpflege auf einem sehr hohen Niveau. Meist fanden archäologische Untersuchungen bei der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen statt. Außergewöhnliche Funde wurden den Medien bekanntgegeben. Besondere Aufmerksamkeit fand eine ca. 7000 Jahre alte Geweihaxt, die aus der Geweihstange eines Rothirsches gefertigt wurde. Ein Luckenwalder Bürger machte diesen außergewöhnlichen Fund in einem Bachbett bei Woltersdorf. In Klausdorf wurden bei Bauarbeiten zum Wohngebiet „Ortsmitte“ zahlreiche Reste der ehemaligen Ziegelei Arndt gefunden.

In der Jüterboger Altstadt wurden die Ausgrabungen im Verlauf der B102 fortgesetzt. Dabei startete der Straßenausbau am Schlosspark, wo sich ehemals ein slawischer Burgwall und später ein kurfürstliches Schloss befanden. Bei Leitungsverlegungen wurden bisher zwei Burggräben entdeckt, von denen einer aus der Urgeschichte stammt. Damit ist eine befestigte urgeschichtliche Siedlung zweifelsfrei nachgewiesen.

Ordnungsverfahren

Die Denkmalschutzbehörde ist auch Sonderordnungsbehörde. Als solche hat sie bei Verstößen gegen das Denkmalschutzgesetz einzugreifen. Sie kontrolliert den ordnungsgemäßen Zustand denkmalgeschützter Objekte und ordnet gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz der Denkmale an. Sie führt, wenn erforderlich, auch Ersatzvornahmen durch, beispielsweise dann, wenn Verfügungsberechtigte von Denkmalen nicht ihrer Erhaltungspflicht nachkommen.

Im Jahr 2020 wurden 46 Ordnungsverfahren eingeleitet. In fünf Verfahren sind die Eigentümer*innen den Forderungen der Behörde nachgekommen und haben die Mängel beseitigt, in einem weiteren Fall wenigstens teilweise.

In vier Verfahren planen die Eigentümer*innen nicht nur zu sichern, sondern zu sanieren. Eine Sanierung wurde zudem fertiggestellt.

Drei Objekte wurden nach einer Ordnungsverfügung verkauft.

In zwei Fällen wurde ein Zwangsgeld gegen den Eigentümer angeordnet.

Zwei Fälle wurden an die Bußgeldstelle weitergegeben.

Zwei Ersatzvornahmen, die im Jahr zuvor begonnen hatten, wurden im Jahr 2020 fertiggestellt, die Sicherung der Fabrik Haag 12 und der Hutfabrik von Erich Mendelsohn in Luckenwalde. Das Parkwächterhaus in Baruth/Mark wurde ebenfalls per Ersatzvornahme vom Landkreis gesichert. Die Vorbereitung einer weiteren Sicherungsmaßnahme in Kloster Zinna wurde 2020 begonnen.

Förderung

Im Jahr 2020 wurden wieder einige Maßnahmen im Denkmalschutz sowohl aus der MBS-Gewinnausschüttung als auch aus dem entsprechenden Produktkonto des Kreishaushalts gefördert. Während aus den MBS-Mitteln nur gemeinnützige Träger gefördert werden, können private Denkmaleigentümer Mittel aus dem Kreishaushalt beantragen. Denkmalbedingte Mehrkosten werden somit abgedeckt.

Von den neun eingegangenen MBS-Anträgen auf eine Gesamtfördersumme von 150.500 Euro wurden sieben positiv beschieden. Die ausgereichte Summe betrug 138.500 Euro bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 2 Millionen Euro.

Aus den kreislichen Mitteln wurden von den zehn Förderanträgen sieben positiv beschieden. Bewilligt wurden insgesamt 49.610 Euro bei einem Investitionsvolumen von 140.984 Euro. Beantragt waren 76.281 Euro.

Zwei archäologische Dokumentationen wurden mit insgesamt 1.100 Euro unterstützt.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Zu den Aufgaben der Denkmalschutzbehörde gehört es unter anderem, die Öffentlichkeit über die Arbeitsinhalte und Arbeitsweise der Behörde zu informieren. Im Februar 2020 fand der 23. Archäologentag Teltow-Fläming im Kreishaus Luckenwalde statt. In acht Vorträgen wurden hervorragende Ausgrabungen und Funde des Vorjahres aus unserem Kreisgebiet vorgestellt. Insgesamt nahmen etwa 140 Personen an der Veranstaltung teil. Auch das Rahmenprogramm mit Fundschau und die Bücherstände wurden gut frequentiert.

Der Denkmalkalender und das „Denkmal des Monats“, ein regelmäßig von der Behörde an die Medien übermittelter Artikel über ein spezielles Denkmal in unserem Kreis, tragen weiterhin zum Kennenlernen der historischen Zeugnisse in unserem Landkreis bei. Zahlreiche Pressemeldungen informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei Baumaßnahmen.

Der Tag des offenen Denkmals, der jährlich am 2. Septembersonntag stattfindet, wird regelmäßig von der Denkmalschutzbehörde begleitet. Dieses Jahr fand er allerdings pandemiebedingt im Wesentlichen virtuell statt. Einige Denkmaleigentümer*innen haben jedoch ihr Denkmal unter entsprechenden Hygienemaßnahmen geöffnet.

Dementsprechend wurde auch die alle zwei Jahre stattfindende Verleihung der Denkmalpflegepreise des Landkreises Teltow-Fläming am 11. September im sehr kleinen Rahmen im Bauernmuseum Blankensee durchgeführt.

Im September fand eine Teileröffnung der innerstädtischen Durchfahrt der B102 von Jüterbog statt. In diesem Rahmen präsentierte die Untere Denkmalschutzbehörde einen Stand mit Fotos von Ausgrabungsfunden und -befunden. Etliche Personen informierten sich über die Ausgrabungsergebnisse der vergangenen Jahre.

Die Untere Denkmalschutzbehörde betreut ca. 25 ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger*innen. Das sind Menschen, die in ihrer Freizeit archäologische Fundplätze absammeln. Die dabei geborgenen Funde gelangen über die kreisliche Denkmalschutzbehörde an das Landesamt, wo sie wissenschaftlich untersucht werden.

Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger*innen sind überwiegend in Kummersdorf aktiv.

Projektgruppe Kummersdorf

Die kreisliche Denkmalschutzbehörde ist Gründungsmitglied der interdisziplinären Projektgruppe Kummersdorf. Diese trifft sich seit ihrer Gründung Ende 2008 weiterhin regelmäßig und setzt sich für die Erhaltung und Inwertsetzung des ehemaligen Heeresversuchsplatzes Kummersdorf ein. Dazu gehört die Initiierung verschiedener Projekte wie Ausstellungen und Veröffentlichungen, um die Bedeutung des Ortes ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

In der Projektgruppe wird seit ihrem Bestehen auch die Beantragung der Aufnahme des Denkmals in die UNESCO-Welterbeliste diskutiert. Aus dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur kam im Frühsommer der Hinweis, dass die Tentativliste der Bundesrepublik nun wieder geöffnet ist und neue Anträge gestellt werden können. Dieser Aufgabe wandte sich die Projektgruppe im Berichtsjahr zu und prüft derzeit noch die genaue Ermittlung und Abgrenzung des außerordentlichen universellen Werts des Denkmals. Der Antrag muss bis zum August 2021 an das zuständige Ministerium eingereicht werden.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Die Bauaufsicht blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2020 zurück. Trotz Pandemie konnte in den ersten zehn Monaten des Jahres in der Summe bei gebührenpflichtigen Amtshandlungen die gleiche Erledigungsquote wie 2019 erzielt werden. Die letzten beiden Monate des Jahres waren geprägt von der Umstellung auf die neue Version des Bauprogramms, mit dem die Behörde arbeitet. Dadurch ging die Anzahl an erledigten Verfahren erwartungsgemäß deutlich zurück. Der Versionswechsel wurde genutzt, die in den Genehmigungsbescheiden verwendeten Textbausteine zu überarbeiten und sie in einer weniger bürokratischen, modernen Verwaltungssprache zu fassen.

Für die Sachbearbeitung in beiden Sachgebieten, der Technischen und der Rechtlichen Bauaufsicht, wurden neue Beschäftigte gewonnen. Außerdem ist es gelungen, die Leitung der dritten Prüfgruppe intern und die Sachgebietsleitung Technische Bauaufsicht durch externe Ausschreibung qualifiziert neu zu besetzen.

Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Antragsaufkommen

Tabelle 35 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Bauanträge (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Genehmigungsverfahren) der vergangenen vier Jahre.

Tabelle 35: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge

Jahr	2017	2018	2019	2020
Antragsaufkommen	1.859	1.667	1.542	1.687

Tabelle 36 auf der folgenden Seite zeigt die Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsneubau in den Gemeinden des Landkreises. Dabei wird zwischen dem nördlichen Kreisgebiet (engerer Verflechtungsraum), der circa ein Drittel der Fläche des Landkreises bedeckt, und dem zwei Drittel der Kreisgebietsfläche beanspruchenden Süden (äußerer Entwicklungsraum) unterschieden.

Die Schere im Wohnungsneubau ging dabei im vergangenen Jahr noch einmal deutlich auseinander. Etwa 84 Prozent entfielen auf den Norden und ca. 16 Prozent auf den Süden des Kreises. Insbesondere Ludwigsfelde und Zossen legten zu.

Tabelle 36: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern)

Stadt/Gemeinde/Amt	2017	2018	2019	2020
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	171	150	159	109
Großbeeren	35	30	20	29
Rangsdorf	47	64	76	55
Trebbin	45	43	54	39
Zossen	108	135	119	162
Ludwigsfelde	160	160	65	220
Summe	566	582	493	614
Südkreis				
Baruth/Mark	9	20	24	13
Dahme/Mark	4	5	7	5
Am Mellensee	70	63	40	38
Niedergörsdorf	4	5	10	10
Nuthe-Urstromtal	19	15	21	13
Jüterbog	15	28	24	12
Luckenwalde	30	29	42	28
Summe	151	165	168	119
Summe gesamt	717	747	661	733

Bautätigkeit in den Gemeinden

Tabelle 37 macht für die vergangenen vier Jahre die in den Gemeinden unterschiedliche Entwicklung der Bautätigkeit in Bezug auf alle baugenehmigungspflichtigen Vorhaben deutlich.

Tabelle 37:- Entwicklung der Bautätigkeit 2016 bis 2020 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)

Stadt/Gemeinde/Amt	2017	2018	2019	2020
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	354	322	296	252
Großbeeren	84	71	57	65
Rangsdorf	126	126	139	130
Trebbin	114	123	126	113
Zossen	266	272	246	309
Ludwigsfelde	317	283	178	336
Summe	1.258	1.195	1042	1205
Südkreis				
Baruth/Mark	52	52	59	68
Dahme/Mark	62	49	47	51
Am Mellensee	146	108	77	91
Niedergörsdorf	26	21	41	30
Nuthe-Urstromtal	81	42	66	65
Jüterbog	75	73	76	54
Luckenwalde	159	127	134	115
Summe	601	472	500	474
Summe gesamt	1.859	1.667	1542	1679

Auch hier waren die Steigerungen in Ludwigsfelde und Zossen markant.

Die Genehmigungstätigkeit im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 1 (Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde) war 2020 wieder durch Einfamilienhausbau geprägt. Hervorzuheben sind 110 erteilte Genehmigungen im Rousseau-Park und 21 im Wohnpark an der Neckarstraße in Ludwigsfelde, die jeweils Ein- und Zweifamilienhäuser zum Gegenstand hatten. Gewerbliche Vorhaben beschränkten sich hier meist auf die Erweiterung und Neuorganisation bereits vorhandener Betriebe. Bei den öffentlichen Bauvorhaben stach die Genehmigung für den Neubau einer Zweifeld-Sporthalle für das Oberstufenzentrum Ludwigsfelde mit 1.600 Quadratmetern Bruttogeschossfläche, 12.350 Kubikmetern Bruttorauminhalt und einer Bausumme von 3,45 Millionen Euro heraus. Für die Otfried-Preußler-Schule in Großbeeren wurde eine Erweiterung in Modulbauweise genehmigt. Im letztgenannten Fall wurde drei Wochen nach Antragseingang die Teilbaugenehmigung für die Erd- und Gründungsarbeiten und nach weiteren sieben Wochen die Baugenehmigung erteilt.

Im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 2 (Amt Dahme/Mark, Jüterbog, Luckenwalde, Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Trebbin) widmete sich die Bautätigkeit im Berichtsjahr Wohnbauvorhaben und mittleren und kleineren gewerblichen Vorhaben, aber auch Bauvorhaben für die Jüngsten und die Alten. Genehmigt wurde ein neues Hortgebäude am Ludwig-Jahn-Schulzentrum in Luckenwalde mit Umbau der Mensa, eine neue Kindertagesstätte für 76 Kinder in Trebbin, Ortsteil Glau, und der Umbau einer Büroeinheit in eine Kindertagesstätte für 25 Kinder in Luckenwalde. Genehmigt wurden beispielsweise auch ein Senioren- und Nachbarschaftsheim in Luckenwalde und in Trebbin eine Tagespflegeeinrichtungen mit Wohnungen. Der Umbau des denkmalgeschützten Rathauses in Luckenwalde mit einer Bausumme von mehr als drei Millionen Euro steht in den Startlöchern. Im Industriegebiet „Bernhardsmüh“ der Stadt Baruth/Mark wurde neben diversen Genehmigungen für Umbauten bzw. Änderungen die Baugenehmigung für ein neues Bürogebäude aus Holz mit einem Bruttorauminhalt von 7.680 Kubikmetern und dazugehörigen Nebengebäuden erteilt. Auch ein Lagerplatz mit einer flächenmäßigen Ausdehnung von insgesamt 84.853 Quadratmetern Fläche wurde genehmigt.

Im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 3 (Am Mellensee, Baruth/Mark, Rangsdorf, Zossen) bildete das ca. 10,5 Hektar große Areal der ehemaligen Infanterieschule mit seinen denkmalgeschützten Gebäuden in Wünsdorf-Waldstadt einen Schwerpunkt der Arbeit der Baugenehmigungsbehörde. So konnte für das Gesamtareal die erste Baugenehmigung für die Nutzungsänderung des Mannschaftsgebäudes 1 in Wohnnutzung genehmigt werden. Des Weiteren befindet sich das Mannschaftsgebäude 3 in der abschließenden Genehmigungsphase. Folgeanträge für die Umnutzung diverser Bestandsgebäude sind bereits angekündigt. In den Mannschaftsgebäuden 1 und 3 mit einer im Bauantrag angegebenen Bausumme von 7,8 Millionen Euro entstehen insgesamt 72 Wohnungen. Das Areal soll künftig als Wohnstandort in der Waldstadt genutzt werden.

Gebühreneinnahmen aus Bauantragsverfahren

Durch die Genehmigungstätigkeit der Behörde konnten im Haushalt 2020 bisher insgesamt 3.811.452,77 Euro an Gebühreneinnahmen verbucht werden. Da der Haushalt 2020 noch nicht abgeschlossen ist, stellt dies aber noch kein abschließendes Ergebnis dar.

Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht

Gegenstand der Tätigkeit des Sachgebiets Rechtliche Bauaufsicht ist die Durchführung bauordnungsrechtlicher Verfahren, insbesondere wegen illegaler Bautätigkeit und Nutzungsänderungen baulicher Anlagen, die Durchsetzung der Beseitigung nicht genehmigungsfähiger Baulichkeiten und der Sicherung baulicher Anlagen, von denen Gefahren ausgehen, sowie Schornsteinfegersachen. Hinzu kommt die Bearbeitung sämtlicher Widersprüche gegen Entscheidungen der Unteren Bauaufsichtsbehörde und der Unteren Denkmalschutzbehörde ebenso wie die Durchführung von Bußgeldverfahren wegen baurechtlicher, baunebenrechtlicher und denkmalschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten. Des Weiteren sind Gegenstand der Tätigkeit Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, wenn die Gemeinden ihr gemeindliches Einvernehmen rechtswidrig versagt haben, die Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht in schwierigen Fällen sowie die Führung des Baulastenverzeichnisses.

Ordnungsverfügungen

Im Jahr 2020 wurden 387 bauordnungsrechtliche Verfahren neu eingeleitet (2019: 413). Zum größten Teil handelte es sich wie in den vergangenen Jahren um Verfahren wegen Bauens bzw. Nutzungsänderung ohne Baugenehmigung. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 313 Verfahren abgeschlossen werden (2019: 220). Es wurden etwa 340 Anhörungen geschrieben (2019: 200) und unter anderem 23 Baueinstellungsverfügungen, 13 Nutzungsverbote, 13 Beseitigungsanordnungen sowie elf sonstige Ordnungsverfügungen, z. B. zum Zweck der Sicherung baulicher Anlagen, erlassen. In 15 Fällen mussten Zwangsmittel (Zwangsgeld) zur Durchsetzung der bauaufsichtlichen Anordnungen festgesetzt werden. In einem Fall war zur Herstellung rechtmäßiger Zustände die Anordnung der Ersatzvornahme erforderlich.

Im Durchschnitt hat jede*r der sechs Beschäftigten etwa 228 laufende Verfahren nach 2021 mitgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen erneuten Anstieg von etwa acht Verfahren pro Person. Insgesamt waren hier am Ende des Berichtszeitraumes 1.370 Verwaltungsverfahren in Bearbeitung.

Widerspruchsbearbeitung und Ersetzungsverfahren

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung waren im Berichtszeitraum 169 Eingänge zu verzeichnen (2019: 140). Abgeschlossen wurden 102 Verfahren, wobei in elf Fällen den Widersprüchen stattgegeben bzw. teilweise stattgegeben wurde. 48 Widersprüche wurden zurückgewiesen und 40 Verfahren endeten durch Widerspruchsrücknahme bzw. haben sich auf andere Weise erledigt. Die meisten Widersprüche im Jahr 2020 richteten sich gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen, (negative) Vorbescheide, bauaufsichtliche Ordnungsverfügungen sowie gegen Gebührenentscheidungen. Im Berichtsjahr waren aber auch 35 sogenannte Drittwidersprüche zu verzeichnen. In der Regel handelt es sich bei diesen Widerspruchsführer*innen um Nachbar*innen, die sich durch ein zugelassenes Vorhaben in ihren Rechten verletzt sehen. Deutlich zugenommen haben im Jahr 2020 auch Widersprüche gegen Entscheidungen der Unteren Denkmalschutzbehörde. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der eingegangenen Widersprüche nochmals um etwa 20 Prozent gestiegen.

2020 hatte die Widerspruchsstelle darüber hinaus in neun Fällen die Versagung gemeindlicher Einvernehmen zu überprüfen. Abgeschlossen werden konnten mit Überhängen aus dem Jahr 2019 elf Verfahren. In keinem Fall wurde das Einvernehmen durch die Gemeinde rechtmäßig versagt. Das Einvernehmen war daher durch die Untere Bauaufsichtsbehörde zu ersetzen bzw. wurde in einem Fall nach Anhörung durch die Gemeinde nachträglich erteilt.

Ordnungswidrigkeiten, Baulastenverzeichnis, Akteneinsichten

Im Jahr 2020 wurden 206 baurechtliche Vorgänge auf zu ahndende Ordnungswidrigkeiten hin geprüft. Es wurden 14 bauaufsichtliche Bußgeldverfahren neu eingeleitet. Die Verfahren, die im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten, führten zu vereinnahmten Bußgeldern von etwa 25.500 Euro. 94 Bußgeldverfahren waren am Ende des Berichtszeitraums noch nicht abschließend entschieden.

Schließlich wurden in der Rechtlichen Bauaufsicht 172 Baulastenanträge, 1.400 Baulastenauskünfte und 175 Anträge auf Akteneinsicht bearbeitet. Für diese Amtshandlungen wurden Gebühren von etwa 111.000 Euro eingenommen.

Umweltamt

Bereich Amtsleitung

Im Bereich Amtsleitung werden Widersprüche und Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz bearbeitet. Der Amtsleitung ist auch die Klimaschutzkoordinierungsstelle zugeordnet.

Bestehende Verzögerungen in der Widerspruchsbearbeitung konnten nicht abgebaut werden. Aufgabenumverteilungen in Folge einer für 2021 anstehenden Stellenneubesetzung sollen künftig Entlastung schaffen.

Zwei Azubis wurden im Rahmen ihrer Ausbildung bzw. eine Studentin und ein Student während ihres ÖVBB-Studiums im Umweltamt betreut.

Tabelle 38: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt

Aufgaben	2018 Anzahl	2019 Anzahl	2020 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	22	21	20
Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz	12	13	14

Die Schwerpunkte der Arbeit der Klimakoordinierungsstelle sind als gesonderter Klimaschutzbericht nach dem Bericht der Unteren Umweltbehörden beigelegt.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit der Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde, UWB)

Die Tätigkeit der Unteren Wasserbehörde lag nahezu ausschließlich in der Gewährleistung reibungsloser Abläufe der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren sowie der ausgedehnten Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten und den Beteiligungsverfahren (Kernaufgaben, siehe Tabelle).

Die Klärschlamm Entsorgung aller Abwasseraufgabenträger gestaltet sich nach den Unregelmäßigkeiten 2019 wieder normal. Die Lager sind geräumt.

Auf Antrag des Wasserver- und Abwasserentsorgungs-Zweckverbandes Region Ludwigsfelde (WARL) wurde das Verfahren zur Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes Schönhagen begonnen.

Tabelle 39: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2018-2020

Aufgabenfeld UWB	2018	2019	2020
Genehmigungsbehörde	926	1.061	1.125
Sonderordnungsbehörde	1.737	2.210	1.754
Widerspruchsbehörde	0	0	0
Stellungnahmen TÖB	1.190	1.168	1.085
Fachübergreifende Aufgaben	5.322	240	148

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde, UBB)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Bisher wurden insgesamt bereits über 40 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Umwelt entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls kontinuierlich fortgeführt. Bisher konnten insgesamt aus der Bodenluft circa 7 Tonnen CKW und aus dem Grundwasser über 10 Tonnen CKW entfernt werden.

Gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung wird ein Grundwasserschaden mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) an der Deponie Schöneiche weiter erkundet. Zu klären ist, ob weitere Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich sind oder nicht.

Tabelle 40: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2018-2020

Aufgabenfeld UBB	2018	2019	2020
Genehmigungsbehörde	47	49	70
Sonderordnungsbehörde	290	68	105
Widerspruchsbehörde	1	0	1
Stellungnahmen TÖB	93	355	306
Fachübergreifende Aufgaben	124	436	674

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde, UAB)

2020 kam es zu einem deutlichen Anstieg illegaler Ablagerungen von gefährlichen Bauabfällen. Die Gründe sind deutlich gestiegene Entsorgungspreise und vermutlich Corona. Es wurde daher dazu übergegangen, noch stärker und gründlicher zu kontrollieren – zumindest bekannte Abrissvorhaben. Die Zusammenarbeit mit den Ordnungsämtern der Gemeinden wurde vertieft („Müllgipfel“) und die Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband verstärkt.

Weitere Schwerpunkte bilden die ständige Kontrolle der aktiven Rekultivierungsbaustellen von sogenannten „Bürgermeisterdeponien“. Besonderes Augenmerk galt auch 2020 der Baustelle Malterhausen. Klärungsbedürftig waren immer noch die Baustellenlogistik und der Bauablauf. Der Strafprozess gegen den Hauptbeschuldigten des Müllskandals 2007 wurde durch das Gericht gegen eine Geldauflage nun eingestellt.

Tabelle 41: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2018-2020

Aufgabenfeld UAB	2018	2019	2020
Genehmigungsbehörde	67	31	23
Sonderordnungsbehörde	152	462	807
Widerspruchsbehörde	1	0	0
Stellungnahmen TÖB	292	25	68
Fachübergreifende Aufgaben	347	3	100

Die Umweltstreife hat folgende illegal abgelagerte Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Tabelle 42: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2018-2020

Abfallart	2018	2019	2020
hausmüllähnliche Abfälle in kg	38.760	49.400	43.380
Kühlgeräte in Stück	28	21	19
Reifen in Stück	320	295	445
Batterien in Stück	0	0	0
Elektronische Geräte in Stück	26	25	50
Sonderabfälle in kg	420	1850	5680

Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie die dazu gehörenden Verwaltungsverfahren.

Die Begleitung von Vorhaben der BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) im Rahmen des internationalen Flächen- und **Maßnahmepools** im Flughafenumfeld wurden weitere Einzelprojekte im Bereich der Tauentzienkaserne in Blankenfelde fortgeführt. Nahezu alle Maßnahmen aus dem Projekt „Komplexe Kompensationsmaßnahmen Zülowniederung“ auf den Flächen des Landkreises sind umgesetzt und abgenommen. Abgeschlossen wurden ebenfalls mehrere vorgezogene Maßnahmen aus Flächenpools der Flächenagentur Brandenburg. Zur fachlichen Vorprüfung von vorgezogenen Flächen- und Maßnahmepools wurden der UNB ca. 500 Hektar Fläche zur Bewertung von zwei größeren Flächeneigentümern übergeben. Diese dauert derzeit noch an. Ein größerer Maßnahmepool einer Agrargenossenschaft konnte hingegen bestätigt werden.

Zu den ausstehenden **Managementplanungen** für die FFH-Gebiete insbesondere im Naturpark „Dahme-Heideseen“ und im Naturpark Niederlausitzer Landrücken“ sowie für zwei weitere FFH-Gebiete im Landkreis erfolgten zahlreiche Ortsbesichtigungen und Fachabstimmungen mit Vertretern der UNB. Die Umsetzung von Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen aus den Managementplänen hat unter Federführung des Landesumweltamtes oder des Naturschutzfonds Brandenburg begonnen. Im FFH-Gebiet DE 3943-303 „Heide Malterhausen“ wurden die Pflegemaßnahmen (Entbuschung, Mahd und teilweise Entmunitionierung) zum Erhalt des Lebensraumtyps (Trockene Europäische Heiden) auf einer ca. 40 Hektar großen Fläche nach intensiven Abstimmungen mit der zuständigen Forstbehörde und der UNB abgenommen.

Der Konfliktmanagementbedarf beim **Biber** ist nach wie vor hoch. Die Art erschloss sich neue Reviere in der Dahme, am Blankensee, dem Siethener See, dem Amtgraben bei Thyrow und dem Großbeerener Graben zwischen Löwenbruch und Wietstock. Seit April 2020 ist eine neue Biberverordnung in Kraft, die für einzelne Konfliktfälle neue Abstimmungen bzw. andere rechtliche Verfahrensweisen mit den betroffenen Akteur*innen vor Ort notwendig machen. Entsprechende Abstimmungsprozesse laufen derzeit für den Bauerngraben und den Seegraben bei Dobbrikow.

Die UNB unterstützte im Frühjahr 2020 den Austausch einer maroden **Storchennistunterlage** in Ruhlsdorf. Ferner wurde am 12. Dezember 2020 eine Horstsicherungsmaßnahme zum Schutz der Anwohner*innen und des Storchensaues auf dem Kirchendach in Hennickendorf durchgeführt.

Trotz Inkrafttreten der Brandenburger Wolfsverordnung im Januar 2018, wonach die maßgebliche Zuständigkeit für den **Wolf** beim Landesumweltamt gebündelt wurde, war die UNB immer wieder in Vorkommnisse involviert. So wurden Meldungen von Wolfstotfunden und Nutztierissen an die UNB gemeldet, die dann an die zuständige Stelle nach Prüfung weiterzugeben waren. Es erfolgten Medienanfragen oder die UNB wurde auf Grund der Berichterstattung in Medien oder aus anderen Gründen von Bürger*innen kontaktiert und betrieb sachliche Öffentlichkeitsarbeit. Im Landkreis gab es bis zum 30. November 2020 23 gemeldete Fälle von Übergriffen auf Nutztiere, die dem Wolf zugeordnet werden konnten bzw. bei denen der Wolf als Verursacher nicht auszuschließen war. Davon waren insgesamt 81 Schafe, 2 Rinder und 2 Ziegen betroffen. Im Wolfsjahr 2019/2020 wurden im Landkreis 5 Wolfsrudelterritorien erfasst (Luckenwalde, Dobbrikow, Fresdorfer Heide, Sperenberg-Wünsdorf und Baruth) und 2 Territorien mit unklarem Status (Jüterbog und Dahmetal). Insgesamt 6 Wölfe im Landkreis wurden Opfer des Straßenverkehrs.

Der **Wildpark Johannismühle** hat die Untere Naturschutzbehörde weiterhin stark beschäftigt. Nachdem 2019 Klage gegen den Genehmigungsbescheid der UNB eingereicht worden war, wurden im Jahr 2020 in mehreren Abstimmungsrunden und ausführlichen Schriftsätzen Vergleichsverhandlungen geführt. Sie erforderten eine ämterübergreifende Koordination unter Federführung des Rechtsamtes und unter Beteiligung von Veterinäramt, Unterer Bauaufsicht und Unterer Naturschutzbehörde bzw. des Verwaltungsbereiches des Umweltamtes. Die Verhandlungen konnten bisher nicht mit einem für beide Seiten tragbaren Vergleich abgeschlossen werden.

Auf Grund des Klimawandels, der ständig steigenden Trockenheit und der damit verbundenen erhöhten Waldbrandgefahr wurde auch im vergangenen Jahr intensiv an der Erarbeitung und Umsetzung von **Waldbrandschutzkonzepten** auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen im Landkreis gearbeitet. Es wurden spezielle Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen für drei Waldbrandschutzkonzepte geplant. Diese erforderten intensive Abstimmungen zwischen den Eigentümer*innen, dem Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz, den Forstbehörden, den Städten und Gemeinden, den anerkannten Naturschutzverbänden und der Unteren Naturschutzbehörde. Alle 3 Truppenübungsplätze sind zum größten Teil Naturschutz- und FFH-Gebiete, daher sind die Einzelmaßnahmen mit den naturschutzrechtlichen Vorschriften in Einklang zu bringen. Das Waldbrandschutzkonzept für Jüterbog West wurde bereits genehmigt. Hier wurden bereits 4 Hauptbrandschutzwege neu angelegt, 4 Löschwasserbrunnen gebohrt, ein neuer Waldbrandschutzstreifen um Neuheim angelegt und eine intensive Wundstreifenpflege durchgeführt. Für die Plätze Jüterbog Ost und Kummersdorf-Sperenberg liegen derzeit Entwürfe der Konzepte vor, die bislang schon intensive Diskussionsrunden erforderten. Die Untere Naturschutzbehörde organisierte mehrere gemeinsame Vor-Ort-Termine, um die Entscheidung zu beschleunigen. Ziel ist es, die Konzepte im Jahr 2021 abzuschließen. Parallel dazu werden aber schon Einzelmaßnahmen auch außerhalb von den Truppenübungsplätzen genehmigt und umgesetzt.

In der UNB wird die Vorgangsverwaltungssoftware **Pro UMWELT** eingeführt. Im November wurde diese auf die Rechner der UNB- Mitarbeiter*innen installiert. Am 8. und 9. Dezember fand eine Anwenderschulung statt. In der Zwischenzeit wurde die Oberfläche durch die Verfahrensbetreuung soweit angepasst, dass ab dem 4. Januar 2021 für alle Beschäftigten der Unteren Naturschutzbehörde der Start der Testphase möglich ist.

462 **Naturdenkmale (ND)** wurden durch die UNB im vergangenen Jahr einmal auf Vitalität, Verkehrssicherheit und Standfestigkeit kontrolliert. Auf Grund der dabei festgestellten Mängel wurde eine gutachterliche Begehung mit einem Fachbüro für ca. 35 Naturdenkmale für notwendig angesehen. Im Dezember wurde die Aktualisierung der Rechtsverordnung zu den Naturdenkmalen der Kategorie „B“ (Bäume, Baumgruppen, Baumreihen, Relikte natürlicher Wälder) vorbereitet. Die öffentliche Auslegung erfolgt im Januar 2021.

Der **Naturschutzbeirat** des Landkreises wurde im Jahr 2020, auf Grund der Corona-Pandemie nur elektronisch beteiligt, was die Entscheidungen erheblich erschwerte. Weiterhin wurde die Neuberufung des Naturschutzbeirates durch die Untere Naturschutzbehörde vorbereitet. Der Beschlussfassung des Kreisausschusses soll im März 2021 erfolgen.

Tabelle 43: Aufgaben UNB - Anzahl Fälle 2018-2020

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2018	Fälle 2019	Fälle 2020
Genehmigungsbehörde	2.726	2.436	1.476
Sonderordnungsbehörde	236	316	238
Widerspruchsbehörde	26	19	27
Stellungnahmen TÖB	195	364	227
Fachübergreifende Aufgaben	201	250	241

Klimaschutz-Koordinierungsstelle

„Klimaschutz im neuen Format“

Diese Kernaussage beschreibt die Ereignisse in 2020 im doppelten Hinsicht: So erfolgte die wegweisende Erweiterung der Inhalte der Klimaschutzaktivitäten des Landkreises durch einen Beschluss des Kreistags im Februar 2020. Zudem wurde die kontinuierliche Konzeption, Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen durch die erfolgreiche Etablierung neuer Veranstaltungsformate befördert.

Die Unterstützung durch den politischen Raum, beteiligte Fachämter, eingebundene Student*innen, global agierende externe Partner*innen und Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft führten auch 2020 zu zahlreichen Impulsen, die wichtige Beiträge zum Klimaschutz in Teltow-Fläming leisteten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie ab Mitte März brachten allerdings bezüglich der im Folgenden beschriebenen Maßnahmen zum Teil deutliche zeitliche Verzögerungen mit sich.

Der Start ins Jahr 2020

Der Neujahrsempfang, der noch vor der globalen Verbreitung des Corona-Virus im Kreishaushaus stattfand, stand unter dem Motto „Teltow-Fläming sagt JA zum Klimaschutz“. Anlässlich des Empfangs wurden Personen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik für ihr Engagement zur Begrenzung des Klimawandels mit dem Teltow-Fläming-Preis geehrt.

Der Empfang wurde um das neue zentrale Ausrichtungsformat „Klima-Lounge“ herum gestaltet. Die Lounge im entsprechend eingerichteten Kreistagssaal bot ein umfangreiches Informations- und Gesprächsangebot rund um das Thema Klimaschutz und Energiesparen. Die Lounge-Besucher*innen nutzen darüber hinaus die Gelegenheit, Vorschläge zu weiteren Klimaschutzmaßnahmen sowohl an unseren Landkreis, Vertreter*innen der kreisangehörigen Kommunen sowie an die anwesenden Partnerkommunen Berlin-Tempelhof, Gniezno (Polen) und den Klimapartner Katima Mulilo (Namibia) zu richten.

Kreistagsbeschluss für zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung des Klimawandels

Geprägt durch das dritte Hitzejahr in Folge mit Ernteaussfällen, bedeutenden Waldschäden usw. spiegelte sich das Thema Klimaschutz und Klimawandel im gesellschaftlichen und im politischen Raum wider, wenngleich gegenüber der Vorjahre stark gedämpft durch die Corona-Pandemie. Wegweisend für den Landkreis Teltow-Fläming und im Einklang mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen (z. B. Pariser Klima-Ziele) sowie den Zielen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Brandenburg fasste der Kreistag im Februar 2020 in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit den Beschluss für „Zusätzliche Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung“. Die Beschlussvorlage der Verwaltung wurde zuvor in einem mehrmonatigen Verfahren zur Herstellung größtmöglichen Einvernehmens in allen acht Ausschüssen des Kreises – zum Teil mehrmalig – diskutiert und mit Änderungsempfehlungen dem Kreistag zugeleitet.

Der Kreistagsbeschluss umfasst zusätzlich zu den Aktivitäten des bisherigen Energiespar- und Klimaschutzprogramms mehr als 15 weitere Maßnahmen wie der nachhaltigen Beschaffung, der sukzessiven Umstellung des Fuhrparks auf umweltfreundliche Fahrzeuge etc.

Zur Sicherstellung der Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen wird in Teltow-Fläming das „Netzwerk Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ gegründet. Das Aktionsbündnis wird als Multiplikator und Impulsgeber für weitere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte im Landkreis fungieren. Dem Netzwerk sollen laut Kreistagsbeschluss Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft angehören.

Darüber hinaus enthält der besagte Kreistagsbeschluss den Auftrag zur Erarbeitung einer umfassenden Nachhaltigkeitsrichtlinie mit den drei Säulen Ökonomie, Ökonomie und Soziales, angelehnt an den internationalen Berichtsstandard Global Reporting Index (GRI). Grundlage des Handelns sind die von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Nachhaltigkeitsziele (17 Sustainable Development Goals, kurz SDG).

Ausblick: Nach erfolgter Verabschiedung der Nachhaltigkeitsrichtlinie durch den Kreistag wird eine jährliche Berichterstattung im entsprechenden Format erfolgen

Nachhaltigkeitsrichtlinie

Die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsrichtlinie stellt – insbesondere in Corona-Zeiten – eine besondere Herausforderung an die Beschäftigten dar. Wie oben erwähnt, umfassen die Nachhaltigkeitsrichtlinie und mit ihr die 17 SDGs alle Bereiche des Verwaltungshandelns. Shut-Down-bedingt konnte mit der inhaltlichen Ausgestaltung des im März 2020 fertiggestellten Entwurfs einer Gliederung erst mit mehrmonatiger Verzögerung begonnen werden. 12 Student*innen, die in dualer Ausbildung beim Landkreis beschäftigt sind, unterstützten in ihrer pandemiebedingt außerplanmäßig vorlesungsfreien Zeit die Fachämter bei der Validierung des Entwurfs der Richtlinie. Im Herbst erfolgte die Beratung der Ergebnisse im Rahmen einer ebenfalls unter Pandemiebedingungen im Workshop-Format durchgeführten Sondersitzung der AG Klimaschutz. Weitere Entscheidungen zu Formblättern, Checklisten und Auswertungsformalisten, die zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses „Zusätzliche Aktivitäten des Landkreises Teltow-Fläming zur Begrenzung der Erderwärmung“ und der Dokumentation jeder Entscheidung notwendig sind, andererseits aber einen bedeutenden Mehraufwand in den Fachämtern bedeuten wird, befinden sich in der Endabstimmung.

Ertüchtigung der Beschäftigten zur nachhaltigen Beschaffung

Ein Webinar der Klimaschutzkoordinierungsstelle vermittelte im November 2020 umfangreiches Wissen an Beschäftigte von Kommunen. Es ging um faire und nachhaltige kommunale Beschaffung mit Informationen zu rechtssicheren Vergaben, der Berücksichtigung von Gütezeichen und Best-Practice-Lösungen aus anderen Kommunen. Die Online-Weiterbildung wurde von der Klimaschutzkoordinierungsstelle gemeinsam mit der Servicestelle der Kommune der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global angeboten. Das Seminar ertüchtigte die Beschäftigten zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 24. Februar 2020. Per Monitor waren 15 Teilnehmende an ihren Einzelarbeitsplätzen zugeschaltet. Hierzu zählten Beschäftigte aus dem Kreishaus, aus Verwaltungen Brandenburgs und dem gesamten Bundesgebiet sowie eine Vertreterin des kommunalen Spitzenverbands, des Deutschen Landkreistags.

Dieses Format war zumindest in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming vor der Corona-Pandemie noch nicht üblich. Insofern haben die pandemiebedingten Einschränkungen zu Neuerungen und Verbesserungen der Informationstechnik im Hause geführt und durch wegfallende Fahrten Kohlendioxid eingespart.

Energie-Effizienz und -erzeugung, Förderung der Elektromobilität, nachhaltige Beschaffung und Ressourcenschutz, Öffentlichkeitsarbeit

2020 wurden Energie-Effizienzberatungen der Klimaschutzkoordinierungsstelle in und für Unternehmen fortgesetzt. Noch vor Ausbruch der Pandemie stand eine Veranstaltung der Klimaschutzkoordinierungsstelle ganz im Zeichen der Elektromobilität

Gerade die Elektrifizierung der Fuhrparks von Unternehmen und Kommunen bietet anhand von planbaren Routen große Potenziale für den wirtschaftlichen Einsatz von Elektrofahrzeugen. Es bestehen allerdings oft Unsicherheiten zur Umsetzung der (Teil-) Elektrifizierung der Fuhrparks. Die daraus entstehenden Fragen wurden Anfang März in einem Workshop zur Flotten-Elektrifizierung im Kreishaus praktisch bearbeitet. Unter anderem gab es eine Übersicht über Fahrzeugmodelle und Anforderungsprofile, zu Ladeinfrastruktur und zur wirtschaftlichen Darstellbarkeit. Mehr als 20 Interessierte folgten der Einladung zur Veranstaltung, die von der Klimaschutzkoordinierungsstelle in Kooperation mit der Anlauf- und Koordinierungsstelle E-mobiles Brandenburg (AK Emo) der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) durchgeführt wurde. Fachbeiträge aus Innungsbetrieben bereicherten den Informationsaustausch.

Die Vernetzung von Kommunen, in denen Ladeinfrastruktur für Elektrofahräder bereits weiter fortgeschritten ist, mit Interessierten im Landkreis stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt dar. So wurden Kontakte mit dem Seeland Märkisch Oderland e. V. aufgenommen und diese mit dem Netzwerk Flaeming-Skate vernetzt.

Der Fuhrpark der Kreisverwaltung selbst wurde im Laufe des Berichtsjahres 2020 um zwei Elektrofahrzeuge (Pkw) nebst Ladeinfrastruktur erweitert. Zusätzlich erfolgte gegen Ende des Berichtsjahrs (u. a. im Auftrag der Klimaschutzkoordinierungsstelle) die Beschaffung von zwei Elektrofahrrädern, die die vorhandene Dienstfahrradflotte des Landkreises ergänzen.

Im Rahmen anstehender Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Gebäuden erfolgt die Prüfung und Durchführung energetischer Sanierungen und der kontinuierliche Austausch technischer Geräte gegen sparsamere Modelle (Beleuchtung, Heizungsanlagen, Kraftfahrzeuge, Computer, Monitore ...) Insofern wird auf die Berichterstattung der Fachämter verwiesen.

Die pandemiebedingt beschleunigte Ein- und Durchführung von Home-Office in Bereichen der Verwaltung, in denen aufgabenbedingt keine tägliche Präsenz erforderlich ist, setzt entsprechende Vorgaben von Kreistagsbeschlüssen (Energiespar- und Klimaschutzprogramm, zusätzliche Maßnahmen ...) um und führt zu einer deutlichen Reduzierung der klimaschädlichen Mobilität.

Der Stromertrag der auf dem Dach der vom Kreis betriebenen Rettungswache in Luckenwalde befindlichen PV-Dachanlage ist 2020 mit 36.640 kWh zu beziffern. Die erzeugte Strommenge entspricht einem Jahresbedarf von durchschnittlich 14 dreiköpfigen Durchschnittsfamilien (Mehrfamilienhaus) in Deutschland.

Die nachhaltige Bewirtschaftung des Kreiswaldes trägt zusätzlich zur Senkung der Kohlendioxidemission im Landkreis bei. Die vom Kreistag beschlossene Erstellung eines Waldinventars für den kreiseigenen Forst und die Ableitung geeigneter Maßnahmen für den Waldumbau zur Anpassung an den fortschreitenden Klimawandel befindet sich im Ausschreibungsverfahren.

Die Mitte 2019 begonnene Umstellung der Papier-Beschaffung des Landkreises auf 100-Prozent-Recycling-Papier wurde bereits im Frühjahr 2020 komplett umgesetzt. Auch kreiseigene Einrichtungen wie Schulen und das Oberstufenzentrum werden zu 100 Prozent mit Recycling-Papier versorgt. Gewürdigt wurde das Engagement des Landkreises in einem bundesweiten Wettbewerb durch die Aufnahme in Deutschlands „Papier-Atlas“, in dem alle Kommunen aufgeführt sind, die auf ökologische Papierbeschaffung umgestellt haben.

Wiederverwendung und Recycling stehen auch im Kreishaus weiterhin hoch im Kurs: So erfolgt die Rückgabe nicht mehr benötigter Aktenordner an zentraler Stelle. Die erneute Ausgabe anstatt einer Neubeschaffung, Ersatzminen für Kugelschreiber, das Recycling von Tonerkartuschen und ausgeschriebenen Textmarkern, die bevorzugte Verwendung von abbaubaren Produkten, die Sammlung und Rückgabe von Altbatterien, die Abfalltrennung im Kreishaus tragen – verbunden mit einer damit einhergehenden Öffentlichkeitsarbeit – zum Ressourcenschutz bei.

Schulprojekte, Praktika, duales Studium

Zu den bedeutenden und im Landkreis erfolgreich etablierten Maßnahmen der Klimaschutzkoordinierungsstelle zur Sensibilisierung der Zivilgesellschaft zählt das 2012 in Teltow-Fläming gestartete Programm „Energiesparmodelle in Schulen“. Es fand – unter Pandemiebedingungen – auch 2020 statt und wird gemäß dem kreiseigenen Energiespar- und Klimaschutzprogramm sowie weiterer Kreistagsbeschlüsse auch im kommenden Jahr fortgeführt. Das Projekt führt jährlich zur Einsparung von etwa 300 Tonnen Kohlendioxid, mehr als 10 Prozent Energie und einer Kostendämpfung in Höhe von circa 110.000 Euro gegenüber dem Vergleichsjahr 2010. Eine teilnehmende Schule erhielt 2020 die Auszeichnung „Faire Schule“. Das ursprüngliche Themenspektrum „Energiesparen“ wurde im Vorjahr auf die Bereiche Abfallvermeidung, Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit (Stichwort „Faire Schule“) erweitert. So trägt das Schulprojekt als erstes seiner Art in Ostdeutschland nicht mehr nur zur dauerhaften Reduzierung des Energiebedarfs in den kreiseigenen Schulen bei, sondern schafft ein erweitertes Bewusstsein auch im Bereich Konsum, Herkunft der Waren usw.

Die Einbindung von Student*innen in Klimaschutzprojekte des Landkreises in Form von Projektarbeiten wurde bereits im Abschnitt „Nachhaltigkeitsrichtlinie“ ausgeführt. Auf Grund des positiven Feedbacks der Beschäftigten wie auch der Student*innen, die sowohl themenbezogene Erfahrungen sammelten wie auch solche bezüglich Projektplanung, Koordination von Arbeitsabläufen (Nutzung einer Datei durch mehrere Personen ...) soll die Einbindung der dual Studierenden in Form von Projektarbeiten auch 2021 fortgeführt werden.

Praktika von Schüler*innen aus der Sekundarstufe konnten pandemiebedingt 2020 nicht durchgeführt werden. Ab 2021 ist von der Klimaschutzkoordinierungsstelle angedacht, Praktika in den in Schulen und Universitäten eingeführten Video-Formaten bzw. Hybrid-Formaten anzubieten.

Die hiermit verbundenen Vorteile liegen auf der Hand: Die in Corona-Zeiten so wichtige Kontaktreduzierung, die Möglichkeit der gleichzeitigen Betreuung von mehr als zwei Praktikant*innen, die Vermeidung klimaschädlicher Mobilität und die Werbung für die Verwaltung als moderner, zukunftsorientierter Arbeitgeber und ein Vorgeschmack auf die hybride Verwaltungsarbeitswelt der Zukunft.

Stadtradeln

Bereits zum dritten Mal in Folge nahm der Landkreis Teltow-Fläming im September 2020 am internationalen Wettbewerb „STADTRADELN“ teil. Pandemiebedingt wurde auf Stern- und Gruppenfahrten verzichtet.

Trotz der Corona-Pandemie meldeten sich in diesem Jahr für den 21-tägigen Wettbewerb mit 765 Teilnehmenden annähernd so viele Radler*innen an wie im Vorjahr an, diesmal aber in 70 bedeutend kleineren Teams. Unter ihnen waren diesmal auch fünfzehn Kommunalpolitiker*innen. Insgesamt wurden 133.581 Kilometer mit dem Fahrrad zurückgelegt. Das entspricht einer Strecke, die 3,3 Mal um den Äquator führt! Dabei wurden mehr als 20 Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Auf eine gemeinsame Ehrung der STADTRADELN-Gewinner*innen musste in diesem Jahr pandemiebedingt verzichtet werden. Die Preise und Pokale wurden versendet.

Weitergehende Sensibilisierung der Bevölkerung

Pandemiebedingt waren mehr als die oben genannten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen 2020 nicht möglich. Die Sensibilisierung und Unterstützung von Bürger*innen bezüglich der Themen Energiesparen, Klimaschutz sowie Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfolgte 2020 insofern über die Webseite www.teltow-flaeming.de/klimaschutz und im Rathaus durch Auslage von Energiesparflyern, die der Landkreis kostenlos in sieben Sprachen herausgibt. Diese sind wie viele weitere Informationen auch auf der Webseite des Landkreises abrufbar.

Klimapartnerschaft mit Katima Mulilo

Die Klimapartnerschaft mit der namibischen Kommune Katima-Mulilo wurde bis zum Beginn der Corona-Pandemie intensiv weiterentwickelt. Als eine von elf bundesdeutschen Kommunen nimmt Teltow-Fläming seit 2019 an dem internationalen Projekt „Kommunale Klimaschutzpartnerschaften“ teil, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu hundert Prozent gefördert wird.

Im Januar 2020 fanden in Verbindung mit dem Neujahrsempfang in Teltow-Fläming Steuerungsgruppen-, Arbeits- und Projektgruppentreffen, Besuche mehrerer Kommunen, der Außenstelle der Technischen Hochschule Wildau, des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbands u. a. mit der dreiköpfigen Delegation aus Namibia statt, die für eine Woche lang zu Gast in Teltow-Fläming war. Darüber hinaus nutzen die Partnerkommunen unseres Landkreises (Kreis Paderborn, Gniezno und Berlin Schöneberg-Tempelhof) wie auch zahlreiche Bürger*innen und Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft die Möglichkeit zum Informationsaustausch im Rahmen des Neujahrsempfangs.

Bereits vor Ausbruch der Pandemie war das monatliche Projekttreffen per Video-Konferenz bei den Projektbeteiligten etabliert. Auf Grund unterschiedlicher Shut-Down-Zeiten, zusätzlich übertragener Aufgaben während der Bewältigung der Pandemie auf die Beschäftigten in beiden Partnerkommunen und zeitweise IT-technischer Probleme bei den afrikanischen Partnern wurde die Projektarbeit deutlich beeinträchtigt.

Netzwerke, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, Aktionsbündnis Klimaschutz, Deutscher Landkreistag

Die Verstetigung und der Ausbau der Netzwerkarbeit im Kontext von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist Bestandteil der Kreistagsbeschlüsse zum Klimaschutz. Der regelmäßige intensive Austausch auf lokaler, Landes-, Bundes und internationaler Ebene führt zu wichtigen Synergieeffekten (Schulungen, ...) und zu mitunter bundesweiter Erwähnung der Projekte Teltow-Fläming in den Medien.

Die Gründung des Netzwerkes „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ verzögert sich pandemiebedingt, da aus infektionspräventiver Sicht auf die Ausrichtung von Präsenzveranstaltungen verzichtet wurde. Die Einladung zahlreicher Vertreter*innen aus den unterschiedlichsten Altersgruppen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Vereinen und Verbänden und Wissenschaft zu einer ersten Online-Veranstaltung ist – nicht zuletzt aus technischen Gründen – für das Frühjahr 2021 vorgesehen.

Der Landkreis Teltow-Fläming wirkt seit 2017 als eine von 20 ausgewählten Kommunen in dem vom Bund zu 100 Prozent finanzierten „Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz“ mit. Der Arbeitskreis, der als Bindeglied zwischen Kommunen und Bund dient, hat in 2020 Empfehlungen für Kommunen zur Kohlendioxid-Bilanzierung erarbeitet und herausgegeben, die auch für Teltow-Fläming von Bedeutung sind.

Das Aktionsbündnis Klimaschutz der Bundesregierung, dem der Landkreis seit 2015 beizugehört, diente auch in 2020 (während Corona-Zeiten im Online-Format) dem Erfahrungsaustausch zwischen Land, Bund, Kommunen, Wirtschaft, NGOs und Wissenschaft.

Die Aktivitäten der Vernetzung mit Katima Mulilo fanden im neu gegründeten Arbeitskreis „Kommunale Entwicklungspolitik“ des deutschen Landkreistages als Vorzeigebispiel Anerkennung. Die 2017 erstmals in Ostdeutschland in TF gestarteten und seither verstetigten „Energie-Effizienzberatung in und für Unternehmen“ wurden in der Publikation des Deutschen Landkreistages über „Klimaschutz und erneuerbare Energien in den Landkreisen“, Band 144, Klimaschutz in deutschen Landkreisen, S. 22, August 2020, hervorgehoben.

Ausblick

Die pandemiebedingt beschleunigte Digitalisierung wird es dem Landkreis 2021 ermöglichen, die Multiplikation des Wissens um Klimaschutz und Nachhaltigkeit, die Betreuung von Student*innen und Schülerpraktikant*innen, die Arbeit in der Verwaltung und in Netzwerken noch effizienter und ressourcenschonender zu gestalten. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels gilt auch in Teltow-Fläming weiterhin: Die klimafreundlichste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt werden muss.

Tabelle 44: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2019

Maßnahme	Beschreibung
Fördermittel	Fördermittelakquise für Schulprojekt und energetischer Sanierung (KlnVG), Teilnahme an zu 100 % geförderten Projekten des Bundes (Landkreis in Führung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, Sanierungen gemäß KlnVG, Energieeffizienz im Einzelhandel ...)
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz, E-Auto, Optimierung des Fuhrparks	Betrieb von einem der insgesamt 86 KFZ mit innovativer Hybridtechnik (Gas/Benzin)
Optimierung des Fuhrparks	Kontinuierlich, Austausch von 17 Dienst-Kraftfahrzeugen durch verbrauchsärmere Modelle
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden) energetische Gebäudesanierung/-optimierung, energetische Ressourcenschonung	Energiedaten werden durch die Schul-Hausmeister monatlich übermittelt und im Haus zentral zusammengefasst, bedarfsgerechte Nachsteuerung. Kreisstraßenmeisterei, Sanierung Dach inkl. Dämmung oberster Geschossdecke. Förderschule Ludwigsfelde, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung in einem Flur und 6 Klassenzimmer Förderschule Luckenwalde, Austausch der Außenbeleuchtung gegen LED Leuchten Gymnasium Rangsdorf, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung Volkshochschule Luckenwalde, Austausch der Beleuchtung gegen eine LED Beleuchtung mit tageslicht- und präsenzabhängiger Steuerung Erneuerung diverser Energieausweise Dämmung Verteilerarmaturen und Rohre in diversen Heizungsräumen Umbau diverser zentrale Warmwasserbereitungen zu dezentralen Warmwasserbereitungen mit Durchlauferhitzern aus Gründen der Trinkwasserhygiene
Nachhaltige Beschaffung	Beginn der Umstellung auf 100-%-Recycling-Papier (Umstellungsgrad: 40 %, Tendenz steigend). Verzicht auf Kunststoff-Einwegverpackungen in der Kantine und bei Veranstaltungen (ggf. Aufbrauchen alter Bestände). Beschaffung/Ersatz/Austausch von 296 der insgesamt 2310 PC/Laptops/Monitore durch aktuelle Modelle.

Maßnahme	Beschreibung
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	Auswertung der Energiesteckbriefe der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WfBB) für den Landkreis
Mitarbeit/Mitgliedschaften in Foren und Gremien	anerkannte 100-EE-Region, Klima-Bündnis e. V., Cluster Energietechnik, Aktionsbündnis Klimaschutz 2020 der Bundesregierung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu
Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern und Beteiligungsgesellschaften	Installierte Leistung der PV-Anlagen auf Flächen des Kreises und der kreislichen Beteiligungsgesellschaften: VTF GmbH, Flugplatz Schönhagen GmbH, SBAZV, LK TF: In Summe: 2,5 MWp. Inbetriebnahme der PV-Dachanlage auf der kreiseigenen Rettungswache in Luckenwalde im März 2018: Erzeugte Strommenge: 37.268 kWh, Eigenverbrauch: 32.353 kWh.
Kohlendioxid-Bindung im Kreiswald	69080 fm in 2018 (= 57518 t Kohlendioxid-Bindung – konservativ betrachtet)
Workshops, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Beratungen, Praktikantenbetreuung	Hausmeisterworkshop, Vorträge beim BMU und beim Rotary Club Kloster Zinna diverse Pressebeiträge (MAZ), Newsletter, sechzehn Intranet- und neun Internetbeiträge, Auslage Energiesparflyer (in 7 Sprachen) und Broschüren, Energierundgang Hotel- und Gaststättengewerbe, 2 Wanderausstellungen, Unterstützung der GAG: „Beratung einkommensschwache Haushalte“, 2 Schüler-Praktikanten im Klimaschutzbereich, 15 Schülerinnen
kostenloser Messgeräte-Verleih Klimakiste, Waldkiste, Firmenticket, Solarkocher	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Beschäftigte, Praktikanten, Bildungsträger, Projekt Waldkiste, Angebot „Firmenticket“, Solarkocher an Schulen
Weiterführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	Weiterführung des Projektes in allen 11 kreiseigenen Schulen (jährliche Einsparung: 300 t Kohlendioxids, >10 % Energie, ca. 100.000 Euro gegenüber dem Vergleichsjahr 2010)
Verleih-Geräte für Bibliotheken	Verstetigung des Verleihs von Energiemessgeräten in öffentlichen Bibliotheken
Krankheiten	Erfassung und Monitoring seltener bzw. bislang unbekannter Krankheiten
Netzwerkausbau	Vernetzung mit Klimaschutzmanagern in Brandenburg, Schulen, Verbraucherzentrale, Landkreise bundesweit, Teilnahme am internationalen Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ Katima Mulilo, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu, Deutsches Institut für Urbanistik, fachlicher Austausch mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Klima-Bündnis e. V., DBU (Deutsche Stiftung Umwelt), TH Wildau u. a.

Maßnahme	Beschreibung
Projektentwicklung, Vorlagen, Ausschussarbeit	Vorbereitung/Fördermittelakquise für vier neue Projekte 2020 Erstellen/Überarbeiten von Beschlussvorlagen, Teilnahme an 12 Sitzungen kreiseigener Ausschüsse/des Kreistages ...

DEZERNAT IV

Straßenverkehrsamt

Die Corona-Pandemie mit ihren Einschränkungen beeinflusst seit März 2020 auch die Erfüllung der Aufgaben des Straßenverkehrsamts. Im Verlaufe des Jahres wurde insbesondere der Betrieb der Kfz-Zulassungsstellen und der Führerscheinstelle mehrmals an die aktuelle Lage angepasst. Nach strikten Beschränkungen im April wurde schrittweise der Zutritt in die Objekte während der Öffnungszeiten ermöglicht.

Die seit 2015 verbesserte Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme/Mark bei der Annahme von Anträgen im Bereich Fahrerlaubniswesen hat sich auszagezahlt. Im Jahr 2020 haben 84 Prozent der Antragsteller*innen das Angebot ihrer Stadt- beziehungsweise Gemeindeverwaltung genutzt.

Die Bedingungen in der Kfz-Zulassungsstelle und der Führerscheinstelle in der Kreisstadt Luckenwalde haben sich nach dem Umzug in das Objekt Louis-Pasteur-Straße 5 im Biotechnologie-Park deutlich verbessert. Insbesondere die Lage des Objektes in der Nähe der Anschlussstelle B 101 entlastet den Innenstadtbereich vom Verkehr, der durch den Kundenverkehr verursacht wird.

Bereich Amtsleitung

Durch die Amtsleitung erfolgen unter anderem sachgebietsübergreifend die IT-Verfahrenskoordination, die Haushaltssachbearbeitung sowie die Bearbeitung von Widersprüchen und gegebenenfalls Klageverfahren.

Arbeitsschwerpunkt bildete die Sicherstellung der Leistungserbringung. Die Beantwortung von Fragen zur Aufgabenwahrnehmung des Amtes hat im Verlaufe des Jahres zugenommen.

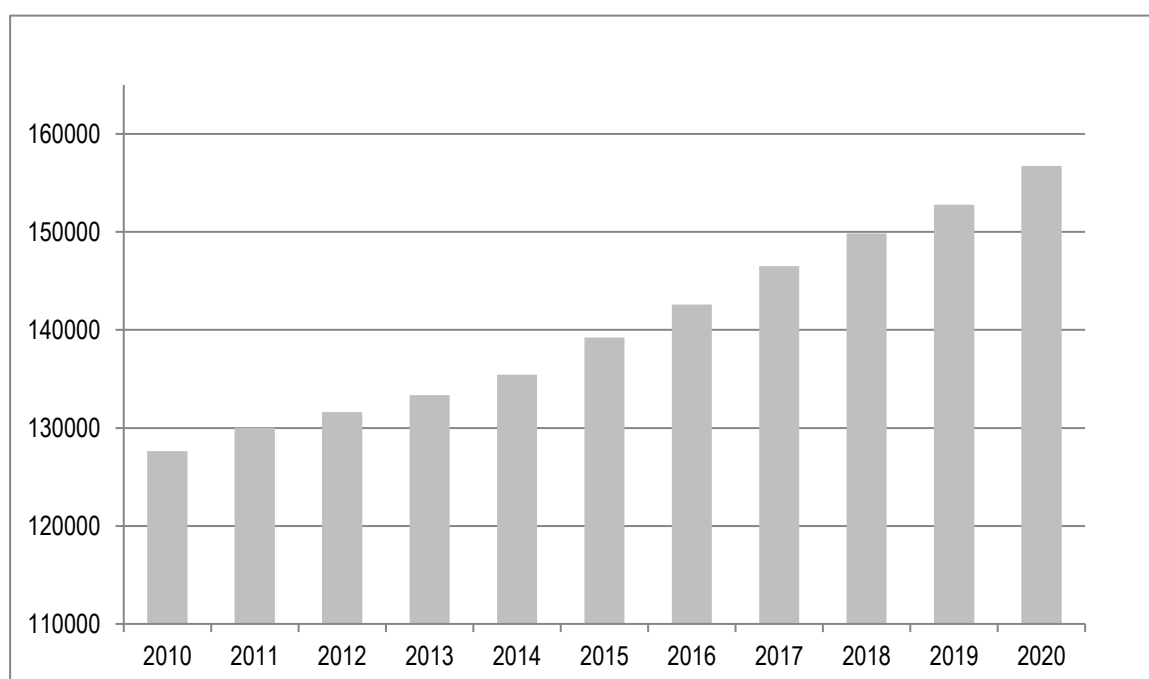
Auch in diesem Jahr haben Halter*innen eines Fahrzeuges, Antragsteller*innen und Inhaber*innen einer Fahrerlaubnis oder einer Fahrschule ihr Recht genutzt, gegen Ordnungsmaßnahmen zu widersprechen bzw. diese auch durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Gegenüber dem Vorjahr (2019) hat sich die Anzahl der Widersprüche um rund 8,7 Prozent reduziert. Die Anzahl der Entscheidungen, bei denen auch ein Gericht urteilen sollte, hat sich wieder erhöht.

Tabelle 45: Anzahl der Widersprüche und gerichtliche Verfahren

Verfahren	2017	2018	2019	2020
Widersprüche/vorgerichtliche Verfahren	139	137	92	84
Zuarbeiten bei Gerichtsverfahren	66	81	16	59

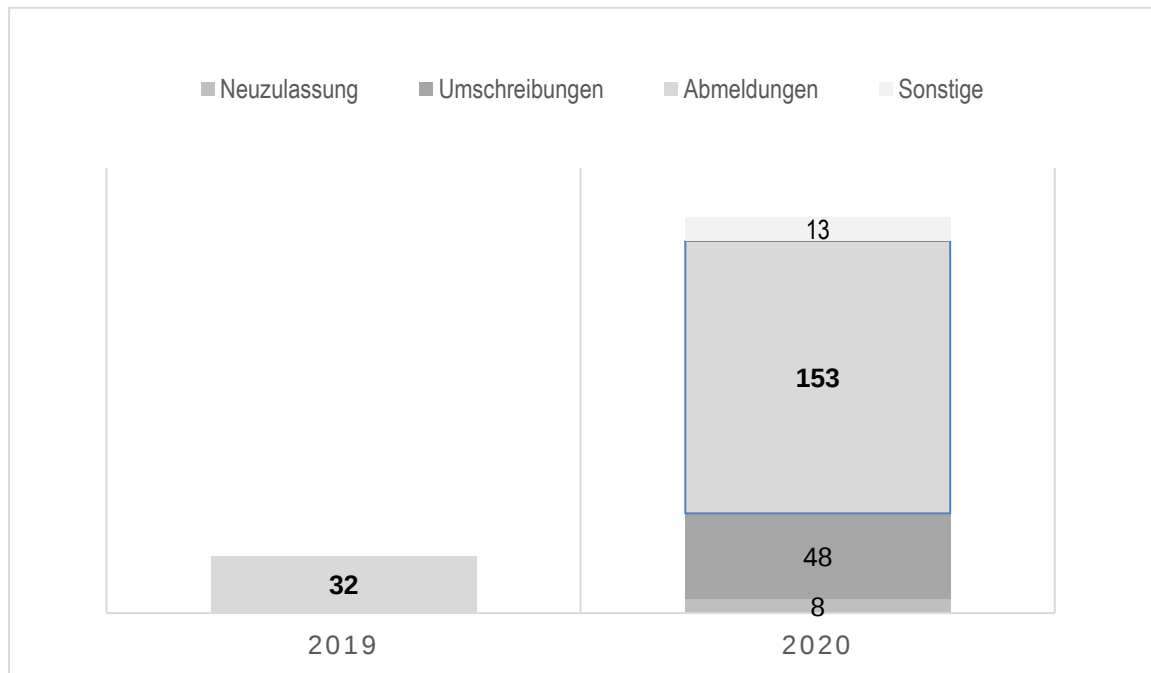
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung

Mit Stichtag 31. Dezember 2020 waren im Landkreis 156.726 Fahrzeuge (Vorjahr: 152.801) gemeldet. Die Anzahl der registrierten Fahrzeuge und Anhänger stieg um 3.925 (Vorjahr: +2.963) weiter an. Gegenüber dem Jahr 2019 hat sich damit die Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge um rund 2,5 Prozent erhöht.

Abbildung 10: Anzahl der registrierten Fahrzeuge

Von den 104.382 gemeldeten Personenkraftwagen (Vorjahr: 102.235) haben 460 Fahrzeuge (Vorjahr: 184) einen reinen Elektroantrieb. Das ist ein Anteil von 0,44 Prozent (Vorjahr: 0,2 Prozent). Bei den Lastkraftwagen haben von den 11.780 gemeldeten Fahrzeugen (nur) 17 einen rein elektrischen Antrieb, das ist ein Anteil von 0,14 Prozent.

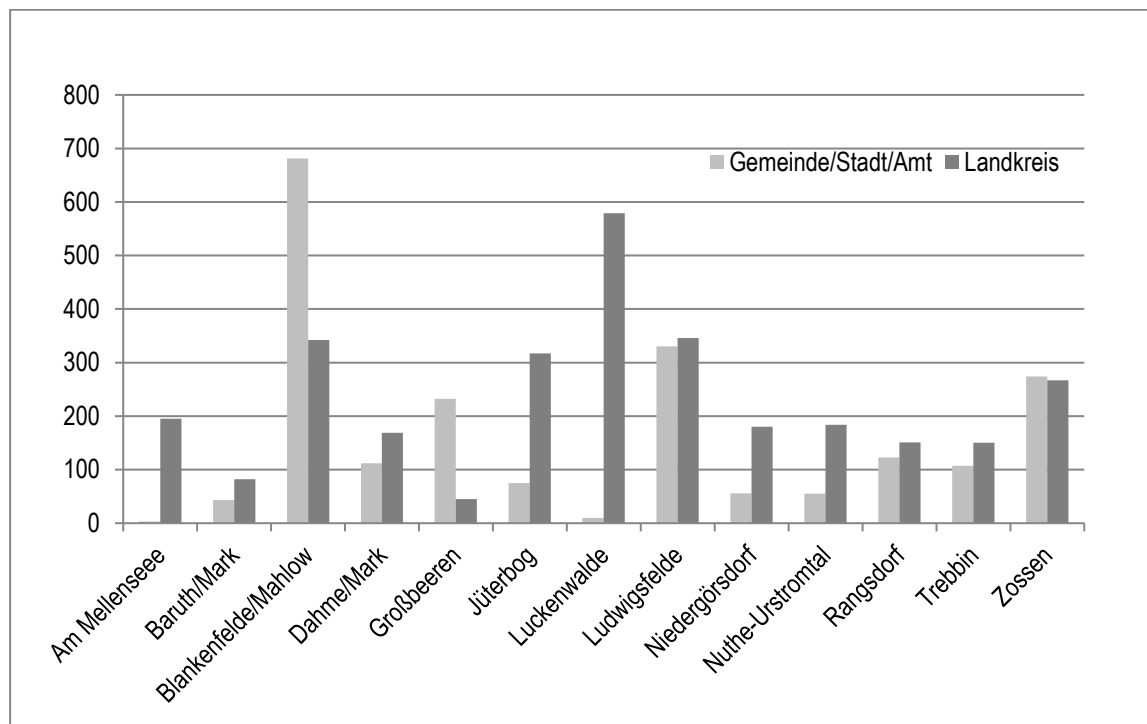
Im Jahr 2020 wurde der Online Service für die Zulassung eines Fahrzeuges ausgebaut. Seit April können Privatkund*innen im Portal „Internetbasierte Kfz-Zulassung“ (i-Kfz) Anträge auf Neuzulassung, Wiederzulassung, Umschreibung eines Kfz mit und ohne Kennzeichenwechsel, Außerbetriebsetzung und Adressänderungen des Halters bzw. der Halterin stellen. Das Angebot haben 222 Personen genutzt. In diesem Jahr haben 153 Halter*innen Fahrzeuge abgemeldet (Außerbetriebsetzung). Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 32 Personen das Portal nutzten, ist dies eine Steigerung um rund 380 Prozent. Die neue Funktion „Neuzulassung“ haben bisher acht Halter*innen genutzt.

Abbildung 11: Nutzung Online-Zulassung „i-Kfz“

Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

Mit zusätzlichen Beschäftigten und dem Bezug des neuen Objekts in Luckenwalde (Biotechnologiepark) wurden erste Voraussetzungen geschaffen, um ab dem Jahr 2021 den Pflichtumtausch von Führerscheinen zu bewältigen. 2020 haben 1.135 Personen einen Antrag auf Umtausch in einen neuen EU-Kartenführerschein gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr (789) entspricht dies einer Steigerung um 30,5 Prozent.

Die Städte, Gemeinden und das Amt Dahme/Mark nahmen 2.101 Anträge (41,13 Prozent) der insgesamt 5.108 Anträge auf Erteilung, Erweiterung, Verlängerung und Umschreibung einer Fahrerlaubnis im gesamten Landkreis entgegen. Gegenüber dem Vorjahr (38,1 Prozent) hat sich der Anteil, auch bedingt durch die Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie, erhöht.

Abbildung 12: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme

Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Die Beschäftigten des Sachgebietes Verkehrsordnungswidrigkeiten haben im Jahr 2020 die Einhaltung des Geschwindigkeitslimits an 150 mobilen und sechs stationären Geschwindigkeitsmesspunkten überprüft.

Gegenüber dem Vorjahr wurde die Kontrolltätigkeit auf acht Messorte mit 15 Messplätzen erweitert. Das Messfahrzeug wird zum Beispiel neu in Mahlow (näher an der dortigen Grundschule) oder in Dahlewitz zur Absicherung der Kita (in und aus Richtung Dahlewitzer Dorfstraße) eingesetzt. Auch in Zossen an der Kita Oertelufer, in Merzdorf (an mehreren Messpunkten), in Blankenfelde an der Kita „Tabaluga“ (aus Richtung Mahlow), in Blankenfelde am Trebbiner Damm (in und aus Richtung Jühnsdorf) beziehungsweise in Birkenhain (in und aus Richtung Teltow) wird die Einhaltung der dort jeweils herabgesetzten Geschwindigkeit kontrolliert.

Der Messort in Hennickendorf mit zwei Messpunkten (in und aus Richtung Berkenbrück) konnte geschlossen werden. Grund dafür war die von 30 auf nunmehr 50 Kilometer pro Stunde heraufgesetzte Geschwindigkeit.

Der Standort B 96 am Südringcenter wird derzeit behelfsweise mobil in Richtung Südringcenter bedient.

Durch die Schließung von drei Messpunkten verbleibt dennoch ein Plus von 12 Messpunkten gegenüber dem Vorjahr. 2019 waren es 144, im Jahr 2020 sind es 156 Messpunkte.

Mit der Unterstützung des Landesbetriebes für Straßenwesen ist es gelungen, die Ausfallzeit wegen Fahrbahnschäden am stationären Blitzer in Altes Lager (in Fahrtrichtung Jüterbog) gering zu halten. Die Anlage konnte seit dem zweiten Halbjahr 2019 nur eingeschränkt betrieben werden. Sie wurde am 24. August 2020 erfolgreich geeicht und ist wieder vollumfänglich im Einsatz.

Die Messungen im Bereich von Kindereinrichtungen und Schulen stehen unverändert auf Platz 1 der Bemühungen des Landkreises, die Verkehrssicherheit zu erhalten und das Unfallgeschehen auf den Straßen zu reduzieren.

Von den gegenwärtig 156 Geschwindigkeitsmesspunkten befinden sich 69 Prozent an Schul- und Spielwegen, 26 Prozent an Stellen mit besonderer Gefährdung (u. a. wegen der Querung der Flaeming-Skate über Bundesstraßen oder infolge von Baumunfällen) und fünf Prozent an Hauptverkehrsstraßen vor Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern.

Durch die Pandemie und auch aus personellen Gründen konnten insbesondere im II. Quartal 2020 die Messorte nur vereinzelt angefahren werden.

Wie auch in den Vorjahren hat das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen auf der Bundesstraße 96, konkret am stationären Geschwindigkeitsmesspunkt in Zossen, Straße der Jugend, festgestellt. Wegen des Seniorenheims gilt dort tagsüber zwischen 6 und 22 Uhr eine auf Tempo 30 reduzierte Geschwindigkeit. Bezogen auf die Gesamtzahl aller geblitzten Fahrzeuge hielten sich an diesem Standort in Fahrtrichtung Wünsdorf 38 Prozent der Fahrer*innen nicht an die gekennzeichnete Geschwindigkeit. Eine Person raste durch den stationären Blitzer in der Straße der Jugend mit 148 Kilometern pro Stunde (ohne Toleranzabzug), anstatt die dort nach 22 Uhr innerorts zulässige Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde einzuhalten. Der Bußgeldkatalog sieht dafür ein dreimonatiges Fahrverbot, zwei Punkte in Flensburg und ein Bußgeld von 680 Euro vor.

Der jährlich im April stattfindende sogenannte „24-Stunden-Blitzer-Marathon“ wurde 2020 wegen des pandemiebedingten Lockdowns nicht durchgeführt.

2020 haben die Beschäftigten des Bereichs 182 Führerscheine aus Verfahren der Kreisverwaltung in amtliche Verwahrung genommen. Davon mussten 166 Personen den Führerschein einen Monat (2019: 175), zehn Personen zwei Monate (2019: neun) und sechs Personen drei Monate abgeben (2019: eine Person). Das sind drei Personen weniger als 2019 (185).

Aufgrund einer nicht besetzten Außendienststelle wurde weniger kontrolliert als in den Vorjahren.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Corona-Pandemie hat sich auf die Anzahl der Veranstaltungserlaubnisse für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum erheblich ausgewirkt. In diesem Bereich war ein Rückgang von über 50 Prozent zu verzeichnen. Auch die Anzahl der Anträge auf Ausnahme genehmigungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot ist zwangsläufig zurückgegangen. Das Land hat durch einen Erlass eine allgemeine Ausnahme genehmigung getroffen. Bei der Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung im öffentlichen Verkehrsraum ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Bautätigkeit im öffentlichen Verkehrsraum nicht durch die Pandemie beeinträchtigt wurde.

Räumliche Schwerpunkte der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sicherung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum sind nach wie vor der Norden des Landkreises und die Kreisstadt Luckenwalde.

Statistik

Tabelle 46: Zugelassene Fahrzeuge 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020	davon Elektro
Fahrzeugbestand gesamt, davon	152.801	156.726	
- Kräder	10.845	11.442	23
- Pkw	102.235	104.3820	460
- Lkw	11.396	11.780	17
- Zugmaschinen	3.661	3.720	2
- sonstige Kfz	868	846	42
- Kfz-Anhänger	23.625	24.381	0
- KOM	171	175	0

Tabelle 47: Fahrerlaubniswesen 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Ersterteilung oder Erweiterung von Fahrerlaubnissen	2.166	2.920
Umschreibung einer		
- Dienstfahrerlaubnis	25	23
- EU/EWR-Fahrerlaubnis	68	55
- Drittstaat-Fahrerlaubnis	184	196
Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen		
- EU/EWR	0	0
- Drittstaat	0	4
Umstellung auf neuen EU-Führerschein	789	1.135
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis, einschließlich Beratung	435	348
Versagung eines Antrages auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	13	14
Verzicht auf einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	863	610
Verzicht auf die Fahrerlaubnis und Rückgabe des Führerscheins	117	77
Rücknahme oder Widerruf einer Fahrerlaubnis	1	1
Internationaler Führerschein	582	186
Erteilung, Erweiterung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	210	241

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Entziehung von Fahrerlaubnissen, Verhängung von isolierten Sperrfristen sowie Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung		
- durch Gericht	85	106
- durch Fahrerlaubnisbehörde	55	40
Erfassung von vorläufigen Entziehungen von Fahrerlaubnissen	167	154
Maßnahmen gem. Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG)		
- Ermahnungen	420	537
- Verwarnungen	90	114
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	-	
Maßnahmen im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	122	75
- Verwarnungen	25	27
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	-	
Zwangsgeldfestsetzungen	26	6
Verlängerung Fahrerlaubnis (Lkw- und Busklassen)	1.229	956
Ausstellung Ersatzführerschein	3.282	2.652
- davon Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	776	779
Anordnung und Auswertung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten	218	303
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		
- Anträge	691	723
- Erteilung Prüfungsbescheinigungen	599	493
Punktereducierung (§ 4 Abs. 7 StVG)		
- Anträge	9	3
- gewährte Punktereducierung	8	2
Fahrerlaubnisklasse AM mit 15 Jahren	98	101
Auslösung Sach- und Personenfahndung	16	10
Kursanordnungen nach § 70 FeV	35	2
Ausstellung von vorläufigen Fahrberechtigungen	641	0
Erfassung von Fahrverboten	1.228	520
Ausfertigung von Karteikartenabschriften	366	337

Tabelle 48: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Digitale Kontrollgerätekarten: Fahrerkarten, Unternehmerkarten, Werkstattkarten		
- Erteilung, Verlängerung, Ersatz	786	622
- Reklamation	10	0

Tabelle 49: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	35	34
Erteilung/Erweiterung Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	4	4
Verzicht auf Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis und Rückgabe der Urkunde	0	1
Widerruf einer Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	1	0
Anzahl der Fahrlehrer		
- registrierte Fahrlehrer*innen	112	111
- tätige Fahrlehrer*innen	78	73
Erteilung/Erweiterung/Neuerstellung Fahrlehrererlaubnis		
- Antrag (mit Prüfungszulassung)	9	8
- Erteilung	8	2
Umschreibung einer Fahrlehrererlaubnis (Bundeswehr) – ohne Prüfung	0	0
Verzicht auf die Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	1	3
Widerruf einer Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	0	0
Neuausstellung eines Fahrlehrerscheines (z. B. Ein- oder Austragung eines Beschäftigungsverhältnisses)	19	16
Bearbeitung von Punktemitteilungen gegen Fahrlehrer	5	8
Überwachung und Erfassung Fortbildung	33	26
Überwachung Ablauf Fahrerlaubnis	11	9
Anzahl der Seminarleiter*innen für		
- Aufbauseminare nach § 2a StVG	7	8

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
- Teilmaßnahme der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG	6	6
Erteilung einer Seminarerlaubnis	0	0
Verzicht auf eine Seminarerlaubnis und Rückgabe Seminarerlaubnis	0	0
Anordnung und Auswertung von Fahrschulüberwachungen (Fahrschulen, Fahrlehrer*innen, Seminare)		
- Überwachung durch Dritte ohne Mängel	10	9
- Überwachung durch Dritte mit Mängeln	1	0
- eigenständige Überwachung ohne Mängel	4	2
- eigenständige Überwachung mit Mängeln	0	0
Überwachung von Fahrschulen als Ausbildungsstätten nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz		
- Prüfung der Anzeigen	110	112
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen ohne Maßnahmen	27	383
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen mit Maßnahmen	5	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren		
- Fahrlehrer	1	1
- Fahrschulen	0	0
- Seminarleiter	0	0

Tabelle 50: Gewerblicher Personenverkehr

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Unternehmen im Gelegenheitsverkehr mit		
- Taxen	12	10
- Mietwagen	25	23
- Taxen und Mietwagen (zwei Konzessionen)	24	20
Mischkonzessionen		
- Taxi und Mietwagen mit einem Fahrzeug	1	1
- Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen	1	1
Erteilung/Verlängerung/Erweiterung von Konzessionen im Gelegenheitsverkehr	30	27

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Mahnungs- und Widerrufsverfahren	1	1
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge		
- mit Konzessionen	210	198
- im freigestellten Personenverkehr	63	67
Fahrzeugtausch	28	24
Überprüfung im Rahmen der Aufsicht		
- Fahrzeugabnahmen	44	40
- Betriebsprüfungen im Rahmen der Konzessionsverlängerung	11	2
- Fahrzeug- und Fahrerkontrollen z. B. an Taxenstandplätzen	24	18
- Erfassung Hauptuntersuchung und Eichbelege	359	323
- Erfassung Hauptuntersuchung freigestellter Personenverkehr	63	67
- Überwachung freigestellter Personenverkehr	10	10
Beteiligung am Anhörungsverfahren für Konzessionen mit Kraftomnibussen	1	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	5	3
Ortskundeprüfungen	20	11

Tabelle 51: Fahrtenbuchauflagen 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Prüfung der Anträge auf Anordnung eines Fahrtenbuches	91	0
Anordnung eines Fahrtenbuches	55	0
Überwachung eines Fahrtenbuches	70	0
Androhung für den Wiederholungsfall	0	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	0	0

Tabelle 52: Ausnahmegenehmigungen 2019, 2020

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Anträge nach § 43 BOKraft	25	33
- davon erteilte Ausnahmen	23	31

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Anträge nach § 74 FeV	13	5
- davon erteilte Ausnahmen	7	2

Tabelle 53: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2019, 2020

Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.377	2.281
- stationär	2.646	1.920
- mobil	126	48
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	605	313
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	23.038	15.347
- stationär	21.208	14.537
- mobil	1.518	579
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	312	231
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	702	570
- stationär	534	484
- mobil	54	18
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	114	68
<i>gesamt</i>	<i>27.117</i>	<i>18.198</i>

Tabelle 54: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2019, 2020

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeitsüberschreitungen	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Gemeinde Am Mellensee	11	11	11	4*	42	6
Stadt Baruth/Mark	11	16	8	13	29	75
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	21	27	42	51	320	300
Gemeinde Großbeeren	3	5	4	6	23	50
Stadt Jüterbog	14	14	9*	6*	59	11
Stadt Luckenwalde	15	15	19	4*	204	13
Gemeinde Niederer Fläming	9	9	3	2	11	1
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	1	0	4	0
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	8	6	14	0	91	0
Gemeinde Rangsdorf	6	7	18	10	198	77
Stadt Trebbin	8	8	17	10	50	24
Stadt Zossen	19	20	56*	30*	606	88
Amt Dahme/Mark	8	8	3	0	7	0
gesamt	137	150	205	136	1.644	645

*reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahmen

Tabelle 55: Verkehrssicherheit und -lenkung

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020
Stellungnahmen (allgemeine Planvorhaben, Straßenbauvorbereitung)	362	271
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO (Anträge)	215	96
Ausnahmegenehmigungen § 46 StVO (Anträge)	727	367
Verkehrsrechtliche Anordnungen von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 StVO einschließlich Beteiligungen nach § 45 Abs. 2 StVO	2.646	2.954
Anträge auf Verkehrsregelung	355	291
- davon erteilte Anordnungen für Verkehrsregelungen gemäß § 45 StVO	205	131
Verkehrsschauen	19	9

Kataster- und Vermessungsamt

Im Berichtsjahr 2020 wurden die Arbeitsbereiche der Katasterbehörde von den Beschränkungen der Corona-Pandemie beeinflusst. Beschäftigte der Katasterbehörde wurden zeitweise vom Gesundheitsamt angefordert und waren in der Kontaktnachverfolgung beziehungsweise Überprüfung von Quarantäneanordnungen tätig.

Ab Mitte März 2020 wurden Regelungen zum Schutz der Beschäftigten getroffen, die veränderte Abläufe der Katasterführung zur Folge hatten. Die Katasterbehörde Teltow-Fläming konnte erst ab dem III. Quartal 2020 ausreichend Homeoffice-Arbeitsplätze mit Zugang zu den Fachverfahren ausstatten. Notwendig wurden personelle Umstrukturierungen, um das konstant hohe Antragsniveau im Bereich Auskunft, Datenabgabe und Katasterübernahme zu bewältigen. Die Nutzung von digitalen Datenformaten gewinnt durch die Open-Data-Initiative des Landes Brandenburg zunehmend an Bedeutung.

Die Vorgaben des Prioritätenerlasses III in Bezug auf die Übernahmezeiten wurden wegen fehlender Personalkapazitäten teilweise verfehlt. Ebenso erhöhte die Prüfung und Berichtigung von Karten- und Identifizierungsfehlern, insbesondere die Übernahme eines großen Bodenordnungsverfahrens, den Zeitaufwand bei der Aktualisierung des Liegenschaftskatasters.

Eine noch im I. Quartal 2020 stattgefundene Arbeitsberatung mit den kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren wurde für die Überprüfung und Präzisierung der Abläufe beim Umgang mit den eingereichten Vermessungsschriften genutzt.

Im Projekt „Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters (QL)“ konnte die Geometrie der in der Liegenschaftskarte dargestellten Flurstücke bereits für 20 Prozent der Kreisfläche aktualisiert werden. Hilfreich war die Freigabe von Softwarelizenzen für die Nutzung im Homeoffice.

Gutachterausschuss

Die im Jahr 2020 ausgewerteten rund 1.400 Kaufverträge weisen sowohl im Berliner Umland als auch im weiteren Metropolenraum auf ein weiter stark ansteigendes Preisniveau des Immobilienmarktes hin. Insbesondere im Berliner Umland werden rasante Preisanstiege beim Kauf und Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken verzeichnet. Die zum 31. Dezember 2020 beschlossenen Bodenrichtwerte zeigten wiederum (teilweise erhebliche) Anstiege der Bodenrichtwerte von Wohn- und Gewerbeflächen, in Spitzenlagen bis zu 400 Euro pro Quadratmeter.

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses bewältigte ein breites Aufgabenspektrum, welches unter anderem in den fundierten Analysen des Grundstücksmarktberichtes Teltow-Fläming deutlich wird. Die sach- und fachgerechte Marktanalyse macht den Immobilienmarkt transparent. Sie steht kostenfrei auf dem Portal „BORIS Land Brandenburg“ und auf der Homepage des Gutachterausschusses zur Verfügung.

Mehrere Gutachten im Auftrag der Enteignungsbehörde, umfangreiche Sanierungswertermittlungen und diverse weitere Verkehrswertgutachten privater Antragsteller*innen wurden von der Geschäftsstelle vorbereitet und zur Beschlussfassung durch den Gutachterausschuss vorgelegt.

Ausbildung

Im Jahr 2020 wurde zum ersten Mal ein Ausbildungsvertrag mit einem Studenten für das duale Studium „Vermessung und Geoinformatik“ geschlossen, der sein Studium im Oktober 2020 an der Hochschule Anhalt aufnahm. Weiterhin wird in jedem Ausbildungsjahr eine Person als Vermessungstechniker*in ausgebildet, wobei sich die Suche nach geeigneten Bewerber*innen für den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr schwierig gestaltete und mehrere Ausschreibungsverfahren notwendig waren.

Um die künftigen Vermessungstechniker*innen optimal auf ihren Beruf vorzubereiten, werden sie verstärkt in die Themen Geographische Informationssysteme (GIS) und Geodatenmanagement einbezogen. Die Katasterbehörde Teltow-Fläming bietet Unterweisungsgemeinschaften an, die von den Azubis der Katasterbehörde und von sieben Auszubildenden der kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wahrgenommen werden.

Leider fanden Veranstaltungen wie Zukunftstag und Ausbildungsmesse in diesem Jahr nicht statt.

Antragsstatistik

Im Kataster- und Vermessungsamt des Landkreises wurde zum Ende des Jahres 2020 der Nachweis von 214.522 (2019: 214.059) Flurstücken in 84.565 Grundbuchblättern geführt. Die wiederum um rund 500 gestiegene Anzahl der Flurstücke im Liegenschaftskataster weist auf die aktuelle Grundstücksnachfrage, aber auch auf die hohe Auslastung der Katasterbehörde hin.

Im Berichtszeitraum wurden 1.850 analoge Flurkartenauszüge und Eigentüternachweise erarbeitet und verkauft.

An 140 Betreiber*innen von graphischen Informationssystemen – das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger und andere – wurden 2020 umfangreiche digitale Datenbestände, rund eine Millionen flurstücksbezogene Datensätze in verschiedenen Datenformaten, herausgegeben.

Diese Zahlen weisen auf eine rege Bautätigkeit im Landkreis und auf eine gute Auftragslage der rund 160 Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg hin. Zwei Messtrupps des Kataster- und Vermessungsamtes waren im Außendienst im Einsatz. Ihre Arbeit bildete die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist für die nächsten zehn Jahre eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.

Insgesamt wurden 1.100 Vermessungsschriften von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren oder vom Kataster- und Vermessungsamt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht, in die Katasternachweise übernommen und Fortführungsunterlagen für die Eigentümer und Antragsteller erarbeitet.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität

Wirtschaftsförderung

Betreuung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Im Rahmen der klassischen Mittelstandsbetreuung werden Unternehmen sowie Personalleitungen über aktuelle Förderprogramme und Initiativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Investitionsförderung und der Förderung energieeffizienter Projekte informiert.

Im Jahr 2020 lagen die Schwerpunkte vor allem bei der Beratung zu Förderprogrammen, welche aus der Corona-Krise heraus durch Bund und Länder beschlossen wurden. Für den aufgrund von Grenzschießungen besonders betroffenen Bereich der Logistik im Güterverkehrszentrum Großbeeren konnten in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg (WfBB) Ersatzlösungen organisiert werden.

Für weiterhin besonders schwer betroffene Branchen wie die Tourismusbranche, Gastronomie und Hotellerie wurde in Kooperation mit dem Tourismusverband Fläming und der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) eine Infoveranstaltung speziell zu Überbrückungshilfen angeboten.

Unabhängig von der Corona-Krise nahmen Beratungen zu Investitionsvorhaben auf Grundlage der Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaft (GRW) zu. Zahlreiche unternehmerische Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 71.880.567,96 Euro wurden vom Landkreis Teltow-Fläming begleitet und unterstützt. Hierbei investierten kleine und mittelständische Unternehmen zu 60 Prozent in die Erweiterung ihrer vorhandenen Betriebsstätten.

40 Prozent der angesprochenen Unternehmen siedelten sich im Landkreis Teltow-Fläming an und investierten vor allem in die Errichtung neuer Betriebsstätten. Schwerpunkte der kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen weiterhin bei der Arbeits- und Fachkräfteproblematik, der damit verbundenen schwierigen Nachwuchsgewinnung und Unternehmensnachfolge sowie zunehmend bei der Anwendung und Umsetzung neuer Geschäftsmodelle und arbeitspolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Hierzu wurden Kontakte zu dem neuen Zukunftszentrum Brandenburg im Bereich der Digitalisierung und digitalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes geknüpft.

Öffentlichkeitsarbeit

Aufgrund der vorherrschenden Corona-Krise wurde die Darstellung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Internetauftritt des Landkreises überarbeitet und erweitert. Gleichzeitig werden, angepasst an die jeweiligen Fördermaßnahmen des Bundes, entsprechende Internetbeiträge zu wirtschaftlich relevanten Themen erfasst und veröffentlicht.

Weiterhin wurde der teltOwkanal mit der Durchführung einer digitalen Berufsorientierungstournee beauftragt. Hier entstehen 16 Kurzfilme zu Ausbildungsberufen in regionalen Unternehmen. Anlässlich des Jubiläums zum 30. Tag der Deutschen Einheit erfolgte ebenfalls eine Beauftragung des teltOwkanals zur gemeinsamen Gestaltung eines Kurzfilms „30 Jahre wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis TF“.

Im Zuge der Teilnahme am Wettbewerb zur „Kommune des Jahres 2020“ wurden im Frühjahr umfangreiche Bewerbungsunterlagen für die Oskar-Patzelt-Stiftung erarbeitet, die schlussendlich zum Großen Preis des Mittelstandes führte und dem Landkreis die Auszeichnung als Premier Kommune des Jahres 2020 brachte.

Netzwerk Schule-Wirtschaft

Das Netzwerk Schule-Wirtschaft sowie die jährliche Berufsorientierungstournee wurden bis Mitte März 2020 weitergeführt. Aufgrund der Corona-Krise und pandemiebedingter Einschränkungen wurde für die Berufsorientierung vorerst eine Ersatzmaßnahme als „digitale Berufsorientierungstournee“ geplant. Hierzu wurde der teltOwkanal beauftragt, Kurzfilme zur Berufsorientierung zu produzieren und im regionalen Fernsehen auszustrahlen.

Im Rahmen der Steuerungsgruppe der Netzwerkpartner Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, Jugendberufsagentur, Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg wurden während des ersten Lockdowns weitere digitale Ersatzlösungen für Berufsorientierungsmaßnahmen erarbeitet. Gleichfalls wurden im zweiten Halbjahr 2020 die Planungen für den Tag der Logistik, den KarriereKick des Handwerks und die Ausbildungsmesse TF 2021 aufgenommen.

Durch eine Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg war es nach dem ersten Lockdown und mit Öffnung der Schulen möglich, eine digitale Netzwerksitzung durchzuführen und über Berufsorientierungsformate im Umgang mit der Pandemie zu informieren. Die Planung zur Umsetzung eines ersten Formates „Ausbildungs- und Praktikumsführers TF“ konnte bis Dezember 2020 abgeschlossen werden. Eine entsprechende Akquise von regionalen Ausbildungsunternehmen wurde gestartet.

Netzwerk Mittelstand

Das Netzwerk Mittelstand hat nach einer langen Pause im Jahr 2020 die Arbeit wieder aufgenommen. Es hat die Aufgabe, die regionalen Akteur*innen im Bereich der Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbände sowie wirtschaftsnahe Institutionen untereinander zu vernetzen und Wissenstransfer zu organisieren. Dies geschieht in Form von circa vierteljährlichen Netzwerksitzungen. Im Jahr 2020 konnten aufgrund der Pandemie und der damit verbundenen Regelungen nur drei Netzwerktreffen realisiert werden.

Themen der Netzwerksitzungen waren unter anderem die Umsetzung der Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“, betriebliches Gesundheitsmanagement in kleinen, mittelständischen und Kleinstbetrieben, Job und Wohnen sowie die Pandemie mit ihren Auswirkungen, Risiken und Chancen. Der Schwerpunkt im Jahr 2020 lag allerdings beim Thema Gewerbegebiete und deren Entwicklung. Nach Erfassung der aktuellen Auslastung wurde deutlich, dass im gesamten Landkreis kaum verfügbare Gewerbeflächen vorhanden sind. In Verbindung mit der Inbetriebnahme des Flughafens BER, der Ansiedlung von Tesla sowie aufgrund von Nachfragen zur Unternehmensansiedlung aus Berlin besteht großer Handlungsdruck für die Kommunen im Landkreis TF. Zudem ist festzuhalten, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen trotz Pandemie sehr dynamisch blieb.

Daher initiierte die Wirtschaftsförderung des Landkreises Teltow-Fläming eine interkommunale Arbeitsgruppe zur Gewerbeflächenanalyse und -entwicklung. Ziel ist es, eine Potenzialanalyse für die Jahre 2030 bis 2050 zu erarbeiten sowie mögliche Hemmnisse aufzuzeigen. Geplant ist folgende Zusammensetzung der Arbeitsgruppe: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und/oder kommunale Bauleitplanung und/oder kommunale Wirtschaftsförderung, das Umweltamt des Landkreises, die Denkmalschutzbehörde, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung des Landkreises Teltow-Fläming sowie die Industrie- und Handelskammer Potsdam.

Die große Herausforderung für die Kommunen ist dabei die Finanzierung des Eigenanteils für das Raumordnungsverfahren. Diese Frage lässt sich allerdings nur unter Mitwirkung der Politik und durch Verabschiedung entsprechender Förderrichtlinien beeinflussen.

Wirtschaftswoche Teltow-Fläming

Trotz der Pandemie sollte auch im Jahr 2020 die Wirtschaftswoche in der Zeit vom 2. November 2020 bis zum 8. November 2020 stattfinden. Dafür hatte die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit den kommunalen Partner*innen bereits Veranstaltungen unter Einhaltung der Eindämmungsverordnung organisiert. Mit den steigenden Infektionszahlen und Kontaktbeschränkungen musste die Wirtschaftswoche allerdings abgesagt werden.

Die Verleihung des Wirtschaftspreises Teltow-Fläming wurde aufgrund der Pandemie ebenso abgesagt.

Breitbandausbau

Das Hauptaugenmerk des Fachbereichs lag auch im Jahr 2020 auf der Umsetzung des Bundesprogramms Breitband. Das Programm zielt auf die Förderung von Adresspunkten ab, deren Breitbandversorgung unter 30 Megabit pro Sekunde liegt. Im Landkreis Teltow-Fläming betrifft dies circa 7000 Adresspunkte, die mit Hilfe des Förderprojekts einen zukunftsfähigen Glasfaseranschluss erhalten.

Nachdem im vorangegangenen Jahr ein europaweiter Teilnehmerwettbewerb für den Ausbau ausgerufen und die Telekommunikationsunternehmen die finalen Angebote im Dezember 2019 einreichten, startete der Fachbereich Anfang 2020 mit der deren Auswertung. Sie wurde dem Kreistag vorgelegt, der in seiner Sitzung im Februar 2020, vorbehaltlich mehrerer Kriterien, die Vergabe der beiden Breitbandlose beschloss. Das Los 1 (Ost) ging hierbei an die Deutsche Telekom und das Los 2 (West) an die e.discom.

Ein entscheidender Meilenstein für die generelle Umsetzung des Bundesprogramms Breitband war die Zustimmung zur Kooperationsvereinbarung der Stadt Zossen im Mai, welche zuvor über zwei Jahre lang ausgeblieben war. Im gleichen Monat stellte der Landkreis den finalen Fördermittelantrag beim Bund. Nachdem im August die Nachforderungen für den Antrag eingereicht worden waren, erhielt der Landkreis im Oktober den endgültigen Zuwendungsbescheid für die Bundesmittel über 24.220.612 Euro. Sogleich folgte die Beantragung der Fördermittel beim Land Brandenburg, über welche im November mit einer Höhe von 22.089.198 Euro ebenfalls positiv beschieden wurde. Damit stand die gesicherte Finanzierung des Gesamtprojekts „Bundesprogramm Breitband“ für den Landkreis Teltow-Fläming in Kombination mit dem Eigenanteil fest.

Zeitgleich mit der Beantragung der Fördermittel führte der Fachbereich erste Kick-Off-Gespräche mit der e.discom und der Deutschen Telekom. Für Dezember geplante Informationsveranstaltungen mit den Hauptverwaltungsbeamt*innen der Losgebiete Ost und West mussten pandemiebedingt abgesagt werden. Für Anfang 2021 beabsichtigt der Fachbereich diese nachzuholen sowie die Umsetzungsverträge mit den Telekommunikationsunternehmen zu schließen, um im Laufe des Jahres mit dem tatsächlichen Ausbau zu starten.

Kommunaler Öffentlicher Personennahverkehr (kÖPNV)

Der kommunale Öffentliche Personennahverkehr (kÖPNV) war im Jahr 2020 stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Shut- und Lockdown, geschlossene Schulen und verstärkte Ausweitung von Homeoffice führten zu einer erheblichen Verringerung der Fahrgäste und damit verbundenen Einnahmeverlusten bei den vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen des Landkreises. Dank eines finanziellen Ausgleiches über den „ÖPNV-Rettungsschirm“ des Landes Brandenburg konnte eine Mehrbelastung des Kreishaushaltes in Form einer Erhöhung des über die Öffentlichen Dienstleistungsaufträge festgelegten Verlustausgleiches erheblich reduziert werden.

Auch im Jahr 2020 bildete der durch den Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 die Grundlage für die weitere Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis. Dieser wird durch die ab 1. August 2016 abgeschlossenen „Öffentlichen Dienstleistungsaufträge“ (ÖDA) mit den im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen entsprechend den Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 derzeit bis einschließlich 2026 abgesichert.

Da die Laufzeit des Nahverkehrsplans zum Jahresende 2018 auslief, wurde zunächst dessen Evaluierung ausgeschrieben und entsprechend beauftragt. Sie erfolgte für die Laufzeit der Jahre 2019 und 2020 als Bestandsaufnahme, ob und inwieweit der vorliegende Nahverkehrsplan geeignet erscheint, den angestrebten Zweck der Umsetzung der Daseinsvorsorge auf dem Gebiet des kommunalen ÖPNV bis zu einer Neuarbeitung des Planes zu erfüllen. Im Februar 2020 wurde der Nahverkehrsplan für den Zeitraum 2021 bis 2025 zur Neuarbeitung ausgeschrieben. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen verschob sich die Auftragsvergabe bis in den Monat Juni 2020, die geplante Einbringung des Nahverkehrsplans zur Beschlussfassung durch den Kreistag war bis zum Jahresende 2020 nicht möglich. Ein im Dezember 2020 vorgelegter Planentwurf geht voraussichtlich ab Februar 2021 in die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange und nach eventuell notwendigen Anpassungen dann zur Beratung in die entsprechenden Ausschüsse.

Im Jahr 2020 wurden auf der Grundlage von im Jahr 2017 angepassten Vereinbarungen mit den Landkreisen Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und dem Senat von Berlin die landkreisübergreifenden Verkehre sowie die verkehrliche Anbindung der JVA Heidering fortgesetzt und dazu notwendige Ausgleichszahlungen gesichert.

Weiterhin wurden seit 2017 Zusatzverkehre in den Kommunen erweitert, angepasst und optimiert. Auf der Grundlage der im Jahr 2017 angepassten Verwaltungsverträge mit den Kommunen wurden die Zusatzverkehre und die Verkehre der Ortslinien ebenfalls fortgesetzt und die vertraglich festgesetzten Ausgleichszahlungen durch die Kommunen an den Landkreis getätigt. Den Gesamtaufwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 10.895.400 Euro standen Gesamterlöse von 5.921.400 Euro gegenüber. Sie setzen sich aus 5.218.300 Euro Landeszuweisungen und 703.100 Euro Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Der Landkreis musste dementsprechend 4.974.000 Euro als Eigenmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen. Dabei konnten im Jahr 2020 Mehrerlöse in Höhe von 560.000 Euro unter anderem aus dem ÖPNV-Rettungsschirm und durch höhere Ausgleichs für die zum Fahrplanwechsel 2017 und 2018 in Betrieb gegangenen PlusBus-Linien generiert werden. Ebenso erhöhte sich der Anteil der Kommunen für neu eingerichtete Rufbusangebote. Gegenüber dem Vorjahr stieg dadurch die finanzielle Mehrbelastung für den Kreishaushalt in Höhe von 78.000 Euro nur geringfügig.

Zusammenarbeit mit dem VBB

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Mitarbeit der Landrätin im Aufsichtsrat und des Amtsleiters Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH nahm der Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet Einfluss.

Der annähernde Halbstunden-Takt bis Ludwigsfelde auf der Trasse des RE 3/RE 4 wurde auch im Jahr 2020 beibehalten. Ebenso wurde durch den Erhalt des Stundentaktes und einen annähernden Halbstundentakt in den Hauptverkehrszeiten für Pendler*innen aus dem südlichen Bereich des Landkreises (zumindest ab/bis Jüterbog) weiterhin eine gute Anbindung an die Hauptstadtregion ermöglicht. Die Anschlussverknüpfungen zwischen den anbindenden Buslinien und den RE wurden weitestgehend angepasst und zum Teil verbessert. Eine große Herausforderung war für die Pendler*innen aus dem Landkreis die Vollsperrung der Anhalter Bahn und der damit verbundene Schienenersatzverkehr vom 5. Oktober bis 12. Dezember 2020.

Im Zuge der vorbereitenden Maßnahmen zur Anbindung der Verkehre an den BER wurde in Gemeinschaftsarbeit zwischen dem VBB und dem Landkreis die Erstellung eines Gutachtens für die Nordraumregion Teltow-Fläming beauftragt und deren Erarbeitung intensiv begleitet. Die Ergebnisse dienen zunächst der Optimierung der vorhandenen Verkehre. So wurde zur Eröffnung des Flughafens BER am 31. Oktober 2020 zunächst die Erweiterung der Buslinien 600 und 720 bis zum S-Bahnhof Waßmannsdorf umgesetzt. Dort wird in die bis in das Terminal verkehrende S-Bahn umgestiegen.

In den Folgejahren sollen die Verkehre entsprechend der finanziellen Absicherung über den Kreishaushalt weiter angepasst und erweitert werden. Dazu wird der Bau eines Busknotens in der Gemeinde Großbeeren notwendig, dessen Umsetzung durch den Landkreis durch die Zusicherung einer Förderung über die „Richtlinie Investitionen üÖPNV“ des Landkreises zur Förderung von Investitionen in Anlagen der Infrastruktur, Leit- und Informationssysteme“ unterstützt wird.

Coronabedingt musste die achte geplante Veranstaltung der 48-Stunden-Aktion des VBB im Landkreis Teltow-Fläming im Bereich Baruth-Fläming-Urstromtal abgesagt werden. Die für 2020 vorbereitete Aktion soll in Abstimmung mit der Stadt Trebbin als weiterem Veranstalter dieser Aktionen auch im Jahr 2021 im Bereich Baruth/Mark umgesetzt werden. In der Region Nuthe-Nieplitz kann dann im Folgejahr die jährlich wechselnde Veranstaltungsreihe fortgesetzt werden.

PlusBus

Die zwei seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 verkehrenden PlusBus-Linien im Landkreis Teltow-Fläming zwischen Ludwigsfelde und Zossen mit Anschluss an den PlusBus zwischen Ludwigsfelde und Potsdam haben sich etabliert und weisen einen stetig steigenden Nutzerzuwachs aus. Sie bieten eine stündliche Querverbindung zur Landeshauptstadt an und sichern den Anschluss an den Regionalverkehr sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Teil des Landkreises.

Ruf-Bus

Alternative Bedienformen wurden verstetigt und erweitert. Im April 2019 nahm der „Kranich-Express“ in Form eines Elektro-Kleinbusses im Gebiet um Trebbin seinen Betrieb auf. Das im Jahr 2019 als Pilotprojekt gestartete Rufbusangebot wurde im Jahr 2020 erfolgreich fortgesetzt und optimiert. Ein großer Meilenstein für die verbesserte Nutzung der bestehenden Rufbusangebote in Nuthe-Urstromtal, dem Niederen Fläming und neu im Gebiet um Trebbin wurde im März 2019 durch Übernahme der Rufbusabwicklung über die Firma Wach&Schutz Luckenwalde in ihre Notruf- und Serviceleitstelle gelegt.

Die Freischaltung der Internetplattform der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF mbH) zur Online-Buchung von Rufbusfahrten führte zu einer Vereinheitlichung der Buchungsregeln und der Verbesserung der Kommunikation in der Rufbuszentrale. Zugleich war dies die Vorstufe für die Einrichtung der Buchungsmöglichkeiten von Rufbusfahrten am Wochenende für das gesamte Rufbusangebot. Seit 2019 erleichtert außerdem auch eine App die Buchung.

Mit Einführung eines Rufbusangebotes im Mai 2020 für die Region um Baruth/Mark und dem Start des Rufbusses im Gemeindegebiet Niedergörsdorf zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 wurde das bedarfsgerechte Verkehrsangebot auch in den südlichen Teilen des Landkreises aufgewertet. Die beiden zusätzlichen Rufbusangebote sind ebenfalls über die nunmehr einheitlich im Landkreis geltenden Rufnummern, die Internetseite oder App zu buchen.

Investitionen

2020 wurden Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur durch die Bereitstellung von insgesamt 195.630 Euro aus der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplans unterstützt. Gefördert wurden Investitionen für Bushaltestellen mit Aufstellflächen in Luckenwalde, Stülpe und Thyrow sowie die Ausstattung von acht Bushaltestellen im Güterverkehrszentrum Großbeeren mit Wartehäuschen. Für den grundhaften Ausbau der Goethestraße am Bahnhof Rangsdorf wurde eine zweite Teilzahlung geleistet. Bei der Vergabe der finanziellen Mittel lag das Augenmerk besonders auf der Herstellung von Barrierefreiheit, um den Anforderungen des Personenbeförderungsgesetzes bis zum Jahr 2022 langfristig gerecht zu werden. Leider lag der Anteil der Förderung erneut weit unter dem Planansatz, was der fehlenden Kofinanzierung seitens der Kommunen geschuldet ist.

Nahverkehrsbeirat

Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming konnte im Jahr 2020 nur zweimal tagen. Pandemiebedingt mussten weitere bereits angesetzte Tagungen, insbesondere zur Einbringung des Nahverkehrsplanes 2021 bis 2025, mehrmals verschoben werden. Der Landkreis ist mit drei Beschäftigten im Beirat vertreten: dem Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, dem Sachgebietsleiter Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität sowie der Sachbearbeiterin für Öffentlichen Personennahverkehr.

Tourismus

Mit der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft (GAG) Klausdorf gGmbH wurde eine Vereinbarung zur Pflege und Unterhaltung von 10 Radrouten im Landkreis Teltow-Fläming unterzeichnet (Radweg Berlin-Leipzig, Rund um Berlin, Tour Brandenburg, Luther-Tetzels-Weg, Storchenroute, Ernst-von-Stubenrauch-Weg, Havel-Dahme-Weg, Teltow-Nuthetal-Route, Zülowroute, Wald- und Wiesenweg).

Vorbereitet wurde die Vergabe der Erarbeitung des Konzeptes zu einer kreisweiten Knotenpunktwegweisung (Radeln nach Zahlen) unter Betrachtung sämtlicher Radrouten im Landkreis Teltow-Fläming. Der Landkreis verfügt über ein circa 1.260 Kilometer umfassendes Radrouten- und Radwegenetz. Im Zuge der zukunftsfähigen Radwegemodernisierung soll es mit dem Knotenpunktwegweisungssystem ausgestattet werden.

Die Vorbereitungen zur Vergabe der Errichtung von 30 digitalen Displays im Landkreis Teltow-Fläming wurden abgeschlossen, die Fördermittel sind entsprechend beantragt. In Absprache mit den Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben, sollen an 30 touristisch bedeutsamen Orten diese digitalen Displays errichtet werden. Über die digitalen Displays sollen Informationen zu Museen, Sehenswürdigkeiten, Restaurants, Veranstaltungen, touristischen Routen (Skaten, Radfahren, Wandern) usw. abrufbar sein. Eine vertiefende Digitalisierung im Tourismus ist besonders im ländlichen Bereich des Landkreises Teltow-Fläming von großer Bedeutung, um den Nutzer*innen den Zugang an allen Wochentagen und zu jeder Tageszeit zu gewähren.

Der Fachbereich organisierte Informationsgespräche zu Genehmigungsverfahren zur Neubegegründung von Wanderwegen (zum Beispiel Fernneuendorfer Rundwanderweg) beziehungsweise der Umplanung von Wanderwegen (zum Beispiel Fontanewanderweg F4).

Flaeming-Skate

Für die Vermarktung der Flaeming-Skate wurde die jährliche Broschüre 2020 mit Beginn des Jahres fertiggestellt und flächendeckend verteilt. Neue regionale Themen, z. B. zu Spielplätzen, Mühlen und Wanderwegen an der Flaeming-Skate, bereicherten die Publikation. Sie hat seit Jahren eine gleichbleibend hohen Wertigkeit und wird stark nachgefragt.

Neu war die Ausgabe der ersten eigenen Radwegekarte des Landkreises Teltow-Fläming. Hier erfolgte eine Zusammenstellung aller möglichen Routen im Landkreis in Text und Bild als Faltplan.

Auf www.flaeming-skate wurden aktuelle Meldungen veröffentlicht und die Dienstleistungsdatenbank gepflegt. Das Fertigen neuer Imagefotos und Presstexte sowie die Gestaltung verschiedenster Inserate für nationale und internationale Veröffentlichungen gehörte genauso zum laufenden Geschäft des Bereiches Tourismus wie der Versand aller Reiseinformationen per E-Mail beziehungsweise Post.

Die Präsentation der Region auf Messen begann erfolgreich im Januar mit der Unterstützung des Landwirtschaftsamtes bei der Standbetreuung auf der Internationalen Grünen Woche. Pandemiebedingt konnten die geplanten weiteren öffentlichen Auftritte zur Internationalen Tourismusbörse in Berlin sowie auf den Vitalmessen zum Berliner Halbmarathon und Marathon nicht stattfinden. Aus diesem Grund nutzte man zur Verteilung der Flaeming-Skate-Informationen sehr erfolgreich altbewährte Möglichkeiten des Vertriebes über Tageszeitungen. Auch 2020 beteiligte sich der Bereich am Projekt „Stadtradeln“ und fand mit einem eigenen Team erneut einen guten Weg, auf die Region aufmerksam zu machen.

Durch den Abschluss der Modernisierungsarbeiten in großen Bereichen der Flaeming-Skate konnte gegenüber Gästen, Einheimischen und Gewerbetreibenden ein deutlich positives Zeichen zum Erhalt und Fortbestand dieser besonderen Infrastruktur gesetzt werden. Auch die Aufarbeitung der Rastplätze an der Strecke trug dazu bei. Die Bedeutung des Wegenetzes für den touristischen Erfolg des Landkreises wurde nochmals durch die pandemiebedingten Einschränkungen ersichtlich. Der Wunsch nach aktiver Freizeitgestaltung in der unmittelbar erreichbaren Heimatregion verhalf nicht nur dem Radtourismus, sondern auch dem Inline-Sport zu neuer, nachhaltiger Aufmerksamkeit. Der Fachbereich entwickelte neue Materialien und Werbeträger für die Flaeming-Skate.

Touristische Netzwerke

Die kontinuierliche Teilnahme an Beratungen touristischer Netzwerke und Stammtische im Landkreis Teltow-Fläming wurde weiter ausgebaut. Unter anderem gehören der „Touristische Stammtisch Teltow-Fläming“ und der „Runde Tisch Baruther Glashütte“ zu den aktivsten Netzwerken.

Die Vermarktung der touristischen Infrastruktur des Landkreises erfolgte auch mit der Teilnahme an Beratungen zum Beispiel der „Arbeitsgemeinschaft Berlin-Leipzig“ sowie bei der Unterstützung touristischer Gruppierungen im Landkreis. So finanzierte der Bereich unter anderem die Aufstellung neuer Bänke an der Baruther Linie, die sich – initiiert vom Tourismusstammtisch Teltow-Fläming – großer Beliebtheit erfreuen. Mit dem Antrag auf Förderung durch die Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ wurde auch der geplante Markenbildungsprozess für die Baruther Glashütte angeschoben.

Das Netzwerk Flaeming-Skate mit den Partner*innen und Leistungsträger*innen im Einzugsgebiet der Flaeming-Skate traf sich an zwei Terminen im zurückliegenden Jahr, erstmalig auch als Freiluftveranstaltung in der Skate-Arena Jüterbog.

Skate-Arena Jüterbog

Die Absage aller Events im ersten Halbjahr führte zu neuen kreativen Vorhaben. So nutzte man zum Beispiel die Videoerstellung. Anstelle von Präsenzcamps und -kursen gab es Online-Übungsangebote mit Videoanleitung zum Saisonstart und für das Osterferiencamp der Vereine. Mit den Sommermonaten konnten Vereine den Trainingsbetrieb mit Hygienekonzept wieder aufnehmen.

Die geplante Landesmeisterschaft wurde als ein offenes Training für Brandenburger Speedskating-Athleten mit vier Terminen im Juli und August in Kleingruppen angeboten. Auch die Sommer-Trainings im Nordisch-Aktiv fanden statt. Der hohen Nachfrage an Inline-Grundkursen für die kleinsten rollenden Gäste der Region wurde man mit speziellen Familienangeboten gerecht.

Sachgebiet Kreisentwicklung

Zu den allgemeinen Aufgabenschwerpunkten des Sachgebietes Kreisentwicklung gehören

- die planerische Beurteilung verschiedener Vorhaben und Planungen sowie die Bündelung fachlicher Stellungnahmen der Kreisverwaltung, insbesondere zu übergeordneten Entwicklungsplänen, zu Bauleit- und Verkehrsplanungen sowie zu Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- die Erarbeitung eigener Konzepte zur kreislichen Entwicklung und zur Weiterentwicklung sowohl der Verkehrs- als auch der touristischen Infrastruktur,
- Planung, Bearbeitung, Betreuung und Abrechnung neuer Verkehrswege,
- die Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Bauleitplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch.

Folgende Vorhaben und Entwicklungen waren hieraus im Einzelnen von besonderer Bedeutung:

Infrastruktur

Vierstreifiger Ausbau der B 101 – Fortführung der Radwegeplanung L 795 Thyrow-Siethen

Der erste Teilabschnitt des Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen wurde im Zuge der Ortsumfahrung Thyrow bauseitig fertiggestellt. Für den zweiten Teilabschnitt des Radweges wurde im Oktober beim Landesamt für Bauen und Verkehr der Antrag auf Planfeststellung eingereicht.

Einstufung von Straßen

Da sich der Umstufungsprozess vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig gestaltet, konnte zum 1. Januar 2021 keine Umstufung zur Gemeindestraße durchgeführt werden. Im Jahr 2021 wird das Konzept fortgeführt.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt blieb weiterhin die Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier „Perspektiven für das Landesstraßennetz – Abstufungskonzept und Weiterentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung. Dieses sieht für den Landkreis die Abstufung von 113 Kilometern Landesstraßen vor. Weitestgehend unklar ist dabei nach wie vor die Frage der finanziellen Rahmenbedingungen. Der diesbezüglich unveränderte Standpunkt des Landkreises und seine Forderungen wurden gegenüber dem Landkreistag und dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg klar definiert und dargelegt. Eine Einzelbetrachtung für jede umzustufende Landesstraße ist danach unbedingt erforderlich – nach festgestellter Verkehrsbedeutung durch das Land ist an den zuständigen Straßenbaulastträger umzustufen. Einzelgespräche zwischen Landkreis, Kommunen und Ministerium sind im Jahr 2021 durchzuführen.

Stellungnahmen zu Planverfahren

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 27 Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, Landes, der Kommunen und sonstiger Träger erarbeitet. Darunter befanden sich sechs Plangenehmigungs- beziehungsweise Planfeststellungsverfahren.

Modernisierung der Flaeming-Skate

Im Zuge des Gesamtprojektes „Modernisierung der Flaeming-Skate“ wurde der Bau des barrierefreien Radwegs am Wasserwerk Luckenwalde abgeschlossen.

Entwicklung des Radverkehrs

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes im Landkreis ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

Zur Fortführung von Planung und Bau des touristischen Verbindungsweges zwischen Zesch am See und Egsdorf gab es weitere Gespräche zur gemeinsamen Umsetzung des Vorhabens mit dem Landkreis Dahme-Spreewald und den Grundstückseigentümer*innen. Die Fortführung der Planung ist im Jahr 2021 vorgesehen.

Fortgesetzt wurde die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AG FK Brandenburg). Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Kommunalpolitik kommt auch durch die steigende Zahl der Mitgliedskommunen zum Ausdruck. Es wurden insgesamt vier neue Mitglieder aufgenommen. Im Landkreis sind die Städte Luckenwalde, Ludwigsfelde und Trebbin Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der integrierten Weiterentwicklung des Radverkehrs wurde ausgebaut.

Die Teilnahme des Landkreises an der bundesweiten Kampagne „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“ war eine weitere Maßnahme unter Einhaltung der Corona-Abstandsregeln, um das Fahrradfahren im Landkreis attraktiver zu machen. Zugleich wurde gemeinsam mit den Städten Trebbin, Luckenwalde, Ludwigsfelde und den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf erfolgreich ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt. Prämiert mit Pokalen wurden die beste Gemeinde und diverse Einzelwertungen. Die Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen wurde gestärkt.

Weitere Aktivitäten richteten sich auf die Fortführung des mit den Kommunen entwickelten überregionalen Radroutennetzes. Die Arbeit zur Umsetzung der gemeinsam ermittelten prioritären Radwegemaßnahmen wird fortgesetzt. Dazu wird das vorliegende Mobilitätskonzept LK-TF2030, Teil Radwege (Entwurf 05/2017) gemäß Kreistagsbeschluss vom 22. Juni dieses Jahres überprüft und aktualisiert.

Bauleitplanung

Planungsrechtlich wurden insgesamt 80 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet. Zudem fungierte das Sachgebiet im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause. Neben dem weiter anhaltenden gewerblichen Boom ist weiterhin eine verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen, nicht nur im Umland von Berlin, zu verzeichnen. Dem Siedungsdruck aufgrund der steigenden Nachfrage nach infrastrukturell günstig gelegenen Wohnbauflächen folgen die Kommunen mit der Aufstellung beziehungsweise Fortführung von Bauleitplänen zur städtebaulichen Steuerung und Entwicklung.

Folgende Planungen belegen diese Entwicklungen beispielhaft:

- Bebauungsplan (BP) „Erweiterung Bär und Ollenroth, Mittenwalder Straße“ der Gemeinde Rangsdorf, Ortsteil Groß Machnow
- BP Nr. 44 „Teilfläche im Industriepark Ost“ der Stadt Ludwigsfelde
- BP Nr. 45 „An der Eichspitze Süd“ der Stadt Ludwigsfelde

- BP Nr. 19-01 „Wohnpark am Mellensee“ der Gemeinde Am Mellensee
- BP „Wohnen am Stadtpark“ der Stadt Zossen
- BP Schöneweide Nr. 3 „Lüdersdorfer Straße“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- BP „Wohngebiet Ackerstraße“ der Stadt Dahme/Mark

Gleichermaßen forcierten die Gemeinden die weitere Verbesserung der Einzelhandelsangebote. So strebt die Stadt Luckenwalde im Zuge des BP Nr. 44/2019 „Lidl-Markt Schützenstraße“ den Abriss eines bestehenden Lebensmittelmarktes und den Neubau einschließlich Erweiterung sowie eine Ergänzung des Standortes um einen Drogeriefachmarkt an. Die Stadt Jüterbog beabsichtigt mit dem BP Nr. 037 „Einzelhandelsgebiet Große Straße“ eine Neustrukturierung der am Standort bestehenden Betriebe im Sinne einer Neuordnung, Erweiterung und Ergänzung. Auch der Trend zur Nutzung erneuerbarer Energien wird von den Kommunen mit den Bebauungsplänen „Windpark Birkhorst“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, „Photovoltaik Buckow-Nord“ der Stadt Dahme/Mark und Sondergebiet „Tierhaltung und erneuerbare Energien“ Meinsdorf der Gemeinde Niederer Fläming des Amtes Dahme/Mark fortgesetzt.

Zu insgesamt 97 Auskunftersuchen bezüglich planungsrechtlicher Problemstellungen erfolgten fachliche Beratungen mit den Kommunen sowie mit Planungsbüros, Bürgern und Fachbehörden des Landkreises. Es konnten Handlungsempfehlungen gegeben und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Als Koordinierungsstelle für Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden insgesamt 120 Aktivitäten betreut. Diese hatten die Beteiligung der kreisinternen Behörden an den Vorgängen, den Austausch und die Ergänzung von Unterlagen, koordinierende und vermittelnde Funktionen zwischen dem Landesumweltamt und den hiesigen Fachämtern sowie die bereits wahrgenommene planungsrechtliche Begleitung der Vorhaben zum Inhalt. Gleichfalls ergingen planungsrechtliche Positionierungen zu Anfragen der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung in Bezug auf Entwicklungsabsichten für ehemalige WGT-Liegenschaften. Auch hierbei wurde die Bündelung der fachlichen Belange im Hause wahrgenommen.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Im Rahmen der Mitwirkung an der Regionalplanung ergaben sich inhaltliche Schwerpunkte im Zusammenhang mit folgenden Verfahrensschritten und Sachverhalten:

- Auskunftsverfahren zur Planaufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0
- Scoping- sowie Beteiligungsverfahren zum Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte
- Planungskonzepte zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung und zur Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Siedlung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0
- Fortführung der Kommunikationsstrategie für die Regionale Planungsgemeinschaft
- Verfahren zur erneuten Änderung des Regionalplanungsgesetzes für Brandenburg

Es wurden unter Einbeziehung weiterer Fachämter die kreislichen Stellungnahmen gefertigt und die Kommunen sowie Kreistagsgremien entsprechend informiert. Zu den Gremiensitzungen der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming waren inhaltliche Vorbereitungen zu erarbeiten. Im Dezember fand zum Regionalplan 3.0 eine Abstimmung zwischen den kreislichen Fachämtern und der Regionalen Planungsstelle per Videokonferenz statt.

Mit Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 am 23. Dezember 2020 ist der Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte in Kraft getreten. Damit werden im Landkreis die Ortsteile Klausdorf, Baruth/Mark, Dahme/Mark, Großbeeren, Rangsdorf und Trebbin als Grundfunktionale Schwerpunkte festgelegt.

Zu dem im Vorjahr in Kraft getretenen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin Brandenburg (LEP HR) fand zu Jahresbeginn ein Informationstermin mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und den Kommunen des Landkreises statt. Hinsichtlich einer bereits anstehenden teilweisen Überarbeitung des Plans wurden erste Hinweise zusammengestellt. Die Bündelung der kreislichen Belange wurde auch im Rahmen von zwei Beteiligungsverfahren der Nachbarregion Lausitz-Spreewald sowie zum Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz vorgenommen.

Die Festlegungen der übergeordneten Raumplanung, die aktuellen Sachstände ihrer Fortschreibung sowie die Entwicklungsgrundsätze aus dem Leitbild des Landkreises wurden in weitere Beteiligungsverfahren und Zuarbeiten eingebracht.

GIS

Das geografische Informationssystem (GIS) begleitete alle Aufgabenbereiche unterstützend. Im August konnte eine der beiden GIS-Stellen, die zunächst seit März beziehungsweise April unbesetzt waren, wiederbesetzt werden. Die neue Mitarbeiterin wurde erfolgreich von ihrem Vorgänger eingearbeitet. Folgende Projekte wurden bereitgestellt:

- Covid-19-Karte zu verschiedenen Thematiken: Erstellung, Anpassung sowie stetige Daten- Aktualisierung
- Aktualisierungen von Karten für die interne Verwendung
- kartografische Darstellung der Pläne zur Abstufung von Landesstraßen an untersuchungsrelevanten Straßen im Landkreis
- Aktualisierung der Themen Arbeitspendlerbeziehungen und Einwohnerentwicklung im Landkreis

Dem Aufgabenbereich der ergänzenden und fortlaufenden Digitalisierung von Bauleitplänen der Städte und Gemeinden konnte das Sachgebiet leider aufgrund der noch unbesetzten zweiten Stelle nicht gerecht werden. Somit kann die aktuelle Bereitstellung dieser Daten im GIS- und Geoportal nicht gewährleistet werden.

Um den gesetzlichen Vorgaben zur Anpassung der Bauleitplanung an das standardisierte Format zum Datenaustausch (X-Plan-Standard) zu entsprechen, die X-Plan-konformen Unterlagen umstrukturiert. Ziel ist eine vereinheitlichte Datenbereitstellung und -bearbeitung.

Weitere GIS-Projekte wurden fortgeführt und gegebenenfalls erweitert:

- Access-Datenbanken der Bauleitplanung
- Daten- und Kartengrundlagen zum Radwegekonzept des Landkreises sowie Aufarbeitung und Ergänzung des Datenbestandes zu den Radwegen im Landkreis

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde. Die mit dieser Aufgabe verbundene Prüf- und Beratungstätigkeit blieb dabei unverändert. Für drei Bauleitpläne wurde ein Antrag auf Genehmigung gestellt. Davon konnten alle drei Pläne genehmigt werden. Im Rahmen von Bauantragsverfahren wurde für vier Bauleitplanverfahren eine Prüfung der Planreife durchgeführt. Beratungstätigkeiten zu bauleitplanerischen Fragen und Themen wurden mit dem Amt Dahme/Mark, den Städten Baruth/Mark, Trebbin, Zossen, Ludwigsfelde und den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Nuthe-Urstromtal durchgeführt.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften

Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme. Der Landkreis erhielt auch in der letzten Förderperiode Zuwendungsbescheide für zwei Projekte zur Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer, welche nach Verlängerung um ein halbes Jahr aufgrund der Corona-Pandemie erst am 31. Januar 2021 auslaufen werden.⁹ Dies ist das Ergebnis eines schlüssigen Konzeptes, wie auch der bisherigen erfolgreichen Arbeit. Ein Antrag zur Umsetzung eines Anschlussprojektes für weitere 18 Monate ist gestellt, jedoch noch nicht bewilligt.

Die Zuwendung aus dem Europäischen Sozialfonds für die beiden bewilligten Projekte beträgt 869.790,39 Euro, die über drei Jahresscheiben verteilt waren. Beginn der Maßnahmen war der 1. Februar 2018. Ziel der Förderung (bis 31. Januar 2021) ist die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden sowie die Verbesserung ihrer sozialen Situation. Zusatzziel ist die Stärkung und Festigung des Zusammenlebens in den teilnehmenden Familien, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Kinder. Als messbare Größe der erfolgreichen Arbeit sollen nach Ablauf des Projektes mindestens 25 Prozent der teilnehmenden langzeitarbeitslosen Bürger*innen in Arbeit oder Bildung vermittelt sein.

Je Projekt arbeiten zwei Integrationsbegleiterinnen, deren Personalkosten zu 100 Prozent gefördert werden. Insgesamt wurden für die beiden laufenden Projekte bis zum Ende 2020 Fördermittel in Höhe von 838.480,10 Euro ausgezahlt. Jede Integrationsbegleiterin hat in der Gesamtlaufzeit mindestens 50 Teilnehmende zu betreuen. Mindestens 25 Prozent der Teilnehmenden sollen beim endgültigen Austritt aus der Maßnahme in Erwerbstätigkeit oder in Bildung übergehen.

Bis zum 31. Dezember 2020 konnten im Projekt I insgesamt 102 Langzeitarbeitslose, davon 69 Frauen, betreut und beraten werden. Es wurden 27 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 4 Teilnehmende in Bildung vermittelt. Im Projekt II wurden im selben Zeitraum insgesamt 109 Langzeitarbeitslose, davon 64 Frauen, betreut und beraten. Es wurden bisher 31 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt, 7 in Bildung und ein Teilnehmender in Selbständigkeit.

⁹ Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg zur Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften in Brandenburg in der Förderperiode 2014 bis 2020

Eine Veranstaltung zum Stand der Ergebnisse in den Projekten und der Bedeutung der Umsetzung dieser Projekte für unseren Landkreis wurde im Oktober durchgeführt. Sie diente neben der Bewertung aus Sicht der Akteure auch dem Austausch untereinander.

Alle Aktivitäten der Integrationsbegleiterinnen erfolgten unter Berücksichtigung der ESF-Querschnittsziele (Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung). Es wurde eine Vielzahl von qualitativen Ergebnissen (zum Beispiel Verbesserung der sozialen Situation, des Wohnens, der Teilhabe, der Gesundheit, Finanzen, des Zusammenlebens in der Familie) durch gezielte Strategien erzielt. Hiermit wurde ein wertvoller Beitrag zur Vermeidung von Armutsfolgen und Kinderarmut geleistet.

Lotsendienst Teltow-Fläming

Der Landkreis erhielt auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF-Förderperiode) den Zuwendungsbescheid für die Durchführung des Lotsendienstes Teltow-Fläming in der Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2021. Auch in dieser Förderperiode ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg Zuwendungsgeber. Die Personalkosten der Lotsin und die Sachkosten werden zu 100 Prozent gefördert. Die Zuwendung aus Europäischen Sozialfonds/Landesmitteln beträgt 746.210 Euro, die über vier Jahrescheiben verteilt sind.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming bietet kostenlose Beratung und Qualifizierung für Gründungsinteressierte an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Für die gesamte Projektlaufzeit sind als Zielindikatoren insgesamt 32 Development Center und 172 qualifizierende Beratungen geplant. Insgesamt sollen mindestens 103 Existenzgründungen oder Unternehmensübernahmen erfolgen. Ziel ist es, eine Gründungsquote von mindestens 60 Prozent zu erreichen.

Seit Juni 2018 haben insgesamt 195 Interessierte den Lotsendienst aufgesucht. 135 Personen haben nach dem Erstgespräch an einem der 24 durchgeführten Development Center teilgenommen. 139 Gründungsinteressierte wurden in das Projekt aufgenommen und haben eine qualifizierende Beratung erhalten. 110 Teilnehmende haben das Projekt zum 31. Dezember 2020 beendet; 81 Gründungen sind bisher vollzogen worden.

Um die Qualität der Gründungsberatung im Landkreis Teltow-Fläming zu erhöhen und noch mehr Gründungsinteressierte vor Ort beraten und begleiten zu können, besteht eine enge Kooperation zwischen dem Lotsendienst TF, dem Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten und der Gründungswerkstatt „enterprise“. Ziel ist nach wie vor, den gleichzeitigen Zugang zu den zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten im Landkreis TF für alle Gründungswilligen – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensphase, besonderen Lernbedürfnissen oder körperlichen Verfassung – zu vereinfachen und zu bündeln.

Vor 14 Jahren wurde der Lotsendienst im Landkreis TF initiiert und somit ein flächendeckendes Unterstützungsmodell für alle Gründungsinteressierten vor Ort aufgebaut. Seit neun Jahren ist der Lotsendienst in eigener Trägerschaft. Durch die Bündelung von Kompetenzen und das Nutzen von Synergien konnte das Projekt eine nachhaltige Verbesserung des Gründungsklimas in der Region erreichen.

Erweiterung der regionalen Koordinierungsstelle „Integration geflüchteter Menschen“

Auf der Grundlage der Fördergrundsätze „Bündnis für Brandenburg – Zur Bewirtschaftung Regionalbudget für Landkreise und kreisfreie Städte“ fördert die Staatskanzlei Projekte und Maßnahmen mit dem Ziel, Offenheit, Akzeptanz und Hilfsbereitschaft der brandenburgischen Bevölkerung zu erhalten, alle gesellschaftlichen Akteure in ihrem Engagement zu unterstützen und den solidarischen Zusammenhalt zu stärken. Für das Jahr 2020 wurden zwei Projekte mit einer Summe von je 12.500 Euro bewilligt. Antragsteller waren die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming und die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH.

Die Kreishandwerkerschaft legte den Schwerpunkt auf den Austausch und die gegenseitige Information zur Handwerksgeschichte, der Entstehung von Traditionen bis hin zu heutigen Strukturen der beruflichen Bildung und Qualifizierung. Besonders Familien sollten die Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Somit fanden Werkstatttermine statt, individuelle Termine mit verschiedenen Altersgruppen, Gespräche zu Festtagen, zur Darstellung der Bedeutung der beruflichen Bildung des Handwerks und zum Wirtschaftsstandort Teltow-Fläming. Weiterhin wurden Vorlagen erarbeitet zu Traditionen im Heimatland und in Deutschland.

Die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH führte die Koordinierungsstelle weiter. Der Arbeitsschwerpunkt lag im Jahr 2020 auf Familien-Frauen-Kindern. Frauen sollten ihre Leidenschaft zur Berufung machen. So traf man sich mit Frauen verschiedener Herkunftsländer. Es wurde gemeinsam gekocht, mit dem ursprünglichen Ziel, Gastronomen von diesen Künsten auf einer gemeinsamen Veranstaltung zu begeistern. Die Veranstaltung mit potenziellen Arbeitgeber*innen konnte auf Grund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Weiterhin sollten Kinder an das politische System herangeführt werden. Kinder stellten sich dem Thema Mobbing und Ausgrenzung. In Form von erlebnispädagogischen und praktischen Aufgaben konnten die Werkstätten genutzt werden. Kinder aus vier Schulen des Landkreises profitierten davon.

Landwirtschaftsamt

Landwirtschaftsschule

Die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming – Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich – ist fester Bestandteil der Bildungslandschaft. Hier werden berufsbegleitend schwerpunktmäßig Landwirt*innen und Landwirtschaftsmeister*innen auf ihren Berufs- beziehungsweise Meisterabschluss vorbereitet.

2020 nahmen neun Teilnehmende ihren Meisterbrief in Empfang, sieben starteten im Oktober mit dem Vorbereitungslehrgang auf die Landwirtschaftsmeisterprüfung.

Durch die weitgefächerten Fortbildungen werden die aktuellen Kerninteressen der Landwirt*innen und neben Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten auch die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geboten.

Dabei standen Themenschwerpunkte im Vordergrund wie:

- Aufzeichnungspflichten entsprechend der Düngeverordnung
- anerkannte Weiterbildungen im Pflanzenschutz
- tierwohlgerechte, umweltschonende und nachhaltige Landwirtschaft.

Der pandemiebedingte Lockdown im Frühjahr und die damit verbundenen Einschränkungen wirkten sich auf die Umsetzung der Bildungsangebote aus. Es mussten Seminare abgesagt, Prüfungen beziehungsweise prüfungsvorbereitende Unterrichtseinheiten verschoben und neu organisiert werden.

Insgesamt führte die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming 26 Bildungsmaßnahmen mit 358 Teilnehmenden durch.

Statistik

Ernte

2020 wurden von 28 Betrieben Ernte- und Betriebsberichtserstattungen über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen 2020 insgesamt 33 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 46 Proben (29 Roggen-, Weizen-, Rapsproben und 17 Gerste-, Hafer-, Triticaleproben) sowie 27 zusätzliche Proben ein, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden. Außerdem wurden 19 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht.

Im Jahr 2020 lag der Durchschnittsertrag der Getreideernte bei 42,4 Dezitonnen pro Hektar; im Vergleich dazu ist der Ertrag 2020 um 6,9 Dezitonnen pro Hektar auf 49,3 Dezitonnen pro Hektar angestiegen. Gemessen am langjährigen Durchschnitt, der bei 48 Dezitonnen pro Hektar liegt, war der Ertrag der gesamten Getreideernte um 1,3 Dezitonnen pro Hektar über dem Durchschnitt.

Beim Winterraps stieg der Ertrag im Vergleich zu 2019 ebenfalls an: von 25,2 Dezitonnen pro Hektar (2019) auf 32,6 Dezitonnen pro Hektar.

Der Ertrag bei den Kartoffeln liegt bei 435 Dezitonnen pro Hektar und somit über dem langjährigen Durchschnitt von 413 Dezitonnen pro Hektar.

Beim Silomais wurden 2020 durchschnittlich 250 Dezitonnen pro Hektar geerntet. Dies ist im Vergleich mit dem Durchschnitt der Vorjahre ein schlechterer Ertragswert.

Betriebsregister

Zurzeit sind 429 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Tabelle 56: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2018 bis 2020

Aufgaben	2018	2019	2020
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	282	301	302
Abtretungen	61	54	54
Pfändungen	19	28	16
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	93	95	97
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	124	124	128
Pachtverträge	11.723	11.650	11.970
Grundstücksverkehr	342	325	305
Bearbeitung Klärschlammanträge	22	19	12
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	16	1
Teilnehmer*innen an Kursen der Landwirtschaftsschule	549	726	358
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	9	8	15
Vor-Ort-Kontrollen	97	120	122

Sachgebiet Agrarstruktur

Investive Förderung

Auch im Jahr 2020 nutzten neun landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Die gestellten 15 Anträge umfassten zusammen ein Investitionsvolumen von circa 3,3 Millionen Euro. Die geplanten Gesamtzuwendungen belaufen sich auf rund 705.000 Euro. Die Erstellung der Bewilligungsbescheide ist für das aktuelle Jahr im Dezember 2020 noch nicht abgeschlossen. Ein Unternehmen stellte einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Marktstrukturverbesserung). Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 825.000 Euro, die beantragte Zuwendung rund 142.000 Euro.

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt rund 367 Hektar Kommunalwald, der überwiegende Teil liegt im Bereich Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Er dient im Wesentlichen als Naherholungsgebiet für die urbane Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, wird aber auch zu umweltpädagogischen Bildungszwecken genutzt. Im Jahr 2020 wurden durch den Verkauf von Holz und die Erteilung von Gestattungen rund 2.300 Euro sowie 4.725 Euro Jagdpacht eingenommen.

Landwirtschaftliche Flächen

Von den im Besitz des Landkreises befindlichen 270 Hektar Acker- und Grünlandflächen sind rund 223 Hektar an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet. Die jährlichen Pachteinnahmen hieraus betrugen rund 21.000 Euro.

Ehemalige Bodenreformflächen

Der Landkreis wurde gemäß Artikel 233 Paragraph 2 Absatz 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zum gesetzlichen Vertreter ehemaliger Bodenreformeingentümer*innen bestellt. Damit hat er derzeit die Rechts- und Vermögensinteressen von 69 Eigentümer*innen zu vertreten beziehungsweise deren Rechtsnachfolge wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen der Aufenthalt der Eigentümer*innen beziehungsweise deren Erben unbekannt ist. Die betroffenen Flächen sind an 20 landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet, der Landkreis verwaltet die jährlichen Pachteinnahmen.

Bodenschutz

Der wesentliche Aufgabenschwerpunkt im landwirtschaftlichen Bodenschutz liegt in der Überwachung der Einhaltung des Düngerechtes. Dem Landwirtschaftsamt obliegen dabei die Zuständigkeit für die umfangreich novellierte Düngeverordnung, die Stoffstrombilanzverordnung und die Brandenburgische Düngeverordnung sowie der Kontrollauftrag für die Wirtschaftsdüngerverordnung.

Die üblicherweise durchgeführten stichprobenartigen Auswahlen von Kontrollen im Rahmen des Fachrechts und der Agrarförderung wurden aufgrund der durch Corona bedingten Situation ausgesetzt. Die Wahrnehmung der entsprechenden Kontroll- und Vollzugsaufgaben beschränkte sich im Jahr 2020 auf eingegangene Anzeigen. Daraus resultierte die Feststellung insgesamt eines Verstoßes mit Ahndung nach Fachrecht und Sanktion durch Kürzung der Agrarförderung.

Nach Düngeverordnung besteht die Möglichkeit, Anträge auf Verschiebung oder Ausbringung innerhalb des gesetzlich festgelegten Ausbringverbotszeitraumes für Düngemittel zu stellen. Für drei Anträge wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Basierend auf der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) erfolgt auch die düngerechtliche Beteiligung und damit Prüfung für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost. Insgesamt wurden zwölf Vorgänge zur Verwertung von Klärschlamm angezeigt. Die tatsächliche Aufbringung erfolgte auf rund 108 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren zeichnet sich bei der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost weiterhin ein abnehmender Trend ab.

Weitere Aufgabenschwerpunkte sind die düngerechtliche Prüfung und Bewertung der ordnungsgemäßen Verwertung und Lagerung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern bei Beteiligungen an Verfahren Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel bei Anträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO).

Flurbereinigungsverfahren und Träger öffentlicher Belange (TöB)

Flurbereinigungsverfahren werden vom Landkreis als ein wichtiges Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raumes gesehen. Die Förderung der Flurneuordnung ist Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

An den seit 1993 geführten großräumigen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind 4.147 Eigentümer*innen mit einer Gesamtfläche von circa 21.187 Hektar beteiligt. Das entspricht rund 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Landkreis. Für 955 Teilnehmer*innen mit einer Gesamtfläche von 3.035 Hektar konnten die Verfahren inzwischen abgeschlossen werden.

Der Gesamtinvestitionsumfang in den Flurbereinigungsverfahren resultiert aus der Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (landwirtschaftlicher Wegebau und Nebenanlagen, Herstellung meliorationstechnischer Anlagen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und andere), Vermessungsnebenkosten und Mitgliedsbeiträgen des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg. Der vorläufige Gesamtinvestitionsumfang der angeordneten Verfahren beträgt circa 10,687 Millionen Euro. Davon werden circa 7,764 Millionen Euro als Fördermittel in Anspruch genommen und circa 2,840 Millionen Euro als Eigenmittel durch die Mitglieder der Teilnehmergeinschaften aufgebracht. Im Jahr 2020 wurden im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 204 Verfahrensvorgänge bearbeitet. Davon sind federführend durch das Landwirtschaftsamt für die Kreisverwaltung TF zwei Stellungnahmen zu Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz erarbeitet worden.

Grundstücksverkehr und Landpacht

2020 wurden 305 Grundstücksverträge bearbeitet. Dabei handelte es sich um 203 Kaufverträge, fünf Schenkungsverträge, 72 Übertragungs- und Überlassungsverträge, 14 Erbauseinandersetzungsverträge und zehn Tauschverträge.

Von den 203 vorliegenden Kaufverträgen haben in 89 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen eine Fläche von 758,72 Hektar erworben, und in 114 Verträgen haben sonstige Erwerber 1.144,58 Hektar erworben.

Der Landwirtschaft wurden Flächen von 2,54 Hektar für den Wohnungsbau, Flächen im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen oder Gewerbegebiet und für Sport- und Freizeitflächen (Golfplatz), für Radwege, für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entzogen. Im Landwirtschaftsamt liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 11.970 angezeigte Pachtverträge von landwirtschaftlichen Unternehmen mit einer Fläche von circa 88.324 Hektar vor.

Messeauftritt „Internationale Grüne Woche“

Zur Internationalen Grünen Woche präsentierte sich der Landkreis zum zwölften Male am eigenen Marktstand in der Brandenburg-Halle 21a. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Direktvermarkter*innen und den sonstigen Akteur*innen aus den jeweiligen Regionen wurde den Gästen ein interessantes und vielseitiges Programm geboten. Die Präsentation Teltow-Fläming mit Partnern aus den Städten Zossen, Luckenwalde, Baruth/Mark, den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee, dem Amt Dahme/Mark, der Region Jüterbog, den Direktvermarkter*innen, Gastronom*innen sowie Vereinsmitgliedern haben den Bekanntheitsgrad des Landkreises und der weiteren Akteur*innen erhöht. Es gab viele Kontakte zu den Endverbraucher*innen. Durch die enge Zusammenarbeit der Teilnehmer*innen an der Internationalen Grünen Woche sowie den Ausbau der Netzwerke entstanden letztlich auch neue Produkte. Erstmals wurden u. a. Erzeugnisse vom Lammfleisch aus dem Landkreis vorgestellt. 2020 wurde das Angebot an kulinarischen Spezialitäten aus dem Landkreis erweitert. Alle Unternehmen nutzten ihren Messeauftritt für Produktwerbung und Marketing. Die erhöhte Nachfrage nach regionalen Produkten kam auch den Aussteller*innen am Stand des Landkreises zugute.

2019 wurde die Karte „LandTraum“ Teltow Fläming konzeptionell überarbeitet und in einer kleinen Auflage neu veröffentlicht. Da die Nachfrage nach der Karte die Erwartungen deutlich überstieg, wurde sie mit höherer Auflage und mit noch mehr Anbietern zur Internationalen Grünen Woche 2020 aktualisiert.

Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. 2020 wurden im Rahmen der Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie 4.864.382 Euro Fördermittel für 29 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 7.952.327 Euro vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bewilligt. Mit der Umsetzung dieser Projekte wird die Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis gefördert.

Sachgebiet Agrarförderung

Auch im Bereich des Sachgebietes Agrarförderung stand das Jahr unter dem Einfluss der Corona-Pandemie.

Mit Hilfe des Einsatzes neuer Technik und der Schaffung der technischen Voraussetzungen zur Arbeit im Home-Office gelang es sehr gut, die laufenden Arbeiten im Rahmen der Antragstellung termingerecht über das Jahr durchzuführen, so dass die finanziellen Mittel wie geplant an die Antragsteller gezahlt werden konnten.

Die Arbeiten sind im Folgenden aufgeführt:

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Insgesamt 302 landwirtschaftliche Betriebe haben einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Basis für die Gewährung der Zuwendungen stellen die nachfolgend angemeldeten Flächen dar:

Tabelle 57: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen

Art der Fläche	Größe
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	91.727 ha
dar. Ackerland	73.253 ha
dar. Dauerkulturen	453 ha
dar. Grünland	17.337 ha
dar. Grünland - Etablierte Lokale Praktiken (ELP)	495 ha

Für die 283 gestellten Anträge auf Direktzahlungen wurden Zuwendungen in einer Höhe von circa 23,4 Millionen Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union bewilligt. Darin sind auch finanzielle Mittel für die Gewährung der Basis-, Greening- und Umverteilungsprämien enthalten, ebenso die Prämien für Junglandwirte und Neueinsteiger.

Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik „Benachteiligtes Gebiet“. Von 236 gestellten Anträgen für dieses Förderprogramm wurden 205 bewilligt und Fördermittel in Höhe von circa 1,6 Millionen Euro ausgezahlt.

Junglandwirte, Neueinsteiger und Zahlungsansprüche

2020 wurden 30 Anträge auf Junglandwirteprämie gestellt. Davon haben zwei die Voraussetzungen nicht erfüllt und wurden abgelehnt. Ein Antrag wurde zurückgezogen. Sechs Personen sind Neuantragsteller und haben zusätzlich noch Zahlungsansprüche als Junglandwirt erhalten.

Neun Personen haben einen Antrag als Neueinsteiger gestellt und auch bewilligt bekommen. Davon waren sechs Junglandwirte.

Fünf Antragsteller waren Kleinerzeuger, drei davon sind Tierhalter.

Zahlungsansprüche wurden wegen zweijähriger Nichtnutzung aus 2019 eingezogen. Insgesamt handelt es sich um 33 Antragsteller*innen, die von einem solchen Einzug betroffen waren.

Kulturlandschaftsprogramm

Im Jahr 2020 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) 128 Anträge bearbeitet und entschieden.

Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Förderprogrammes werden auf einer Fläche von 17.138 Hektar durchgeführt. Dies entspricht 18,60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhielten die Antragsteller*innen insgesamt einen Ausgleich von 2,8 Millionen Euro.

Zum Ende des Jahres 2020 wurden mit der KULAP-Antragstellung insgesamt 79 Neu-, Erweiterungs-, Verlängerungs- und Änderungsanträge für das Jahr 2021 gestellt. Insgesamt haben 62 landwirtschaftliche Unternehmen diese Möglichkeit genutzt.

Seit 1. Januar 2020 wird ein neues Förderprogramm zur Förderung naturbetonter Strukturelemente im Ackerbau in Form von Ackerrand- und/oder Blühstreifen für landwirtschaftliche Unternehmen angeboten.

Ziel der Förderung ist die Anwendung besonders nachhaltiger Verfahren zur Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen durch Herausnahme von Ackerflächen aus der Produktion sowie Bereitstellung von naturbetonten Strukturelementen der Feldflur.

Hier wurden 20 Anträge gestellt. Für 19 Anträge mit einer Fläche von 591,37 Hektar konnten 413.826 Euro bewilligt und ausgezahlt werden.

Zum Jahresende 2020 wurden hier acht Neu- beziehungsweise Erweiterungsanträge für das Folgejahr von landwirtschaftlichen Unternehmen gestellt.

CC-Kontrollen

Die Vorschriften der Cross Compliance (CC) verknüpfen die Prämienzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe mit der Einhaltung von Umweltstandards im weiteren Sinne. Die Einhaltung der Standards stellt eine Voraussetzung für den Erhalt der Prämienzahlungen dar. Im Jahr 2020 fanden insgesamt 36 CC-Kontrollen in 13 landwirtschaftlichen Betrieben statt. Dabei kam es zu zwei Feststellungen von Verstößen, die mit CC-Sanktionen geahndet werden mussten.

Feldblockpflege

Der Feldblock umfasst eine oder mehrere landwirtschaftlich genutzte Parzellen beziehungsweise Schläge und ist ein Teil des Landwirtschaftlichen Flächenkatasters (LFK) im Rahmen des Systems zur Flächenidentifizierung. Bei der kontinuierlichen Pflege der Daten wurden insgesamt 3.890 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Des Weiteren konnten 1.421 Referenzpflegeaufträge nach Bildschirmsichtung abgewiesen werden. Nach der Antragstellung zum Agrarförderantrag im Mai galt es, 128 Hinweispunkte zu bearbeiten. Teilweise waren dafür Vor-Ort-Kontrollen nötig. Insgesamt wurden 122 Feldblöcke und Landschaftselemente zur Grenzfeststellung besichtigt beziehungsweise vermessen.

Abtretungen/Pfändungen

Im Landwirtschaftsamt waren insgesamt 69 Zahlungsansprüche Dritter zu bearbeiten, die sich aus 54 Abtretungen und 15 Pfändungen zusammensetzen. 47 Abtretungen und Pfändungen gelten für mehrere Jahre. Von diesen mehrjährigen Zahlungsansprüchen Dritter enden im aktuellen Antragsjahr 22 aufgrund der zeitlichen Befristung. Folglich kann im kommenden Antragsjahr mit einem erhöhten Eingang von neu abgeschlossenen Abtretungen gerechnet werden. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf circa acht Millionen Euro.

Corona-Bürgertelefon

Zur Unterstützung der Arbeit des Gesundheitsamtes übernahm das Landwirtschaftsamt im März neben der Arbeit im Krisenstab der Verwaltung die Leitung und Organisation des Bürgertelefons. Dazu gehörten neben dem Einsatz eigener Beschäftigter auch die Anleitung und Einsatzplanung weiterer Mitarbeiter aus anderen Ämtern sowie auch der ständige Austausch im Hause.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Krisenstab der Verwaltung, Zusammensetzung	5
Abbildung 2: Struktur des Krisenstabs ab November 2020	8
Abbildung 3: Foto Erneuerung Sportplatz Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog	48
Abbildung 4: Schulfinanzen	60
Abbildung 5: Gemeldete COVID-19-Erkrankte im Jahr 2020	88
Abbildung 6: Altersverteilung der COVID-19-Erkrankten während der zweiten Pandemiewelle	90
Abbildung 7: Organisationsstruktur Pandemiebekämpfung Landkreis Teltow-Fläming	93
Abbildung 8: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Altenpfleger*innen im Landkreis TF im Jahresvergleich 2012 und 2020	95
Abbildung 9: Grafik: Verfahren der unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität	130
Abbildung 10: Anzahl der registrierten Fahrzeuge	158
Abbildung 11: Nutzung Online-Zulassung „i-Kfz“	159
Abbildung 12: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme	160

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Pandemiebedingtes Arbeitsaufkommen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Auszug	17
Tabelle 2: Entwicklung des Personalbestands.....	21
Tabelle 3: Einstellungen 2020	21
Tabelle 4: Ausscheiden von Beschäftigten	22
Tabelle 5: Praktika in der Kreisverwaltung.....	25
Tabelle 6: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"	33
Tabelle 7: MBS-Ausschüttungsmittel	36
Tabelle 8: Öffentlich-rechtliche Forderungen	56
Tabelle 9: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen	61
Tabelle 10: Statistik für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2020.....	74
Tabelle 11: Fallzahlen Ausbildungsförderung	76
Tabelle 12: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangswohnheimen	78
Tabelle 13: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten.....	78
Tabelle 14: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG	95
Tabelle 15: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes	97
Tabelle 16 Klientenübersicht 2020 - Die Zahlen sind vorläufig (Stand: 18.01.2021)	99
Tabelle 17: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle	103
Tabelle 18: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren.....	105
Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen.....	106
Tabelle 20: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre.....	114
Tabelle 21: elektronische Ausweisdokumente	115
Tabelle 22: Zuweisungen und registrierte Asylbewerber 2015 bis 2019, jeweils per 31.12.	116
Tabelle 23: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ.....	118
Tabelle 24: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ.....	119
Tabelle 25: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen	121
Tabelle 26: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2019 und 2020.....	124
Tabelle 27: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2019	125
Tabelle 28: Untersuchungen Fleischhygiene	127
Tabelle 29: Untersuchte Trichinenproben 2017 bis 2020 von Wildschweinen.....	127
Tabelle 30: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass	128
Tabelle 31: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb.....	129
Tabelle 32: Eintragungen in die Denkmalliste 2020 Stand 17.12.2020	132
Tabelle 33: Erweiterungen von Listenpositionen.....	132
Tabelle 34: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge	137
Tabelle 35: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern).....	138

Tabelle 36 - Entwicklung der Bautätigkeit 2016 bis 2020 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)	139
Tabelle 37: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt	143
Tabelle 38: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2018-2020	143
Tabelle 39: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2018-2020	144
Tabelle 40: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2018-2020	144
Tabelle 41: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2018-2020	145
Tabelle 42: Aufgaben UNB - Anzahl Fälle 2018-2020.....	147
Tabelle 43: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2019	154
Tabelle 44: Anzahl der Widersprüche und gerichtliche Verfahren.....	158
Tabelle 45: Zugelassene Fahrzeuge 2019, 2020	162
Tabelle 46: Fahrerlaubniswesen 2019, 2020	162
Tabelle 47: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2019, 2020.....	164
Tabelle 48: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2019, 2020.....	164
Tabelle 49: Gewerblicher Personenverkehr	165
Tabelle 50: Fahrtenbuchauflagen 2019, 2020	166
Tabelle 51: Ausnahmegenehmigungen 2019, 2020.....	166
Tabelle 52: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2019, 2020	167
Tabelle 53: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2019, 2020.....	168
Tabelle 54: Verkehrssicherheit und -lenkung.....	168
Tabelle 55: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2018 bis 2020	187
Tabelle 56: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen	191